

Versprechen als kulturelle Konfigurationen in politischen Kontexten

Interdisziplinäre Zugänge und Perspektiven

Cornelia Eisler, Katharina Schuchardt (Hg.)

Versprechen als kulturelle Konfigura- tionen in politischen Kontexten

Interdisziplinäre Zugänge
und Perspektiven

Cornelia Eisler, Katharina Schuchardt (Hg.)

Impressum

ISGV digital. Studien zur Landesgeschichte und
Kulturanthropologie 7
herausgegeben von Enno Bünz, Andreas Rutz,
Joachim Schneider und Ira Spieker

Redaktion:
Cornelia Eisler, Frauke Geyken,
Katharina Schuchardt

Layout: [Josephine Rank](#), Berlin
Technische Umsetzung (barrierefreies PDF):
Klaas Posselt, [einmanncombo](#)
Umschlaggestaltung: Josephine Rank
Grafik: Linda S. Gableske (5°Sued)

© Dresden 2023
Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde
Zellescher Weg 17 | 01069 Dresden

Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek
verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de>
abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

www.isgv.de

ISBN 978-3-948620-06-6

ISSN 2700-0613

DOI 10.25366/2022.112

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch
Steuermittel auf der Grundlage des vom
Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



| Inhalt

Cornelia Eisler und Katharina Schuchardt

Versprechen als kulturelle Konfigurationen in politischen Kontexten. Zur Einführung 8

Konturierungen von Versprechen. Theoretische Ansätze

Alexa Färber

Versprechen ernst nehmen. Zum analytischen Potenzial verlässlich unverlässlicher Verbindungen 18

Simone Abram

Promises of the past: transformations, transitions and traditions 34

Burkhard Liebsch

Versprechen und was man sich von ihnen verspricht: Zwischen ‚nichts‘ und ‚zuviel‘, Leere und Übermaß 47

Martina Röthl

Subjektivierungspotenziale. Der Topos des Versprechens, die Macht der Ungewissheit und die Frage nach ‚tatsächlichen‘ Subjektivierungen 63

Facetten und Perspektivierungen

Sarah May

Bioeconomy as a Promise 79

Katharina Schuchardt

Kohleausstieg, Strukturwandel, Transformation. Die Lausitz als
Versprechen 96

Stefan Groth

Versprechen als kontingente Praxis. Dimensionen des
Versprechens in multilateralen Verhandlungen 110

Christine Hämmerling

Zum Verhältnis von Vertrauen, Versprechen und Authentizität
Eine Reflexion am Beispiel der Spendeneinwerbung für
Nichtregierungsorganisationen 122

Cornelia Eisler

Gewisse Ungewissheiten. Reflexionen über die Versprechen
von Digital Humanities Projekten 132

Historische Dimensionen

Tobias Weger

Ein nicht eingelöstes Versprechen. Die Umsiedlung der
Deutschen aus der Dobrudscha 1940 und ihre Folgen 147

Beata Piecha-van Schagen

The promise of identity. The intangible cultural heritage of
the inhabitants of Upper Silesia in the context of migration 166

Theresa Gillinger

Widersprüchliche Versprechen? Die österreichische
Sozialdemokratie in Migrationsdebatten der späten Habsburger-
monarchie 183

Interdisziplinäre Zugänge

Dariusz Komorowski

Zwischen Ästhetik und Politik. Zum Versprechen in literarischen
 Manifesten 198

Insa Härtel

Gendiagnostik und Prävention am Beispiel der Mastektomie
 Angelina Jolies: Versprechen, Verdacht, Versprecher 210

Christina Flöhr, Selim Pekel

Wissenschaftlichkeit oder Trägerinteressen? Zum Umgang mit
 zwei musealen Versprechen am Beispiel des Ostpreußischen
 Landesmuseums 223

Silke Göttisch-Elten

Nachlese 236

Anhang

Autorinnen und Autoren 243

Versprechen als kulturelle Konfigurationen in politischen Kontexten

Zur Einführung

Cornelia Eisler und Katharina Schuchardt

Die Kulturanthropologie kann sich aus der Perspektive der Linguistik, der Politischen Anthropologie, der Stadtforschung, der Erzählforschung und auch der Digitalen Anthropologie mit Versprechen beschäftigen. Die Zugänge sind vielfältig und keinesfalls erschöpfend aufgezählt. Dabei gibt es oft gegensätzliche Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. Versprechen sind mitunter klar artikuliert und beeinflussen die alltägliche Kommunikation und die reziproke Wahrnehmung politischer Steuerungsprozesse, zuweilen treten sie vielmehr als implizite Bedingungen auf, die Strukturen und zukünftiges Handeln durchdringen. Der Blick auf Versprechen offenbart recht schnell, dass sie vielerorts Verwendung finden, dabei jedoch der direkten Wahrnehmung entgehen können. Beispiele dafür sind das Liebes- beziehungsweise Eheversprechen oder auch religiöse Versprechen auf Erlösung

und Wiedergeburt. In politischen Kontexten treten sie häufiger auf. 2020 deklarierte der damalige US-Präsident Donald Trump für seine Politik im Weißen Haus: *Promises made, promises kept*.¹ Journalisten und Journalistinnen hatten ein spezifisches Interesse daran, seine Bilanz zu verfolgen: Schlagzeilen von BBC News und CNN lauteten unter anderem: *Has Trump delivered on his promises* oder *Some of Trump's more notable broken promises*.² Versprechen scheinen insbesondere in Zeiten von Krisen, Veränderungen oder Neuausrichtungen von größerer Relevanz für viele Gesellschaften zu sein. Hier sind sie zudem als Ausdruck für den Wunsch nach Verlässlichkeit zu verstehen, wie in vielen

1 White House: Promises.

2 BBC: US election 2020; Subramaniam: From Building the Wall.

Beiträgen in diesem Band deutlich wird. Diese These führt zu der Überlegung, ob sich Versprechen auf besonders neuralgische Momente in der Gegenwart beziehen oder ob sie sich aus diesen Momenten heraus entwickeln.

Nicht nur auf den großen politischen Bühnen prägen sie gegenwärtige gesellschaftliche Praktiken, Diskurse und Deutungen und durchdringen den Alltag, vor allem beeinflussen sie zwischenmenschliche Beziehungen und sind eng mit Antizipation, Hoffnungen und Visionen verbunden. Entscheidungen über die Zukunft, die Menschen im Lichte vergangener Erfahrungen und aktueller Gegebenheiten treffen, werden von der Art und Weise beeinflusst, wie sie Versprechen wahrnahmen und antizipierten. Eine genauere Betrachtung historischer Versprechen kann die Hoffnungen aufdecken, die diese für die Zukunft weckten und die Enttäuschungen, die sich später möglicherweise offenbarten. Die Annahme, dass Versprechen ein kulturelles Konzept in Gesellschaften darstellen, erfordert die Betrachtung spezifischer Erwartungen, etwa im Hinblick auf Sicherheit sowie Stabilität innerhalb einer Gesellschaft. Sie sind jedoch nicht nur auf der Makroebene, sondern auch auf der Mikroebene von Interesse. Daher bietet die Auseinandersetzung mit politischen Kontexten, die beide Ebenen miteinander verbinden, ein besonderes Potenzial und wird in diesem Band als spezifisches Aushandlungsfeld näher betrachtet. Politische Kontexte vermögen es, die verbindende oder auch trennende Kraft von Versprechen aufzuzeigen und ‚Versprechenssituationen‘ als soziale Praxis sichtbar werden zu lassen. Versprechen, die von politischen und/oder staatlichen Akteuren gegeben, eingehalten oder gebrochen werden, beeinflussen das Alltagsleben von

Menschen. Außerdem basieren auch Institutionen auf Versprechen, die ihre Gründung und dauerhafte Fortführung legitimieren. Im kultur- und wissenschaftspolitischen Bereich können beispielsweise Forschungsstellen, Museen und Gedenkstätten angeführt werden, die mit Vorstellungen von der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse, also mit Zukunftsversprechen der Initiatoren und Initiatorinnen verknüpft werden. Umgekehrt können sich gesellschaftliche Entwicklungen auch auf politische Bereiche und ihre Institutionen auswirken.

Das australische Medienunternehmen „The Juice Media“ produziert sogenannte „Honest Government Ads“ und stellt Aussagen von Politikerinnen und Politikern, darunter auch Versprechen, auf satirische Weise explizit in Frage. In einem YouTube-Beitrag zum Umgang mit dem Klimawandel hält die Sprecherin fest, dass das globale Ziel einer Reduzierung des CO² Ausstoßes nur dann erreicht werden könne, wenn tatsächlich alle von der Politik gemachten Versprechen eingehalten werden. Dabei gäbe es eine „riesige Lücke zwischen dem Punkt, an dem die Menschheit in Bezug auf den Emissionsausstoß sein müsse“ (max. +1,5°C) und dem, „wohin wir uns mit den bisher gemachten Versprechen bewegen würden“³ (+2,2°C) – letzteres nur unter Einhaltung aller bereits formulierten Versprechen. Der Beitrag zeigt auf, inwiefern die Absicht der Versprechen-Gebenden überhaupt auf die Einhaltung ihrer Versprechen bedacht war und stellt damit die Frage nach dem Stellenwert von Versprechen in politischen Kontexten. Über sogenannte Absichtserklärungen

3 The Juice Media: Honest Government Ad.

werden Versprechen damit nur als rhetorisches Mittel genutzt und müssen sich die Frage nach ihrer sozialen Praxis gefallen lassen. Wem werden also unter welchen Umständen Versprechen gegeben und welche Glaubwürdigkeit wird ihnen beigemessen? Wie können Versprechen als ein Instrument der sprachlichen Vermittlung gezielt genutzt werden, um sich zu positionieren? Die Analyse von Versprechen durch die genaue Betrachtung der Verbindungen zwischen Makro- und Mikroebene kann somit als Zugang für unser Verständnis über die Funktionsweise von Gesellschaften dienen.

Eine Schlüsseldimension von Versprechen ist der Aspekt der Zeit. Wenn ein Versprechen gegeben wird, scheint die Zukunft unmittelbar als Teil der Gegenwart auf. Die Erwartungen sind oft hoch; etwas in Aussicht Gestelltes wird Teil des Jetzt und verweist auf etwas Kommendes. Von besonderem Interesse ist zum Beispiel der Zeitraum zwischen dem Geben eines Versprechens und seiner Einhaltung, der eine Art Übergangsphase darstellt; es gibt eine zeitliche Struktur, ein Vorher und ein Nachher von etwas, das sich erfüllen wird oder auch nicht. Versprechen können umgekehrt nicht folgenlos zurückgenommen werden, da die Versprechende Person dann als unzuverlässig und unglaubwürdig gilt. Auch hier fände dann eine Einteilung in ein Vorher – Versprechen als Aussicht – und ein Nachher – Versprechen als Enttäuschung – statt. Versprechen strukturieren somit die Zeitwahrnehmung und können nur unter Berücksichtigung ihres Kontextes und ihrer (sozialen und kulturellen) Beziehungen interpretiert werden.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen haben anregende

Forschungen zu säkularen wie religiösen Versprechen veröffentlicht, etwa im Hinblick auf das Konzept der illokutionären Akte oder in der Rechtsphilosophie und Literatur, wie Reinhard Wonneberger und Hans Peter Hecht, Manfred Schneider, Gregor Albers, Joachim Harst und Katharina Kaesling zeigen.⁴ Für die Sozialphilosophie gibt Burkhard Liebsch eine Einführung in die Bedeutung des Versprechens und stellt eine Vielzahl von Interpretationen zur Diskussion.⁵ Diese Werke sind in der Tat hilfreich für theoretische und methodische Ansätze und vor allem als Ausgangspunkt für kulturelle Analysen. Als ein eigenständiges, analytisches Konzept in der Kulturanthropologie wurden sie aber bisher nicht näher definiert. Im Rahmen der Zukunfts- und (Stadt-)Planungsforschung wurden Versprechen aber von Simone Abram, Gisa Weszkalnys und Alexa Färber als Performanzen und in ihrer Wirkung als soziale Praktiken diskutiert.⁶ Abram und Weszkalnys betonen die zentrale Rolle, die Versprechen in der Ethnographie der Planung spielen, weil sie es erlauben, „die Unordnung und Kontingenz verschiedener Formen der Planung einzubeziehen.“⁷ Beide Autorinnen verwenden das Konzept als „produktiven Ausgangspunkt“, um „Fragen der Zeitlichkeit, Räumlichkeit, Komplexität, Handlungsfähigkeit, Macht und Widerstand zu untersuchen, die in der Assemblage

4 Wonneberger/Hecht (Hg.): Verheißung; Schneider (Hg.): Die Ordnung; Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling (Hg.): Wortgebunden; Liebsch: Gegebenes Wort.

5 Siehe dazu auch Liebsch in diesem Band.

6 Abram/Weszkalny (Hg.): Introduction; Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit?

7 Abram/Weszkalny (Hg.): Introduction, S. 3. (Übersetzung der Autorinnen).

von Planungen impliziert sind.⁸ Mit dem Verweis auf John L. Austins Analyse des Versprechens als eines von „vielen anderen Performativen“, manchmal ohne Wirkung, aber immer mit Folgen, macht Alexa Färber hingegen deutlich, dass „die ziemlich offene Situation, die durch das Versprechen geschaffen wird, ein idealer Ausgangspunkt für die Analyse des Alltagslebens ist. Das Versprechen ermöglicht nämlich den Zugang zu einer Realität, die durch das Versprechen neu geordnet wird.“⁹

Verstehen wir Versprechen als Indikatoren gesellschaftlicher Transformationsprozesse, ermöglichen sie uns, über kulturanalytische Ansätze Perspektiven und Theorien miteinander zu kombinieren. Eine interdisziplinäre Herangehensweise an die Vielfalt der Versprechen scheint besonders fruchtbar zu sein, um den Blick durch unterschiedliche fachliche Verortungen und Zugänge zu schärfen und zu erweitern. Das breite Themenspektrum des Politikfeldes soll dabei als Zugang zur beobachtbaren Ambivalenz und Fluidität von Versprechen dienen. Aus der Perspektive der Kulturanthropologie ermöglichen die nachfolgenden Beiträge das Ausloten des analytischen Potenzials von Versprechen aus der Perspektive der Gestaltung (politischer) Alltagswelten – nicht nur für den Fachdiskurs, sondern auch darüber hinaus. Versprechen verbinden sich also vielfältig mit politischen Kontexten und weisen zugleich sehr unterschiedliche Qualitäten des Zugangs auf. Sie dabei greif- und handhabbar werden zu lassen ist der Anspruch des vorliegenden Bandes.

Für eine erste Annäherung an das Thema galten die folgenden Fragen gewissermaßen als Leitlinien: Welche Bedeutungen, Funktionen und Konsequenzen sind mit Versprechen verbunden? Wo können Versprechen sichtbar und nachvollziehbar werden? Wie können wir Versprechen konzeptualisieren und durch (kulturanthropologische) Analysen zugänglich machen? Die Beiträge in diesem Band enthalten erste Antworten darauf und sind das Ergebnis der Tagung „Versprechen als kulturelle Konfigurationen in politischen Kontexten. Zur Konturierung eines Konzepts“, die vom 4. bis 6. Mai 2022 in Dresden stattfand und die aufschlussreiche Diskussionen bot sowie interessante Anregungen gab. Den Auftakt bilden Beiträge, die sich der **Konturierungen von Versprechen** widmen. Theoretische Ansätze zur Annäherung an Versprechen stehen hier im Mittelpunkt. *Alexa Färbers* Ausgangspunkt bildet der französische Film „Les promesses“, in dem es im weiteren Sinne um Wahlversprechen geht. Sie fragt danach, welche Verbindungen Versprechen stiften können und welche sozialen Kontexte mit ihnen verbunden sind. Vor allem die Ambivalenz von Versprechen erfordert gewissermaßen ein „Durchhalten“ auf etwas in Aussicht Gestelltes, nicht nur im politischen Bereich. Für ihren theoretischen Zugriff arbeitet sie drei „Wirkungen von Versprechenssituationen“ heraus, die sich auf strukturelle, emotionale und erzähltheoretische Eigenschaften von Versprechen beziehen. Über die Betrachtung infrastruktureller Projekte im Stadtraum von Paris führt sie diese zusammen und schlägt die Nutzung von Assemblage für einen analytischen Zugriff vor. *Simone Abram* erörtert die neu aufkommenden Versprechen durch die Nutzung des industriellen Erbes in den Kohlerevieren

8 Abram/Weszkalny (Hg.): Introduction, S. 4. (Übersetzung der Autorinnen).

9 Färber: *Gegen Ungleichzeitigkeit?*, S. 32.

Nordenglands. Nach dem Ende der Kohleförderung in Großbritannien, das als ein Versprechen an eine „neue politische Landschaft“ und an die Zukunft gegeben wurde, sollen nun die stillgelegten Minen für eine ‚saubere‘ Wärmege- winnung genutzt werden. Damit geht ein neues Versprechen auf Nachhaltigkeit einher. Anhand des Blicks auf die Infrastruktur verdeutlicht sie, inwiefern Versprechen nicht nur als Sprechakt, sondern auch als Metapher gesehen werden können, die alle Arten von Versprechungen bündeln. Der Blick auf Infrastruktur eignet sich daher besonders, um Versprechen von Moderne und Zukunft zu analysieren und sie mit gesamtgesellschaftlichen Kontexten zu verknüpfen. Die provokante Frage, weshalb Versprechen im Kontext politischer Lebensformen trotz maßloser Enttäuschungen überhaupt noch gegeben und entgegengenommen werden, nimmt *Burkhard Liebsch* zum Ausgangspunkt einer Diskussion über die „Spielräume des Versprechens als sozialer Institution“. Handelt es sich bei Versprechen lediglich um ein rhetorisches Phänomen oder kann es weiterhin als ein tragfähiges Konzept verstanden werden? Trotz Verunsicherungen und Vertrauensverlust werden Versprechen weiterhin gegeben. Ungeachtet ihrer Unverbindlichkeit, besonders auch der Tatsache, dass sie oft von politischen Institutionen und deren Vertretern und Vertreterinnen nicht eingehalten werden, werden sie immer wieder durch Rechtfertigungsstrategien rehabilitiert, denn die Alternative wäre eine vollständige Preisgabe der Erwartungen an diese Institutionen. *Martina Röthl* nähert sich dem Topos des Versprechens in seinen Relationen zu Subjektivierungen und diskutiert die grundsätzlichen methodischen wie heuristischen Voraussetzungen. Das empirische

Material bezieht sie aus Projekten zum Feminismus und der Vermittlung von Geschlechterwissen. Ihr Fokus liegt auf den Versprechen an sich selbst, wobei sie die Entwürfe des zukünftigen Selbst genauer in den Blick nimmt. Sie fragt danach, was Subjektivierungspotenziale benötigen, um in Betracht gezogen zu werden, was sich also Individuen für sich selbst versprechen, wenn sie diese annehmen und wie sie dadurch ihr zukünftiges Selbst entwerfen.

Die verschiedenen **Facetten und Perspektivierungen** werden durch Beiträge deutlich, die sich mit Beispielen in diversen politischen Kontexten beschäftigen, in denen Versprechen eingesetzt, gegeben und (nicht) eingehalten werden. Hier steht vor allem der den Versprechen innewohnende Einfluss auf die Ausgestaltung von Alltag und Gesellschaft im Fokus empirischer Beobachtungen und Analysen. *Sarah May* zeigt auf, wie die Bioökonomie als ein ökonomisches Versprechen aufgemacht und seine Glaubwürdigkeit über die Verknüpfung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen entsteht. Sie verdeutlicht, wie dieser Rahmen auf politischer Ebene machtvoll gesetzt wird und wie sich Akteurinnen und Akteure auf ihn stützen. Dabei konzeptualisiert sie sowohl die darin enthaltenen temporalen Verknüpfungen als auch die unternehmerische Entscheidung zwischen Sicherheit und Risiko, die die Ambivalenz eines auf Zukunft ausgerichteten Versprechensdiskurses mit sich bringt. *Katharina Schuchardt* untersucht die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in der Lausitz, einer Region, die im Süden Brandenburgs, im nördlichen Sachsen und in Südwestpolen gelegen, entscheidend vom Braunkohleabbau geprägt ist. Der Versprechensdiskurs umfasst

hier alle zeitlichen Ebenen. Versprechen werden als Mittel zur Verarbeitung des in der Vergangenheit schwierig verlaufenden Strukturwandels ebenso eingesetzt wie für die Imaginationen der Zukunft in der Lausitz in der jetzigen Transformationsphase. Trotz ihrer, besonders in politischen Bereichen aufscheinenden Unverbindlichkeit, erkennt Schuchardt in ihnen stabilisierende Wirkungen und das Potenzial zur Stiftung von sozialen Beziehungen, wobei immer auch die ihnen innewohnenden Machtkonstellationen zu berücksichtigen sind. Eine Analyse von Versprechen als Bestandteil der kommunikativen Strukturen internationaler Organisationen unternimmt *Stefan Groth*. Er fragt nach den Möglichkeiten der Interpretation dieser Zusicherungen durch unterschiedliche Akteure und Akteurinnen in internationalen Verhandlungskontexten. Dabei zeigt er auf, dass es durchaus Nuancen der Verbindlichkeit geben kann und plädiert dafür, die Kontingenz als Normalfall beziehungsweise als Potenzial anzuerkennen. *Christine Hämmerling* nimmt Vertrauen als eine zentrale, Versprechen konstituierende Eigenschaft in den Blick. Anhand des Dreiecksverhältnisses zwischen NGO, Spendenden und Spendensammelnden verdeutlicht sie die Voraussetzungen und Konsequenzen, die das Vertrauensverhältnis, Erwartungen und Erfahrungen im Spendenkontext wechselseitig bedingen. Gleichzeitig zeigt sie auf, wie diese Werte von Seiten der NGOs bewusst eingesetzt werden, um affektiv mögliche Spenderinnen und Spender zu gewinnen, weshalb Versprechen als eine Art Währung zu betrachten sind. Darin eingeschrieben sind sowohl implizite als auch explizite Versprechen, die einen gemeinsamen Wertekanon ansprechen und deren Vermittlung als

authentisch angesehen werden muss, um wiederum die Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. Zuversicht und Vertrauen spielen auch bei *Cornelia Eisler* eine entscheidende Rolle, wenn sie sich den Projekten in den Digital Humanities und deren impliziter Wirkkraft widmet. Digital Humanities lancieren zwischen den Möglichkeiten des neuartigen Erkenntnisgewinns und einer ihnen entgegengebrachten Skepsis. Dieses Spannungsfeld öffnet den Blick für die Versprechen, die in den neuen Herangehensweisen gelesen und über Prognosen und Ziele implizit artikuliert werden. Sie evozieren eine Erwartungshaltung hinsichtlich des neuen Forschungspotenzials. Gleichzeitig wird aufgezeigt, dass die grundsätzlich gegensätzlichen Pole von Versprechen – Risiko und Unsicherheit gegenüber Kontrolle und Gewissheit – sich nicht unvereinbar gegenüberstehen, sondern erst den Artikulationsraum für die Digital Humanities eröffnen.

Den Einfluss der Vergangenheit und die Auswirkungen (nicht) eingehaltener Versprechen sowie ihr rhetorischer Einsatz verdeutlicht der Blick auf die **Historischen Dimensionen**. Die Rückschau auf politische Versprechen in der Vergangenheit ermöglichen eine besondere Perspektive auf die Diskurse und sozialen Praktiken. Indem der gesamte Verlauf von Geben, Entgegennehmen, Halten, Aushandeln und vor allem die Nichterfüllung von Versprechen nachvollzogen wird, bietet sich die Möglichkeit, Vorannahmen, Erwartungshaltungen und Konsequenzen des Handelns und Nichthandelns im zeitlichen Ablauf und vorrangig in ihrem komplexen Kontext einzubeziehen. Welche langfristigen Auswirkungen nicht eingehaltene Versprechen haben können, zeigt *Tobias Weger* am Beispiel der

nationalsozialistischen Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hier basierten Versprechen auf einer machtpolitischen Asymmetrie zwischen denen, die versprechen konnten und denen, die tiefgreifende Entscheidungen aufgrund dieser Versprechen trafen und sich dadurch in die Abhängigkeit der Versprechenden begaben. Als Teil der staatlichen Propaganda wurde den Deutschen aus der Dobrudscha eine bessere Zukunft durch sichere, eigenständige und wohlhabende Existenzen als deutsche Bürger und Bürgerinnen im damaligen Deutschen Reich versprochen. In der Realität bedeutete jedoch die damit begründete, als ‚heim ins Reich‘ titulierte Umsiedlung langjährige Lageraufenthalte, Erniedrigungen und bescherte den Betroffenen deutlich schlechtere Lebensbedingungen als in der Dobrudscha. Die Forderung der Internierten, dass Versprechen eingehalten werden sollten, führte gar zu Strafen und in manchen Fällen sogar zu KZ-Aufenthalten. Das Vertrauen in den Staat wurde dadurch bei einigen Betroffenen nachhaltig erschüttert; eine Erschütterung, die anhielt und zur Abkehr vom deutschen Staat und zu weiteren Wanderungsbewegungen der Betroffenen führte. *Beata Piecha-van Schagen* widmet sich dem schwierigen Spannungsverhältnis nationaler und regionaler Zuschreibungen am Beispiel Oberschlesiens. Anhand verschiedener Beispiele zeigt sie auf, wie die Oberschlesierinnen und Oberschlesier sich die Existenz eines eigenen Gebiets versprochen. Identität, Sprache und Religion, Abgrenzung und Annäherung wurden damit zu Markern eines regionalen Versprechens, das seinen Ausdruck heute in Traditionen und in der Geschichte findet und in der Region weitertransportiert wird. Den

historischen Wahlversprechen der österreichischen Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts und dem ambivalenten Umgang mit ihnen widmet sich *Theresa Gillingers* Beitrag. Sie analysiert, wie bereits vor etwa 100 Jahren unverbindliche Versprechen zur Freizügigkeit von Arbeitsmigranten und -migrantinnen von den österreichischen Sozialdemokraten gegeben wurden. Das politische Handeln der Sozialdemokratie widersprach jedoch den gemachten Aussagen, was in der Unvereinbarkeit des klassischen sozialdemokratischen Anspruchs auf internationale Solidarität mit der konkreten ausländerfeindlichen Haltung der österreichischen Sozialdemokratie eklatant sichtbar wurde. Gillinger schlägt für diesen Sachverhalt den Begriff der Metaversprechen vor, die als kulturelle Konfigurationen weder eindeutig implizite noch explizite Versprechen darstellen. Sie weisen emotionale Bindungskraft auf, auch wenn sie sich nicht in den tatsächlichen Handlungen der Politiker widerspiegeln.

Den Abschluss bilden die **interdisziplinären Zugänge**, die aus anderen fachlichen Verortungen und Kontexten heraus Versprechen einordnen und Impulse für weiterführende Betrachtungen bieten. So untersucht *Dariusz Komorowski*, wie sich Versprechen in literarische Manifeste eingeschrieben haben, wo sie als Visionen für die Zukunft gelten. Die Verschränkung der Gegenwart mit der Zukunft ist auch die Stärke des Versprechens in diesem Kontext, das nicht nur Vorstellungen von Zukunft in die Gegenwart transferiert, sondern gleichsam die Gegenwart dadurch mitgestaltet – es gilt, die aktuellen Zustände zu überwinden. Manifeste versprechen daher zugleich Kritik an der Gegenwart. Versprechen haben damit auch eine starke Imaginationskraft,

über deren Potenzial sie Veränderungen anzustoßen vermögen. Handlungen, die vorgenommen werden, weil die eigene Zukunft im Sinne des Heilversprechens gestaltbar scheint, nimmt *Insa Härtel* in den Blick. Sie geht auf medizinische, lebensverändernde Maßnahmen ein, die aufgrund von Gendiagnostik, Statistik und Wahrscheinlichkeit präventiv möglich wären. Durch den Fall der öffentlich kommunizierten Mastektomie von Angelina Jolie erfuhren diese Maßnahmen eine zusätzliche Bedeutungsdimension. Hier scheint mit dem Versprechen auf eine ‚gesunde Zukunft‘ durch Prävention die Gefahr des Exzesses, des ‚Viel zu Viel‘ verbunden zu sein. Dass auch Institutionen etwas versprechen können, thematisieren *Christina Flöhr* und *Selim Pekel* in ihrem Beitrag zu Museen. Am Beispiel des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg erörtern sie konfligierende Versprechen im Kontext musealer Institutionen, deren Erfüllung aufgrund der Konstellation nicht immer möglich ist. Sie differenzieren hier zwischen Trägerinteressen und museologisch-wissenschaftlichen Standards im Interesse der Museumsbesucher und -besucherinnen und zeigen, wie es mittels impliziter Versprechen zu Interessenkonflikten kommen kann.

Trotz der Interdisziplinarität und Vielfältigkeit der Beiträge gelingt es *Silke Göttisch-Elten* in ihrer **Nachlese** alle Fäden wieder zusammenzuführen. Sie spricht sich für einen offenen Begriff des Versprechens für die kulturanthropologische Analyse aus und rät zu einer akteurszentrierten Herangehensweise. Wenn die mit Versprechen verbundenen Zeitebenen dabei Berücksichtigung finden, kann es gelingen, die Transformation ihrer Bedeutungen im Blick zu behalten.

Für Ihre Beteiligung, ihre Denkanstöße und Reflexionen zu dieser anspruchsvollen Thematik möchten wir allen Autorinnen und Autoren abschließend danken und dafür, dass sie dem Band trotz des hohen Zeitdrucks treu blieben. Ein großer Dank geht an Frauke Geyken, die mit besonderer Sorgfalt die Manuskripte redigieren half. Wir möchten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ISGV für ihre Unterstützung danken und den Herausgeberinnen und Herausgebern für die Aufnahme des Bandes in ihre Reihe. Ein besonderer Dank geht – last, but not least – an Silke Göttisch-Elten und Ira Spieker für die Begleitung und Ermutigung, sich dieses Themas anzunehmen.

Linksammlung

Zugriff am 15.10.2022

The Juice Media: Honest Government Ad | Net Zero (feat. Greta Thunberg); URL: <https://www.youtube.com/watch?v=1FqXTCvDLeo>.

Literatur

Simone Abram/Gisa Weszkalny: Introduction. In: Simone Abram/Gisa Weszkalny (Hg.): *Elusive Promises. Planning in the Contemporary World*, New York/Oxford 2013, S. 1-33.

Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling (Hg.): *Wortgebunden. Zur Verbindlichkeit von Versprechen in Recht und Literatur*, Frankfurt am Main 2021.

BBC News: US election 2020: Has Trump Delivered on his Promises?, 15.10.2020; URL: <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-37982000>.

Alexa Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit? Das Versprechen als alltagskulturelle Vergegenwärtigung von (urbanen) Zukünften. In: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria Huszka/

Kerstin Wolff (Hg.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, S. 25-41.

Burkhard Liebsch: Gegebenes Wort oder gelebtes Versprechen: Quellen und Brennpunkte der Sozialphilosophie, Freiburg 2008.

Manfred Schneider (Hg.): Die Ordnung des Versprechens. Naturrecht – Institution – Sprechakt, München 2005.

Tara Subramaniam: From Building the Wall to Bringing Back Coal: Some of Trump's More Notable Broken Promises, CNN, 30.1.2021; URL: <https://edition.cnn.com/2021/01/30/politics/trump-broken-promises/index.html>.

White House: Promises Made, Promises Kept, 30.4.2022; URL: <https://trumpwhitehouse.archives.gov/>.

Reinhard Wonneberger/Hans Peter Hecht (Hg.): Verheißung und Versprechen. Eine theologische und sprachanalytische Klärung, Göttingen/Zürich 1986.

Konturierungen von Versprechen. Theoretische Ansätze

Versprechen ernst nehmen

Zum analytischen Potenzial verlässlich unverlässlicher Verbindungen

Alexa Färber

Im Winter 2021/22 waren im Stadtbild von Paris gleich mehrere Plakate zu entdecken, die „promesses“, Versprechen, annoncierten: Das Theaterstück „La promesse de l'aube“, das auf den gleichnamigen, 1960 veröffentlichten, mehrfach verfilmten autobiographischen Roman des schillernden Autors Romain Gary zurückgeht und im Kulturzentrum „Lucernaire“ in der Nähe des Jardin de Luxembourg aufgeführt wurde; außerdem „Promesses de Campagne“, eine Komödie über den Politikbetrieb im Wahlkampf von Pierre Sauvill, die auf der anderen Seite der Seine in Belleville im Theater-/Konzertsaal „Al Hambre“ gespielt wurde. Schließlich wurde der Film „Les Promesses“ von Thomas Kruithof, der auf der Biennale in Venedig 2021 seine Premiere hatte und ab Anfang 2022 in den örtlichen Kinos anlief, stadtweit plakatiert (siehe Abbildung 1 bis 3). Im Zentrum des Spielfilms steht die

engagierte Bürgermeisterin einer Pariser Vorstadt im Département Seine-Saint-Denis, die versucht, mit Hilfe einer Ausschreibung für Stadtentwicklungsprojekte einer Großwohnsiedlung der 1960er Jahre zur dringend notwendigen Sanierung zu verhelfen. Eine Investition in Millionenhöhe, die der von Alteingesessenen und jüngst Zugewanderten bewohnten Hochhaus-siedlung eine Zukunft ermöglichen soll.

Um ihr Ziel zu erreichen, die Gelder für die Sanierung zu erhalten, schlägt die findige Bürgermeisterin, Clémence Collombet, dem Verantwortlichen in der regionalen Stadtentwicklungsgesellschaft einen, wie sie es nennt, *Deal* vor. Ein Deal, der noch innerhalb ihres zweiten Mandats zu einem guten Abschluss gebracht werden soll. Das sei sie, so argumentiert Collombet gegenüber kritisch Nachfragenden, der Stadt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schuldig,



Abbildung 1: Plakatierung im 6. Arrondissement von Paris für das Theaterstück „La promesse de l'aube“ im Lucernaire nach dem gleichnamigen Roman von Romain Gary.



Abbildung 2: Plakatierung im 18. Arrondissement von Paris für die Komödie „Promesses de Campagne“ von Pierre Sauvil im Theater Alhambra, Erstaufführung am 22. Januar 2022.

denn noch einmal wird sie nicht antreten. Dieses Versprechen hatte sie wiederum im Wahlkampf gegeben und damit in Aussicht gestellt, dass sie den Weg für die jüngere Generation frei machen werde. Eine weitere, vieldeutige Zusage, die für das Filmgeschehen richtungweisend wird.

Selbstverständlich kommt vieles anders, als es in den verschiedenen Zusagen ausgemalt worden war. In einer Szene, die für die Perspektive des Films auf die soziale Praxis des Versprechens zentral ist, atmet Collombet sichtlich auf, als ihr äußerst politikversierter und loyaler Mitarbeiter, Yazid Jabbi, die moralische Grundlage für ein taktisches und deshalb riskantes Versprechen formuliert, das sie nur ungern gibt. Clémence Collombet: *Donc je suis hönnete, mais je mens.* („Ich bin also ehrlich, aber ich lüge.“) Yazid Jabbi: *Une promesse non tenue n'est pas un mensonge.* („Ein nicht gehaltenes Versprechen ist keine Lüge.“)

Clémence Collombet lächelt.

Die filmische Darstellung mehr oder weniger erfüllbarer und glaubwürdiger Versprechen, die unterschiedliche Akteurinnen und Akteure in einem politischen Feld miteinander ins Spiel bringen, ist nicht unrealistisch. Vielfältige, auf zukünftige Realisierung gerichtete Versprechen verbinden kommunale mit regionalen Arbeitszusammenhängen und darüber hinaus mit dem Stadtentwicklungsministerium. Le Grand Paris, das gewaltige, 2007 in Planung gegangene Stadtentwicklungsprojekt, das Paris um über 100 Gemeinden und bis 2030 um entsprechend viele neue Métro-Stationen erweitert, steht als großes Versprechen mit nationaler Tragweite im Raum. Es ist die Voraussetzung dafür, dass das Vorhaben der Kommunalpolitikerin überhaupt als lokales Versprechen geäußert werden kann und so gesehen die Maßstabsebenen von der Lokalbürgermeisterin über die regionale Stadtentwicklungsgesellschaft bis hin zum nationalen Stadtentwicklungsministerium verknüpfbar werden.

Wie genau greifen – auch außerhalb cineastischer Vorstellung und Darstellung – Versprechen ineinander? Welche Wirkmächte sind dabei am Werk? Und ist das Feld des Politischen spezifisch in dieser Hinsicht? In diesem Beitrag möchte ich die vom Film inszenierte, Ebenen verbindende Kraft des Versprechens zum Anlass nehmen, den grundlegenden Potenzialen von Versprechen nachzugehen. Was ich im Folgenden für die Stadtforschung entfalten werde, ist für städtische und stadtpolitische Alltagspraktiken aufschlussreich. Eine analytische Perspektive auf Versprechen eignet sich, um zu verdeutlichen, wie Stadt und Gesellschaft alltäglich politisch angeeignet, ‚gespielt‘ und artikuliert werden. Diese performative Wirkung von Versprechen erlaubt aber auch, die Vielschichtigkeit der im Alltag mit Versprechen verbundenen Erwartungen in Städten und die sich aus diesen Erwartungen speisenden Auffassungen von Stadt und Gesellschaft zu erkennen. Dass dabei vor allem die geringe Greifbarkeit, die ‚elusiveness‘, von Versprechen zu Tage tritt, ist empirisch von Bedeutung.¹ Diese Flüchtigkeit lässt sich konzeptionell fassen, wie ich mit der Forschungsperspektive auf Stadt als „promissory assemblage“ vorschlagen möchte.² Eine solche Perspektive ist von Ansätzen geleitet, die Performanz orientiert und für sozio-materielle Gefüge sensibel sind.

Die Ausgangsbeobachtung ist, dass Versprechen zwar wirksam aber auf mehrfache Weise ambivalent sind. Zum einen kann der Gegenstand eines Versprechens verschieden gedeutet

werden. Das, was für einen Personenkreis ein freudiges Versprechen ist, kann von anderen als eine Drohung aufgefasst werden.³ Wenn wir an ein Bauprojekt wie einen Flughafen denken, so mag er den einen als ein Versprechen auf schnelle Mobilität gelten, während er für die unmittelbare Nachbarschaft die Lebensqualität aufgrund von Lärmbelästigung zu vermindern droht und eine Bedrohung für die Umwelt darstellt. Abgesehen davon, dass einem solchen Versprechen sicherlich auch mit Skepsis hinsichtlich seines in Aussicht gestellten Realisierungszeitraums begegnet wird, kann ein Versprechen so gesehen durchaus Effekte auf Personen haben, an die sich das Versprechen selbst nicht richtet. Zum anderen kann die freudige Erwartung, dass ein Versprechen sich erfüllen möge, in eine auszehrende Bindung an die herbeigesehnte Erfüllung umschlagen.⁴ Dies hängt wiederum damit zusammen, dass Versprechen verlässlich/unverlässlich sind und Zeit ver-/brauchen. Schließlich ist auch das ‚Durchhalten‘, bis ein Versprechen in Erfüllung gehen möge, nicht eindeutig. Es kann als machtvoller Effekt auf Menschen und Nicht-Menschen oder als

1 Siehe Abram/Weszkalnys: Elusive Promises.

2 Siehe erste Überlegungen dazu in Färber: How Does ANT.

3 John Searle argumentiert, dass Versprechen keine Drohungen sein können, da eine der Bedingungen für Versprechen sei, dass etwas für jemanden nicht gegen jemanden getan wird. Searle: What is a speech act?, S. 11. Hier soll dagegen aber betont werden, dass der Inhalt eines an andere adressierten Versprechens als Drohung wahrgenommen werden kann.

4 Herbeigesehnte, begehrte Objekte, „objects of desire“ beruhen laut der Kulturwissenschaftlerin Lauren Berlant auf ganzen Bündeln an Versprechen. Diese „clusters of promises“ destilliert Berlant aus Film- und Literaturanalysen heraus. Berlant: Cruel Optimism.

Bedingung fürs selbstermächtigende Reklamieren von Versprechen gedeutet werden.⁵

Diese ambivalente Qualität von Versprechen und die Zweideutigkeit des ‚Durchhaltens‘ verweisen darauf, dass mit dem Versprechen, sofern es ernst genommen wird, oder immer dann, wenn es ernst genommen wird, eine gewisse Anspannung einhergeht. Diese Anspannung transportiert der Film „Les promesses“, in meinen Augen, an allererster Stelle. Mit der analytischen Figur der Assemblage, die Verbindungsqualitäten und die damit einhergehenden Stabilisierungspraktiken erforschbar macht, lässt sich diese Spannung begreifen.

In einem ersten Schritt werde ich mit Hilfe sprechakttheoretischer und linguistischer Anthropologie die grundlegende Ambivalenz von Versprechenssituationen beleuchten. Ambivalenz erscheint hier als eine alltäglich erfahrbare Inkonsistenz zwischen Sprechen, Handeln und Deuten, die zur Auseinandersetzung anregt oder auch einfach hingenommen wird. Als weiterführende Beobachtungsperspektiven unterscheide ich an dieser Stelle drei Wirkungen des Versprechens: die organisierende, bindende und narrative Kraft. Im zweiten Schritt wird am Beispiel von Infrastrukturen gezeigt, dass die Inkonsistenz dieser häufig politischen Versprechen auch auf die Vielfalt der damit verbundenen zeitlichen Dimensionen zurückgeht.

Abschließend möchte ich auf Paris – das Setting des Films „Les Promesses“ – zurückkommen,

und den Gedanken von Stadt als „promissory assemblage“ vorstellen. Anhand eines laufenden Forschungsprojekts zu Kulturinstitutionen in Paris skizziere ich, wie sich die Vielschichtigkeit von Versprechen entlang der stadtanthropologischen Unterscheidung untersuchen lässt und diese dabei in der Stadt, in der spezifischen Stadt und im Städtischen an sich verortet. Das mit diesem Beitrag verbundene Plädoyer dafür, Versprechen analytisch ernst zu nehmen, beruht zum einen auf Forschungsperspektiven, die sich der grundlegenden Inkonsistenz von Versprechenssituationen widmen. Zum anderen ist es von dem Anliegen begleitet, Durchhalten als Effekt (politischer) Versprechen kritisch greifbar zu machen.

Verlässlich unverlässlich: Versprechenssituationen und -potenziale

Der Film „Les Promesses“ inszeniert unzählige Handschläge zwischen verschiedenen Menschen. Zwei Seiten haben sich auf etwas geeinigt, die Verantwortlichen geben sich die Hand, um eine Abmachung zu unterstreichen. Der Handschlag ist ein verführerisches Bild im Kontext von Versprechen und Politik, das aus der ungleichen Beziehung zwischen Versprechendem und Gegenüber ebenbürtige Partnerinnen und Partner macht. Denn, wenn die Egalität zwischen den sich die Hände gebenden Partnerinnen und Partnern auch nicht über die Situation des Handschlags hinausreicht, so suggeriert dieser kurze Moment doch, dass es in Zukunft so sein könnte. Das Bild eines Handschlags selbst beinhaltet so gesehen viel mehr ein Versprechen hinsichtlich dieser möglichen

5 Schon Berlant betont die Mehrdeutigkeit von „endurance“. Laura Kemmer hebt in ihrer stadtanthropologischen Studie über Aktivismus in Rio de Janeiro besonders das emanzipative, selbstermächtigende Potenzial durch Durchhalten hervor. Siehe Kemmer: Free Riding Rio.

Partnerschaft, als dass wir die getroffene Abmachung als ein Versprechen verstehen sollten. Was hier miteinander ins Spiel kommt, ist zum einen eine historische, kontraktuelle Dimension, die dem positiven Recht vorausgeht und im Versprechen immer noch mitschwingt.⁶ Zum anderen zeigt sich im für das Versprechen unpassenden Bild des Handschlags, wie schillernd Versprechen auch im politischen Feld auftreten, wo sie als Sprechakte formalisiert und gleichzeitig mit anderen Zusagen verwechselbar sind. Auf diese an den Sprechakt gebundene Inkonsistenz hat bereits John L. Austin hingewiesen, der dem Versprechen, wie allen verpflichtenden Sprechakten („commissives“), eine spezifische Kraft zuschreibt. Die in Austins Worten „illocutionary force“ von Versprechen bewegt etwas und zieht konventionelle Reaktionen nach sich.⁷ Sie ist eine Form von Verbindlichkeit, die nicht juristisch einzufordern ist. Sie besagt, dass jemand die Intention hat, in der Zukunft etwas zu tun. Die Praxis des Versprechens bezeichnet deshalb vor allem die Absicht, das Versprechen einzuhalten. Dafür braucht es ein bestimmtes Setting und legitime, versprechende Personen sowie Gegenüber. In dieser Situation kann die

Motivation, etwas zu tun, in Form eines Versprechens artikuliert werden und eine dadurch geschürte Erwartung entstehen. Aber, so der durchaus witzige Austin, nur die Tumpen würden sagen, dass ein Wort auch eine Verpflichtung sei.⁸

Die Arbeit des linguistischen Anthropologen Alessandro Duranti gibt nun konkret Einblick darein, wie Inkonsistenz in Bezug auf Versprechen im politischen Feld entsteht, wirkt und bearbeitet wird. In seinen kulturvergleichenden Studien zwischen Samoa und den USA ist Duranti auf verschiedene Formen von Versprechen gestoßen, die er im weiteren Kontext einer sprachanalytischen Anthropologie der Intention bearbeitet. Seine mikroanalytische Auseinandersetzung mit Wahlkampfsituationen in den USA zeigt, wie und warum sich Versprechen innerhalb eines Wahlkampfes ändern. Duranti beobachtet eine Reihe von Veranstaltungen, in denen ein Kandidat für das House of Representatives sich und sein Programm präsentiert. Er stellt dabei fest, dass der durchaus sprachgewandte Akademiker, der aber Neuling im Feld der Politik ist, keineswegs immer die gleichen Reden hält und Versprechen gibt. Vielmehr erscheint die Wahlkampfsituation als ein ständiges Ausbalancieren zwischen der Stimme des Sprechenden und seinem Publikum: „this struggle fought over the right balance between pleasing others and asserting oneself reminds us of the fact that as political candidates refine their message to meet the challenges of a political campaign, they are often making claims or promises whose

6 Siehe in diesem Band: Götsch-Elten: Nachlese und Albers/Harst/Haesling: Fesseln der Begierde, S. 10-11. Einen weiteren rechtsphilosophisch-kulturwissenschaftlichen Überblick verschafft der Band Schneider: Die Ordnung des Versprechens.

7 John L. Austin beschäftigt sich in seinem Hauptwerk „How to Do Things with Words“ (1962) ausführlich mit den verschiedenen sprachphilosophischen Eigenheiten von Versprechen. Sein Werk ist seitdem vielfach kritisiert und weiterentwickelt worden. Der grundlegende Gedanke der Performativität von Sprechakten ist für die ethnographische Forschung nach wie vor von Bedeutung. Siehe Austin: How to Do.

8 Austin schreibt: „Accuracy and morality alike are on the side of the plain saying that *our word is our bond*.“ Austin: How to Do, S. 10.

meanings or implications are not fully worked out until they are made public“.⁹

Erst in der Situation des öffentlichen Sprechens ergibt sich die spezifische Aussage und das konkrete Versprechen, die in diesem Moment aber keineswegs konsistent sein müssen. Der Wahlkampf entspricht laut Duranti vielmehr einem Lernprozess darüber, wie das Intendierte und die damit verbundenen Versprechen am besten gegenüber einem immer unterschiedlichen Publikum geäußert werden müssten. Die politische Praxis der Wahlkampfede gleicht einer öffentlichen Suche nach Intention, während derer die kandidierende Person sich korrigiert, von einem zum anderen Mal sicherer wird, aber auf dem Weg dahin eine Reihe durchaus unausgegorener Versprechen gegeben hat.

Aus empirisch kulturwissenschaftlicher Perspektive ist das bedeutungsvoll, weil die Analyse der konkreten Versprechenssituationen zum einen sichtbar macht, wie Versprechen im Alltag gegeben werden – und nicht, wie sie später erzählt werden. Zum anderen wird in der Analyse dieses öffentlichen Lernprozesses die erwartbare Inkonsistenz von Versprechen deutlich. In den einzelnen Situationen mögen die Wahlversprechen plausibel gewesen sein; in der Gesamtschau unterscheiden sie sich voneinander und können so gesehen nicht auf eine Aussage reduziert werden. Dies geschieht aber trotzdem, indem beispielsweise von dem einen zentralen Wahlversprechen berichtet oder nach dem ersten Jahr der Amtszeit das etwaige Einlösen evaluiert wird. Gleichzeitig ist der Hinweis auf das Nichteinhalten ebenfalls keine

Überraschung. Im turnusmäßigen Wettbewerb um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler liegt ein struktureller Grund für die verlässliche Unverlässlichkeit von Versprechen. Auch wenn es die Intention ist, verbindliche Versprechen zu geben, so ist der Weg dahin erwartbar steinig und inkonsistent.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Wirkungen von Versprechenssituationen herausdestillieren: die organisierende, bindende und narrative Kraft von Versprechen.

Die organisierende Kraft von Versprechen liegt zum einen in der Sprechaktsituation selbst begründet. Die Wirkung des in diesem Setting geäußerten Versprechens ist ordnend-organisierend, da es ein Vorher und Nachher markiert: „between an ensemble of antecedents and posterior conditions“.¹⁰ Institutionen erfahren beispielsweise Momente der Neuorganisation durch Stellenbesetzungen, aber auch ein ‚vielversprechender‘ Veranstaltungskalender organisiert eine Abfolge an Ereignissen, die entsprechende Erwartungen wecken sollen. Diese organisierende Kraft von Versprechen, die Vergangenheit von vergegenwärtigter Zukunft trennt, wirkt, wie oben bereits angesprochen, darüber hinaus räumlich anordnend: Was an einem Ort als Versprechen geäußert wird, kann an einem anderen Ort als Drohung aufgefasst werden.

Aus der allzu offensichtlichen verbindenden Kraft von Versprechen ergibt sich wohl die gängige Auffassung einer besonderen Verbindlichkeit. Analytisch gesehen ist aber mit dem Versprechen genau das Gegenteil möglich, nämlich

9 Duranti: *The Anthropology of Intentions*, S. 149-150.

10 Siehe im Onlineportal <http://modesofexistence.org> der Eintrag „Austin“.

auf die verbindende Kraft in Form von Unverbindlichkeit hinzuweisen. In diesem Sinne verhilft die Aufmerksamkeit für die verbindende Kraft dazu, eine Forschungsperspektive zu verfolgen, die das verlässlich Unverlässliche ausleuchtet und fragt, wie mit dieser Inkonsistenz im Alltag umgegangen wird. Ein alltäglicher Umgang mit Inkonsistenz wird sich auch auf das Durchhalten und sein Potenzial auswirken, das sich an eine Versprechenssituation anschließen kann: Wie wird an der Verbindung zwischen versprechender Person und das Versprechen entgegennehmender/n Person/en gearbeitet? Ist das einmal gegebene Versprechen ständig wichtig? Wird es im Alltag auch vergessen? Wann und wie scheint es wieder auf?

Ein ethnographisches Beispiel dafür liefert die Sozialanthropologin Penny Harvey. Sie beschreibt, wie nonchalant ihre Gesprächspartnerin dem schon jahrelang andauernden Bau einer Straße in ihrem Alltag begegnet. Die Bäuerin denkt assoziativ über das Projekt nach, stellt Vermutungen an, aber ohne davon emotional affiziert zu sein und Harvey schlussfolgert: „It was simply a way of thinking about the ongoing process of transformation through which the material conditions for life in that place take form. The road would by definition become infrastructural to people’s lives but without thereby implying any sense of either progress or direction. In this example, the road-construction process was not addressed as an event, a notable break or moment that heralded a new beginning. It was rather apprehended as an ongoing unfolding of potentiality, a non-event that may

or may not take form in the future.“¹¹ So gesehen, kann eine lose Verbindung zum Versprechen auch Auswirkungen auf seine organisierende Kraft haben.

Für das ‚Wiederauftauchen‘ oder Affizieren ist schließlich die narrative Kraft von Versprechen von Bedeutung. Sie speist sich aus dem ordnenden Einschnitt, der ein Davor und Danach unterscheidet, sowie aus eben jener schillernden verlässlichen Unverbindlichkeit. Die narrative Kraft schürt und transportiert die affektiven Dimensionen, die dem transformativen Potenzial und der Losigkeit von Versprechen zugeschrieben werden. Die freudige Erwartung, die bittere Enttäuschung, das bedingungslose Vertrauen: Gerade Erzählungen von (noch) nicht erfüllten Versprechen eröffnen ein großes Repertoire an Stimmungslagen und sind deshalb attraktive Erzählstoffe. Sie verweisen unter anderem auf das Durchhalten.

Infrastrukturelle Versprechen: Der Beitrag multipler zeitlicher Dimensionen zu alltäglicher Inkonsistenz

Infrastrukturprojekte sind für Gesellschaften, die sich unter dem Paradigma des Fortschrittsgedankens modernisiert haben, ein klassischer Gegenstand politischer Versprechen. Dies gilt sowohl für ihre Realisierung, die im Wahlkampf in Aussicht gestellt wird, als auch die konkrete Planung, die anschließend mal nur mit Verzögerung umgesetzt wird, ein anderes Mal gar am politischen Willen scheitert. Die mit

¹¹ Harvey: Infrastructures in and out of Time, S. 98.

Infrastrukturprojekten verbundenen Vorteile, die sie der betreffenden lokalen Gemeinde, der Stadt oder dem staatlichen Gebilde bringen sollen, können zudem als indirekte Versprechen der Modernisierung, des Fortschritts oder der Fürsorge verstanden werden. So gesehen sind Infrastrukturen als Versprechen ein gutes Beispiel für die alltägliche Erfahrung verlässlicher Unverlässlichkeit, die in diesem Fall vor allem auf die Vervielfältigung zeitlicher Dimensionen zurückgeht.

Nachdem Infrastrukturen, angeregt durch die Arbeit von Susan Leigh Star,¹² in den vergangenen Jahrzehnten zunächst auf ihre grundsätzliche materielle Instabilität hin untersucht wurden, haben Nikhil Anand, Akhill Gupta und Hannah Appel im 2018 erschienenen Sammelband „The promise of infrastructure“ Fallbeispiele versammelt, die zeigen, welche Versprechen die zentralen, machtvoll aufgeladenen und gleichzeitig anfälligen Gefüge in ihren jeweiligen lokalen Zusammenhängen materialisieren.¹³ Sie verweisen darauf, dass existierende Infrastrukturen die Staatsraison vorheriger Staatsformen verkörpern. Wenn auch die konzeptionelle Kraft des Versprechens in den einzelnen Beiträgen nicht immer ausgeschöpft wird, so betonen sie doch gleichermaßen, die spezifische zeitliche Qualität, die durch Versprechen artikuliert wird. Die Tatsache nämlich, dass Versprechen Zukunft vergegenwärtigen, indem sie Zukunft zumindest diskursiv in der Gegenwart greifbar machen.

Über diese punktuelle Überlagerung oder Gleichzeitigkeit von Gegenwart und Zukunft – Keith Hetherington spricht von „future perfect“¹⁴ – hinaus treffen in diesen sozio-technischen Gefügen unterschiedliche Konzepte von Zeit aufeinander. Penny Harvey beobachtet im oben genannten Forschungsprojekt, wie in Straßenbauprojekten in Peru antizipierende Zeit (durch die Ingenieurspraxis), Projektzeit (durch die Bauplanung und Realisierung) und Wartezeit (von Seiten zukünftiger Nutzer) in diesen „complex sites of political intent“ aufeinander treffen.¹⁵ Eine weitere zeitliche Dimension von infrastrukturellen Versprechen möchte ich hier vertiefen: Infrastrukturen überdauern die Lebenszeiten einzelner Menschen.¹⁶ Aus anthropozänkritischer Perspektive ist diese zeitliche Dimension ein negativer Effekt moderner Infrastrukturen, die zum großen Teil auf den Einsatz und Verbrauch von fossilen Energieträgern zurückgehen und deshalb Klimaschäden verursachen, die weit über eine Generation andauern werden. Die ideologische Grundlage dafür liegt im modernen Fortschrittsgedanken, der gegenwärtige Investitionen und Ressourcenverbrauch dadurch legitimiert, dass damit die notwendigen Grundlagen für spätere Generationen gelegt seien. Gesellschaft materialisiert sich so gesehen schon in der Gegenwart als übergenerationelles Gefüge. Straßen, Kanalisation, Verkabelung, Wohnungsbau aber auch Institutionen materialisieren

12 Siehe unter anderem Star: *The Ethnography of Infrastructure*.

13 Siehe Anand/Gupta/Appel: *The Promise of Infrastructure*.

14 Siehe Hetherington: *Surveying the Future Perfect*.

15 Harvey: *Infrastructures in and out of Time*, S. 90, 98.

16 In der Einleitung wird betont, dass moderne Infrastrukturen zum großen Teil mit dem Einsatz und Verbrauch von fossilen Energieträgern einher gehen und die damit verbundenen Klimaschäden weit über eine Generation andauern werden. Appel/Anand/Gupta: *Introduction*, S. 19.

diese generationenübergreifenden Intentionen der Vergesellschaftung, die, und das ist hier von Interesse, immer wieder neue Versprechen produzieren. Eine geplante und gebaute Großwohnsiedlung mag ein einmal erfülltes Versprechen wohlfahrtsstaatlicher Versorgung materialisieren. Sobald die gebaute Struktur nach einigen Jahren saniert werden muss, kann die Sanierung wiederum zu einem Wahlkampfversprechen werden, das, wie Duranti gezeigt hat, in den einzelnen Situationen jeweils einen unterschiedlichen Grad an Konsistenz erreicht. Hinzu kommt, dass das Gewinnversprechen – die Rendite –, eines etwaigen Abrisses und potenziellen Neubaus wiederum andere Personen adressiert als das einer Sanierung. Der materielle Prozess von Verfall, die Notwendigkeit von Wohnraumversorgung und die Erwartung an einen sorgtragenden Staat fügen sich in eine Abfolge potenzieller Versprechenssituationen. Dass in dieser Zeitspanne die materielle Stabilität von Infrastrukturen nur dann gelingt, wenn sie gepflegt werden, wenn also an der Stabilisierung gearbeitet wird, haben zahlreiche an Assemblageforschung orientierte Arbeiten gezeigt.¹⁷ Hier ist von besonderem Interesse, dass das versprechende Potenzial von Infrastrukturen so gesehen an einem Mindestmaß an materiellem Durchhaltevermögen dieser Gefüge hängt. Im Film wird die gesellschaftliche Anspannung, die auf diese zeitliche Dimension versprechender

Infrastrukturen zurückgeht, in den im Gebäudekomplex gefilmten Szenen eindrücklich vor Augen geführt. Vor den Augen der seit Jahren etablierten Vertretung der Mietenden blüht hier nicht nur der Handel mit illegalen Untervermietungen an ihrerseits illegalisierte Zugewanderte. Das Gebäude selbst ist ruiniert: die Elektrizität liegt offen, wird in den überbelegten Wohnungen angezapft, Wasserschäden sind an der Tagesordnung. Das baufällige Gebäude ist Spiegel der Prekarität und Spaltung der Bewohnerinnen und Bewohner. Beides ist den politisch Verantwortlichen bekannt – nicht nur, weil diese Situation in den Medien regelmäßig skandalisiert wird und kein Einzelfall ist. Als der in den späten 1960er Jahren gebaute Sozialbau geplant und realisiert worden war, reihte er sich in die großmaßstäbliche Stadterneuerungspolitik ein, die als vielversprechende Alternative zu den in den 1950er Jahren angewachsenen informellen Siedlungen an den Rändern der großen Städte, besonders Paris, entworfen worden waren. Der Einzug in eine solche Wohnsiedlung war für kurze Zeit als ein eingelöstes wohlfahrtsstaatliches Versprechen von bezahlbarem Wohnraum und stabilen Infrastrukturen erfahren worden. Das zeigt nicht zuletzt die Studie „Das Elend der Welt“, die von einem Team um Pierre Bourdieu in den 1980er Jahren durchgeführte wurde und den sozialen Abstieg sowie die damit verbundenen Ängste der Mittelschicht dokumentiert.¹⁸ Den Konflikten um soziale Immobilität oder gar

17 Siehe beispielsweise im Kontext von Wohnbau-
forschung Strebel: Hauswartung 2015; die Arbeiten
zur Pariser Metro Denis/Pontille: Maintenance Work.
Dass daraus ein eigenes Forschungsfeld der „Main-
tenance and repair studies“ entstanden ist, zeigen
Denis: Why Do Maintenance and Repair und Martí-
nez/Laviolette: Repair, Brokenness, Breakthrough.

18 Die Geschichte der Banlieue als Spiegel der Ver-
werfungen der französischen Gesellschaft nach
1945 und vor allem nach der Dekolonisierung in den
1960er Jahren ist vielfach untersucht worden. Siehe
unter anderem Bourdieu/Accardo: Das Elend der
Welt.

Abstieg in diesem spezifischen räumlichen Kontext geht auch der Film „Les Promesses“ nach. Während die alteingesessenen Personen ihre sozialen Beziehungen rückblickend als von Nähe und Solidarität geprägt erzählen, sind sich alle des Gewichts der mit diesem Ort verbundenen diskriminierenden Zuschreibungen bewusst.¹⁹ So ist die Bürgermeisterin Clémence Collombet ernsthaft bemüht, an dieses historische Versprechen wieder anzuknüpfen und die aktuelle ruinöse Lage der verfallenden Wohnblöcke zu ändern. Unterstützt wird sie dabei von ihrem bereits erwähnten Kanzleichef und langjährigen Mitarbeiter Yazid Jabbi, der die Siedlung und ihre verschiedenen Akteursgruppen aus eigener Erfahrung sehr genau kennt. Er ist hier als Kind von aus Algerien zugewanderten Eltern groß geworden, deren Immigration in die Metropole mit der Aussicht auf Arbeit und eine bessere Zukunft für die nachfolgende Generation verbunden war. Der soziale Aufstieg des Sohns ist innerhalb des Bildungssystems geschehen, einer weiteren staatlichen Infrastruktur. Die daran anschließende Karriere im öffentlichen Dienst ist eine der miterzählten Geschichten des Films. Seine harte Arbeit am sozialen Aufstieg hat zwar maßgeblich zur Verwirklichung des republikanischen Versprechens auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe aller Citoyens beigetragen, das seine Eltern ernst genommen haben. Es setzt ihn aber, das zeigt jede der inszenierten Begegnungen mit der Elterngeneration und Gleichaltrigen, die nicht aufgestiegen sind,

habituell ab. Beide, Bürgermeisterin und Kanzleichef, arbeiten mit neuen Versprechen gegen fragmentierte soziale Beziehungen und materiellen Verfall einer Infrastruktur an und rufen dabei die Erinnerung an frühere wohlfahrtsstaatliche Versprechen wach.

Politische Versprechen in/der Stadt als versprechendes Gefüge

Während die Auseinandersetzung mit Infrastrukturen die grundsätzlich vielfältigen zeitlichen Dimensionen von politischen Versprechen deutlich machen konnten, soll in diesem Abschnitt die Perspektive noch einmal verkompliziert werden und das Gefüge Stadt in Hinsicht auf Versprechen konzeptionell befragt werden. Der Vorschlag, Stadt als versprechende Assemblage zu untersuchen, eröffnet die Möglichkeit – so die Hoffnung – die organisierenden Prozesse durch Versprechen, die unverbindliche Bindungskraft sowie die Narrativierung von Versprechen als urbane Versprechen zusammen zu denken. Dabei wird Stadt nicht als ein abgeschlossenes Forschungsobjekt begriffen, sondern, im Gegenteil, soll diese Perspektive den vielen Erscheinungsformen der Beziehung von Stadt und Versprechen nachgehen. Eine an die stadthanthropologische Forschung angelehnte Differenzierung dient als erste Orientierung: Zum einen können ‚Versprechen in der Stadt‘ auf einzelnen Situationen zurückgeführt werden, in denen die Stadt den Ort dieser sozialen Praxis darstellt. In dieser am wenigsten spezifischen Perspektive gilt die Aufmerksamkeit den vielen alltäglichen Situationen, in denen sich Menschen Versprechen geben oder sich etwas

19 Siehe zwei aktuellere vergleichende Studien zur Städtebaupolitik oder auch der Stigmatisierung von Jugendlichen: Reinecke: Die Ungleichheit der Städte; Preissing: Jugend am Rande der Stadt.

von ihrer Umwelt versprechen. Zum anderen objektivieren ‚Versprechen der Stadt‘ spezifische Städte als Projektionsfläche von Erwartungen und animieren Menschen diese beispielsweise zu besuchen oder dorthin zu ziehen. In einer weiteren Variante adressieren ‚Versprechen des Städtischen‘ spezifische, verallgemeinerte Qualitäten von Stadt, wie zum Beispiel Urbanität. Die konzeptionelle Forschungsperspektive von Stadt als „promissory assemblage“ ermöglicht es, diese unterschiedlichen Erscheinungsweisen von Versprechensrelationen in Bezug auf Stadt zusammen zu denken. Sie knüpft an die Assemblageforschung an, die sich der sozio-materiellen Qualität von Gesellschaft widmet und Beziehungen zwischen Menschen und Nicht-Menschen untersucht. In die Stadtforschung ist Assemblageforschung systematisch mit dem Sammelband „Urban Assemblages“ eingeführt worden.²⁰ Darin werden als zentrale Forschungsinteressen die Qualität von Verbindungen zwischen allen möglichen Elementen hervorgehoben sowie die Praktiken, die an der Stabilisierung eben jener Verbindungen mitwirken. Zudem ist Assemblageforschung für die Komplexität, Unkontrollierbarkeit und für den Zufall gesellschaftlicher Gefüge sensibel. Stadt als „promissory assemblage“ zu untersuchen, bedeutet, der Qualität von Verbindungen nachzugehen, die unterschiedliche Ebenen oder, in diesem Theoriezusammenhang besser, die Dimensionen von Stadt miteinander verbinden. Assemblageforschung hat zum Ziel, die Stabilisierungspraktiken dieser fragilen, erwartungsvollen Anordnungen zu erkennen, die Komplexität

der unterschiedlichen Erscheinungsweisen von Stadt und die zum Teil widerstrebenden Vektoren von Versprechen greifbar zu machen. An einem Beispiel aus meiner laufenden Forschung „Kulturinstitutionen und urbane Versprechen in Paris: Polarisierungen rekonstruieren, durchqueren und stören“ möchte ich an dieser Stelle die Möglichkeiten dieses Ansatzes darstellen, dessen Grenzen sich im Laufe der Forschung erweisen werden. In dem Projekt gehe ich den Versprechenspotenzialen mehrerer Kulturinstitutionen in Paris nach, deren Entstehung auf stadt-/politische Intentionen zurückzuführen sind. An dieser Stelle zeichne ich den damit verbundenen analytischen Ansatz am Beispiel des Institut du monde arabe nach, dessen Entstehungsgeschichte und Entwicklung ich seit 1996 verfolge.²¹ Dabei interessieren mich die vielfältigen Versprechenspotenziale, die mit dieser Institution im Laufe ihres Bestehens verbunden wurden und werden. Denn, so Cornelia Eisler und Katharina Schuchardt: „Auch Institutionen basieren auf Versprechen, die ihre Gründung und dauerhafte Fortführung legitimieren.“²²

Das Institut du monde arabe ist im Zusammenhang mit der Ölkrise 1973 unter der Präsidentschaft von Valérie Giscard d'Estaing erdacht worden, um die Beziehungen zwischen der ‚arabischen Welt‘ und Europa, beziehungsweise der Arabischen Liga und Frankreich kulturell und unter veränderten Vorzeichen zu gestalten. Die

21 Darüber hinaus untersuche ich das 2006 gegründete Institut des cultures d'islam im 18. Arrondissement und das im Kontext der Entwicklungen von Le Grand Paris 2016/2018 gegründete Collège International de Photographie du Grand Paris (CIPGP).

22 Siehe in diesem Band: Eisler/Schuchardt: Versprechen.

20 Siehe darin Fariás: Introduction.

angestrebte Partnerschaft auf Augenhöhe sollte sich unter anderem darin ausdrücken, dass die ‚arabische Welt‘, wie es in damaligen Quellen heißt, ein „Schaufenster“ in der kulturellen Metropole Paris erhält, in dem die vielen negativen Stereotype über diese widerlegt werden würden.²³ Nach circa 15 Jahren diplomatischer Verhandlungen und einer komplizierten Standort-suche wurde das 1980 gegründete Institut du monde arabe kurzerhand in die Reihe der großen Projekte („grands projets présidentiels“) des 1981 gewählten Präsidenten François Mitterand aufgenommen. Das Versprechen, Dialog mit der arabischen Welt zu ermöglichen, ist in den vergangenen 40 Jahren immer wieder neu ausgestaltet worden. Die Infrastruktur, die das von Jean Nouvel entworfene Gebäude dafür mit den Bereichen Museum, Bibliothek, Bühne, Veranstaltungsräume für Debatten, Sprachunterricht, pädagogisches Begleitprogramm sowie Restauration, Terrasse und Vorplatz bietet, wurde im Laufe der Jahre von den unterschiedlichen Direktionen neu bewertet, von den Mitarbeitenden alltäglich neu interpretiert und gepflegt sowie von den Nutzenden auf ganz unterschiedliche Weise angeeignet. So ist die Bibliothek ein Ort, der von ‚fachfremden‘ Studierenden genutzt wird, die an der benachbarten Universität keinen Arbeitsplatz gefunden haben; die Terrasse dient einem touristischen Publikum als gratis Aussichtsplatz auf das Zentrum von Paris, der Vorplatz Skatenden aus der Umgebung, die die harte Konkurrenz an der Place de la République meiden. Das Versprechen des Dialogs spielt in

diesen Fällen keine Rolle, vielmehr erfüllt das Gebäude andere Erwartungen auf Bildungschancen, touristische Erfahrung von Paris, und Teilhabe am öffentlichen Raum und Szeneleben. Der infrastrukturelle Aspekt dieser Institution (als Museum, Bibliothek, Veranstaltungsort, Café et cetera) bringt es mit sich, dass eine Vielzahl von Zeitlichkeiten aufeinandertreffen, weil immer wieder neue Versprechen artikuliert werden – sei es beim Wechsel der Direktion oder aber durch das jährlich neue Kulturprogramm. Darin unterscheidet sich das Institut du monde arabe nicht von anderen Kulturinstitutionen, von denen zum einen ein konsistentes Auftreten und zum anderen ein stets wechselndes, auf die Themen der Zeit reagierendes Programm erwartet wird. Während die einzelnen Bereiche voneinander getrennt genutzt werden und mit spezifischen Erwartungen verknüpft sind, verbindet sich die auf diese Weise verteilte Kraft der Versprechen wiederum auch unter dem Dach der Institution, wenn das Institut du monde arabe als Ganzes adressiert wird.

Auf Grundlage dieser Skizze lassen sich die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Versprechen und Stadt entlang der stadthanthropologischen Dimensionen bereits erahnen. Versprechen in der Stadt reichen vom potenziellen Arbeitsplatz, den das Institut du monde arabe bieten könnte, bis zum austauschbaren Ort kulturellen Konsums. Versprechen, die Paris als Stadt artikulieren, mobilisieren das symbolische Kapital der Kulturmetropole für die am Dialog Teilhabenden, aber auch für diejenigen, die eine touristische Attraktion suchen. Versprechen des Städtischen an sich sind in der Ermöglichung einer urbanen kulturellen Praxis und vor allem der Anerkennung zu suchen, dass ‚die

23 Für einen Einblick in die kulturellen Zuschreibungen der Medienberichterstattung über das Institut du monde arab siehe Färber: Zurück in die Zukunft.

arabische Welt' einen Beitrag dazu leisten kann. Die Rekonstruktion konkreter Versprechenssituationen, ihrer verlässlichen Unverlässlichkeit und Zeitlichkeiten sowie ihr Zusammenspiel wird sich der Frage widmen, wie Menschen und Nicht-Menschen vor diesem Hintergrund ‚durchhalten‘, oder, wie Laura Kemmer und AbdouMalik Simone schreiben, wie sie dem Versprechen zur Seite stehen: „Standing by the promise“²⁴ bezeichnet einen Beziehungsmodus des ‚Durchhaltens‘, der beides, Anforderung und ermächtigendes Potenzial sein kann.

Politische Versprechenssituationen gemeinsam aushalten?

Der empirische Gegenwartswert²⁵ von Zukunft in Versprechen ist schillernd. Denn Intentionen, die in Form von Versprechen artikuliert werden, sind weder unmittelbar und eindeutig, wie Duranti anhand von Wahlkampf-situationen gezeigt hat, noch unbedingt umsetzbar, wie die Analyse der zeitlichen Implikationen versprechender Infrastrukturen deutlich gemacht hat. Versprechen sind im Alltag eher unverbindlich und produzieren Inkonsistenz. Genau diese Spannung einer verlässlich unverlässlichen sozialen Beziehungsarbeit birgt analytisches und empirisches Potenzial.

Die ethnographische Aufmerksamkeit widmet sich zum einen dem verpflichtenden Aspekt von Versprechen und den dauerhaften Erwartungshaltungen, die dadurch geschürt werden. Der organisierenden, verbindenden und narrativen

Kraft von Versprechen folgend, lässt sich dann fragen, wie intensiv gehofft wird, dass ein Versprechen in Erfüllung geht, und wie unwiderstehlich es ist, Versprechen auszusprechen. Zum anderen sollte das forschende Interesse aber vor allem der Losigkeit von Versprechen gelten. Wenn die Alltagserfahrung zeigt, dass Versprechende eine offensichtliche Laxheit im Einlösen an den Tag legen, dann dürfen wir fragen, wie ernst diese Versprechen entgegen genommen werden. Denn, wie wir gesehen haben, verlangen Versprechen zwar Vertrauen, Geduld und Imagination, sie bringen vor allem aber im Laufe der Zeit auch sehr lose Verbindungen hervor. Dieser alltägliche Zeitraum ist der Kern einer ethnographischen Versprechensforschung, die sich für die unterschiedlichen Formen des Erwartens interessiert.

Einer dieser Modi des Erwartens ist das ‚Durchhalten‘, das mit einer uneindeutigen Spannung zwischen Aushalten und Begehren einhergeht. Im Film „Les Promesses“ finden sich viele Hinweise darauf: Über knapp 100 Minuten erleben wir, wie die unterschiedlichen Protagonistinnen und Protagonisten durchhalten. Die einen warten darauf, dass ein Versprechen eingelöst wird – sei es durch eine notwendige Finanzierung, eine existentielle Aufenthaltsmöglichkeit oder einen aussichtsreichen Karriereschritt. Die Mietenden-Vertretung dagegen will nicht mehr warten, setzt eine Frist und weigert sich, auf die Bedingungen für das erneuerte Versprechen der Instandhaltung der Wohnungen einzugehen – so lange, bis eine Vertrauensperson mit viel Engagement persönlich das letzte Mal um Geduld und Mitmachen bittet. Die Grundlage? Ein taktisch ausgesprochenes Versprechen, das

24 Siehe Kemmer/Simone: Standing by the Promise.

25 Siehe Göttsch: Vom Ende.

von vornherein nicht gehalten werden sollte, aber keine Lüge wäre.

Die Bürgermeisterin verstrickt sich in verschiedene, einander bedingende Versprechen, beziehungsweise Abmachungen, die sie für Versprechen hält: die Handschläge, der „Deal“. Das eine als das andere missverstehend ist sie in ein kompliziertes Geflecht aus mehr oder weniger moralisch untermauerten Abmachungen verstrickt, die alle nicht juristisch nachverfolgbar wären. Es folgt ein ständiges Management der Inkonsistenz ihrer eigenen Intentionen und der anderer. Den dramaturgischen Höhepunkt aber bildet eine verhängnisvolle Verknüpfung: Colombet sieht sich mit einem leeren Versprechen konfrontiert und bricht deshalb ihrerseits ein gewichtiges Versprechen. Obwohl sie ihren engsten Mitarbeitenden versprochen hatte, nicht wieder anzutreten und die Kandidatur für ihre Nachfolge dem gut eingearbeiteten Nachwuchs zu überlassen, entscheidet sie sich aufgrund der Enttäuschung über ein ihr gegenüber nicht eingehaltene Versprechen (das keines war) dagegen und tritt wieder an. Vormalis Vertraute werden nun zu enttäuschten Gegnerinnen und Gegnern. Die Anspannung bei allen Beteiligten steigt. Die noch amtierende Bürgermeisterin wird an ihr vormalis von allen besonders geschätztes Versprechen erinnert. Nichts zu machen. Sie wirkt trotzig und redet die vermeintliche Verbindlichkeit dieses Versprechens klein. Bevor sie zum Zuge kämen, könnten die ambitionierten Nachwuchspolitikerinnen und -politiker ruhig noch ein wenig lernen, warten, durchhalten – aushalten? Für beide Seiten wird die Kandidatur zum umkämpften begehrten Versprechen. Während die Bürgermeisterin sich erneut in den Wahlkampf stürzt, wird sie aus

Sicht der anderen nicht nur unglaubwürdig, sondern vor allem auch unnahbar, undurchschaubar und (sich selbst) fremd.



Abbildung 3: Kinoplatz für den Film „Les Promesses“ von Thomas Kruithof (2021).

Genau darin liegt eine zentrale Erkenntnis dieser filmischen Darstellung von Versprechenssituationen, die durch unterschiedliche Formen von Durchhalten zusammengehalten werden. Clémence Collombet hat die Entscheidung getroffen, ihr Versprechen zu brechen, ohne sich beraten zu haben. Wie grundlegend aber das Gemeinsame für Versprechen im Politischen ist, zeigt schon das Plakat von „Les Promesses“: Die beiden Hauptpersonen, die auf dem Weg sind, das taktische, nicht einhaltbare Versprechen zu

geben, wirken konzentriert und wachsam. Dabei werden sie von einer undifferenzierten Menge von Menschen beobachtet. Noch wichtiger: Sie tauschen gerade ein paar Worte aus, beraten sich, verschaffen sich ein wenig Zeit, um den nächsten Schritt zu gehen, wie auf Abbildung 3 erkennbar ist. Ein Versprechen steht nicht nur unter Beobachtung, sofern sich Menschen daran erinnern; der Weg zum Versprechen im Politischen ist ein geteilter. Diesen Weg geht der/die Versprechende nicht allein, auch wenn es eine einzelne Person ist, die das Versprechen äußern wird und dafür verantwortlich gemacht wird. Das erscheint mir deshalb wichtig, weil wir hier von verteilter Akteursmacht sprechen können, die sich wiederum mit Assemblageforschung untersuchen lässt. Versprechen und Durchhalten sind gemeinschaftliche Prozesse, die Macht verteilen.

Versprechen als analytische Perspektive ernst zu nehmen, hat zum einen das Potenzial, spezifische, von Erwartungen geprägte gesellschaftliche Beziehungen zu verstehen. Zum anderen verweist das „Potenzial“ von Versprechen auf die performativen, sozio-materiellen Ansätze, die sich für die Untersuchung der im Versprechen verteilten Akteursmacht eignen. Schließlich liegt in dieser verlässlich unverlässlichen Alltagspraxis, das Potenzial Versprechen und vor allem auch Durchhalten als gemeinschaftliche Prozesse zu verstehen und zu hinterfragen. In dieser spannungsvollen Ambivalenz, die jeweils Verbindungen zwischen versprechenden Menschen oder Objekten und Versprechen Entgegennehmenden herstellen, liegt die produktive Kraft von Versprechen.

Literatur

Nikhil Anand/Akhil Gupta/Hannah Appel: *The Promise of Infrastructure*, Durham/London 2018; DOI: <https://doi.org/10.1515/9781478002031>.

Simone Abram/Gisa Weszkalnys (Hg.): *Elusive Promises. Planning in the Contemporary World*, New York 2013; DOI: <https://doi.org/10.1515/9780857459169>.

Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling: *Fesseln der Begierde: Zwei Versprechen zur Einleitung*, in: Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling (Hg.): *Wortgebunden. Zur Verbindlichkeit von Versprechen in Recht und Literatur*, Frankfurt am Main 2021, S. 8-25.

John L. Austin: *How to Do Things with Words*, Oxford 1962.

Lauren G. Berlant: *Cruel Optimism*, Durham, NC 2011.

Pierre Bourdieu u. a.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.

David J. Denis: *Why Do Maintenance and Repair Matter?*, in: Anders Blok/Ignacio Fariás/Celia Roberts (Hg.): *The Routledge Companion to Actor-Network Theory*, London 2019, S. 283-293.

Jérôme Denis/David Pontille: *Maintenance Work and the Performativity of Urban Inscriptions: The Case of Paris Subway Signs*, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, 32 (3) 2014, S. 404-416.

Ignacio Fariás: *Introduction: Decentering the Object of Urban Studies*, in: Ignacio Fariás/Thomas Bender (Hg.): *Urban Assemblages: How Actor-Network Theory Changes Urban Studies*, London 2009, S. 1-24.

Alexa Färber: *How Does ANT Help Us to Rethink the City and its Promises?*, in: Anders Blok/Ignacio Fariás/Celia Roberts (Hg.): *The Routledge Companion to Actor-Network Theory*, London 2019, S. 264-272; DOI: <https://doi.org/10.4324/9781315111667-29>.

Alexa Färber: *Zurück in die Zukunft. Das Institut du Monde Arabe und die Erfindung des Arabischen im Dialog*, in: *kuckuck: notizen zur alltagskultur* 1 (2017), S. 6-11.

Silke Göttisch-Elten: Vom Ende der geordneten Welt – Kulturkritik und Krisenerfahrung um 1900, in: Andreas Bihrer, Anja Franke-Schwenk, Tine Stein (Hg.): Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, Bielefeld 2016, S. 291-309.

Penny Harvey: Infrastructures in and out of Time: The Promise of Roads in Contemporary Peru, in: Nikhil Anand/Akhil Gupta/Hannah Appel: The Promise of Infrastructure, Durham/London 2018, S. 80-101; DOI: <https://doi.org/10.1515/9781478002031-005>.

Keith Hetherington: Surveying the Future Perfect: Anthropology, Development and the Promise of Infrastructure, in: Penelope Harvey/Casper Bruun Jensen/Atsuro Morita (Hg.): Infrastructures and Social Complexity: A Companion, London 2016, S. 40-50.

Laura Kemmer: Free Riding Rio: Protest, Public Transport and the Politics of a Footboard, in: City & Society 32 (1) 2020, S. 157-181. <https://doi.org/10.1111/ciso.12245>.

Laura Kemmer/AbdouMaliq Simone: Standing by the Promise. Acts of Anticipation in Rio and Jakarta, in: Environment and Planning D: Society and Space 39 (2021) 4, S. 573-589; DOI: <https://doi.org/10.1177/0263775820982997>.

Francis Martínez/Patrick Laviolette (Hg.): Repair, Brokenness, Breakthrough. Ethnographic Responses, New York 2019; DOI: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1515/9781789203325>.

Sonja Preissing: Jugend am Rande der Stadt. Eine vergleichende Studie zu Marginalisierung und Raumeignung in Deutschland und Frankreich, Wiesbaden 2018.

Christiane Reinecke: Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik, Göttingen 2021.

Manfred Schneider (Hg.): Die Ordnung des Versprechens. Naturrecht – Institution – Sprechakt, München 2005.

Susan Leigh Star: The Ethnography of Infrastructure, in: American Behavioral Scientist 43 (1999) 3, S. 377-391; DOI: <https://doi.org/10.1177/00027649921955326>.

Ignaz Strebel (Hg.): Hauswartung. Für Bauten und Wohnerschaft, Basel 2015.

Promises of the past: transformations, transitions and traditions

Simone Abram

Introduction

Forty years ago, the British government saw the end of coal as a promise of future control, an end to the rising power of labour and the possibility of prosperous future without challenge. We now live in what Beynon and Hudson (2021) call “the shadow of the mines”, in an economic situation that still bears the scars of that period. The end of coal is now a global imperative for climate reasons, a threat with different causes, in the aim of a different promise. Coal mining for burning remains controversial across the world, not least for the question of how to end coal mining without destroying the livelihoods of coal communities, and I hope that the UK case might offer food for thought. Now a new promise is emerging around the closed mines. The water in the mines could promise clean,

low-cost heating in poor communities. But what kind of a promise is it and what does it tell us about promises?

Recent Promises in Anthropology

I would like to highlight two edited anthropological volumes that have been published in the last decade that are based on the notion of the promise. The first was one that I co-edited with Gisa Weszkalnys, that came out of a workshop on planning co-organised with Åsa Boholm at Gothenburg University in 2008.¹ We focused specifically on plans of the bureaucratic place-based sort, urban or rural planning, city

1 Simone Abram/Gisa Weszkalnys: *Elusive Promises*.

plans, and so forth. At the workshop, A. F. Robertson² pointed us in the direction of the philosophy of the promise as a way to make sense of the bureaucratic procedures of planning that circumscribe the practices of citizenship. The core of this literature is found in the work of philosophers of linguistics³ and law.⁴

The former, in very general terms, are primarily concerned with the consequences of utterances, the latter with differences between kinds of agreements, such as contracts. The former seemed to us very closely attuned to the anthropology of ritual and drama, in emphasising the effects of speech as embodied performance that always takes place in a context: a context that provides the material that gives significance to elements of the speech. Speech is always relational (even when speaking to oneself), shaping the relations between interlocutors. But written texts may share this trait. In our cases the production and circulation of bureaucratic texts could be seen to perform all sorts of effects when they are enacted, referred to, or registered. It was this performative effect that really spoke to us at the time, highlighting the ritualised performance of documentary and imaginative plans as they proceed through bureaucratic time from consultation to committee, from committee to council, and from council to court or, indeed, to the library or archive. Only a plan that is considered and confirmed by the appropriate committees will carry force when it comes to deciding a subsequent detailed

specific planning application; plans that have not received the appropriate ritual or ceremonial acceptance are vulnerable to legal challenge. The formality of local government procedures, which to many people appear to be empty gestures and pompous time-wasting, reveal themselves as significant rituals: rituals that change the status of words from suggestions to laws, and rituals that convert a bunch of people in a hall with paper into a government with policies and authority, from general desires to specific promises.

Plans also follow on from historic forms of written promises, promissory notes, that were used as a kind of contract. English law requires a contract to have four dimensions to become a binding agreement: offer, acceptance, intention and consideration.⁵ An offer tossed out as an aside, without consideration, does not constitute a contract, just as a promise to do something that would happen anyway, or that can never happen, is not considered a meaningful promise in the framework of Speech Acts.⁶ For a contract to be binding, it must be considered in some way, even if relatively superficially. However, another branch of the law, known as the language of hope in equity offers another kind of promissory anticipation, through the notion of conscience. A promise, even one implied rather than stated, that leads someone to make significant changes in their life in expectation of that promised, can be binding if the consequences of going back on the promise are unconscionable. Legal recourse is available to someone who has devoted their life's work to a cause on the

2 See Robertson: People and the state.

3 Notably Austin: How to do Things with Words; Searle: Speech Acts.

4 For example Edwin Peel: The Law of Contract.

5 Peel: The Law of Contract.

6 Searle: Speech Acts

(possibly tacit but reasonable) understanding that they will one day be rewarded. Although legal recourse is an arduous route to resolving any dispute in practice, its existence can be a powerful form of social coercion to encourage all but the most intransigent to curb their behaviour. It also highlights that breaking a promise may bring consequences.

In summary, plans, like promises, like contracts, are subject to failure, but that failure may remain ambivalent. Plans become a kind of promise that is elusive on two fronts. First, plans may not be wholly fulfilled, in fact they rarely are. Even architectural blueprints have space for deviation to encompass the differences between imaginative designs and concrete material spaces. Plans are also elusive because they can be hard to evaluate (as they are always forward-looking), and difficult to pinpoint in practice (because often unspecific in their outcomes). Plans, like promises, are subject to no end of what the philosopher J. L. Austin called 'infelicities' – conditions that intervene to make the promise difficult to uphold.

The second volume I wish to highlight was published by Nikhil Anand, Akhil Gupta and Hannah Appel in 2018 from a seminar at the School for Advanced Research in Santa Fe and two American Anthropological Association panels in 2010 and 2013 (so, if anything, with an even longer gestation than the above collection) focusing primarily on the Anthropology of Infrastructure. In fact, several participants overlapped between the two projects, notably Laura Bear and Gisa Wieszkalnys, but the philosophy of the promise was eclipsed in the second volume by a focus on the temporality of infrastructure and the vision of modernity that it offers, tied to the

violent relations that often accompany its development and use. Here, the promise is elusive in hiding the conditions of its fulfilment and the violent relations entailed in the capture of land and resources. Infrastructure can also be understood to be elusive in its very ambiguity. When is a cable a piece of infrastructure rather than just a cable? When are the legal frameworks that make laying a cable possible, financially beneficial, and appropriate for its purpose understood not just as legal frameworks but as elements of infrastructure? How do landscapes become infrastructural through human interventions? And when do the physical extents of infrastructure become more or less than the symbolic visions that conjure them into being and justify their existence?

These are obviously not the kinds of questions that have answers, but they highlight the usefulness of the notion of promise, with its dubious and fluid temporality threaded through with uncertainty and subject to so many different kinds of infelicity. A promise is an imaginary made tangible through a desire to effect a particular future, and it is the passage of time between the making of a promise and its potential fulfilment that offers so many instances of disruption, from simple forgetfulness, to fraudulence, from failure of circumstance, to cosmological impossibilities. Yet the promise itself is a wonderful thing, an expression of human will and belief in that will. As Austin observes, a promise to do something that will happen any way is no promise at all. But a promise to do something that will otherwise not happen is a mighty endeavour. Visions of a better future – of the kind held out by notions that we call 'Modernity' or 'Development' are both mighty

and impossible, rightly summoning the more metaphorical idea of a promise, one which may or may not be fulfilled.

So it is not surprising that we talk of promises when we want to discuss grand transformations such as energy transitions or political ideologies. Promises, when made, are forward looking, futuristic, yet, once made, they become historical objects, markings passages and processes of time, accruing historicity. We can therefore talk about promises of the past, encompassing historically-made promises, as well as the ways in which pasts are used to generate actions in the present. I note, though, that a focus on promises is not necessarily tied to recent discussions on hope. Hope, as an emotion, is less concrete than a promise, even if it may accompany it. A promise may rely on a belief in continuity rather than a hope of improvement, and it may equally be based in fear or other emotional states.

In this paper, I want to consider the changing promise attached to a fossil fuel that has literally transformed the landscapes of so many areas of the world, from the origin of its rapid expansion in the North East of England, to the calamitous social consequences of its demise, and the new promises emerging in former Durham coalfield communities. Although my focus will remain on North East British coal practices, these were and remain intimately tied into colonial practices and global entanglements.⁷

Promises of coal, then and now.

In “Green Imperialism”, while relating a deep history of environmentalism, Richard Groves argues that the expansion of European colonialism was driven by the search for timber.⁸ Towns and cities had long relied on the exploitation of forest resources, and Groves refers to various historical reports of catastrophic forest destruction. The colonial drive for resources was itself accompanied by concerns about despoliation and the ruination of Edens around the world. The expansion of coal mining in Britain enabled diverse transformations of colonial resource extraction, while concentrating wealth creation in the colonial centres and enabling mass urbanisation. In “Energy and the English Industrial Revolution”, E. A. Wrigley states that the new world created by the industrial revolution “held out the promise of releasing societies from the curse of poverty”.⁹ This promise developed on the back of coal, which had enabled a quadrupling of the per capita energy consumption of the British population between the 1560s and the 1850s. Wrigley is interested in the debates among economists and historians such as Smith, Ricardo, Jevons and Toynbee on the relations between coal and political economies, recognising that alongside the promise of massive benefits from the industrial revolution, there were ‘balancing dangers’, the power to destroy matching the power to produce.¹⁰ Coal produced wealth and drove Empire, holding out both the promise and terror of economic and social development.

7 See for example Barak: Outsourcing.

8 Groves: Green Imperialism.

9 Wrigley: Energy, p. 52.

10 Wrigley: Energy.

Amidst these histories of industrialisation, coal always has a central role. But it would be a mistake to imagine that it has ever represented a purely hopeful promise. Coal, as a carrier of concentrated energy, represented both an opportunity for concentration of wealth and practices of oppression, linked and separated in shifting patterns of power and control over the centuries. For miners and their families, coal mining in Britain was always a struggle between labour and capital. The history of the coalfields of North East England is one of bonded labour, labour migration, violent campaigns for unionisation, ill-health and disaster, all of which contributed to striking inequalities in the enjoyment of warmth, power and wealth that were largely limited to a privileged section of the population. In what now looks like the brief flourishing of a post-war welfare state built on nationalised industries, miners belatedly began to enjoy degrees of job security, rights and rewards in the mid twentieth century. Even so, of the few early ethnographies of coal mining in Britain, Dennis, Henriques and Slaughter's 1956 monograph details the many ways in which the lives of mining communities remained insecure, dependent and harsh.¹¹ Solidarity among miners was crucial yet conditional, and the risk of ostracism ever-present. Still, for some decades, miners could earn a good living and gained some protection against exploitation through their own solidarity and the work of the unions.

Anyone familiar with the history of coal mining in Britain will know that this period of perceived stability (actually a gradual decline) ended in

1984–85 with a brutal national strike that saw the overwhelming majority of deep pits closed in a short period, and resulted in widespread hardship and economic depression across Britain's coalfields,¹² following as it did an economic project that caused a rapid decline of manufacturing industries.¹³ I will not go into detail about that here, other than to reflect on the legacies of 20th century coal mining history in Britain. Although mines were always finite, and mines opened and closed across the coalfield, Dennis and colleagues' monograph made clear the degree to which the succession of generations of mining families was imagined as endless, such that the future could be conceived in generational terms. If one mine closed, another might offer employment. Less of a promise, perhaps, and more of an expectation. It is now clear that the government in the 1980s saw the end of coal mining as a promise of an entirely new political landscape in which labour could be subjugated to capital, the power of the unions crushed, and a new society that they imagined as prosperous and entrepreneurial.¹⁴ It is equally obvious that the subsequent prosperity was not equally distributed, with capital concentrated in the South East of England, and the ruins of nationalised industries spread across the North, Midlands,

12 Jones: *Coal Was Our Life*.

13 One of the jokes of the period stated that Margaret Thatcher was a champion of small businesses. Like British Steel, the British Coal Corporation, or British Shipbuilders.

14 Beynon/Ray Hudson: *The Shadow*. Timothy Mitchell's broader global analysis suggests that the subsequent shift from coal to oil was the basis for the assembling of something that became 'the economy', characterising post-war Keynesian economics as 'petroknowledge' (Mitchell: *Carbon Democracy*, p. 116).

11 Dennis, Henriques and Slaughter: *Coal Is Our Life*.

South West, and pockets of mining and industry such as those in East Kent. Ten years later, many miners remained unemployed, or in low-paid, insecure work,¹⁵ and the North East remains one of the poorest regions of the country some decades later. Even if workers might be happy not to have to work underground, the new situation was unsatisfactory in many ways.

Forty years after the strike, it is still possible, if increasingly rarely, to hear people from mining communities arguing for the re-opening of coal mines in the United Kingdom. A recent proposal to open a new deep pit in Cumbria, supposedly to supply coking coal to steelworks, was highly controversial.¹⁶ Yet generational traditions continue. The annual Durham Miners' Gala continues even as fewer and fewer of those in the large crowds have ever touched the black stuff. Coal, meanwhile, has been transformed from a promise into a threat, the most culpable element in the process of climate change, an environmental threat beyond all others, as the most carbon-intense fossil fuel. Even a transition from coal to other fossil fuels, such as gas, represents a significant improvement, if not a long-term solution. Nowadays, energy promises are associated with the phase-out of coal for renewable energy, or appear in arguments about whether 'clean coal' is a myth or a possibility.¹⁷

A promise of coal's legacy

However, another possible future has been gradually emerging that aims to put redundant coal mines to a new purpose by extracting not coal but the heat held in the water that flooded redundant coalmines. It is not entirely a new idea. In 2005, the EU part-funded a Minewater project led by the city of Heerlen in the Netherlands.¹⁸ In 2008, the first mine-water power station was opened, extracting the heat from flooded mines and diverting it to heat houses, shops, offices, a library and supermarket through a district heating network.¹⁹

Although unaware of the project at the time, British geological researchers also began to calculate the resource potential held in the water in underground coal mines across the United Kingdom. As well as presenting a source of heat that could displace significant energy derived from fossil fuel sources, minewater is redistributive in terms of economic geography. That is, minewater is found in abandoned mines, and abandoned mines are found in areas of deep economic disadvantage that remains since the closure of the mines in the 1970s, 1980s and 1990s.²⁰ Minewater heat appeared to the enthusiastic earth scientists to promise not only decarbonisation, but a kind of redemption. Low-cost heat would reward those communities that had suffered through the closure of the mining industries. Where the end of coal was experienced as a betrayal – of workers, communities,

15 Jones: *Coal Was Our Life*.

16 Harrabin: *Cumbria Coal Mine*.

17 Conniff: *The Myth*.

18 World's First Mine-Water Power Station; Inhabitat: *Old Coal Mines*.

19 Verhoeven et al: *Minewater 2.0 project*.

20 Beynon/Hudson: *The Shadow*.

and of the promise of continued traditions and prosperity – the repurposing of closed mines could be imagined as a reward, or at least, as a degree of compensation for the suffering endured in the coalfields.

Geothermal minewater heat holds out a promise in the broad sense that Anand and colleagues saw as the potential benefits that infrastructure seems to offer. Within this broad offering, there are more specific promises, such as the outputs specified from funded research projects, like the one that I am currently involved in, funded by the Engineering and Physical Sciences Research Council, “Geothermal Energy from Mines and Solar-Geothermal Heat (GEMS)”.²¹ To cite the project proposal, it will *critically assess all aspects of re-using our abandoned, flooded coal mines as source for sustainable heat extraction and storage for homes and businesses in the UK. This project will provide optimized solutions to the technical, social, and financial challenges of introducing mine geothermal energy as a green and sustainable heat source.*²²

This is the formal promise, but a broader discourse around geothermal minewater heating has been developed over several years, suggesting that *there is enough heat within the UK’s coalfields to meet the demands of all the buildings that lie over them. It could therefore particularly benefit economically disadvantaged former mining communities.*²³ This is a promise that faces many infelicities on the road to fulfilment. This is

not unique to minewater heating, but is typical of the early phases of new types of infrastructure. Minewater heating relies on many other types and scales of infrastructure, and it heavily relies on political and financial interest, which, in turn, revolve around promises of future returns. So what kind of a promise is minewater heating, and what does it tell us about promises?

Three cases of minewater heat

1. Public buildings, public funding

For several years, university researchers have worked closely with Durham County Council on energy and environmental issues, in particular, in recent years, with the council’s Low Carbon Energy Team, including a period of intensive online ethnographic fieldwork carried out by Chima Michael Anyadike Danes under the auspices of the Include Research Centre for Socially Inclusive Energy Transitions. The Council’s engagement with the university’s minewater researchers encouraged them to launch a project to retrofit a sports centre in a small ex-mining town with minewater heating as part of a renovation project. On paper, the proposal was persuasive. The sports centre was built on the site of a former coal depot, on top of mineworkings that offered abundant heat for the sport centre and its swimming pools.²⁴ The council was on a long term trajectory to reduce its carbon emissions, the majority of which come from space heating, primarily fuelled by natural

21 Geothermal Energy from Mines and Solar-Geothermal Heat (GEMS).

22 Geothermal Energy from Mines and Solar-Geothermal Heat (GEMS).

23 See North East Local Economic Partnership: The Case for Mine Energy.

24 An account is available at The Mining Institute: Louisa Centre.

gas. The sports centre, built in 1979 and added to over time, was a high-energy consumption building owned by the Council. The potential for significant Greenhouse gas reductions was appealing.

An initial evaluation of the heat demand showed extremely high demand from both space heating the swimming pools. The team were able to focus only on pool-heating, still a significant carbon benefit. With the assessments in place, the team prepared a bid for European Regional Development funding to develop detailed plans to make a full bid. Looking at the risk profile and returns on investment, the project began to look 'tight'. A key element of the plan was to work with the United Kingdom's Coal Authority²⁵ to develop estimates of the minewater resource. Their report suggested several borehole options, and offered estimates of the water temperature and flow rates, but, significantly, they were unable to evaluate the water level in the mine. This uncertainty led to differences between council officers over whether they could seek European Regional Development funding for two boreholes, or whether they should start with a test borehole. The project manager described this as a 'catch-22' situation, leading them to withdraw their funding applications while going ahead with a single borehole. Initial market enquiries suggested the cost would be £80–170 thousand, but once the work went out to tender, costs were double that, and degrees of risk varied widely between contractors. Inside

the council, there were tensions over what was feasible and what could be prioritised for funding. It took concerted dynamism from the project leaders to ensure that the process continued. After several months, drilling began, but immediately they found unmapped coal seams, leading to adjustments in the drilling activities, resulting in a significantly narrower bore hole than planned. Test results showed problematically low water levels, meaning that the cost of pumping water up would be higher than anticipated. To complete the project, a second, deeper bore hole would be needed, at much higher cost, and funding would have to be found to pursue a very high risk project.

The economic argument relied on a government scheme called the Renewable Heat Incentive. With European Regional Development funding, the project payback period would be three years. With very little notice, the government then announced the withdrawal of the Renewable Heat Incentive scheme, and its funds would only be payable at the end of the project, without guarantee. Without Renewable Heat Incentive, the payback period leapt to 29 years based on current fuel prices. At this point, the risk became 'significant', as the payback period began to look longer than the expected lifetime of the building itself. By 2021, European Regional Development funding also became inaccessible because of Brexit. The project stalled. The initial borehole remains and could be brought into use. But the promise of low-carbon, low-cost heat has met a series of infelicities. If not precisely a broken promise, it is one that appears to hold little chance of being fulfilled at present.

25 The Coal Authority manages the United Kingdom's mining legacy on behalf of UK Government. This includes the protection of people and the environment through management of ground stability and the prevention of pollution from mine water.

2. Private buildings, private funding

The Low Carbon Energy team, determined to pursue the goal of minewater heating, with its promise of benefits for the poor, continued to seek further opportunities. The nearby district of Gateshead gained funding to sink a borehole to feed an existing heat network in its industrial zone, and Durham also wanted to bring clean heat to its citizens' homes. In contrast to many central European urban or industrial settlements, the majority of housing in coalfield communities take the form of streets of terraced housing. Each house was built with its own coal fireplaces, its own front door, and later its own electrical and/or gas supply. Miners, and their widows, were eligible for free coal, and many continued to heat their homes with coal as long as there was a supply available. However, even when houses had been fitted with central heating, this was individual to each house, although piped gas networks are extensive. Minewater heating instead requires a heat network. That is, each house must be linked to a piped hot water supply, whether or not a heat pump is installed in each house or each street to bring the water up to a useful temperature. In other words, significant, complex retrofitting projects would be needed to make minewater heating a reality in coalfield villages. The heat was there, undoubtedly, but the journey from minewater to warm homes was never going to be straightforward. Instead, the council pushed for new-build housing estates to include minewater heating. Working with housing associations and private developers, they urged integration of heat networks into building plans, aided, to some extent, by a new ban on the installation of domestic gas

boilers in new homes from 2025. Negotiations are ongoing, so I will not present a final analysis, but give an indication of the hurdles on the way. In February 2020, the Coal Authority formally announced that heat from its Dawdon mine-water treatment scheme would supply a new 'garden village' development of 1500 homes, school, shops and a health centre.²⁶ Head of Innovation at the authority laid out the benefits to be gained from the development, with its sustainable energy attracting investment and employment while offering residents low energy bills. Moreover, he commented that the new garden village 'has huge implications for the future of energy in the UK', as a demonstration of the viability of minewater heating across the country.²⁷ He had been influential in getting the project off the ground, determined and effective in bringing together private developers with the council, and establishing means for the coal authority to start to set out a framework for regulating and pricing heat. Tragically, he died suddenly in January 2021, leaving a reduced team grieving for his loss.

This loss also threw into question the commitment to the projects that he had championed, with the subsequent management being more risk averse. Although public promises about the new housing remain in place, a degree of doubt about the economics and practicalities of developing a radical new district heating scheme will remain until or if it is achieved. Although fitting a heating network to a new scheme is considerably less intrusive than retrofitting existing housing, it also shifts the benefit of the scheme away

²⁶ Coal Authority: UK's first district heating scheme.

²⁷ Coal Authority: UK's first district heating scheme.

from existing residents to those who can afford to purchase new housing, calling into question some of the moral claims made for minewater heating schemes.

3. Private buildings, private investment

Lanchester Wines is one of the largest bottling plants in the United Kingdom, importing new world wines and distributing them across the country. Based partly in County Durham, and partly over the county boundary in Gateshead, it is a family firm that chose some years ago to pursue a sustainability agenda. Temperature control is crucial to its processes, meaning that a reliable source of heating and cooling was a priority for them. Having already successfully installed solar and wind energy operations to power the bottling plant, they chose to establish a geothermal minewater heating system, since their 33,445 square meters of warehousing lay on top of old mine-workings.²⁸ The company entered into an agreement with a consultancy that appeared to understand the scheme, and did build a working mine-water heat network. It also qualified for the Renewable Heat Incentive scheme and applied for the scheme prior to its closure. Rather than withdrawing the scheme entirely, the departments responsible for it appear to have obfuscated, repeatedly presenting new bureaucratic requirements for progress. In brief, I will highlight that the company has a minewater heat scheme in operation, but the process of achieving it was painful, largely

because the kind of regulatory framework required to finance and manage the scheme was not functional.

Mine-workings are officially managed by the Coal Authority, which is a government body that also owns most of the United Kingdom's coal and licenses coal mine operations. Whether or not the coal authority owns the heat in the water in the mines, and what the value of that heat is, are not questions with a simple answer. This immediately turns the prospect of extracting heat into a complex regulatory issue, layering delay and uncertainty onto the technical uncertainties of sinking boreholes. Heat is not yet recognised in the UK as a regulatable substance.

Summary

What these three cases underline is the contingency of any new technology project, which derives less, or at least no less, from the novelty of the infrastructural materiality, as from the lack of governmental technology to support the investment, regulation, safety and operation of new constellations of engineering projects. This is a known feature of infrastructure development, as Anand et al and others have documented.²⁹ The question here is to consider what adopting the perspective of promises and the infelicities that accompany them offers, in allowing us to register the diversity of obstacles that can be encountered, and the many opportunities for disruption between the hopeful future and the past future that becomes a present.

28 The Porto Protocol: Lanchester Wine.

29 Anand et al: The Promise.

Conclusions: what is a promise?

Gretchen Bakke has pointed out how extraordinarily difficult it is in English – and many other European languages – to think without nouns.³⁰ Because our languages revolve around nouns, it becomes extremely difficult to articulate ideas without materialising them in some way. Bakke was thinking in particular about the non-objectness of electricity, but the point has wider application. There is always an object in European thinking, a thingification that shapes thought in profound ways. Anthropology has been alert to the perspectival thinking of Amerindians,³¹ but perhaps less critical of European slippage between materiality and metaphor. Thinking around the idea of a promise demonstrates this slippage well. While the philosophy of the promise is focused relatively narrowly on the performance of speech acts that literally promise a specific future, the notion of promise expands in a metaphorical and abstract sense to connote all types of desired futures and (at least selectively) desired improvements such as those associated with ‘Modernity’ and its infrastructures (with ‘threat’ as its shadow concept, denoting the feared future). That is, from the specific to the general, from a transaction to affect. Anthropologies of promises have tended to favour the more nebulous emotion of hope, focusing on affective responses to uncertainty and unpredictability.³² But a focus on the more concrete performative literature on the promise perhaps brings greater attention to agency,

with uncertainties transmogrified into the infelicities that might thwart that agency. A promise is intrinsically tied to intention, and stated intention at that, even if one of the types of infelicity is associated with dishonest statements and hidden intentions. In this, it helps to consider a comparison with legal forms such as contract or equity, and the means by which agreements become legally binding through intent and consideration, and the recourses that can be appealed to when such promises fail.

Even so, whilst the promise might be useful as a heuristic for thinking about future-oriented temporalities, it would be a category mistake to apply the philosophy of the promise to this line of thought too closely, risking a science-wars style misappropriation of disciplinary theories. The broad notion of promise is nebulous, if generative to think with. We might have to decide, at some point, whether the analytical specificity of performative promissory contracts is more useful than the inspirational metaphorical appeal to promise as hope. Either way, the transition from coal to minewater heat must contend with the emotional ties of traditional practices, the historical echoes of a brutal industry, and the legacy of economic and social inequalities that coal’s history buried under promises of riches and comfort. The mines may be transformed, but the transition is ongoing.

Acknowledgements

The paper employs research conducted by Dr Chima Michael Anyadike Danes at Durham University, funded through the Include Research Centre for Socially Inclusive Energy Transitions

30 Bakke: Electricity.

31 Viveiros de Castro: Cosmological deixis.

32 Kleist/Jansen: Introduction.

by the Norwegian Research Council. We should like to extend our thanks to the interlocutors cited, including Durham County Council's Low Carbon Energy Team, Lanchester Wines, and the Coal Authority.

References

Simone Abram/Gisa Weszkalnys: *Elusive Promises: Planning in the Contemporary World*. Oxford 2013; DOI: <https://doi.org/10.1515/9780857459169>.

Nikhil Anand/Akhil Gupta/Hannah Appel: *The Promise of Infrastructure*, Durham/London 2018.

John Langshaw Austin: *How to Do Things with Words* (William James Lectures, Harvard), Oxford 1955 (Reprints 1962 & 2009).

Gretchen Bakke: *Electricity Is not a Noun*. In Simone Abram, Brit Ross Winthereik and Thomas Yarrow (Eds). *Electrifying Anthropology*, London and New York 2019, pp. 25-41.

On Barak: *Outsourcing: Energy and Empire in the Age of Coal, 1820–1911* *International Journal of Middle East Studies* 47 (2015), pp. 425-445; DOI: <https://doi.org/10.1017/S0020743815000483>.

Huw Beynon/Ray Hudson: *The Shadow of the Mine: Coal and the End of Industrial Britain*. London 2021.

Coal Authority (Press Release): UK's first district heating scheme using mine water energy now in development. Construction of a district heating scheme utilising mine water energy is set to begin in spring at development in County Durham. 3.2.2020; URL: <https://www.gov.uk/government/news/uks-first-district-heating-scheme-using-mine-water-energy-now-in-development>

Geothermal Energy from Mines and Solar-Geothermal Heat (GEMS); URL: <https://gems.ac.uk/>.

Richard Conniff: *The Myth of Clean Coal*. *Yale Environment* 360, 2.6.2008; URL: https://e360.yale.edu/features/the_myth_of_clean_coal.

Norman Dennis/Fernando Henriques/Clifford Slaughter: *Coal Is Our Life: An Analysis of a Yorkshire Mining Community*, New York 1969.

Richard Groves: *Green Imperialism*, Cambridge 2010.

Anna Gumbau: *The Promise of Ukraine's Unprecedented Coal Phase-Out*. *Energy Monitor* 7/2/22 URL: <https://www.energymonitor.ai/policy/the-promise-of-ukraines-unprecedented-coal-phase-out>.

Roger Harrabin: *Cumbria Coal Mine: What is the Controversy about?*; URL: <https://www.bbc.co.uk/news/explainers-56023895>.

Inhabit: *Old Coal Mines Adapted to Create Geothermal Energy*, 12.10.2008; URL: <https://inhabit.com/heerlen-minewater-project/>.

Nerys Anwen Jones: *Coal Was Our Life*. PhD thesis. 1997; DOI: <https://doi.org/10.21954/ou.ro.0000d49a>.

Nauja Kleist/Stef Jansen: *Introduction: Hope over Time – Crisis, Immobility and Future-Making*, *History and Anthropology*, 27:4 (2016), pp. 373-392, DOI: <https://doi.org/10.1080/02757206.2016.1207636>.

The Mining Institute: *Louisa Centre Minewater Heating Project - Steve McDonald* (Durham County Council); URL: <https://www.youtube.com/watch?v=3hZUu85EISc>.

Timothy Mitchell: *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*, London 2011.

Hirokazu Miyazaki: *Economy of Dreams: Hope in Global Capitalism and Its Critiques*. *Cultural Anthropology*. 21(2) (2008), pp. 147-172.

North East Local Economic Partnership (NELEP) The Case for Mine Energy – Unlocking deployment at scale in the UK: *A Mine Energy White Paper*. https://www.north-eastlep.co.uk/wp-content/uploads/2021/05/Mine-Energy-White-Paper_FINAL.pdf (accessed 21/4/2022)

Edwin Peel: *The Law of Contract* (Treitel), London 2020.

The Porto Protocol: *Lanchester Wine – Renewable Energy and Heat Generation*, 8.10.2019; URL: <https://www.portoprotocol.com/case-studies/beingcarbonneutral/>.

A. F. Robertson: People and the State. An Anthropology of Planned Development, Cambridge 1984.

John R. Searle: Speech Acts: An Essay in the Philosophy of Language. Cambridge 1969.

Eduardo Viveiros de Castro: Cosmological Deixis and Amerindian Perspectivism. Journal of the Royal Anthropological Institute 4.3 (1998), pp. 469-488.

E. A. Wrigley: Energy and the English Industrial Revolution. Cambridge 2010.

**René Verhoeven/Eric Willems/Virginie Harcouët-Menou/
Eva De Boever/Louis Hiddes/Peter Op't Veld/Elianne
Demollin:** Minewater 2.0 project in Heerlen the Netherlands: Transformation of a Geothermal Mine Water Pilot Project into a full Scale Hybrid Sustainable Energy Infrastructure for Heating and Cooling. Energy Procedia 46 (2014), pp. 58-67.

World's First Mine-Water Power Station Opens in Heerlen, 15.2.2009; URL: https://ec.europa.eu/environment/ecoap/about-eco-innovation/good-practices/netherlands/328_en.

Versprechen und was man sich von ihnen verspricht:

Zwischen ‚nichts‘ und ‚zuviel‘, Leere und Übermaß

Burkhard Liebsch

Wie im Fall des Vertrauens, so verhält es sich auch mit dem Versprechen: im Fall mehr oder weniger tiefer, als Desillusionierung oder als Ver-rat erfahrener Enttäuschung fragt man sich, was es mit diesen Phänomenen nicht nur im Einzel-fall, sondern grundsätzlich auf sich hat.¹ Erstaun-licherweise führt derartige Erfahrung aber nicht

unbedingt zur gänzlichen Zerstörung jeglichen Vertrauens in Versprechen beziehungsweise zu endgültigem Verlust jeglicher Glaubwürdig-keit, die man ‚normalerweise‘ mit Versprechen verbinden mag. Und das, obgleich man, zumal politisch, notorisch zuviel zu versprechen und sich zuviel von Versprechen versprochen zu haben scheint – bis hin zu utopischen, kaum mehr glaubwürdigen Versprechen einer „besse-ren Welt“. Dies legt es eigentlich nahe, sich mit expliziten Versprechen sehr zurückzuhalten oder sich gar nichts mehr von Versprechen zu ver-sprechen und sie gegebenenfalls als bloß rheto-rische Phänomene abzutun, auf die wie im Fall ‚leerer Versprechungen‘ im Grunde keinerlei Ver-llass ist. Ausgehend von dieser zunächst nahe-liegenden Konsequenz frage ich im Folgenden, wie eine Praxis gegebener und gelebter Verspre-chen zu verstehen ist, die anscheinend dennoch

1 Liebsch: Das Selbst; Liebsch: Desillusioniertes Vertrauen; Ricoeur: Critique and Conviction, S. 119. – Eine neue, vor allem durch die digitale Revolution verschärfte Wendung nimmt diese negativistische Problematik durch Techniken eines surveillance capitalism, von dem Shoshana Zuboff behauptet, er umgehe jegliches Vertrauen oder mache es gerade-zu obsolet – obgleich sich die Autorin an anderer Stelle gerade auf das vor allem auf Versprechen sich stützende Vertrauen (trust) als unverzichtbare Grundlage des Sozialen beruft. Ob letzteres als medientechnisch transformiertes auf eine ganz andere Grundlage zu stellen ist, ist eine offene Frage. Siehe Zuboff: The Age of Surveillance Capitalism, S. 220, 335, 351, 389f., 399, 470, 524.

Bestand hat – wenn auch nur im Zwielficht einer Hyperbolik, die jedes Versprechen, das man gibt, und auch das Versprechen, das man selbst lebt, indem man es im Hinblick auf eine unabsehbare Zukunft zu halten und durchzuhalten versucht, mit der Hypothek des Verdachts belastet erscheinen lässt, es werde allemal zuviel versprochen und jedes Versprechen stelle die in ihm in Anspruch genommene Glaubwürdigkeit insofern unweigerlich selbst in Frage. Dieser Verdacht wird besonders genährt in Zeiten erodierender Verlässlichkeit und Verbindlichkeit der politischen (globalen, internationalen und lokalen, miteinander vielfach verflochtenen) Lebensverhältnisse, so dass man sich fragen muss, inwieweit die sozialphilosophische und kulturanthropologische Thematisierung des Versprechens an sich, von konkreten Versprechen und diversen Versprechungen ihrerseits als symptomatisch gelten muss in Anbetracht einer sozialen Wirklichkeit, die sie geradezu konterkariert. Möglicherweise unterschätzen entsprechende Krisendiagnosen aber die Tragfähigkeit von Versprechen, von denen man typischerweise kein verbales Aufheben macht, um deren Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit nicht zusätzlich zu gefährden. So könnte es sein, dass gerade die verlässlichsten, unser Leben geradezu ausmachenden, insofern ‚zentralen‘ Versprechen,² die wir weniger explizit ‚geben‘ als vielmehr implizit halten und durchzuhalten versuchen, die unauffälligsten sind, so dass sie auch kulturwissenschaftlicher Forschung nur allzu leicht ganz

entgehen. Vor diesem komplexen Hintergrund beschränke ich mich im Folgenden auf (1.) die Frage nach Spielräumen des Versprechens als einer sozialen Institution und darauf, was man sich von ihm verspricht (2.); und zwar mit Blick auf politische Lebensformen (3.) unter dem Druck einer Anspruchsinflation (4.), die dazu führt, dass man sich möglicherweise zu viel von ihnen verspricht. Das führt abschließend auf die Spur ‚kontrafaktischer‘ Erwartungen, in deren Licht man dennoch Versprechen gibt und zu halten sucht (5.). Die Alternative zu solchen Erwartungen wäre möglicherweise eine regelrechte Depolitisierung oder eine generell antipolitische Haltung, die alles preisgeben würde, was man sich von Versprechen verspricht.

1. Zwischen Transzendenz und Immanenz: Die Frage nach Spielräumen des Versprechens als sozialer Institution

Uns allen wurde ewige Geborgenheit versprochen, behaupten Vertreter der großen monotheistischen Religionen nach wie vor, für die diese im Wesentlichen das absolute Versprechen einer unanfechtbaren Heilszusage darstellen – im Gegensatz zu deren Interpreten, die wie Simone Weil, Emmanuel Levinas oder auch Paul Ricœur bekennen, sich von jeglicher Aussicht auf ein postmortales Überleben verabschiedet zu haben, um sich rückhaltlos einem Leben „ohne Forderung nach Unsterblichkeit“ und insofern „ohne Versprechen“ zuzuwenden.³

2 Zum doppelten, hier nicht eigens zu erläuternden Sinn der Rede vom Versprechen als ‚gegebenem Wort‘ einerseits und ‚gelebter‘ Einlösung andererseits vgl. Liebsch: Gegebenes Wort.

3 Levinas: Verletzlichkeit, S. 154, 171.

Umso mehr neigt man dazu, sich ‚alles Mögliche‘ vom Leben diesseits des Todes zu versprechen, auf das es nunmehr allein anzukommen scheint. Im Gegensatz zu mehr oder weniger vagen Aussichten und Hoffnungen, von denen man sich selbst etwas verspricht, ohne dass man eine berechtigte Erwartung darauf gründen könnte, nähren explizite Versprechen die normative Erwartbarkeit einer nicht nur mehr oder weniger wahrscheinlichen, sondern verbindlichen Einlösung von Zugesagtem, an die sich andere als Subjekte von Akten des Versprechens erstaunlicherweise selbst gebunden haben. Gemäß vorherrschender, allerdings anfechtbarer Auffassung kommt die Verbindlichkeit von Versprechen nur so, durch Selbstbindung an das Versprochene, zustande. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Was auch immer man sich (aus womöglich fadenscheinigen, überspannten und unrealistischen Gründen und letztlich ‚umsonst‘), ‚von der Zukunft‘ versprechen mag, über die allemal der Tod das letzte Wort zu haben scheint, Versprechen, die tatsächlich ‚gegeben‘ wurden, berechtigen zu der Erwartung, dass man sich wenigstens auf Zukünftiges, das sie zusagen, und insofern auch auf Andere, die es zugesagt haben, wirklich verlassen darf – und zwar trotz einer Zukunft, in der es bekanntlich ‚immer anders kommen‘ kann, und ungeachtet dessen, dass anscheinend jederzeit aus jeder beziehungsweise aus jedem ein(e) andere(r) werden kann, wie man spätestens seit Michel de Montaigne zu wissen glaubt. Das geht jedenfalls aus Analysen des Versprechens als einer sozialen Institution hervor. Welch ein Irrtum aber, wenn es zutrifft, dass wir es in der Immanenz unserer Wirklichkeit geradezu mit einem „Friedhof

nicht gehaltener Versprechen“ zu tun haben, wie Ricœur feststellte.⁴ Ricœur wollte damit gewiss nicht sagen, dass überhaupt keine Versprechen je gehalten worden sind und dass es dabei bleiben wird. Aber er konfrontiert uns doch mit dem Problem, wie es möglich ist, dass eine solche, derart ihr eigenes Versagen heraufbeschwörende Institution gleichwohl Bestand haben kann.

In beiden Hinsichten – im Verzicht auf die Transzendenz eines zugesagten, durch nichts und niemanden mehr anfechtbaren Heils, in dem wir endgültig gerettet wären, wie auch im Verzicht darauf, sich überhaupt noch auf immanente Versprechen verlassen zu wollen, die nach einschlägiger Erfahrung doch immer wieder gebrochen werden – drängt sich die Frage auf, welchen Spielraum man Praktiken des Versprechens weiterhin einräumen möchte oder einräumen muss, die offenbar doch nicht völlig verkümmert sind – nicht einmal angesichts digitalisierter medialer Verhältnisse, die kritischen Diagnosen zufolge die Verbindlichkeit von Versprechen geradezu obsolet erscheinen lassen, wie es zuletzt von der Philosophin und Sozialpsychologin Shoshana Zuboff dargestellt wurde.⁵ Handelt es sich hierbei überhaupt um eine Frage freier Entscheidung, ob wir an Praktiken der Stiftung von Verbindlichkeit durch Versprechen festhalten wollen oder nicht? Stünde es uns gegebenenfalls vollkommen frei, Versprechen weder ‚geben‘ noch gar deren Einlösung ‚leben‘ zu wollen? Oder bekommen wir es mit

4 Ricœur: *La marque du passé*, S. 31; Ricœur: *Welches neue Ethos für Europa?*, S. 115.

5 Zuboff: *The Age of Surveillance Capitalism*, S. 329-336, 516-520.

einer mehr oder weniger verbindlichen Praxis immer neuen Wort-Gebens und -Haltes nolens volens, auch gegen unseren Willen, zu tun, wie auch immer es um in der Vergangenheit gebrochene Versprechen bestellt sein mag?

Sprachspiele des Versprechens, in denen scheinbar nur aus freien Stücken verbindlich etwas zugesagt wird, wie es unter anderem John R. Searle im Anschluss an Ludwig Wittgenstein, John L. Austin und andere beschrieben haben, lassen sich zweifellos nach wie vor beobachten. Aber was soll man auf sie geben, zumal wenn sie wie politische Versprechen zu notorisch als ‚leer‘ eingestuft „Versprechungen“ tendieren? Kann oder muss man sich trotz allem auf sie verlassen, wenn auch nicht unkritisch? Trotz des generalisierten Verdachts, derart ‚leer‘ zu sein, dass überhaupt kein Verlass auf sie zu sein scheint, und trotz ‚übermäßiger‘ beziehungsweise maßloser, nicht nur religiöser, sondern auch politisch-messianischer und utopistischer Versprechen, die die Glaubwürdigkeit nicht nur einzelner Versprechen, sondern des Versprechens an sich schwer beschädigt zu haben scheinen? Kann sich davon eine soziale, als Institution zu verstehende Praxis des Versprechens je wieder erholen? Kann sie sich zwischen einer Maßlosigkeit, in der man sich und anderen ‚alles Mögliche‘ verspricht, einerseits und einem totalen Glaubwürdigkeitsverlust andererseits behaupten, der dahin führen müsste, dass man sich und anderen gar nichts mehr verspricht oder versprechen lässt, schon gar nicht, ‚für immer‘ gerettet zu werden, weder jenseits des Todes, im Anderen der Zeit, noch gar diesseits, im unweigerlich sterblichen Leben selbst?

Zwischen diesen Extremen findet offenbar weiterhin eine Praxis des Wortgebens statt, die bereits in dem Moment, wo wir riskieren, überhaupt (noch) etwas zu versprechen, Gefahr läuft, zuviel zu versprechen, ohne dass von vornherein klar sein könnte, ob darin eine notorische Unverantwortlichkeit liegt, die die Glaubwürdigkeit jedes Versprechens unterminiert, oder ob wir es hier mit einer unvermeidlichen Hyperbolik zu tun bekommen, der wir nicht aus dem Weg gehen können, solange wir daran festhalten, ein soziales Leben zu leben, allen Risiken und Gefahren zum Trotz, die darin liegen. Ein solches Leben ist, sobald es Formen annimmt, so dass wir von Lebensformen sprechen können, auf Institutionen angewiesen, von denen wir uns ebenfalls etwas versprechen, ohne dabei jedoch zunächst an Sprechakte zu denken, wie es Hannah Arendt nahelegt, wo sie schreibt, im Grunde könnten wir uns nur auf Versprechen als Basis verlässlicher Lebensformen stützen.⁶

Zunächst lässt sich von sozialen Institutionen nur sagen, dass sie etwas – beispielsweise Einbeziehung, Beachtung, Zugehörigkeit und Teilhabe in der Form von Gleichheit und Gerechtigkeit – in mehr oder weniger verlässlicher Art und Weise ‚in Aussicht stellen‘, ohne dass man dies auf ausdrücklich zu gebende Versprechen zurückführen könnte.⁷ So oder so stehen sie allerdings seit langem im Verdacht einer regelrechten Anspruchsinflation, die angeblich darauf hinausläuft, dass man sich auch von sozialen Institutionen geradezu ‚alles Mögliche‘ verspricht, selbst wenn man sich dabei nicht auf

6 Arendt: *Vita activa*, S. 239.

7 Siehe Firth: *Institutionen in primitiven Gesellschaften*.

eine mit ihnen direkt verknüpfte Normativität berufen kann, die das ohne weiteres rechtfertigen könnte. Für Kritiker des Sozialen ist es gerade die Karriere dieses Begriffs, die zu erklären scheint, wie es zu einer solchen Inflation kommen konnte. Vor allem im Zeichen der Französischen Revolution und der anschließend politisierten sogenannten „Sozialen Frage“ kommen Ansprüche auf Befreiung von drückenden Existenzsorgen, Armut und Ausbeutung, aber auch auf viel weiter gehende materielle Teilhabe an allgemeinem Wohlstand, auf Bildung und sogar auf Glück zur Geltung, das auch als weitgehend sorgenfreies, komfortables Leben missverstanden werden konnte. Wird in diesem Sinne das Leben zum höchsten Gut, wie es Arendt ausdrückte,⁸ kommt es zu einer Anspruchsinflation, die unsinnigerweise auf einen letztlich nicht nur von jeglicher Not, sondern auch von jeglicher Sorge und von jeglichem Widerstand befreiten, insofern geradezu tödlich langweiligen ‚post-historischen‘ Zustand hinauszulaufen scheint. Bis heute halten ausgedehnte Debatten um die Frage an, in welchem, nicht derart überzogenen Sinne Ansprüche Einzelner, aber auch von Gruppen an die Adresse staatlich verfasster Gesellschaften als sinnvoll und berechtigt gelten dürfen. Angefangen beim Anspruch auf Schutz vor der Gewalt Anderer über das Recht, als ‚gleiche‘ Bürgerin oder als ‚gleicher‘ Bürger behandelt zu werden, bis hin zum Anspruch auf Arbeit, auf generell menschenwürdige Lebensbedingungen und Fairness sowie darauf, nicht gedemütigt, sondern geachtet zu werden. Genau diese (und viele weitere) Ansprüche wurden unter

Berufung auf Thomas Hobbes, Jean-Jacques Rousseau, John Rawls, Avishai Margalit und andere vielfach als ‚Versprechen‘ gedeutet, für die ein moderner, Respekt verdienender Staat eintreten müsse.⁹ Insofern könnte man einen solchen Staat als Inbegriff eines institutionalisierten (Meta-)Versprechens auffassen: des Versprechens nämlich, jene als Versprechen rekonstruierbare Ansprüche tatsächlich auch einzulösen, so dass man in der generalisierten Erwartung zusammenleben kann, Sicherheit und Gleichheit, Fairness und Achtung zu genießen oder zumindest auf allgemeines Bemühen um all das Anspruch zu haben.

Das setzt allerdings voraus, dass die Bürger einander wirklich im Geist dieses Versprechens begegnen. Nicht der Staat ‚aus eigener Machtvollkommenheit‘, vielmehr allein die seine Wirklichkeit beziehungsweise reale Verfassung realisierenden Bürger in ihren gegenseitigen Verhältnissen manifestieren allenfalls diesen ‚Geist‘.¹⁰ In ihrer sozialen und politischen Wirklichkeit sind sie in diesem Sinne ein Versprechen, auch ohne dass sie eigens eines ‚abgegeben‘ haben müssten.¹¹

9 Liebsch: Unaufhebbare Gewalt, Kap. XV.

10 In diesem Sinne insistiert Peter Häberle mit Recht auf dem doppelten Sinn des Begriffs ‚Verfassung‘ als politisch-rechtlicher „Rahmenordnung“ eines Gemeinwesens einerseits und als faktisch gelebter „Kultur der Freiheit“ oder „Ethos“ im Geist dieser Ordnung andererseits. Häberle, 1789 als Teil der Geschichte, S. 65f.

11 Mit Shoshana Zuboff könnte man insofern von einer Sozialität sprechen, „die [!] uns im Versprechen bindet“ und Vertrauen daraus hervorgehen lässt – im Gegensatz zu einem primär sprechakttheoretischen Verständnis des Versprechens, das es stets aus einem freiwilligen und anscheinend souveränen Akt des Sichbindens an Versprochenes hervorgehen lässt. Siehe Zuboff: The Age of Surveillance Capitalism, S. 516.

8 Arendt: Über die Revolution, S. 79.

Dabei werden sie indessen ständig „Diskrepanz zwischen Versprechen und Wirklichkeit“ erleben;¹² sowohl im Hinblick auf den Staat als auch im Hinblick auf ihre reziproken, intersubjektiven Verhältnisse, die man ungeachtet dieser Diskrepanz ‚kontrafaktisch‘ daran misst, ob sie jenen Ansprüchen auch gerecht werden. Dass das vielfach nicht der Fall ist, führt keineswegs ohne weiteres dazu, dass man sich gar nichts mehr von ihnen verspricht und sie ihrerseits nicht als Versprechen auffasst. Im Gegenteil: vielfach nimmt man das zum Anlass, die fraglichen Versprechen zu erneuern und die Forderung, sie zu halten, zu verschärfen.

Im Folgenden beschränke ich mich vor dem skizzierten ideengeschichtlichen Hintergrund auf die Eigentümlichkeit einer Praxis des Versprechens, die immerfort zuviel zu versprechen scheint und von der man sich dabei womöglich zuviel verspricht, obgleich sie eben deshalb in dem Verdacht einer notorischen Unglaubwürdigkeit steht, die viele Kritiker und Kritikerinnen zu dem Schluss geführt hat, auf Versprechen sei keinerlei Verlass und auf sie zu vertrauen sei (wie im Grunde jedes Vertrauen) bloß oder eine Narretei.¹³

2. Wie man (sich) so oder so begrenzt ‚zuviel‘ verspricht

Versprechen setzen zweifellos Glaubwürdigkeit aufs Spiel; wiederholt nicht eingelöste Versprechen drohen sie derart zu ruinieren, dass sie sich davon nicht mehr erholen können.

Insofern muss jedes Versprechen, wenn es nicht bloß strategisch eingesetzt wird, um andere, an denen einem im Hinblick auf die eigene Glaubwürdigkeit nichts liegt, womöglich zu täuschen, mit der Sorge verknüpft sein, nicht zuviel, das heißt nur wirklich Einlösbares zu versprechen. Aber der Gefahr des Glaubwürdigkeitsverlusts, die jedem Versprechen innewohnt, ist nie ganz auszuweichen. Wäre es zweifellos klar, dass das Versprochene eingelöst werden kann, käme das Versprechen einer Vorhersage nahe.¹⁴ Wäre dies völlig ‚unklar‘, wäre die eigene Glaubwürdigkeit auf der Stelle gefährdet. Zwischen diesen Polen bewegt sich eine Praxis des Versprechens, die nicht Vorherzusagendes und nicht völlig Unabsehbares in Aussicht stellt, von dem die Versprechenden müssten behaupten können, es liege mehr oder weniger in ihrer Macht, es herbeizuführen.

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als komme das Versprechen, das niemals von vornherein in Aussicht stellen kann, nicht ‚zuviel‘ zu versprechen, einer Art Wette gleich, auf die man sich trotz beziehungsweise angesichts eines nicht ganz absehbaren Risikos einlässt. Im drohenden Glaubwürdigkeitsverlust liegt allerdings weit mehr als nur ein gewisses Risiko, nämlich die Gefahr, dass einem in Zukunft womöglich überhaupt kein gegebenes Wort mehr ‚abgenommen‘ wird. Die Betroffenen hätten insofern die Zerstörung ihres sozialen Status zu gewärtigen. Man würde ihnen gar nichts mehr glauben beziehungsweise ‚abnehmen‘. Im mehr oder weniger deutlichen Bewusstsein dieser Gefahr wird man nur versprechen, was man glaubt

12 Siehe Häberle: 1789, S. 85.

13 Siehe Shklar: Political Thought, S. 296.

14 Siehe Zuboff, The Age of Surveillance Capitalism, S. 329.

oder hofft einlösen zu können. Nur wer dafür einsteht und sich unter dieser Voraussetzung an das Zugesagte gebunden fühlt, kann beziehungsweise darf überhaupt etwas versprechen – und muss dabei dennoch seine eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen, ohne die möglichen Folgen bereits absehen zu können.

In diesem geläufigen Verständnis des Versprechens als einer sozialen Institution zeichnen sich mehrere Grenzen dieses Phänomens ab: Erstens in der nicht völlig absehbaren Zukünftigkeit des Versprochenen beziehungsweise seiner Einlösung oder Nichteinlösung, die möglicherweise auf uns selbst – als Subjekte des Versprechens, die Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nehmen können und sich glaubwürdig selbst an das Versprochene binden¹⁵ – zurückfallen wird. Diese ‚Möglichkeit‘ ist unvermeidlich im Spiel. Zweitens in den Grenzen unserer Möglichkeiten beziehungsweise unserer eigenen Macht, Versprochenes überhaupt einlösen zu können. Was nicht in unserer Macht liegt, sollten wir gar nicht erst versprechen – wobei keineswegs allgemein ‚klar‘ sein kann, was in unserer Macht liegen wird und was nicht.¹⁶ Eben deshalb kann kein Versprechen jemals einer Vorhersage gleichkommen.

Drittens im Vertrauen Anderer darauf, dass wir das Versprochene ungeachtet beziehungsweise trotz dieser Grenzen werden einlösen können und wollen.

Viertens in uns selbst, die wir dessen niemals sicher sein können, wissen wir doch streng genommen nicht einmal, wer wir morgen sein werden, wie die Philosophie des menschlichen Selbstseins von Montaigne über Hannah Arendt bis hin zu Ricœur lehrt.¹⁷ Wie kann uns überhaupt jemand glauben und sich auf uns sowie auf die Einlösung des Versprochenen verlassen, wenn wir in diesem Sinne streng genommen nicht einmal für uns selbst bürgen können?¹⁸ Gelingt dies nicht etwa aufgrund einer Selbstgewissheit, über die jeder und jede von sich aus verfügen könnte, sondern – allenfalls – aufgrund dessen, dass wir uns in den Augen anderer als auf Zugesagtes verbindlich festgelegt begreifen müssen, so dass dadurch überhaupt erst unsere ‚Identität‘ gestiftet wird, wie wiederum Arendt meinte?

3. Politische (demokratische) Versprechen und Lebensformen

Angeblich sollen vor allem Institutionen von der ‚Unkalkulierbarkeit‘ dieser Fragen effektiv entlastet werden können, funktionieren sie anscheinend doch, ohne dass man sich jedes Mal auf ausdrückliche Versprechen stützen müsste. So sollen sie ihrerseits ‚versprechen‘ beziehungsweise lassen erwarten, verlässlich zu funktionieren, und zwar nicht nur gemäß ihrer eigenen institutionellen Binnenlogik, sondern darüber hinaus im Rahmen politischer Lebensformen, die wiederum als Versprechen rekonstruierbar sind. Jedenfalls

15 Für Ricœur ist das Versprechen in diesem Sinne „typical of the way in which I bind myself“. Siehe Reagan: Paul Ricœur, S. 113.

16 Nietzsche hielt es für evident, dass man Liebe (für die Zukunft) nicht versprechen kann, ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerungen. Siehe Nietzsche, Menschliches, Allzumenschliches I; S. 76f.

17 Liebsch: Prekäre Selbst-Bezeugung, S. 15, 223, 232, 315.

18 Ricœur: Das Selbst, S. 205.

als demokratische, wurde oft behauptet, und im Kontext Europas, das in Anbetracht seiner bis heute nur unzureichend ausgeloteten Gewaltgeschichte ebenfalls als Versprechen beschrieben wurde.¹⁹ Kurz gesagt: als Versprechen, es zur Wiederholung von Formen der Gewalt, die man für eine totalitäre Pathologie des Politischen verantwortlich gemacht hat, unter künftig anderen geschichtlichen Bedingungen nicht kommen zu lassen.

Demokratische Lebensformen müssen nach weit verbreiteter Überzeugung versprechen, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit beziehungsweise entsprechende Grundrechte weitgehend einzulösen, vor allem aber den im Artikel 1 des Grundgesetzes verbrieften, allerdings begrifflich weitgehend unbestimmten Anspruch: die Würde eines beziehungsweise einer jeden zu achten. Was Würde eigentlich ausmacht, gibt der Artikel begrifflich nicht umsonst nicht an, um es den Beteiligten im demokratisch verfassten Zusammenleben selber zu überlassen, sich ständig mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Was auch immer bestimmte Institutionen sonst noch leisten können oder sollen, sie müssen sich demnach an diesen Rahmen halten, der allerdings unter der notorischen Unbestimmtheit jener Leitbegriffe leidet. Inwiefern und inwieweit demokratische Lebensformen die Würde einer jeden Person, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu realisieren versprechen und tatsächlich realisieren können beziehungsweise müssen, ist weitgehend unklar und deshalb Gegenstand immer neuen Dissenses in diesen Angelegenheiten. Typischerweise entzündet sich dieser

Dissens an der Frage, wie mit Enttäuschungen umzugehen ist, die sich so rekonstruieren lassen, dass sie moralisch auf den Bruch von Versprechen und auf die daraus hervorgehende Erfahrung von Desillusionierung oder Verrat reagieren. Dabei geht vielfach durcheinander, was man sich einerseits vom sozialen und politischen Zusammenleben versprochen hat und was dieses andererseits tatsächlich normativ versprechen muss, insofern jede und jeder darauf Anspruch hat.

Offenbar geht es bei der menschlichen Würde, bei Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit keineswegs nur um etwas, was man sich selbst von demokratischen Lebensformen verspricht, was man erwartet und worauf man hofft. Vielmehr stellen sie ihrerseits ein verbindliches, institutionalisiertes Versprechen dar, praktisch auch einzulösen, wozu sie in den Augen derer verpflichtet sind, die ihnen zugehören. Auf dieser Grundlage kann und darf man sich von ihnen versprechen, das einzulösen, wofür sie stehen.

4. Unter dem Druck von Anspruchsinflationen: das Soziale

Nun wird wie gesagt gegen die politischen Lebensformen, die der ‚Westen‘ speziell seit der Aufklärung hervorgebracht hat, immer wieder der Vorwurf einer regelrechten Anspruchsinflation erhoben, die häufig mit dem Aufkommen des Begriffs des Sozialen in Verbindung gebracht wurde. Und zwar so, dass dieser Begriff mit immer neuen Ansprüchen einhergegangen sei, von deren Einlösung man sich selbst alles Mögliche, nicht nur Sicherheit und darüber hinaus Glück, sondern angeblich sogar

¹⁹ Siehe beispielsweise Buchstein (Hg.): Die Versprechen der Demokratie.

Zufriedenheit versprochen habe, während politische Lebensformen all das weder versprechen könnten noch auch versprechen sollten.

Tatsächlich ist das Soziale kein alter Grundbegriff. Das *zoon politikon* der antiken politischen Theorie ist noch kein *animal socialis*, wie es Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert nennt, der es noch nicht, wie dann Hobbes im 17. Jahrhundert, als entteleologisiert begreift.²⁰ Erst unter dieser Voraussetzung ist dagegen eine „Philosophie des Sozialen“ aufgetreten, so wie wir sie heute kennen, die es nicht als auf irgendwelche Tugenden, auf das Gute oder das Gerechte immer schon angelegt versteht.²¹ Unter dieser Voraussetzung spricht man seit Hegel auch von modernen Gesellschaften,²² deren Mitgliedern es anscheinend vor allem auf ihre eigenen Bedürfnisse, auf Erwerb, Besitz und Sicherheit ankommt. Dabei verstricken sie sich in agonale und antagonistische, gewaltsame und ‚böse‘ Konflikte, die sie ständig vor die Aufgabe stellen, sich in ihrem Zusammenleben aneinander (von neuem) zu binden – unter anderem durch Versprechen und Verträge – oder sich als einander verbunden zu erfahren, etwa durch Mitleid, Solidarität und Wohlwollen.²³ Auf diese Weise schützen sie sich vor der in ihrem Zusammenleben selbst liegenden Gewalt, bringen aber auch neue Formen von Verletzbarkeit hervor, die bis heute die kritische Frage aufwerfen, ob

politische Lebensformen je versprechen können, sie wirksam zu begrenzen, aufzuheben oder abzuschaffen, ohne paradoxerweise gerade durch die entsprechenden Gegenmaßnahmen wiederum Gewalt heraufzubeschwören.²⁴

In genau diesem Sinne hat Ricœur von einem „Paradox des Politischen“ gesprochen.²⁵ Dabei hatte er die Geschichte der neuzeitlich-europäischen politischen Philosophie vor Augen, die vor allem seit Hobbes den Schutz vor Gewalt, die zwischen teleologisch nicht miteinander verbundenen und ursprünglich zu nichts verpflichteten Individuen heraufbeschworen wird, zum Kernproblem politischer Herrschaft erklärt hat. Demnach muss der Staat beziehungsweise die Form souveräner Herrschaft, die ihn repräsentiert, vor allem für ein Sicherheits-Versprechen einstehen. Und um dafür bürgen zu können, sollten ihm zentralisierte Gewaltmittel zur Verfügung stehen. Längst hat freilich die Diskussion auf diesen Prämissen fußender Staatstheorien deutlich gemacht, dass jeder Vertrag, durch den staatliche Formen der Herrschaft legitimiert werden können, auf gegenseitigen Versprechen beruht, die nur aus bereits vorliegenden sozialen Verhältnissen hervorgehen können. In Hegels Philosophie des Rechts werden darüber hinausgehend diese Mittel Maßstäben der Vernunft unterworfen, die den Rahmen vergesellschafteten Lebens definieren sollen. Dabei kam es Hegel nicht in den Sinn, letzteres etwa ‚sozialstaatlich‘ aufzufassen, wie es dann Lorenz von Stein und andere nahelegten, die im

20 Habermas: Theorie und Praxis, S. 48, 50, 56.

21 So sei überhaupt erst der „Lebenszusammenhang des Sozialen freigelegt“ worden, heißt es hier. Habermas: Theorie und Praxis, S. 52.

22 Riedel: Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, S. 98f., 120f., 148f., 159.

23 Siehe Fetscher: Der gesellschaftliche ‚Naturzustand‘, zur Überschätzung des Versprechens, S. 30, 38.

24 Fetscher: Der gesellschaftliche ‚Naturzustand‘, S. 40f.

25 Ricœur: Geschichte und Wahrheit; siehe Monteil: Ricœur politique, der ausführlich verschiedene Deutungen jener Paradoxie herausarbeitet.

19. Jahrhundert die „Soziale Frage“ aufwarfen.²⁶ Deren Geschichte ist hier nicht nachzuerzählen. Worauf es im Hinblick auf das Versprechen ankommt, sind an dieser Stelle bis heute kontroverse Bewertungen dieser Geschichte. Längst stellt sich der Sozialstaat nicht mehr nur wie einst angesichts des vorindustriellen Pauperismus und der ersten industriellen Revolution Problemen massenhafter Armut. Vielmehr gehen die ihm zugeschriebenen Aufgaben über Fragen der sozialen Daseinssicherung und -vorsorge,²⁷ der Sozialgesetzgebung und der entsprechenden Bürokratisierung, Verrechtlichung und Zentralisierung seit langem hinaus.²⁸ Sie betreffen inzwischen auch weit hin akzeptierte soziale Grundrechte, wie sie die Weimarer Verfassung vorsah,²⁹ die allerdings noch nicht so etwas wie „soziale Geborgenheit“ erfahrbar gemacht hat, wie man sie heute den Demokratien des Westens (nicht ohne Vorbehalte) zuschreibt. Kann beziehungsweise soll das bedeuten, dass der Staat auch für das Glück der Einzelnen zuständig ist? Das erschien schon Wilhelm von Humboldt und Alexis de Tocqueville als gänzlich abwegig und als gefährlicher Irrweg in einen paternalistischen Despotismus.³⁰ Andere fürchteten, der Staat werde durch das Aufkommen der Massen, das Friedrich Meinecke, Elias Canetti, Hannah Arendt und vielen anderen als die „dynamische Grundtatsache der letzten eineinhalb Jahrhunderte“ vorkam,³¹

mit einer uferlosen Anspruchsausweitung konfrontiert, der er niemals gerecht werden könne, wenn ein kollektives Verlangen nach ohnehin „unerreichbarem Menschenglück der Massen“ angeheizt wird, die in ihrer Anarchie alles Mögliche ‚meinen‘ beziehungsweise für richtig halten. Von Hannah Arendt über Arnold Gehlen bis hin zu Jean Baudrillard sind ähnlich massive Vorbehalte gegen einen angeblichen Triumph des Sozialen geäußert worden,³² der mehr oder weniger unvermeidlich auf solche Konsequenzen hinauslaufe. „Alles“ sei „sozial geworden“ und „überall“ gehe es „um die Frage des Sozialen“, befand Baudrillard. Als angeblich alles Heterogene Tilgendes, dessen völlige Vereinnahmung auch Georges Bataille befürchtet hatte,³³ sei es zur „endgültigen Ideologie“ aufgerückt, auf die sich „trügerische Versprechen des Politischen“ gründen³⁴ – einschließlich nicht nur möglichst hohen Lebensstandards für alle, sondern sogar weitgehender „Freiheit vom Mangel“, wie Gehlen meinte, der den „Wohlfahrtsstaat“ nur noch als „Versorgungsstaat“ unter staatlich reglementierter Fürsorge „von der Wiege bis zur Bahre“³⁵ sehen konnte.³⁶

Seither hat die Diskussion um das Soziale, um normative, zu verrechtlichende Ansprüche, die aus ihm hervorgehen, und um die staatlich zu verbürgenden Formen, in denen das Soziale institutionelle Gestalt annimmt, nicht mehr aufgehört. Häufig verlief die Diskussion – besonders

26 Ritter: Der Sozialstaat, S. 10f., 68.

27 Siehe Ritter: Der Sozialstaat, S. 66ff.

28 Ritter: Der Sozialstaat, S. 15, 18ff.; Ewald: Der Vorsorgestaat.

29 Ritter: Der Sozialstaat, S. 21, 114.

30 Ritter: Der Sozialstaat, S. 23, 42, 61, 65.

31 Sösemann (Hg.): Friedrich Meinecke, S. 107; Moscovici: Das Zeitalter der Massen.

32 Siehe Arendt: Über die Revolution, Zweites Kapitel zur „sozialen Frage“; Gehlen: Der Mensch, S. 388; Gehlen: Moral und Hypermoral, S. 62, 68, 109; Baudrillard: Die göttliche Linke.

33 Bataille: Die psychologische Struktur.

34 Baudrillard: Die göttliche Linke, S. 80, 64.

35 Lessenich: Theorien, S. 13.

36 Gehlen: Moral und Hypermoral, S. 62.

in Frankreich, wo sich viele Autoren (von Claude Lefort über Miguel Abensour bis hin zu Jacques Rancière) einer Renaissance des Politischen verschrieben haben – so, dass man meinte, letzteres gegen eine Überwältigung durch ‚das Soziale‘ in Schutz nehmen zu müssen. Im weitesten Sinne kann das Soziale jedoch als das Medium gelten, in dem sich menschliches Zusammenleben ausformt und in verschiedensten Lebensformen Gestalt annimmt,³⁷ deren dauerhafte und verlässliche Gestaltung allerdings politisch-institutionell sichergestellt werden muss. Und seit den Sozialreformen des 19. Jahrhunderts ist deutlich, dass dies in der Tat einen sozialen Staat erfordert, der das Soziale auch zu seiner Angelegenheit machen muss, etwa in der Sicherstellung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums.³⁸ Aber dabei dürfen das Soziale und das Politische nicht einfach zusammenfallen, wie es der Begriff des Sozialstaats in einer bestimmten Auffassung suggeriert. Das jedenfalls behaupten Autoren wie Gehlen, Baudrillard und Arendt, die sich energisch dagegen wenden, den erst der Moderne zu verdankenden Begriff des Sozialen derart auszuweiten, dass er das Politische mit der Konsequenz ganz in Beschlag nimmt, es mit maßlosen, politisch niemals einzulösenden Ansprüchen derart zu überziehen, dass seine Konkretisierung ihrer Ansicht nach von vornherein zum Scheitern verurteilt sein muss.

Diese Diskussionen haben weder einen eindeutigen Begriff des Sozialen hervorgebracht noch

auch zu unstrittigen Grenzen zwischen dem Sozialen und dem Politischen oder zu dessen eindeutiger normativer Bestimmung geführt. Das ließe sich anhand jüngerer Veröffentlichungen von Stefan Lessenich, Kurt Röttgers, Jean-Luc Nancy und anderen ohne weiteres zeigen. Nancy tendiert dazu, den Begriff des Sozialen so weit auszudehnen, dass er schließlich alles einschließt, was „ko-existiert“ beziehungsweise in ein être-avec oder Mitsein eingeht.³⁹ Doch was dieses Ko-Existieren bedeutet, ist selbst eine strittige Frage, die im Sinne eines ständigen re-entrys à la Niklas Luhmann in unsere politischen Auseinandersetzungen immer wieder eingeht. Dabei wird nach der Beobachtung Lessenichs ‚ausgehandelt‘, was ‚sozial‘ beziehungsweise was ‚politisch‘ ist oder als solches gelten soll, ohne dass man dabei je an ein Ende käme, wo aller Dissens in diesen Fragen aufhören könnte.⁴⁰

5. Im Lichte ‚kontrafaktischer‘ Erwartungen: Ein Versprechen sein, Versprechen geben und halten

Beruhet, abgesehen davon, das Aushandeln nicht selbst schon auf einer vorgängigen Sozialität, ohne die man sich nicht einmal auf Erwiderung hin an andere wenden könnte? Auch das ist allerdings nicht unumstritten, wird doch auch

³⁹ Nancy: singularär plural sein, S. 31ff.

⁴⁰ Lessenich: Theorien des Sozialstaats, S. 138. An anderer Stelle ist von einer regelrechten „Wiederaneignung des Sozialen“ die Rede (S. 146 f.), nachdem zuvor nahezu alles fast beliebig als sozial definierbar erschien und unklar war, wie sich „die soziale Frage ursprünglich gestellt“ hat (S. 102).

³⁷ Siehe Liebsch: Einander ausgesetzt.

³⁸ Gegenwärtig zeigen sich deutlich die Folgen weitgehenden Versagens des Sozialstaats in dieser Hinsicht.

behauptet, gegenwärtig würden Menschen derart marginalisiert und unsichtbar gemacht, dass sie nicht einmal als mögliche ‚Gesprächspartner‘, die etwas zu sagen hätten, in Betracht kommen und geradezu aufhören, sozial zu existieren. Droht ihnen auf diese Weise nicht ein sozialer Tod? Ist das Soziale etwa derart in einen ‚prekären‘ Aggregatzustand übergegangen, dass niemand mehr ganz davor geschützt ist, aus jeglichem politischen und sozialen Verhältnis herauszufallen? Oder wäre ein solches ‚Herausfallen‘ immer noch als ein ‚soziales‘ Phänomen zu begreifen? Spricht man genau deshalb im Anschluss an den Soziologen Orlando Patterson von einem social death?

Zu einem solchen Tod würde es nur dann kommen, wenn die Betroffenen niemanden mehr ansprechen und von niemandem mehr in Anspruch genommen werden können. Ohne diese Grundbedingungen lässt sich überhaupt kein soziales Leben vorstellen. Dazu genügt keine bloße Ko-Existenz (sofern damit nicht mehr gemeint ist als ein indifferentes Nebeneinander[her]leben, in dem man einander auch vollkommen gleichgültig bleiben könnte und sich gegenseitig nicht einmal wahrzunehmen bräuchte). Wer angesprochen und in Anspruch genommen werden kann, ‚verspricht‘ bereits zu antworten. Er oder sie ist in diesem Sinne – nolens volens – ein Versprechen, längst bevor eines gegeben oder verweigert wird. Und zwar vom Anderen her, von dem sich diejenigen, die ‚antworten‘ können, dies gewissermaßen zuziehen: ein Versprechen zu sein.

Aber dem kann man sich sehr wohl zu entziehen versuchen. Selbst wenn jede Antwort, auch eine Antwortverweigerung, ein Sich-taub- und Gleichgültigstellen, als Antwort aufgefasst werden

kann, so dass „keine Antwort auch eine Antwort ist“, wie es sprichwörtlich (oft unter Berufung auf den Kommunikationstheoretiker Paul Watzlawick) heißt, es ist doch nicht zu bestreiten, dass dies für die Betroffenen unter Umständen verheerende Konsequenzen hat. Man denke an das Begehren von Flüchtlingen aus dem Mittleren Osten an den europäischen, vielfach unüberwindlichen, stacheldrahtbewehrten Grenzen, eingelassen zu werden, woraufhin zigtausende von ihnen überhaupt keine Antwort bekommen und dazu verurteilt bleiben, im Niemandsland zwischen Staaten zu vegetieren, ohne dass sich jemand für sie zuständig erklären oder ihnen auch nur irgendeinen Bescheid geben würde.

Zwar ist jede und jeder von Anderen so oder so Angesprochene ein leibhaftiges Versprechen der Antwort. Aber darüber kann man sich sehr effektiv hinwegsetzen und ‚so tun‘, als ginge einen das nichts an. Das gilt für Einzelne ähnlich wie für Ethnien und Staaten. Und ein Versprechen zu sein, bedeutet nicht, dass wir im Sinne derjenigen, die uns in Anspruch nehmen, zu antworten versprechen müssten, um ihnen zu entsprechen. Man kann jede Inanspruchnahme auch übergehen, sich für unzuständig erklären, sie zurückweisen, an wieder Andere verweisen oder für unberechtigt erklären und so weiter.

Mit anderen Worten: Wir sind zwar ein Versprechen, aber allein auf dieser Grundlage versprechen wir nicht, können wir nicht versprechen und werden wir niemals versprechen, jedem an uns ergehenden Anspruch zu entsprechen, ihm stattzugeben oder beizupflichten. Wie es scheint, kann man sich allein davon, dass wir ein Versprechen sind, noch nichts (Konkretes) versprechen, nicht einmal das Versprechen, jeglicher Inanspruchnahme entsprechen zu wollen,

indem man wenigstens Antwort gibt. Zahllose Antworten werden schließlich verweigert. Und die Form der Verweigerung kann so weit gehen, in Abrede zu stellen, dass einen überhaupt ein Anspruch erreicht hat, oder überhaupt kein Verhalten in dieser Frage zu erkennen zu geben. Maurice Merleau-Ponty hat Recht, wenn er feststellt, das Soziale trete vielfältig, aber „niemals frontal“ auf.⁴¹ Es kann als Indifferenz und Gleichgültigkeit in Erscheinung treten, als offenes Angesehen- und verstohlenes Beobachtetwerden, als betroffenes Schweigen, einschüchternde Rede und mutige Gegenrede, als Skrupel, Gewissensbiss oder unverhohlene Rücksichtslosigkeit, als versteckte Falle, nagende Schuld und massive Verschuldung, als glückliche Passivität oder wütende Aktion, als zur Schau gestellte Macht oder kaschierte Gewalt, als Empathie, übernommene oder ignorierte Verantwortung. Immer ist es demnach im Spiel, ohne sich eindeutig als solches zu erkennen zu geben. Selbst wenn es stimmt, dass in all dem ein ein- und gegenseitiges Inanspruchnehmen und Antwortgeben stattfindet, bleibt das Soziale jedes Mal mehrdeutig. Nirgends zeichnet sich ohne weiteres definierbar ab, was es als solches ‚wesentlich‘, ‚unabdingbar‘ oder ‚unabänderlich‘ ausmacht. Unter anderem tritt das Soziale auch als Versprechen auf, das wir geben, in dem wir etwas verbindlich zusagen, auch auf die Gefahr hin, unsere Glaubwürdigkeit dabei aufs Spiel zu setzen und dabei nicht nur zu ‚riskieren‘, eine Art Wette zu verlieren, sondern Gefahr zu laufen, unseren Status als soziales Selbst einzubüßen

– wir, die nicht einmal wissen können, wer sie morgen sein werden, wie es schon Montaigne, Fernando Pessoa und viele andere beschrieben haben. Daran knüpft Ricœur an, wenn er sich fragt: ‚wie kannst du mir dennoch vertrauen – mir, der ich wankelmütig, inkonstant, inkonsistent und sicher nicht absolut zuverlässig bin?‘⁴² Die politische Theorie hat sich in ihrer weit zurückreichenden Geschichte auf dergleichen Unwägbarkeiten kaum je recht eingelassen. Sie hat gegen- beziehungsweise allseitige Versprechen in der Form eines Vertrages im Geist des Gewaltverzichts oder auch staatlicher Monopolisierung der Gewalt zur Grundlage politischer Systeme erhoben und Ansprüche, die solche Systeme gewährleisten sollten, als Versprechen begriffen, zugleich aber zugeben müssen, dass alle diese Versprechen vielfach gebrochen worden sind, so dass viele rein gar nichts mehr ‚auf sie geben‘ wollen. Dabei ist das Versprechen selbst, als verbindliche Zusage, zugleich überschätzt worden und unterbelichtet geblieben: Überschätzt, weil gewiss nicht allein Versprechen ein halbwegs befriedetes und womöglich sozial ausgeglichenes politisches Zusammenleben verbürgen können, denn dazu bedarf es auch einer Vielzahl gesellschaftlicher Institutionen, die konkret dafür bürgen müssen; unterbelichtet, weil man vielfach mit einem einzigen, in die Form des sogenannten Gesellschaftsvertrags eingehenden (wenn auch fiktiven) Versprechen bereits die Lösung gefunden zu haben glaubte, ohne dem Geben und Halten von Versprechen selbst sowie den Folgen gebrochener

41 Merleau-Ponty: Die Abenteurer, S. 186f.

42 Ricœur: Das Selbst als ein Anderer, S. 205.

Versprechen weiter viel Aufmerksamkeit zu schenken.

Das Versprechen, das wir bereits als diejenigen sind, die Versprechen geben können, und die Versprechen, die wir tatsächlich geben, implizieren Vertrauen seitens anderer, aber auch deren vorübergehende oder nachhaltige Enttäuschbarkeit, die zur Zerstörung jeglicher Glaubwürdigkeit führen kann, so dass überhaupt kein Versprechen mehr möglich scheint. Am Ende können wir noch so viel versprechen, es wird anderen vorkommen wie Schall und Rauch, als vollkommen Unverbindliches, worauf man ‚nichts geben‘ sollte.

Ungeachtet dessen gibt es mannigfaltige Weisen der Rehabilitation nach gebrochenen Versprechen – von bloßer Nachsicht über das Vergessen, Rechtfertigungen und Entschuldigungen bis hin zur Versöhnung, die eigene oder fremde Glaubwürdigkeit ‚wiederherstellt‘, so dass ‚ein neuer Anfang gemacht‘ werden kann, der keineswegs die Enttäuschung ignorieren muss, die ihm vorausging. Erstaunlicherweise ist das anscheinend auch mit politischen Institutionen der Fall, die ‚versprechen‘ müssen, im Rahmen des Rechts und vor allem grundgesetzlich verbürgter normativer Ansprüche genau das zu leisten, was man von ihnen ‚kontrafaktisch‘ glaubt erwarten zu dürfen und erwarten zu müssen. Wo sie in dieser Aufgabe versagen, werden sie keineswegs einfach aus ihr entlassen, sondern auf die Einlösung des Versprechens erneut verpflichtet.

Normative, legale und legitime Ansprüche stiften entsprechende Erwartungen, von denen allerdings höchst unklar ist, wie oft, wie tiefgreifend und nachhaltig sie enttäuscht werden können, ohne dass man sie völlig und womöglich

irreversibel aufgibt – sei es mit der Konsequenz, sich und andere ‚endgültig‘ verraten zu fühlen, sei es mit defaitistischer Verachtung für die betreffenden Institutionen, von denen man ‚nichts‘ anderes mehr erwartet als genau dies: dass sie ihren an normative Ansprüche geknüpften Sinn nicht erfüllen, oder auch mit der Konsequenz weitestgehender, antipolitischer Abwendung von jeglicher politischen Erwartung, die noch enttäuschbar wäre – sofern das überhaupt noch möglich ist unter jeden mehr oder weniger einschließenden Bedingungen der Vergesellschaftung.⁴³ Die Frage, was man sich von zu haltenden oder wiederholt gebrochenen, verlässlich eingelösten oder auch verratenen Versprechen nach entsprechenden Erfahrungen mit ihnen versprechen kann, wird so gesehen nicht zuletzt auch davon abhängen, was man von ihnen erwarten will – ‚trotz allem‘, was dagegen sprechen mag, sich weiterhin auf sie verlassen zu können.

43 Es muss hier dahingestellt bleiben, wie weit dies in paradoxerweise entgesellschafteten Gesellschaften gehen kann, die wie unter der mafios anmutenden, klientelkapitalistischen Autokratie Wladimir Putins nur noch ein kümmerliches Zivilleben überleben lassen, wo jeder Andersdenkende zur Gefahr und selbst „das Leben“ zum „ausländischen Agenten“ erklärt worden zu sein scheint, wie Masha Gessen in ihrer eindrucksvollen Beschreibung zeigt: Die Zukunft ist Geschichte, S. 466, 556, 571.

Literatur

Hannah Arendt: Über die Revolution, 4. Auflage, München/Zürich 1994.

Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben, 4. Auflage, München, Zürich 1985.

Georges Bataille: Die psychologische Struktur des Faschismus. Die Souveränität, München 1978.

Jean Baudrillard: Die göttliche Linke. Eine Chronik der Jahre 1977–1984, München 1986.

Hubertus Buchstein (Hg.): Die Versprechen der Demokratie, Baden-Baden 2013.

François Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt am Main 1993.

Iring Fetscher: Der gesellschaftliche ‚Naturzustand‘ und das Menschenbild bei Hobbes, Pufendorf, Cumberland und Rousseau, in: Schmollers Jahrbuch 80/ II (1960), Nr. 6, S. 1-45.

Raymond W. Firth: Institutionen in primitiven Gesellschaften, Frankfurt am Main 1968.

Arnold Gehlen: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik, Frankfurt am Main/Bonn 1969.

Arnold Gehlen: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, 13. Auflage, Wiesbaden 1986.

Masha Gessen: Die Zukunft ist Geschichte. Wie Russland die Freiheit gewann und verlor, Berlin 2018.

Peter Häberle: 1789 als Teil der Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Verfassungsstaates, in: Henning Krauß (Hg.): Folgen der Französischen Revolution, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2015, S. 61-104.

Jürgen Habermas: Theorie und Praxis, 6. Auflage, Frankfurt am Main 1993.

Stefan Lessenich: Theorien des Sozialstaats zur Einführung, Hamburg 2012.

Emmanuel Levinas: Verletzlichkeit und Frieden, Zürich/Berlin 2007.

Burkhard Liebsch: Das Selbst im Missverhältnis zwischen Erzählung und Bezeugung. Versprechen – Vertrauen – Verrat, in: Stefan Orth, Peter Reifenberg (Hg.): Facettenreiche Anthropologie. Ricœurs Reflexionen auf den Menschen, Freiburg i. Br./München 2004, S. 49-78.

Burkhard Liebsch: Gegebenes Wort oder Gelebtes Versprechen. Quellen und Brennpunkte der Sozialphilosophie, Freiburg i. Br./München 2008.

Burkhard Liebsch: Prekäre Selbst-Bezeugung. Die erschütterte Wer-Frage im Horizont der Moderne, Weilerswist 2012.

Burkhard Liebsch: Unaufhebbarer Gewalt. Umriss einer Anti-Geschichte des Politischen. Leipziger Vorlesungen zur Politischen Theorie und Sozialphilosophie, Weilerswist 2015.

Burkhard Liebsch: Einander ausgesetzt. Der Andere und das Soziale. Bd. I/II, Freiburg i. Br./München 2018.

Burkhard Liebsch: Desillusioniertes Vertrauen – in ontogenetischer und geschichtlicher Perspektive, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 107, Nr. 1 (2021), S. 90-113.

Maurice Merleau-Ponty: Die Abenteuer der Dialektik, Frankfurt am Main 1974.

Pierre-Olivier Monteil: Ricœur politique, Rennes 2013.

Serge Moscovici: Das Zeitalter der Massen, Frankfurt am Main 1986.

Jean-Luc Nancy: singular plural sein, Berlin 2004.

Friedrich Nietzsche: Menschliches, Allzumenschliches I, in: Giorgio Colli, Mazzino Montinari (Hg.): Sämtliche Werke 2, München 1980, S. 9-366.

Charles E. Reagan: Paul Ricœur. His Life and His Work, Chicago 1998.

Paul Ricœur: Geschichte und Wahrheit [1955], München 1974.

Paul Ricœur: Welches neue Ethos für Europa?, in: Peter Koslowski (Hg.): Europa imaginieren, Berlin u. a. 1992, S. 108-120.

Paul Ricœur: Das Selbst als ein Anderer, München 1996.

Paul Ricœur: Critique and Conviction. Conversations with F. Azouvi and M. de Launay, New York 1998.

Paul Ricœur: La marque du passé, in: Revue de Métaphysique et de Morale, no. 1 (1998), S. 7-31.

Manfred Riedel: Studien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt am Main 1969.

Gerhard A. Ritter: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.

Judith N. Shklar: Political Thought and Political Thinkers, Chicago 1998.

Bernd Sösemann (Hg.): Friedrich Meinecke. Die deutsche Katastrophe. Edition und internationale Rezeption, Berlin 2019.

Shoshana Zuboff: The Age of Surveillance Capitalism, London 2019.

Subjektivierungspotenziale

Der Topos des Versprechens, die Macht der Ungewissheit und die Frage nach ‚tatsächlichen‘ Subjektivierungen

Martina Röthl

Heil auf Erden ohne Gott als ‚das‘ Versprechen der Moderne; mediale Wirklichkeiten und deren „Versprechen auf eine gelungene Welt [und] auf ein erfolgreiches Sein“¹; Konsumenten und Konsumentinnen, die „durch unerfüllte Versprechen zum jeweils nächsten Kauf, zur nächsten Nutzung angetrieben“ werden; der Fordismus, der erstmalig in der Geschichte der Industrialisierung Wohlstand für alle und damit verbunden auch technologischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum versprach; romantische Liebesemantiken, die bis heute aufgrund des Versprechens so erfolgreich sind; Subjekte könnten in der Liebe zu sich selbst und zum

authentischen Ich-Erleben finden: Egal, vor welchem Hintergrund wir uns Gedanken über ‚Versprechen‘ machen, ob in der Perspektive der alltagskulturellen Vergegenwärtigung oder vergegenwärtigenden Praxis, ob als Objektivierung von Zukünften² oder mittels ganz anderer analytischer Folien und von anderen Interessen getragen – alsbald fällt zweierlei auf: Zum einen scheint es sich mit ihnen immer ein wenig wie mit den „Versprechen unserer Urlaubskataloge“ zu verhalten, denen wir, wie Konrad Köstlich bereits 1991 meinte, „trauen, obwohl wir es längst besser wissen müssten.“³ Zum anderen lenken mit ‚Versprechen‘ korrespondierende Topoi und Praktiken die Aufmerksamkeit auf etablierte kulturelle Vorgaben im Hinblick auf die

1 Jeweils exemplarisch und ab hier in dieser Reihenfolge: Hickethier: Kulturelle Dispositive, S. 33; Bausinger: Kleinbürger, S. 9; Aulenbacher: Geschlechterungleichheit, S. 222; Burkart: Bekenntniskultur, S. 28.

2 Siehe dazu Färber: Versprechen, S. 26.

3 Köstlin: Souvenir, S. 139.

Ausgestaltung sozialer Beziehungen und Bindungen sowie überhaupt auf die Entstehung von Sozialität und Identität. Nicht zuletzt unter den Vorzeichen einer am Eingreifen orientierten Wissenschaft schließen hier Fragen nach den Gesetzen und Intentionen entsprechender Setzungen und nach Regulativen an, die in Bezug auf die Gewährleistung gesellschaftlichen Zusammenhalts und politisch forcierter ‚Stabilität‘ greifen (sollen).

Im Folgenden geht es um das grundsätzliche Vermögen, Zukunft – und ein zukünftiges Selbst – in all seiner Ungewissheit denken zu können. Fragen nach dem mit den Urlaubskatalogen angedeuteten Motiv des ‚Glauben-Wollens‘ sind lose mitgeführt. Aufgrund meines grundsätzlichen Interesses an method(olog)ischen beziehungsweise heuristischen Wegen der empirischen Annäherung an ‚tatsächliche‘ Subjektivierungen, richtet sich der Fokus zunächst auf den Arbeitsbegriff der ‚Subjektivierungspotenziale‘. Ausgehend davon wird die Aufmerksamkeit dann auf Aneignungspraktiken gelenkt und das Versprechen, speziell jenes ‚an sich selbst‘, als Aneignungsmodus ins Spiel gebracht. Ein kritischer Rückbezug auf Eva Illouz dient im dritten Teil dann als Ansatzpunkt, um an das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Ungewissheit im Kontext des Versprechens heranzuführen und den Bogen noch kurz zu dem mit Versprechen von Freiheit und Gleichheit assoziierten Projekt des Feminismus und zur Ebene des Politischen zu schlagen – das heißt auch zu einigen der oben in puncto ‚kulturelle Vorgaben‘ aufgeworfenen Fragen.

Subjektivierungspotenziale und ihr spezielles Verhältnis zum ‚Versprechen‘

Im Rahmen zweier Forschungsprojekte, die beide auf die Vermittlung von Geschlechterwissen rekurrieren, untersuche ich Bezugnahmen auf mit Geschlecht korrespondierende Themen und Selbstpositionierungen in diesem Kontext, ferner auch konkrete Engagements und Einsätze für und gegen Geschlechtergerechtigkeit als identitätsstiftende Praktiken.⁴ Es handelt sich zum einen um das zwischen 2016 und 2021 verfolgte Projekt „SCHAUPLATZ GESCHLECHTERFRONT. Antagonistische Konstellationen. Epistemische Interaktionen. Subjektivierungspotenziale“, das auf in alltäglichen Settings vollziehende Wissenstransfers fokussierte; zum anderen um das DFG-geförderte Projekt „Geschlechterwissen: Vermittlungsebenen und ihre Akteur*innen“, das sich expliziter auf die intendierte und institutionell eingebettete Wissensvermittlung konzentriert. Die beiden Studien sind als breite Feldanalysen angelegt und dem Fragehorizont der empirischen Annäherung an ‚tatsächliche‘ Aneignungen im Sinne von Subjektivierungsweisen⁵ verschrieben. Auf der Feldforschungsebene arbeite ich in diesen Projekten mit dialogischen Settings, das heißt, die Untersuchungen sind stark auf gemeinsame Wissensproduktion ausgerichtet. Auf analytisch-heuristischer Ebene operiere ich mit dem Arbeitsbegriff der ‚Subjektivierungspotenziale‘. Dieser erweitert den als ‚kulturelle

4 Siehe Röthl: Welche Feminismen; Siehe ebenso Röthl/Hinrichs: Geschlecht (v)ermittelt.

5 Siehe Röthl: Subjektivierungsweisen.

Angebote' verstandenen Begriff der ‚Subjektivierungsangebote‘ und ist Konsequenz einer heuristisch-theoretischen Schärfung. Ungleich besser als jener der ‚Subjektivierungsangebote‘⁶ trägt dieser Arbeitsbegriff der Notwendigkeit Rechnung, was es in europäisch-ethnologisch perspektivierte Subjektanalysen von vornherein einzubeziehen gilt – nämlich die Frage, vor dem Hintergrund welcher Erfahrungen und dispositiven Bedingungen Menschen von normativ-programmatisch adressierten Subjekt-Vorgaben affiziert, sprich also so ‚berührt‘ werden, dass sie diese (oder Teile daraus) aus ihrer subjektiven Sicht als Identitätsofferten erkennen. Anders gewendet mag sich das spezielle Verhältnis, in dem ‚Subjektivierungspotenziale‘ und der Topos des Versprechens stehen, leichter erkennen lassen: Mit der Analysefolie ist im Prinzip danach gefragt, was Subjektvorgaben Einzelnen **versprechen** müssen, damit diese sie für die Aneignung von Subjektivität in Betracht ziehen; sie zielt auf die Identifikation verheißungsvoller Momente und die Frage, wie es kommt, dass Menschen ein Subjektivierungsangebot als für sich ‚vielversprechend‘ und als eine in diesem Sinne attraktive Option wahrnehmen und bewerten.

Das eben Umrissene lenkt die Aufmerksamkeit nun auch auf den Umstand, dass Subjektivierungen zwingend mit dem von Alexa Färber bei der Bonner Hochschultagung 2018 skizzierten Theorem der ‚Objektivierung von Zukünften‘⁷ zusammenzudenken sind: Die Frage nach ‚tatsächlichen‘ Subjektivierungen zielt auf die

konkrete Identitätsarbeit Einzelner. Die Vor-gabenseite einzubeziehen ist dabei zwar zentral. Sie ist als wirklichkeitsstiftend ins Visier genommen, die analytischen Annäherungen setzen aber jeweils direkt bei Subjektvorgaben an. Letztlich dient deren Identifikation (Subjektformen und -positionen, normativ-programmatisches Wissen, Modellsubjekte etc.) jedoch dazu, den – empirisch greifbar werdenden – Aneignungs**praktiken** auf die Spur zu kommen. Einerseits und quasi ‚streng mit Foucault‘ wird so auf das Herstellen von Selbstverhältnissen und so auch die Folie der ‚Objektivierung des Subjektes‘ rekurriert.⁸ Andererseits, weniger streng und ganz konkret in der empirischen Umsetzung, werden Subjektivierungen im Zuge ihrer Rekonstruktion als reales Einholen von Selbstentwürfen beschreibbar – was der Forcierung eines akteurbeziehungswise akteurinnenzentrierten Ansatzes in die Hände spielt und die direkte Auseinandersetzung mit konkreten Modi (tatsächlicher) Subjektivierungen einfordert. Wie Versprechen lassen sich aber eben auch Selbstentwürfe als Formen vergegenwärtigter Zukunft verstehen, konkret die Vergegenwärtigung der ‚eigenen‘ Zukunft. Somit gibt sich die Allianz zwischen imaginerter Zukunft⁹ und dem in die Zukunft projizierten Selbst – theoretisch **und** empirisch – als eine wesentliche Vorbedingung von Subjektivierung zu erkennen; konstitutive Praktiken knüpfen sich an das ‚Projizieren‘ genauso wie an

6 Siehe Röthl: Privat(zimmer)vermietung, zum Beispiel S. 135-138, 464-466; Röthl: Care-Arbeit.

7 Färber: Versprechen, zum Beispiel S. 26.

8 Siehe Röthl: Privat(zimmer)vermietung, zum Beispiel S. 463, 479.

9 Inwieweit Denkweisen des Zukünftigen mit Denkweisen des Selbst korrespondieren sowie auf entsprechende Subjektivierungsmodi und -praktiken habe ich andernorts bereits hingewiesen, siehe Röthl: Zukunft.

das ‚Einholen‘. Beides ist feldanalytisch in seiner Verschränkung in den Blick zu nehmen, was auch für das Verhältnis zwischen dem Topos des Versprechens und Subjektivierungsprozessen **an sich** gilt. Dass dies umso mehr an Gehalt gewinnt, je mehr man bereit ist, mit ‚Versprechen‘ korrespondierende (Selbst)Praktiken in den Status von Subjektivierungsmodi zu heben, wird im Folgenden deutlich.

Das in die Zukunft transferierte Selbst: Versprechen (an sich selbst) als Modus der Aneignung?

Die spezielle zeitliche Dimension des in die Zukunft transferierten Selbst‘ spiegeln empirische Materialien aus den genannten Projekten stark wider. So sagt etwa die im universitären Feld zu verortende Frau Seibert im mit ihr geführten Interview, sie würde in Situationen, in denen sie Geschlechter-Ungerechtigkeit ortet, schon allein deswegen *nicht die Klappe halten*, weil sie sonst morgen nicht mehr in den Spiegel schauen könne. *Insofern bin ich Feministin*, betont sie, *Konsequenzen egal!* Ein anderes Beispiel gibt Martin Bauer, ein Informatiker, der sich gegen Frauen-Quoten ausspricht: Er habe *keine Lust, irgendwann* aufgrund seines Geschlechts (er sagt im Interview ‚Schwanz‘ und deutet wild in Richtung seines Genitalbereichs), *selbst einmal aus einer Bewerbung zu fliegen*. Und auch Ralf Möller, der im informellen Gespräch offenlegt, sich für Pick-up-Praktiken zu interessieren, reiht sich hier ein. Er habe sich vorgenommen, sagt er, *alles zu toxischer Männlichkeit zu lesen, um diesen hanebüchernen Schwachsinn im Bedarfsfall, also, irgendwann mal auch [...]*

entkräften zu können.¹⁰ Die Beispiele stehen jeweils für nur winzige, sich mit anderen überlappende oder zusammenwirkende, den anderen vielleicht sogar zuwiderlaufende Facetten angelegener oder in Aneignung befindlicher Subjektivität. Allesamt liefern sie außerdem Hinweise darauf, dass Bezugnahmen auf Geschlecht und/oder Geschlechtergerechtigkeit eher dann mit starken Positionierungen zusammenfallen, wenn Akteure und Akteurinnen sich einer antagonistischen Konstellation gewahr werden oder sich selbst in eine solche eingespannt sehen. Abseits von Positionierungen im Schema von Identifikation und Abwehr begegnen uns in den oben nur kurz skizzierten Settings zum Beispiel die folgenden konkreten und jeweils mit dem in die Zukunft gedachten Selbst interferierenden Aneignungsmodi: ‚widerständig bleiben‘, ‚etwas riskieren‘; ‚Weichen stellen‘, ‚vorbeugen‘; ‚sich weiterentwickeln‘, ‚sich rüsten‘.

Bis hierher dürfte kenntlich geworden sein, dass mein analytischer Abriss bei einem Subjektverständnis ansetzt, das ein sich in work in progress befindliches und ein auf die Arbeit am Selbst angewiesenes Subjekt voraussetzt. Latent einbezogen ist so unweigerlich ein in subjekttheoretischen Überlegungen schon seit längerem prominenter Fokus: jener auf sich unter

10 Hier wiedergegebene Aussagen stammen aus Interviews und informellen Gesprächen, die ich im Rahmen dieser Feldanalysen geführt habe. Namen von Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen sind durchgängig anonymisiert. Hier: Interview mit Konstanze Seibert, geführt am 28.3.2018; Interview mit Martin Bauer (Jahrgang 1979), geführt am 28.12.2018; informelles Gespräch mit Ralf Möller (Jahrgang 1993), geführt am 26.8.2019. Zu Geschlechterverständnissen und -konstruktionen im Kontext von ‚Pick-up‘ siehe zum Beispiel Ludolph: Von ‚echten Männern‘.

den Bedingungen zeitgenössischer Neoliberalisierung formierende Zwänge, die in Subjektanforderungen manifest – und so bis zu einem gewissen Grad auch konstitutiv – werden.¹¹ Wie wenig hilfreich aber auf Selbstoptimierung gerichtete Analysefolien sind, wenn diese rein am negativen Wortsinn von ‚Zwang‘ ausgerichtet bleiben, wird nun gerade im Kontext des Versprechens besonders deutlich: Nicht nur wären solche Folien völlig ungeeignet, Akteursbeziehungswise Akteurinnenperspektiven hinsichtlich subjektiver Bewertungen normativer Bezugspunkte einzubringen, nein, sie übersähen auch, dass einer als ‚Übereinkommen mit sich‘ verstandenen Identitätsarbeit *per se* der Imperativ/‚Zwang‘ eingeschrieben ist, Ungewissheiten und Unentschiedenheiten bezüglich dessen, **wer wir sind**, in eine intelligible Existenz zu überführen. Tomke König spricht etwa dezidiert davon, dass die Unterwerfung unter eine Norm mit dem Versprechen einer intelligiblen Existenz verknüpft sei. Ihr Beispiel – „Frauen sind in der Konsequenz ‚gute Mütter‘ und Männer ‚richtige Väter‘“ – verdeutlicht, dass strukturell angelegte ‚Zwänge‘ im Gewand relativ attraktiver Subjektivierungsangebote erscheinen können.¹² Wie die meisten auf Wertungen abhebenden Begriffe ist jener des ‚Zwangs‘ für die ergebnisoffene Analyse also ein eher unzuverlässiger. Der im Zusammenhang hier wesentlichere Punkt ist jedoch, dass Identitätsbildung nicht ohne das Moment der (Selbst-)Verpflichtung funktioniert. So hielt etwa bereits Hannah Arendt

fest: „Ohne uns durch Versprechen für eine ungewisse Zukunft zu binden und uns auf sie einzurichten, wären wir niemals imstande, die eigene Identität durchzuhalten; wir wären [...] verirrt in einem Labyrinth einsamer Stimmungen, aus dem wir nur erlöst werden können durch den Ruf der Mitwelt, die dadurch, daß sie uns auf die Versprechen festlegt, die wir gegeben haben und nun halten sollen, in unserer Identität bestätigt, beziehungsweise diese Identität überhaupt erst konstituiert.“¹³ Freilich meint Arendt hier das „aus der Freiheit heraus eingegangene“ Versprechen.¹⁴

Vor dem Hintergrund ihrer Betonung von Pluralität, Mit-Sein und Mit-Handeln fallen „Versprechen die ich mir selbst gebe“ bei Arendt aus diesem Identitäts-Zusammenhang explizit heraus: Niemand könne sich „durch ein Versprechen gebunden fühlen, das er nur sich selbst gegeben hat“, solche Versprechen seien „unverbindlich wie Gebärden vor dem Spiegel.“¹⁵ Ein Feldbeispiel verleitet mich in diesem Punkt nun aber zum Widerspruch und dazu, das Versprechen an sich selbst als – empirisch zugängliche – Selbstpraxis oder Selbsttechnik im gouvernementalen Sinn und als Modus von Subjektivierung ins Spiel zu bringen, was zufällig auch wegen des von Arendt gewählten Spiegel-Vergleichs nicht ganz unpassend ist: Es war eines der im Frühsommer 2021 geführten informellen Gespräche mit Lenny Keppler, das mich auf diese Fährte lockte, denn der 45-Jährige berichtete mir, dass er sich beim Online-Dating in eine Frau verliebt und daher die Absicht habe, sich

11 Siehe dazu zum Beispiel: Illouz: *Liebe endet*; Geimer/Amling/Bosančić: *Einleitung*; Röthl: *Privat(zimmer)-vermietung*, zum Beispiel S. 567.

12 König: *Diskurstheorie*, S. 170.

13 Arendt: *Vita Activa*, S. 232.

14 Knott: *Arendt*, S. 416.

15 Arendt: *Vita Activa*, S. 232.

von seiner langjährigen Partnerin zu trennen. Dies, so meinte der Informant damals, würde *wahnsinnig schwierig* werden und im kommenden Herbst passieren. *Das Zeitlimit* habe er sich ganz bewusst gesetzt und auch wenn es ihm schwerfalle: Er würde es bis dahin aushalten, immerhin habe er sich das *selbst versprochen*.¹⁶ Lenny, eigentlich ein privater Kontakt, war ins Sample zu Geschlechterwissen aufgenommen worden, da er durch die erwähnte Online-Bekannntschaft erstens stark mit – ihm bis dahin nicht sehr vertrauten – feministischen Denkweisen konfrontiert war. Zweitens zeichnete sich nach und nach ab, dass das genannte Zeitlimit **Herbst** mit Lennys Selbstverständnis als Versorger korrespondierte: Die Noch-Partnerin erwirtschaftete zum gegebenen Zeitpunkt ein nur sehr geringes Einkommen und hätte die gemeinsame Wohnung nicht übernehmen können. Absehbar war aber, dass sich die finanzielle Situation der Partnerin bis Herbst verbessert haben würde. Besonders relevant scheint im Kontext hier aber, dass Lenny ‚sich selbst‘ die Trennung unter diesem Zeithorizont versprochen hatte und nicht einer anderen Person, etwa der Geliebten respektive Partnerin in spe. Schlüsselst man das in einer phänomenologischen Lesart auf, so ließe sich für das Versprechen an sich selbst der „Wert“ in Anspruch nehmen, der allein mit der Option einhergeht, ein Versprechen zu halten und das „Sosein des Aufrichtigseins“ verwirklichen zu können.¹⁷ Das in die Zukunft transfertierte Selbst soll in diesem empirischen Beispiel

qua Versprechen auf ein aufrichtiges, integrires Selbst zulaufen, das nicht leichtfertig handelt – und es wird vorab beziehungsweise selbststrategisch auch als solches aufgerufen. Auch wenn einzuräumen ist, dass die Attraktivität des Zeitlimits für Lenny hier zugleich beim Entscheidungs- und Handlungsaufschub gelegen haben mag: Es gelang ihm letztlich, den in der Form des Selbstversprechens objektivierten Selbstentwurf pünktlich und somit erfolgreich einzuholen.

Subjektivität: Freiheit, Ungewissheit und das Politische

In der Perspektive der alltagskulturellen Vergewärtigung ist letztlich nachrangig, ob Versprechen wirklich eingelöst werden oder nicht. Zu bedenken ist aber der dem Halten von Versprechen alltagskulturell zugeschriebene hohe moralische Wert, an dem sich die Integrität des Selbst vermisst. Im klassischen Märchen beispielsweise wird das Einhalten von Versprechen stets belohnt, ihr Brechen sanktioniert. Wie Einzelne die verbindliche Qualität von Versprechen subjektiv bewerten, dürfte daher – und für die Analyse von Selbstverhältnissen gilt dies insbesondere – von hoher Relevanz sein: In den Blick zu nehmen sind also Erwartungsstrukturen sowohl in Hinblick auf das, was jemand an sich versprochen sieht, als auch auf selbst gegebene Versprechen. In der Selbstsicht geht es um

16 Hier und im Folgenden: Informelle Gespräche mit Lenny Keppler am 19. und 31.5.2021 sowie am 14.9. und 14.11. 2021.

17 Centi: Husserl und Kant, S. 205.

nichts Geringeres als darum, sich auf der einen Seite als zum Versprechen ‚fähig‘ und auf der anderen Seite als für das Einhalten eines erhaltenen Versprechens ‚würdig‘ zu wännen; mit der Konsequenz, entsprechende Selbstverständnisse und Selbstverhältnisse ausbilden und sozial erfolgreich agieren zu können.

Erfolgreiches soziales Agieren, das gelungene Leben, wahlweise auch das von Sara Ahmed umfänglich befragte Bild des „Glück/lichseins“,¹⁸ all das verweist auf Parameter, an denen sich Selbstentwürfe ausrichten, wie oben bereits behandelt, an Zukunft orientiert – und gegen deren Ungewissheit gewandt. Versprechen ‚versprechen‘ die Zukunft (wie ebenfalls schon ausgeführt auch die des eigenen Selbst) kalkulierbarer und beherrschbarer zu machen. Die Frage nach dem einleitend aufgeworfenen ‚Glauben-Wollen‘ ist so eigentlich beantwortet: An Versprechen wollen Einzelne offenbar glauben, weil diese es erlauben, sich mit anderen zu verbinden, sie es ermöglichen, die Existenz einer Zukunft respektive die Zukunft der eigenen Existenz in intersubjektiven Abfolgen zu authentisieren sowie auch die Idee, mit Zukunft verbundene Ungewissheit abmildern zu können. „Die glückliche Zukunft ist die Zukunft des Vielleichts“, heißt es auch bei Ahmed in Anlehnung an Jacques Derrida, bei dem damit eine Demokratie umrissen ist (*démocratie à venir*), die kommen **soll**, deren Mehr an Gerechtigkeit aber seinerseits mit einem ‚Vielleicht‘ versehen ist.¹⁹

Unsicherheit ist bei Ahmed nicht rein negativ konnotiert, bei Arendt haben wir die „Ungewissheit

des Handelns“, die es uns ermöglicht, „ohne Netz und doppelten Boden in den Abgrund der Freiheit zu blicken“, im jüngeren Feminismus ist eine Aufwertung radikaler Ungewissheit zu registrieren.²⁰ Völlig anders stellt sich dies nun in Eva Illouz' Abhandlung „Warum Liebe endet“ dar: Bereits im Vorgängerbuch „Warum Liebe weh tut“ hatte Illouz auf die sich durch den Imperativ der Selbstverwirklichung reduzierende Kraft des Versprechens hingewiesen.²¹ Am Beispiel von Online-Dating und Gelegenheitssex – und in einer erschreckend kulturpessimistischen Auslegung – entfaltet sie dann im 2018 erschienen Buch eine grundsätzliche Kritik der Freiheit: Das vor den Wagen des skopischen – das heißt den durch Spektakularisierung von Körpern und der Sexualität Mehrwert erzielenden – Kapitalismus gespannte Ideal emotionaler und persönlicher Freiheit münde nicht nur in die Marktförmigkeit sozialer Beziehungen, sondern gefährde die Möglichkeit substantieller Bindungen grundsätzlich. Mit „negativer Wahl“, gemeint ist die Abwahl, das jederzeit legitime ‚Sich-Entziehen‘, gehe ein Verlust des In-die-Zukunft-denken-Könnens einher, auf dessen zeitliche Dimensionierung zwischenmenschliche Verbundenheit – Stichwort Reziprozität – aber in höchstem Maße angewiesen ist.²²

Neben den Ambivalenzen von Freiheit und Zwang und jenen von (Un)Gleichheiten setzen Strategien ‚moderner‘ Gouvernementalität

18 Ahmed: Glücksversprechen.

19 Ahmed: Glücksversprechen, S. 286; Derrida: Gesetzkraft, S. 56-57.

20 Ahmed: Glücksversprechen, S. 316; Zerilli: Abgrund, S. 97 und 224.

21 Illouz: Liebe weh tut, 188-189, siehe Röthl: Zukunft, S. 194: „Wer nicht weiß, wer er oder sie morgen sein wird oder sein will, den überfordert das Versprechen.“

22 Siehe Illouz: Liebe endet, S. 135 in Rückbezug auf Pierre Bourdieu.

maßgeblich auf das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Ungewissheit. Zweifelsfrei ist das Gelingen neoliberaler Regime aufs Engste damit verbunden. Die Folien des Versprechens und der Subjektivierung noch einmal übereinander haltend, will ich gleich noch einige Gedanken zum zwiespältigen Verhältnis zwischen Gewiss- und Ungewissheit auf das ‚Projekt des Feminismus‘ sowie auf einige die politische Ebene betreffende Aspekte skizzieren. Gegenüber Illouz’ Verständnis einer „ontologische[n] Ungewissheit“ im Sinne der „Ungewissheit über die schiere Natur des Selbst“²³ möchte ich aber an dieser Stelle noch Bedenken anmelden, die über die subjekttheoretische, etwa aus Richtung der Unentscheidbarkeit ins Absurde führende Frage hinausgehen, wie kontingente Subjektivitäten sich ohne Ungewissheiten überhaupt vollziehen könnten: Die bei Illouz essentialistisch anmutende, rein als aus kapitalistischen Zwängen resultierend und dem Menschen in jedem Falle schädend aufgefasste Ungewissheit lässt erstens denkbar wenig analytischen Spielraum, was die bei Akteuren und Akteurinnen liegende Handlungsmacht betrifft. „Die Wahl“ erkennt Illouz als den in den Sphären des Konsums und der Sexualität wichtigsten – weil Freiheit, Markt und Gefühlsebenen verklammernden – Modus von Subjektivität.²⁴ Völlig außen vor lässt sie hier aber die Bestimmung des Freiheitsgrads Einzelner in Bezug auf die Aus- oder eben auch Abwahl normativer Bezugspunkte. Ein sich aus ‚unverbindlicher Verbindlichkeit‘ ergebendes, ermöglichendes Potenzial, wie

wir das bei Färber angedeutet finden,²⁵ wäre hier etwa eine verfolgbare Stoßrichtung. Zweitens: Angesichts der empirischen Ausrichtung von Illouz’ Studie hätte der extrem starke Fokus auf die mit Ungewissheit verbundenen, nachteiligen Effekte mit der Reflexion eines ganz basalen forschungspraktischen Problems einhergehen müssen: Subjektiv empfundene Ungewissheit ist an sich schwierig zu identifizieren und kaum erfrag- und deutbar, wo lebensweltlich bereits ein Umgang mit ihnen gefunden, sprich (Selbst-) Bewältigung schon eingetreten ist.

Das ‚feministische‘ Projekt – ein verheißendes Verhältnis zur Zukunft ...

Geht man die Analyse ‚feministischer‘ Subjektivierungspotenziale über die Frage an, was Einzelne sich vom Phänomen oder politischen Projekt Feminismus versprechen, so geraten – auch in Rückbezug auf mein empirisches Material – etwa Positionen wie *Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung*, *Feminismus als Bollwerk gegen Rechts* und *gemeinsam mit Gleichgesinnten für Überzeugungen eintreten* in den Blick, ferner: *auf der richtigen Seite stehen, sich gegen Machtverhältnisse, gegen traditionelle Geschlechterrollen und Hierarchien richten und für Selbstbestimmung eintreten zu*

23 Illouz: *Liebe endet*, S. 155.

24 Illouz: *Liebe endet*, S. 32-33.

25 Färber: *Versprechen*, S. 26, 30 und 39.

können.²⁶ Feminismus beziehungsweise dessen Geschichte ist mit Versprechen der Freiheit und Gleichheit, je nach Standpunkt, auch mit deren Nichteinlösung assoziiert;²⁷ des Weiteren mit gemeinschaftlich ausgetragenen Kämpfen gegen – im Bisherigen vielleicht zu wenig explizit thematisierte – Ungleichheitsverhältnisse und damit einhergehende Sensibilisierung und Mobilisierung. Was „den ‚politischen‘ Status des Feminismus begründet, ist sein verheißendes Verhältnis zur Zukunft“, so Judith Butler.²⁸ Das breite Spektrum der unter dem Schirm ‚Feminismus‘ versammelten, zum Teil konfliktiv aufeinander bezogenen Strömungen und Diskurse ist ursächlich für einen hohen Inklusionsgrad – dies trotz des schon vielfach verkündeten Endes des Feminismus. Mit einem Satz aus einem Radiokommentar soll kurz veranschaulicht werden, dass – zunehmend – Subjektivierungsangebote ins Spiel gebracht werden, die weniger auf den politischen Affekt/Effekt aus sind und es auch längst Gegenstand ‚innerfeministischer‘ Auseinandersetzungen ist, wie gefällig Feminismus sein darf: „Wer soll den tollen neuen Feminismus jetzt noch stoppen, wenn Dior 2016 T-Shirts mit der Aufschrift ‚We should all be feminists‘

auf dem Laufsteg präsentierte und sich sogar Ivanka Trump [...] als Feministin outete?“²⁹ In Aneignung und/oder Engagement und Mobilisierung mündende Affizierungen sind, wie erwähnt, häufig an die Wahrnehmung gebunden, von den Effekten eines mit dem Thema Geschlecht interferierenden Konflikts tangiert oder direkt betroffen zu sein. Dass für entsprechende Impulse wiederum ‚Zukunft‘, sprich der Erwartungshorizont hinsichtlich befürchteter Auswirkungen maßgeblich ist, zeigt das empirische Material deutlich. Es gibt zudem Aufschluss darüber, dass negative Impulse für Akteure und Akteurinnen – vor allem, aber nicht nur – abseits feministischer Felder, zum Teil stark mit aufseiten der Geschlechterforschung sehr bewusst hervorgerufener Verunsicherung korrelieren. Zu beobachten ist das etwa dort, wo Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen sich an der Negierung biologischer Eindeutigkeiten stoßen, sie sich über die mit der Kritik an (Geschlechter)Verhältnissen einhergehenden Demontage etablierter Machtgefüge und Ordnungen empören oder sie – weil Geschlechtertheorie Butler’scher Prägung längst auch Eingang in Alltagsdiskurse fand – der Absage an die Einheit und Ganzheit des Subjekts wiederum ihrerseits eine Absage erteilen. Auf ein ‚Identitäts- und Positionierungs-Pingpong‘, das in auf Geschlecht bezogenen antagonistischen Konstellationen kontinuierlich in Gang gehalten ist, verweist das generierte Material in vielerlei Hinsicht³⁰, es zeichnet sich in ihm aber auch ab:

26 Die Aussagen stammen aus mit Feldakteuren und -akteurinnen gemeinsam durchgeführten Recherchen beziehungsweise bei diesen geführten informellen Gesprächen, explizit zum Beispiel in: Interview mit Nina Schulz-Brauer (Jahrgang 1977), geführt am 28.3.2018; Interview mit Petra Schuster (Jahrgang 1958), geführt am 28.3.2018; Interview mit Piet Heerbeck (Jg. 1957), geführt am 13.4.2018; Interview mit Nadja Möllitz (Jahrgang 1990), geführt am 06.7.2018; Interview mit Christine Plamper (Jahrgang 1974), geführt am 13.03.2018; Interview mit Sandra Müller (Jahrgang 1989), geführt am 14.03.2018.

27 Siehe Gerhard: Frauenbewegung, S. 8.

28 Dies im Vorwort zu Zerilli: Abgrund, S. 10.

29 Eismann: Feministen. Für den Hinweis darauf danke ich der Feldakteurin Roberta Lauterbach.

30 Siehe dazu die im zweiten Unterpunkt (Das in die Zukunft transferierten Selbst) angeführten Beispiele sowie auch Röthl: Welche Feminismen.

Zunehmend scheint es die oben schon kurz berührte ‚unverbindliche Verbindlichkeit‘ zu sein, die einzelne subjektive Anschlüsse begünstigt und es Akteuren und Akteurinnen ermöglicht, ‚lose‘ in Diskurse um Geschlecht/Geschlechtergerechtigkeit, Gegendiskurse inklusive, einzutreten. Etwas paradox mutet hier an, dass es das, nicht zuletzt von feministischen Bewegungen transportierte und geringer Bindungsbereitschaft zu „höhere[r] Weihe“ verhelfende, Motiv der Autonomie ist,³¹ das Einzelnen das fluide oder nur partielle Andocken so attraktiv erscheinen lässt. Ungleich schwerer wiegt jedoch ein zweites Paradox: Das Versprechen, ‚der Feminismus‘ behalte die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse verlässlich auf seiner Agenda, unterstützt eine gewisse Bequemlichkeit. ‚Jemand‘ kümmert sich schon! In der Kombination mit kleineren Etappensiegen manifestiert sich jene Art Zuversicht und Sicherheit,³² die Ungleichheitsverhältnisse moderat und aushaltbar zutage treten und Gleichberechtigung – in postfeministischer Lesart – im Lichte eines längst eingelösten Versprechens erscheinen lassen.

Versprechen in politischer Dimension: Glauben-Wollen – Zwo, Eins, Risiko?

An das eben Skizzierte ist mit dem Allgemeinplatz anzuschließen, dass feministische Anliegen wie letztlich alle in Demokratien

vorangetriebenen Ziele nie als ein für alle Mal erreicht gelten können, es Erreichtes immer wieder neu zu initiieren, zu bestätigen und abzusichern gilt.³³ Ungewissheit von einer anderen Seite anvisierend, lässt sich hier noch einmal auf Hannah Arendt zurückkommen. Ausgerechnet in maßgeblichem Rückbezug auf sie, die ‚der Frauenbewegung und dem Feminismus zurückhaltend, wenn nicht gar ablehnend gegenüber[stand]‘,³⁴ nimmt Linda Zerilli es in Angriff, die geschlechterwissenschaftliche Aufmerksamkeit zurück zum politischen Problem des Feminismus (und explizit weg von Subjektfragen und Identitätssemantiken) zu lenken. Zerilli setzt so bei Arendts Losung des ‚Rechts, Rechte zu haben‘ an, mit dem diese eben **nicht** an eine Art Naturrecht appelliert. Zerilli zeigt, wie sehr Arendt das Recht auf Rechte im Gegenteil an die Bedingung politischer Mitgliedschaft knüpft und der Rechtsgrund nur im Akt des Einforderns Realität gewinnt. „Sobald man erkennt, dass Rechte eingefordert und nicht (in der Natur) entdeckt werden müssen“, schlussfolgert Zerilli, werden sie zudem in einem radikalen Sinne ungewiss.“³⁵ ‚Der Feminismus‘ hat auch hier das Potenzial, als Garant in Erscheinung zu treten beziehungsweise als der institutionalisierte Ort, an dem ohnehin – oder wie Abbildung 1 vermittelt: traditionell – für das Einfordern von Rechten gesorgt und Gerechtigkeit im wachsamem Auge

31 Müller: Politische Heimat, S. 184.

32 Auf die Rolle des Staates, der gewissermaßen „zum Propagandeur fortschrittlicher Geschlechterarrangements“ geworden ist, verwies Tove Soiland bereits 2009. Soiland: Gender, S. 15.

33 Ebenfalls in Rekurs auf Hannah Arendt (und Paul Ricœur) betont Burkhard Liebsch diesbezüglich die Relevanz der intersubjektiven Dimension. Siehe Liebsch: Gegebenes Wort. Für diesen Hinweis danke ich Cornelia Eisler, beiden Herausgeberinnen sei an dieser Stelle für das umsichtige wie inspirierende Lektorat gedankt.

34 Hark: Feminismus, S. 360.

35 Zerilli: Abgrund, S. 235-236.



Abbildung 1: Heraus mit dem Frauenwahlrecht. Mit dem von Karl Maria Stadler gestalteten Plakat wirbt die deutsche sozialdemokratische Frauenbewegung zum internationalen Frauentag 1914 für die Teilnahme an den „Frauen-Versammlungen“ (Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Frauenwahlrecht), Creative Commons.

behalten wird. ‚Glauben-Wollen‘, so zeigt sich auch aus dieser Perspektive, geht mit gewissen Risiken einher.

Treibt man den Gedanken der an politische Mitgliedschaft geknüpften – und nur zum Preis der Aktion zu habenden – Rechte weiter, so beträfe dies auch oder ganz besonders die in Grund- und Menschenrechten verankerte Gleichheit der Menschenwürde. Diese tritt uns jedoch bei

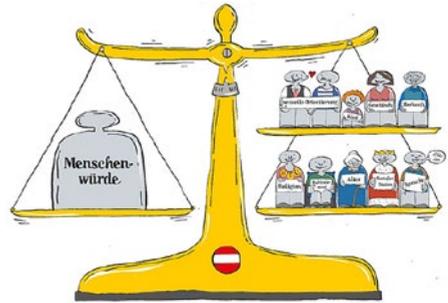


Abbildung 2: Illustration zu Menschenwürde in einer Demokratie auf dem Onlineportal des österreichischen Parlaments für Kinder und Jugendliche (DemokratieWEBstatt: Menschenwürde). © Parlamentsdirektion / Kinderbüro der Universität Wien / Leopold Maurer.

der täglichen Zeitungslektüre, beim Sehen oder Hören von Nachrichtensendungen, als das definitiv uneingelösteste politische Versprechen entgegen – beziehungsweise als das bloße rhetorische Mittel, das uns Zerilli für Fälle andeutet, in denen Arendts Grundsatz der Künstlichkeit des politischen Gleichheitsprinzips zugunsten einer Quasi-Natürlichkeit aufgegeben ist.³⁶ Doch so einfach ist es nicht: Ist das Onlineportal „DemokratieWEBstatt“ auf der die Menschenwürde anhand der Kategorien *sexuelle Orientierung, Geschlecht, Herkunft, Kind, Religion, Behinderung, Alter, Sozialer Status* und *Sprache* ins Gleichgewicht aufgewogen wird (siehe Abbildung 2), nun Anzeichen politischen Handelns im besten – Arendt’schen – Wortsinn oder ‚nur‘ Indiz einer gouvernementalen Technik, die sich passender Rhetorik bedient? Und wären das Dechiffrieren gouvernementaler Techniken oder das Hinweisen auf die Uneingelöstheit

³⁶ Zerilli: Abgrund, S. 235-236.

politischer Versprechen Kritik im Foucault'schen Sinne oder wiederum ‚nur‘ Rhetorik? Und: Kolportierte man, dass ‚die Politik‘, welche sich nicht zuletzt auch am Ideal gesellschaftlicher Stabilität messen lassen muss, doch eigentlich an der Existenz möglichst vieler zu Versprechen fähiger und deren Einhalten würdiger, so gesehen also ‚integrer‘ Subjekte interessiert sein und dazu Subjektvorgaben **und** entsprechende ökonomische Rahmenbedingungen schaffen müsste – man wäre schon dabei, kräftig ins Horn der „Logik der sozialen Nützlichkeit“ zu blasen, gegen die Arendt sich so vehement wendet.³⁷ Gar nicht voraussehen ließe sich jedenfalls, wer von tatsächlichen Subjektivierungen des genannten Zuschnitts profitierte – dies speziell hinsichtlich der „Kraft des [politischen] Affekts, den das einfachste Mit-Sein voraussetzt“³⁸ und damit gegebenenfalls verbundener, unabsehbarer Folgen.

Fazit

Die 20 Jahre zurückliegende Diagnose Elisabeth Katschnig-Faschs, „[d]as souveräne Ich verspricht am Ende der Moderne zu gelingen“, mag für zeitgenössische, das heißt an die – gebotene – Skepsis gegenüber Selbstoptimierung gewöhnte Ohren, mittlerweile vielleicht doppeldeutige Nuancen mitführen. Nach wie vor lässt sich aber etwas mit der das Gewicht auf Handlungsfähigkeit legenden Einschätzung Katschnig-Faschs anfangen, der in abstrakte Systeme eingebettete Alltag stelle sich „fragiler

und risikoreicher“, aber eben auch „gestaltbarer und damit re-aktiver und reflexiver“ dar.³⁹ So schlägt der hier gewählte Schluss in Bezug auf die menschliche Artikulations- und Gestaltungsfähigkeiten dem Prinzip nach auch in die Kerbe des ‚Glauben-Wollens‘ und der Möglichkeit des ‚Vielleichts‘: Wohl wissend, dass sich Macht in ihrer Definition als „ein auf Handeln gerichtetes Handeln“ nur über freie Subjekte ausüben lässt, geben die Dezentrierung des Subjekts forcierte Analyseansätze auch der Frage Raum, was es Menschen letztlich ermöglicht, Kritik im Sinne von ‚So nicht regiert werden Wollen‘ zu artikulieren. Regiert werden können in dieser Lesart nur Subjekte, „die jeweils über mehrere Verhaltens-, Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten verfügen“.⁴⁰ Darauf rekurriert im Grunde auch Foucaults Definition von Kritik als „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“.⁴¹ Der Einsatz für eine Welt, in der Subjekte sich behaupten können, ist ebensowenig aufgegeben wie der für eine Wirklichkeit, die mehr als nur **eine** Wahrheit kennt.

Sich qua Versprechen manifestierende Beziehungen und Allianzen sowie auch damit verknüpfte, durch sie konstitutiv werdende normative Bezugspunkte und Subjektivitäten sind hier sicherlich dem Pool der ermöglichenden Faktoren zuzurechnen. Donna Haraway folgend und vor dem Hintergrund, dass sich auch ‚wissenschaftlich Erkennende‘ aus solchen Pools bedienen (müssen) – ergibt sich für ‚Versprechen‘ beziehungsweise für durch sie evozierte Beziehungen mit anderen eine wie folgt ausgerichtete

37 Siehe Zerilli: Abgrund: zum Beispiel S. 200-201.

38 Nancy: Kirche, Staat, Widerstand, S. 22.

39 Katschnig-Fasch: Spätmoderne Lebenswelt, S. 470.

40 Foucault: Subjekt und Macht, S. 286-287.

41 Siehe Foucault: Kritik.

Perspektive: „Das erkennende Selbst“, so schreibt Haraway, „ist in all seinen Gestalten partial und niemals abgeschlossen, ganz, einfach da oder ursprünglich, es ist immer konstruiert und unvollständig zusammengeflochten, und deshalb fähig zur Verbindung mit anderen und zu einer gemeinsamen Sichtweise [...]. Das Versprechen der Objektivität liegt darin, daß wissenschaftlich Erkennende nicht die Subjektposition der Identität suchen, sondern die der Objektivität, d.h. der partialen Verbindung.“⁴²

Wesentlicher als das Festhalten des Tatbestands wissenschaftlichen Anerkennens von Situiertheit scheint in diesem Zusammenhang die dieser inhärenten – und nicht mehr nur von feministisch geprägten Forschenden geteilten – Prämisse der produktiven Wechselseitigkeit zwischen als partial/kontingent gesetzter Erkenntnis und der Möglichkeit, das Versprechen objektiveren Wissens einzulösen. In Sachen ‚Ungewissheit‘ ließe sich dies insofern noch mit auf die Haben-Seite rechnen, als dass Ungewissheit nicht als erkenntnistheoretisches Problem, sondern vielmehr als Ausgangspunkt und Bedingung jeder auf Dekonstruktion gerichteten analytischen Suchbewegung in Erscheinung tritt. Und: Indem Haraway im Kontext von Situiertheit partielle Verbindungen zentral setzt, ist für die Beschäftigung mit Topoi und Praktiken des Versprechens abschließend auch noch geltend zu machen, dass eine solche Auseinandersetzung **theoretisch** dazu beiträgt, das gerade genannte Wechselverhältnis zu erhehlen. **Praktisch** (und das gilt für die Lebens- und die Wissenschaftspraxis gleichermaßen, wenn

man diese Sphären überhaupt trennen kann/möchte) bleibt es kompliziert: Wenn es uns, wie Hannah Arendt sinngemäß sagt, freisteht, die Welt zu verändern und in ihr Neues anzufangen, werden wir dies wohl auch müssen – dies wohl zum Preis der Ungewissheit, die aber wie kenntlich gemacht, auch das Versprechen mitführt, äußerst verlässlich mit veränderten Sichtweisen und Positionen und so auch mit ‚tatsächlichen‘ Subjektivierungen zusammenzufallen.

Literatur

Sara Ahmed: Das Glücksversprechen. Eine feministische Kulturkritik, Münster 2018.

Hannah Arendt: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. 2. Auflage, München 1981.

Brigitte Aulenbacher: Geschlechterungleichheit in der unternehmerischen Gesellschaft: Herausforderungen und Wege feministischer Forschung, in: Eibl Doris G./ Marion Jarosch/Ursula A. Schneider/Annette Steinsiek (Hg.): Innsbrucker Gender Lectures I, Innsbruck 2012, S. 219-240.

Hermann Bausinger: Wir Kleinbürger. Die Unterwanderung der Kultur, in: Zeitschrift für Volkskunde 90 (1994), S. 1-12.

Günter Burkart: Einleitung. Selbstreflexion und Bekenntniskultur, in: Günter Burkart (Hg.): Die Ausweitung der Bekenntniskultur – neue Formen der Selbstthematisierung?, Wiesbaden 2006, S. 7-40.

Beatrice Centi: Formalismus und Antiformalismus in der Konstitution der Ethik: Husserl und Kant, in: Faustino Fabbianelli/Sebastian Luft (Hg.): Husserl und die klassische deutsche Philosophie, Cham u. a. 2014, S. 195-211.

DemokratieWEBstatt. Menschenwürde in einer Demokratie; URL: <https://www.demokratiewebstatt.at/angekommen-demokratie-und-sprache-ueben/menschenwuerde-in-einer-demokratie>.

42 Haraway: Situieretes Wissen, S. 86.

Jacques Derrida (1991): Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität“, Frankfurt am Main 1991.

Sonja Eismann: Warum plötzlich so viele Feministen sein wollen. Kommentar, Deutschlandfunk Kultur, Politisches Feuilleton 30.12.2019; URL: <https://www.deutschlandfunk-kultur.de/feminismus-warum-plotzlich-so-viele-feministen-sein-wollen-100.html>.

Alexa Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit? Das Versprechen als alltagskulturelle Vergegenwärtigung von (urbanen) Zukünften, in: Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf: Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, S. 25-41.

Michel Foucault: Was ist Kritik?, Berlin 1992 [französisch 1990].

Michel Foucault: Subjekt und Macht, in: Daniel Defert/François Ewald (Hg.): Michel Foucault. Schriften 4, Frankfurt am Main 2005, S. 269-294.

Alexander Geimer/Steffen Amling/Saša Bosančić: Einleitung: Anliegen und Konturen der Subjektivierungsforschung, in: Alexander Geimer/Steffen Amling/Saša Bosančić (Hg.): Subjekt und Subjektivierung. Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse, Wiesbaden 2019, S. 1-15.

Ute Gerhard: Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789., 3. Auflage, München 2018.

Donna Haraway: Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive, in: Carmen Hammer/Immanuel Stieß (Hg.): Donna Haraway. Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 73- 97.

Sabine Hark: Feminismus, in: Wolfgang Heuer/Bernd Heiter/Stefanie Rosenmüller(Hg.): Arendt-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar 2011, S. 360-364; DOI: <https://doi.org/10.25595/381>.

Knut Hickethier: Medien – Technik – kulturelle Dispositive. Zur Sichtbarkeit der Medientechnik, in: Knut Hickethier/Katja Schumann/Harro Segeberg (Hg.): Die schönen und die nützlichen Künste. Literatur, Technik und Medien seit der Aufklärung, München 2007, S. 25-34.

Eva Illouz: Warum Liebe endet, Berlin 2018.

Eva Illouz: Warum Liebe weh tut, Berlin 2012.

Elisabeth Katschnig-Fasch: Spätmoderne Lebenswelten, in: Siegfried Becker (Hg.): Volkskundliche Tableaus. Eine Festschrift für Martin Scharfe zum 65. Geburtstag, Münster 2001, S. 457-470.

Marie Luise Knott: Versprechen, in: Wolfgang Heuer/Bernd Heiter/Stefanie Rosenmüller(Hg.): Arendt-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart/Weimar 2011, S. 416.

Tomke König: Diskurstheorie als Werkzeugkiste. Zur Analyse von geschlechtlichen Selbstverhältnissen, in: Cornelia Behnke/ Diana Lengersdorf/Sylka Scholz (Hg.): Wissen – Methode – Geschlecht. Erfassen des fraglos Gegebenen, Wiesbaden 2014, S. 161-173; DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19654-1>.

Konrad Köstlin: Souvenir. Das kleine Geschenk als Gedächtnisstütze, in: Wolfgang Alber/Hermann Bausinger/Eckart Frahm (Hg.): Übriges. Kopflose Beiträge zu einer volkskundlichen Anatomie, Tübingen 1991, S. 131-141.

Burkhard Liebsch: Gegebenes Wort oder gelebtes Versprechen. Quellen und Brennpunkte der Sozialphilosophie, Freiburg 2008.

Philipp Ludolphi: Von ‚echten Männern‘ und männlichen ‚Krisen‘. Konstruktion von Geschlecht durch Pick-up?, in: Martina Röthl/Peter Hinrichs: Geschlecht (v)ermittelt? Genderdiskurse in institutionellen und medialen Kontexten, Münster/New York 2022, S. 139-160.

Ursula G. T. Müller: Dem Feminismus eine politische Heimat – der Linken die Hälfte der Welt. Die politische Verortung des Feminismus, Wiesbaden 2013.

Jean-Luc Nancy: Kirche, Staat, Widerstand, in: Andreas Niederberger/Markus Wolf: Politische Philosophie und Dekonstruktion. Beiträge zur politischen Theorie im Anschluss an Jacques Derrida, Bielefeld 2007, S. 15-26.

Martina Röthl/Peter Hinrichs: Geschlecht (v)ermittelt? Genderdiskurse in institutionellen und medialen Kontexten, Münster/New York 2022.

Martina Röthl: Care-Arbeit – zur Logik innerfamiliärer Tauschgeschäfte: Motive, Symptome und Effekte, in: Karl Braun/Claus-Marco Dieterich/Johannes Moser/Christian Schönholz (Hg.): Wirtschaften. Kulturwissenschaftliche Perspektiven, Marburg 2019, S. 196-204; DOI: <https://doi.org/10.17192/es2019.0032>.

Martina Röthl: Subjektivierungsweisen. Über dispositiv-theoretische Anleihen und ‚Dringlichkeiten‘ zu einer kulturanalytischen Lesart, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 117 (2021), H. 1, S. 59-73; URL: <https://www.chronos-verlag.ch/public-download/3070>.

Martina Röthl: Tiroler Privat(zimmer)vermietung. Dispositive Bedingungen. Subjekteffekte. Aneignungsweisen, Münster/New York 2018.

Martina Röthl: Welche ‚Feminismen‘ – welche ‚Antifeminismen‘? Zum Subjektivierungspotenzial von Gegendiskursen, in: Hamburger Journal für Kulturanthropologie 2021, H. 13, S. 481-491; URL: <https://journals.sub.uni-hamburg.de/hjk/issue/view/92>.

Tove Soiland: ‚Gender‘: Kontingente theoretische Grundlagen und ihre politischen Implikationen, in: gender ... politik ... online. Dezember 2009; URL: https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Kontingente_theoretische_Grundlagen/soiland.pdf.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands-

lands: Heraus mit dem Frauenwahlrecht. Plakat zum internationalen Frauentag 1914; URL: <https://jenikirbyhistory.getarchive.net/media/frauentag-1914-heraus-mit-dem-frauenwahlrecht-6b9432>.

Linda M. G. Zerilli: Feminismus und der Abgrund der Freiheit, Wien 2010.

Facetten und Perspektivierungen

Bioeconomy as a Promise

Sarah May

The idea of ‘bioeconomy’¹ is currently eagerly promoted, especially by actors from politics and government. One example among many is a booklet published by the German Federal Ministry of Education and Research. It is lavishly illustrated and titled *Success stories and challenges facing the German bioeconomy*.² Its first two pages show a large color photo: a low-angle shot of a small group of broad-leaved trees, the sky behind them gloriously blue. The sun breaks through the light green leaves and creates an

atmosphere that can be described with attributes like ‘pure’ or ‘bright’. The photo frames the booklet’s central message:

*The bioeconomy enables us to use natural resources responsibly, while also guaranteeing the continued prosperity of developed societies. [...] it spans every area of the economy, offering the opportunity to reconcile economic growth with the protection of nature and the environment.*³

1 Contrary to the established use in English, I refrain from using the definite article in most cases assuming that ‘the’ bioeconomy may not exist but rather different bioeconomies are realised; see Breitsprecher/May: On the relations of economy, ecology and ethics; Fehr: Zwischen Ressourcen, Politiken und Vorstellungen der Zukunft, p. 18.

2 German Federal Ministry of Education and Research: Research for a Biobased Economy.

These lines contain a promise. A promise that proves to be particularly powerful in the present as it outlines reliable future scenarios that maintain or even improve the status quo in two areas

3 German Federal Ministry of Education and Research: Research for a Biobased Economy, p. 3.

that are currently associated with uncertainties and fears: economic prosperity and environmental protection. The political promise given by the federal ministry presents the prospect that bioeconomy afford not only a stable or even growing economic prosperity, not only continuous or even increased environmental protection, but a warranty that *both* can be achieved at the same time.

In contrast to this, the actors who implement and shape bioeconomic innovations in everyday contexts of work – such as start-ups, small and medium-sized companies as well as research institutions – are confronted with risks and unpredictability: The idea of bioeconomy is closely linked to the idea (and practices) of innovation. In companies and research, actors have to dare to take risks to invent new ‘bioeconomic’ materials, objects and solutions. They are forced to leave firm ground and enter unknown territory as ‘pioneers’ of bioeconomy – with the aim to act in a future-oriented manner while maintaining (or improving) the (imagined) securities of the present and recent past.

This observation prompts my paper’s leading question: How do risk and security, past and future relate when actors in governments and companies conceptualize, communicate and realize the promise of bioeconomy? To answer this question, I have structured my article in three parts to clarify (1) the promise of bioeconomy, (2) the understanding of the work and motivations of those who create the promise as well as (3) of those who dare to follow the promise and create it themselves through their actions. In doing so, I aim to describe and deconstruct the idea of bioeconomy on the one hand, and

to contextually sharpen the concept of promise on the other.

As a working definition, I understand ‘promise’ in the context of this paper as a future-oriented concept that grows out of cultural contexts of the present and recent past. In this understanding, promises are contextualized in the cultural orders of societies and produce them at the same time. In order to sharpen the cultural analytical understanding of ‘promise’, I discuss the example of bioeconomy in its everyday dimensions by reflecting on the actors’ “doings and sayings”⁴ as well as the related images and narratives generated mainly by politics and government. Further, I examine whether the term ‘potentiality’, understood as a dimension of future-oriented thinking and the imaginaries of ‘security’, ‘insecurity’ and ‘future’ help to sharpen the understanding of promises as an analytical term.

I argue on the basis of ethnographic data (interviews, observations) that I have been collecting in ministries, regional authorities, small and medium-sized companies in the timber construction industry since 2019 as well as on an accompanying media analysis.⁵ Timber construction proves to be a suitable field for a cultural analysis of bioeconomy in its everyday dimension because the construction industry

4 Schatzki: *Social Practices*, p. 89.

5 This research was developed as part of my project “Bioeconomy as Cultural Transformation” (2021-24). I am indebted to the Baden-Württemberg Stiftung for the financial support of this research project by the Eliteprogramme for Postdocs. Special thanks are due to Lea Breitsprecher, Cornelia Eisler, Christine Hämmerling, and Katharina Schuchardt for their helpful comments on this paper, and to Stefanie Everke-Buchanan for English proofreading.

is a particularly resource-intensive sector of the economy and is responsible for a high share of greenhouse gas emissions. Because wood is renewable, regionally available and also binds CO₂, more and more actors in economy, academia, and politics are currently working on increasing the use of wood in the construction sector.⁶ Against this background, I discuss microanalytically how the promise of bioeconomy is produced, interpreted and realized in specific everyday work situations. I focus exemplarily on the already cited publication of the federal ministry, on the work of an employee of a state ministry in Baden-Württemberg and his interpretation of his work as well as on the innovation process of a wooden nail system realized in an Austrian company.

1. On the contours, actuality and adequacy of the promise of bioeconomy

At present, the term bioeconomy is used primarily in politics, research and, to some extent, in companies. Its use goes back to economist Nicholas Georgescu-Roegen, who aimed to point out the ecological and economic limitations of growth already 50 years ago.⁷ Since then, the term has proved to be versatile:⁸ It has been used in the natural sciences, in biotechnology and likewise in contexts of critiques of growth as well as in contexts of the plausibilization of 'green growth'. These days, the term's

meaning is coined mainly by government publications such as the already mentioned booklet by the Federal Ministry of Education and Research. Accordingly, the definition given in this booklet may be representative, outlined as: *Bioeconomy offers a smart solution to the issue of reconciling economy and ecology, allowing for sustainable, biobased economic growth in the long term.*⁹ Thus, key to the success of bioeconomy is portrayed as innovations in technology and materiality, close cooperation between research and industry, and the resulting solutions which no longer rely on fossil fuels but increasingly on biobased, renewable and circularly designed resources. In this political promise of bioeconomy, three aspects relate to the paper's research question: (a) the specific contours of this promise, (b) its fit into the cultural contexts of the present, which in turn (c) shape the promise's effectiveness.

The contours of the promise of bioeconomy are shaped by the prospect of reconciling ecology and economy – two dimensions that have lately been seen as contrary.¹⁰ The experience of economic prosperity in the present and the knowledge of the quantities of used, now scarce raw materials for the production of this prosperity in the past are the basis for a social-cultural uncertainty towards the future – to which the idea of bioeconomy responds in such a fitting way. For the longest time in human history, economic prosperity did not change much; only the industrial revolution brought what sociologist Jens

6 May: *Ökologisch bauen?*, p. 120; May: *Wood*, p. 194.

7 Georgescu-Roegen: *Inequality, Limits and Growth from a Bioeconomic Viewpoint*.

8 Fehr: *Zwischen Ressourcen, Politiken und Vorstellungen der Zukunft*, p. 14.

9 German Federal Ministry of Education and Research: *Research for a Biobased Economy*, p. 3.

10 Breitsprecher/May: *On the Relations of Economy, Ecology and Ethics*.

Beckert has called “unprecedented levels of economic production and affluence”.¹¹ Since then, prosperity has increased steadily – first regionally, then globally, with declines and markedly unequal distributions. These economic activities are essentially based on the use of environmental resources. While economic capital has grown, ecological capital has decreased.¹² Ecological depletion, pollution and degradation show that “[e]conomic development cannot proceed without exploiting natural resources for raw material and energy inputs or using the environment to assimilate pollution and other waste by-products”.¹³ This situation of uncertainty, where expectations of the future collide with experiences of the past, is the cultural context in which bioeconomy takes hold as a promise: It is based on the desire to counteract risks in terms of ecological scarcity and damage in order to preserve the security of the present for the future.

The actuality and fit of the promise of bioeconomy in the present is linked to experiences of the past and expectations of the future: Knowing that the use of (fossil) raw materials is closely linked to the creation of economic prosperity and growth, the experience and expectation of scarce (fossil) raw materials or an ethical call not to use them any more pose a risk to the maintenance (or, in the capitalist sense, steady improvement) of living standards. Exactly this conceptualization of future risks and the quest for security determine the temporal-cultural fit of the bioeconomy promise.

Security is a “guiding concept”¹⁴ of contemporary societies, states European ethnologist Katharina Eisch-Angus. With her ethnographic studies, she shows how fear and the desire for security shape contemporary everyday life in (Western) societies and how (state) security regimes grow out of the intention of ‘securitization’.¹⁵ The lack of certainty of future events and the conceptualization of the future as a ‘risk’ is especially dominant in current society.¹⁶ This is particularly pressing in the context of ecology, in which these insecurities, as literary scholar Benjamin Bühler puts it, can be defined as impending catastrophes that could endanger or destroy people’s existence.¹⁷ Sociologist Wolfgang Bonss points out that such threats transform ‘uncertainties’ to latent or manifest fears, which ultimately can only be endured to a limited extent, thereby creating a connection that points out how the power of political promises is grounded.¹⁸

The effectiveness of the promise of bioeconomy lies in its adequacy in terms of time and practicality: In order to maintain the ability to act, the uncertainties that are projected from the present into the future must be redefined in some way as certainty in the long term.¹⁹ They must therefore be translated into tradable (partial)

11 Beckert: *Imagined Futures*, p. 1.

12 Schmelzer/Vetter: *Degrowth/Postwachstum*, p. 49.

13 Barbier: *Nature and Wealth*, pp. 84-85.

14 Eisch-Angus: *Absurde Angst*, p. 17.

15 Eisch-Angus: *Absurde Angst*; Schwell/Eisch-Angus: *Erforschung von (Un-)Sicherheit*.

16 Sutter/Eggel/Freiberg/Graf/ Hänel/Huszka/Wolff: *Planen. Hoffen. Fürchten*, p. 10; Bonss: *Vom Risiko*, p. 37; Beck: *Weltrisikogesellschaft*; Graf/Herzog: *Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen*.

17 Bühler: *Das denkbar Schlimmste*, p. 204.

18 Bonss: *Vom Risiko*, p. 85.

19 Bonss: *Vom Risiko*, p. 85; Reckwitz: *Zukunftspraktiken*, p. 130.

projections and concrete proposals for action in the present. This is also true for the political promise of bioeconomy that seems concrete enough to add a manageable dimension of how to proceed economically *and* ecologically to the abstract, fuzzy and uncertain nature of the future: If actors or even 'society' assess the maintenance (or improvement) of economic prosperity respectively economic growth and the relevance and reinforcement of climate respectively environmental protection as 'important', 'right' or 'good', they reflect dominant cultural values and norms of the present. From this starting point, the promise of bioeconomy develops its argumentative-performative strength: It fits ideally into the cultural orders of the present as it responds to current fears and concerns and outlines a way in which these fearfully imagined future scenarios can be transformed into bright ones – such as the image of the light-flooded forest described above in the ministry's advertising booklet.

In this way, the uncertainty of future security proves to strengthen the role of the state and its techniques of administrative implementation.²⁰ The 'calculability' of the future which is produced in this way must be understood as a social construct that grants power to act in the present: As soon as political actors voice the promise of bioeconomy as a 'light-flooded future perspective', it performs – in the sense of speech act theory²¹ – an act that opens up an equally concrete and abstract idea of security and stability to counter

the maximum uncertainty with regard to the economy and ecology of the present.

In the following chapters, I will explore the action-creating potential of the promise of bioeconomy in more detail. For this purpose, I will change the argumentative level and focus less on the communicative gesture of giving a promise than on the emic perspective of involved actors, discussing how the promise is produced or implemented and which motivations and risks go along with these practices. In doing so, I aim to deconstruct bioeconomy as a promise by situating it in contexts of everyday life in order to sharpen the concept of promise in terms of cultural analysis.

2. On making a promise: a behind-the-scenes look

A promise never appears by itself. Either persons generate it or it is put into objects of materiality, which are charged as promises. In contrast to professional promises (e.g. to take on a task) or private promises (e.g. to come on time for lunch), the political promise (e.g. to reconcile economy and ecology) remains rather vague with regard to actors and authorship. In my understanding, ethnographically working cultural analysts should focus precisely on this level and ask: How and by whom are political promises produced? The answer to this question contributes significantly to the understanding of the promise, to its attractiveness and cultural fit, its agency and limitations – and ultimately to the understanding of what can be achieved conceptually by focusing on promises in cultural analyses.

20 Bühler/Willer: Zukunftssicherung, pp. 7-8, 16; see further Baumann: Flüchtige Zeiten, p. 84.

21 Austin: How to Do Things with Words.

Following these objectives, I take a look behind the scenes of the Ministry of Rural Areas and Consumer Protection in Baden-Württemberg. In this southwestern German state, a research strategy for bioeconomy was developed in 2013, followed in June 2019 by the *State Strategy for a Sustainable Bioeconomy Baden-Württemberg*.²² Similar to the booklet cited above, these strategies outline bioeconomy as a promise – a political one, given by governmental institutions and organized as top-down initiatives.

From the perspective of state organizations, the future is assessed as a “threat”²³ to which governments react by “preemption, precaution, preparedness”.²⁴ This attitude of conceptualizing the future as uncertain gives specific actors in the present special power to act in order to fill the vacuum and create prospects. One of these actors is Mr M. who heads the department for bioeconomy at the Ministry of Rural Areas and Consumer Protection in Baden-Württemberg. He is trained as a farmer, studied agricultural engineering, and has been working at the Ministry since 2014. I met him in the context of various events in the field of bioeconomy in Baden-Württemberg and conducted two guided interviews with him. In one of these interviews, he said that bioeconomy was *his passion, his child*, that he was the one who brought the issue into the ministry: *We have been working*

on bioeconomy since 2016, when I made it a part of the coalition agreement.²⁵

In the interviews, M. portrayed himself as the driving force who put bioeconomy on the political agenda, into funding lines and government papers – at least as prominent as that of the 2016 coalition agreement.²⁶ Even if this means that I am shortening more complex relationships it is fair to say: M. realizes (and personifies) ‘the bioeconomy’ in the Ministry of Rural Affairs. He strikes me as a civil servant who is committed to the issues at hand, who wants to create certainties and options for action in the present in view of future threats, risks and uncertainties – and who succeeds in doing so. As a representative of those who produce political promises, an exploration of his motivations seems interesting. By doing so, it becomes obvious that, on the one hand, he argumentatively combines private and social motives:

*I’m a family man, I have three children, so I’m even more aware of this and share the concerns and the big goal is to be climate-neutral sooner or later, if possible in 2050 [...] and thus to burden the environment less or not at all. For this, we need the bioeconomy. We need to use the biobased resources we have much more intelligently than we do today.*²⁷

This line of reasoning shows a clear future orientation. Due to his experience as a father, M. acts

22 Ministry of the Environment, Climate Protection and the Energy Sector Baden-Württemberg/ Ministry of Rural Affairs and Consumer Protection Baden-Württemberg: *State Strategy for a Sustainable Bioeconomy Baden-Württemberg*.

23 Sutter/Eggel/Freiberg/Graf/Hänel/Huszka/Wolff: *Planen. Hoffen. Fürchten*, p. 13.

24 Anderson: *Preemption, Precaution, Preparedness*.

25 Mr M., interview on 02.03.2020; see also May: *Materielle Kultur und politische Steuerung*, pp. 84-85.

26 Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg/CDU Landesverband Baden-Württemberg: *Baden-Württemberg gestalten*, p. 48.

27 Mr M., interview on 02.03.2020.

out of the motivation to bring about a positive change in the status quo and to use resources *more intelligently*. To achieve this goal, he sees bioeconomy as a suitable key. In this context, present and future, but also past and future, play together.

The concept of 'expectation' provides a productive connection here. Sociologist Urs Stäheli, for instance, uses it to conceptualize the affective production of economic futures.²⁸ He shows how the future is produced through hope and expectation; he assumes a continuity between present and future.²⁹

On the other hand, the analysis of Mr M.'s motivations shows that not only the future-oriented perspective but also an orientation at the past plays a crucial role: M.'s experiences as a farmer and as a ministerial representative of agriculture ground his estimations and actions. Historian Reinhart Koselleck emphasized that historical time can be understood on the basis of "experience and expectation"³⁰ because they intertwine both, past and future. In my reading of Mr M.'s attitude this temporal dimension shapes his will to act: He wants to preserve the present by improving the future – not only for personal, but also for social and professional reasons. He has his ministry's stakeholders firmly in mind when he pushes bioeconomy:

My intention is not to make everything new, but to put what we are doing in the context of a future way of doing business. [...] We need to get out of this corner 'The farmers, they pollute

*the environment, they torture the animals'. [...] We need to get out of this victim attitude, because the farmers are simply important and the foresters anyway because they will carry our society in the future. I want to put them in a better light. That is actually my main intention also with the bioeconomy.*³¹

To reach this aim, he said, he has received support from higher levels: *I have a relatively direct line to the very top, because it's simply a sexy topic and it's politically interesting, of course.*³² The reason for this political interest is – see chapter one – linked to the cultural contexts of the present. That these cultural contexts are changing and the promise is adaptable to different variations of these contexts can be exemplified by M.'s statements, too: In 2020, in a first interview, he pointed out that bioeconomy fit the times, as the public is sensitized to environmental and climate protection through the *Fridays for Future* protests (*At the moment the window is open because of this Fridays for Future movement, it's never been so easy to reach the consumers.*)³³ One and a half years later, M. interpreted the context of the pandemic as a fitting occasion to push bioeconomy (*Because of Corona, some supply chains have stumbled and that's where the approach of bioeconomy to close regional loops and to use resources more efficiently wins again.*)³⁴

These statements reflect: The idea of bioeconomy can be connected to different fears and

28 Stäheli: *Hoffnung als ökonomischer Akt*, p. 284.

29 Stäheli: *Hoffnung als ökonomischer Akt*, p. 286.

30 Koselleck: *Futures Past*, p. 270.

31 Mr M., interview on 02.03.2020.

32 Mr M., interview on 02.03.2020.

33 Mr M., interview on 02.03.2020.

34 Mr M., interview on 08.10.2021.

uncertainties about the present. This, too, can be considered a feature of political promises, and Mr M. can be seen as an actor who creates one: Through his ideas and initiatives, he significantly shapes government work in the field of bioeconomy in Baden-Württemberg. In contrast to actors from the business world – see chapter three – , M. takes a rather low personal ‘insecurity’ in doing so. He reflects this himself: *As a state official I have the opportunity to work creatively and collaborate with scientists and always think ten years ahead or even further, and that’s an absolute privilege.*³⁵ As a civil servant, he does not take any personal financial risk; his employer, the state, follows different logics in its ‘business conduct’ than those of the ‘free market’. It becomes clear: those who make political promises significantly determine decisions that shape the future under conditions of the present. Actors like Mr M. prove to be particularly powerful in this regard, as political promises as governmental practices are usually established as top down instruments; this is also reflected within the interview:

The bioeconomy has been big here for years now. First, we have had a research strategy [...] and now, our goal, as a department for rural areas, is to put this knowledge into practice. We are now going down to the next level into the region, promoting the topic and inviting mayors to get them excited about the topic. [...] Our goal is to bring the knowledge [of research] into application [...]. Until 2050, there are 30 harvests, 30 crop

*rotations and that will pass quickly. You have to stick with it!*³⁶

This statement contains both concern and hope, short-term urgency and long-term planning. Perceptions of temporality differ and correlate when it comes to imaginations of a future that is both ecologically and economically stable. Again, the temporal levels of present and future are interlocked. And again, their link is the actors’ expectations. In their volume “Anthropology of the Future”, cultural anthropologists Rebecca Bryant and Daniel M. Knight postulate that temporalities involve different ranges and intensities, that the future plays a decisive role for the everyday life of the present, and that expectations ground all practices and correlate with all activity.³⁷ The future scenario that politicians and their staff in the ministries develop by promoting bioeconomy conveys security. The promise of bioeconomy proves to be a top-down initiative; political governance is substantial and lies in the hands of individual actors – who themselves run no personal financial risk by establishing the promise. In contrast, the actors who follow the promise and aim to make it real, who implement and shape the bioeconomy in everyday work contexts – in research institutions, start-ups and small and medium-sized companies – are confronted with risks and unpredictability, since they are usually entering ‘uncharted territory’ with their innovations as ‘pioneers’.³⁸

35 Mr M., interview on 02.03.2020.

36 Mr M., interview on 02.03.2020.

37 Bryant/Knight: *The Anthropology of the Future*, p. 58.

38 For the conceptualization of a “pioneer” see Tauschek: “Energie-Pioniere”.



Figure 1: Three nails; picture: Lea Breitsprecher.

3. On following a promise: a 'hero's journeys' in bioeconomy

Understanding bioeconomy as a promise, not only those actors who make the promise, but also those who follow (and therewith make) it carry weight in cultural analysis. I will discuss how the latter grasp the promise and how they turn it into action, in relation to an object that exemplifies the idea of bioeconomy to replace fossil by biobased raw materials and to develop new knowledge and new products through cooperation between research and industry: a nail made of wood (see Figure 1, middle nail).³⁹

A wooden nail in itself is nothing new. Such nails were probably used as early as 5101 B.C.⁴⁰ In the present and more recent past, however, wooden nails have been rather rare. Today, nails are usually made of steel, copper or brass. However, the one I focus on here is made of compressed beech wood. It feels smooth to touch, only the upper end is rough while its opposite end has

a sharp spike. It measures four millimeters in diameter and ranges from 38 to 60 millimeters in length.

While wood as a material for a nail may seem anachronistic at first, this does not apply to its method of use: This wooden nail is part of a *wooden nail system* (see Figure 2). It is 'magazined', which means that numerous nails are attached to a plastic band that fits into a 'pneumatic nailer', a specially developed machine that craftspeople use to 'shoot' the wooden nails into wood. The high heat generated by the friction when the nail is 'driven' causes the wooden nail to fuse with the surrounding wood.



Figure 2: Advertising image of the Lignoloc® system; © Beck.

³⁹ See also May: *Ökologisch bauen?*, where I use the example of this wooden nail to discuss the effects of imagination of scarcity for the realization of bioeconomy.

⁴⁰ Block: *Archäologen finden älteste Holznägel der Welt.*

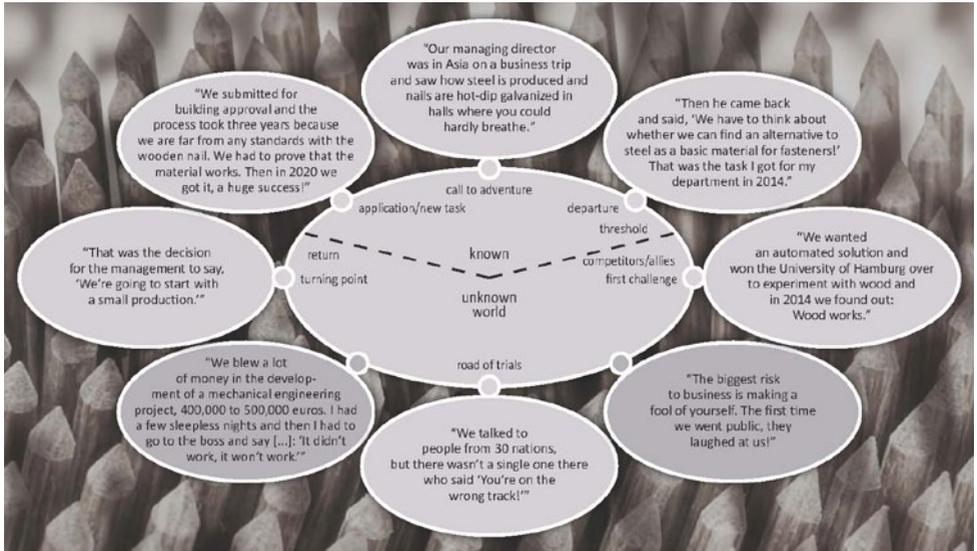


Figure 3: The hero's journey of a bioeconomic invention (starting in the upper center, reading direction clockwise). The light gray shows the statements of the first description, the darker gray the statements added later in the interview; image: Sarah May.

Given this interplay of traditional material and technical innovation, I became curious: Who came up with the idea of a wooden nail system? How did they develop it and bring it to market? I conducted two interviews with employees of the company that came up with the innovation, a family business, located in a small village in Austria that claims to be *one of the world's leading companies in fastening technology*.⁴¹ The first interview was with Mr H., a trained carpenter and wood technician working within the in-house department for research and development; in the second conversation, I interviewed him and

his supervisor, Mr S., a trained toolmaker with a degree in engineering.

When H. and S. recount the process of innovation of the wooden nail system in retrospect, their narration resembles a success story that follows the narrative pattern of a "hero's journey"⁴² on which so many famous myths, novels and films are based, with important features such as a 'call to adventure', a 'departure' from the familiar into the unknown world, and various

42 The hero's journey or "monomyth" (Joyce: Finnegans Wake, p. 581) is often subject to narratology and comparative mythology; mostly, the work of Joseph Campbell (*The Hero with a Thousand Faces*), to whom I refer in the following, constitutes the primary reference in these treatises.

41 Raimund Beck KG: Erfolgreich auf dem Weg.

'trials' and 'refusals'. In the following, I will trace the narration as Mr H. and S. described it.

The initial trigger happened on a business trip of the company's managing director: *He was in Asia on a business trip and saw how steel is produced and nails are hot-dip galvanized in halls where you could hardly breathe.*⁴³ It was against the backdrop of this experience that the call of adventure was made; in S.'s words: *Then he [the managing director] came back and said, 'We have to think about whether we can find an alternative to steel as a basic material for fasteners!' That was the task I got for my department in 2014.*⁴⁴ This is the phase of 'departure' within the heroes' journey when the actors are (quite literally) standing on the brink between the familiar and the unfamiliar world. The 'adventure' starts in a situation of normality from which 'the hero' receives some information that acts as a call to head off into the unknown.

In the case of the pioneers of the wooden nail system, this impetus was a promise – the promise of bioeconomy to achieve the possibility of an ecological economy, of a health-oriented production as well as of independence from global economic routes through local production. The imagination of being able to achieve these goals is constitutive for a whole chain of actions and interpretations, at the end of which stands the innovative version of a 'wood nail'. The promise shapes these actions and is at the same time only created by the actors, in concrete: the inventors of the wooden nail system.

Accordingly, the 'call to adventure' – or rather the call to the promise – is followed by the

acceptance of this task and the crossing of the first threshold. Here, the transition into the unknown world takes place, in which the hero encounters both competitors and allies.⁴⁵ In this context, a first challenge was that the company did not have a network for material innovation and research trials. The 'pioneers' within the company, mainly S., H. and their colleagues, had to establish these contacts. They described how they successfully overcame this first challenge: *We wanted an automated solution and won the University of Hamburg over to experiment with wood and in 2014 we found out: Wood works.*⁴⁶ With these allies and experiments, the company's pioneers manufactured wooden nails as part of a test production and modified a nail shooting system by hand. With these objects in their luggage, S., H. and colleagues went on their "road of trials",⁴⁷ among them the World Congress of Timber Engineering in 2016. In their account, their participation in this event with a first exhibition booth resembled a first 'trial': *We talked to people from 30 nations, but there wasn't a single one there who said 'You're on the wrong track!'*⁴⁸ This appears to be the central turning point of the story – the step from experimenting to producing: *That was the decision for the management to say, 'We're going to start with a small production.'*⁴⁹ Ensured that they had the right materials, the right manufacturing techniques, the right networks in place, the 'return to the known world', to production and sales, occurred.

43 Mr S., interview on 16.09.2021.

44 Mr S., interview on 16.09.2021.

45 Campbell: *The Hero with a Thousand Faces*, pp. 64-68.

46 Mr S., interview on 16.09.2021.

47 Campbell: *The Hero with a Thousand Faces*, p. 81.

48 Mr S., interview on 16.09.2021.

49 Mr S., interview on 16.09.2021.

In the following, the *testing in the market* and the response of the clients was positive, but there were few occasions for application due to a lack of building permits. And so, a new task arose: *We submitted for building approval and the process took three years because we are far from any standards with the wooden nail. We had to prove that the material works. Then in 2020 we got it, a huge success!*⁵⁰

Within this hero's journey that may grasp exemplarily how bioeconomy is interpreted as a promise and realized through everyday practices, I find two aspects particularly interesting: First, the observation of how risk and security interact here as parameters of present and future. And second, how the actors narrate and how they talk about relationships in the company, how they portray development and the process of negotiation of innovations.

The heroes' story about the invention of the wooden nail system, which I was retelling above, was described by Mr S. in a flow, almost unprompted, right at the beginning of our first interview. At that moment, I was not yet thinking of classic hero myths, but I noticed how I became keen-eared and somewhat critical: The story he told was a story of success. How would he have told it if I had not spoken to him in 2021, but in 2016, just before the big congress ('trial'), when it was not yet clear that the product was attracting interest? Or at a time when allies had not been made yet and the network had not yet been created? As the interview progressed, I asked questions and received further, more differentiated answers, which add at least snippets

of another narrative to the story of heroes and success: nuances of uncertainty, descriptions of risk and loss. To quote S.: *The biggest risk to business is making a fool of yourself. The first time we went public, they laughed at us!* And later he said: *We blew a lot of money in the development of a mechanical engineering project, 400,000 to 500,000 euros. I had a few sleepless nights and then I had to go to the boss and say [...]: 'It didn't work, it won't work.'*⁵¹

The risk that the actors face in the course of innovative product development is evident here: In addition to financial risks, there is also the risk of losing face – both within the company and in representing it. The risk arises from the uncertainty of the actors, not knowing in the present whether their actions will succeed, how the innovative product will be reacted to in the future. However, at the same time as this uncertainty, which the actors associate primarily with their own actions and the reactions of outsiders, a relational structure of certainty exists within the company. This is closely linked to the person of the managing director: He experienced the initial trigger, he assigned the task and later he gave – a central turning point – the starting signal for production. He is a key figure in this hero's journey; he is not the one who realizes the journey, but who responded to – and therewith co-created – the promise of bioeconomy and takes the risk of the innovation building process. Taking a more concrete look at this figure, further features of the role of the political aspects of the promise can be identified: first, that innovation results not only in imaginings of the

50 Mr S., interview on 16.09.2021.

51 Mr S., interview on 16.09.2021.

future, but also in cultural knowledge and individual experience which, in terms of time, relates to the past; and second, that materiality and its potentiality for innovation are pivotal attributes of the occasion and course of following a promise. With regard to initiatives and processes of innovation, the future is said to be the leading temporal dimension. One poignant example is given by sociologist Jens Beckerts, who elaborates within his analyses on how fictional expectations drive modern economies, among others on innovations. He contextualizes the risky decision for innovation in a present that is shaped by imaginations of the future: “Especially in the early phases of the innovation process, decisions about innovations are informed by actors’ fictional expectations. Utopian visions of a pretended future reality— imagined futures— are an impetus for innovative activity.”⁵² He states that innovations cannot be understood “as simple continuations of trajectories from the past, since innovation’s ‘creative destruction’ implies a departure from existing paths”.⁵³ In addition to this, the example of the invention of the wooden nail system shows the potent effects of an individual ‘lived experience’ that has to be contextualized within the culture of the present: Yet the concrete example of the hero’s story of the wooden nail system makes clear that the (physical-individual) experience in the context of a (culturally shaped) past also can play a decisive role in deciding in favor of a promise. The fact that the company’s managing director took this economic and also personal risk and follows (and therewith co-create) the promise of bioeconomy

has, in my reading, a lot to do with the bodily experience of steel production in the context of his business trip to Asia. It can be interpreted as an experience of crisis. And crises, as Stefan Beck and Michi Knecht state, are events and situations in which the given becomes the object of critical questioning and new social imaginaries and ordering practices can emerge.⁵⁴ In view of this experience of crises, the idea of realizing a biobased innovation in the fastening industry appeared as a promise. In facing this, the managing director brings out a personal interest, an entrepreneurial willingness and trust his team. This trust is reciprocated by his employee Mr S. by following the promise and accepting the task even at the risk of making mistakes, by trusting his own success and the relationship with his team and his managing director. These relationships, conceptualized as fixed and reliable within the company, are in my opinion an essential precondition for the decision to follow the promise of bioeconomy and take the uncertainty of producing biobased innovations.

In this context, materiality marks an important point – on the one hand as the materialization of the working and environmental conditions that are to be overcome by the innovation process, and on the other hand as the objectification of the promise’s potential. In their analysis of the potentiality of the future, Bryant and Knight see an opportunity for cultural anthropology to do research on the future. They define potentiality as “the immanent, not-yet actualized capacities

52 Beckert: *Imagined Futures*, p. 169.

53 Beckert: *Imagined Futures*, p. 169.

54 Beck/Knecht: *Jenseits des Dualismus von Wandel und Persistenz*, p. 69.

of things⁵⁵ and link this definition to the use and assessment of (natural) resources: The potentiality of a material resource has to be brought forth by humans; the handling of materiality is oriented towards translating the potentiality of material things into actuality.⁵⁶ Against this background, cultural anthropologist Lea Breitsprecher points to the directionality inherent in all resources and extending along the ascribed potentiality; she conceives of resource as materialized potentiality for value creation.⁵⁷ Accordingly, the materiality around which the innovation process takes place is one of the decisive factors for the promise to unfold its activating potential: The regional availability of beech, the technical possibility to compress it, and the property of the material innovation thus generated to merge with the carrier wood underlie the entire development process in its temporal length as potentialities. The potentiality to generate an innovation from the biobased material in technological development enables the actors to follow the promise.

Conclusion

In this paper, I conceptualized 'promise' as a future-oriented perspective that grows out of cultural contexts of the present and recent past. This framing allowed me to examine the field of bioeconomy through a very specific lens. In

analyzing bioeconomy as a promise, I identified risk and security, past and future as key concepts shaping both practices: the making and the following of the political promise.

In the first part of this paper, I showed how the specific contours of the promise of bioeconomy (the merging of economy and ecology) fits into the cultural contexts of the present (frame of prosperity), which in turn shapes the promise's effectiveness (giving a concrete plan for realizing an ecologization of the economy). Against the background of these observations, I was able to reveal how the promise of bioeconomy serves two levels: As a promise proclaimed by state and federal ministries, it is first and foremost a political promise that is permeated by government guidance and establishes funding lines. On this basis, however, it has an impact and activating potential on the everyday lives of very different actors in research and business who themselves follow and co-create the promise of bioeconomy. Jens Beckert points to the impact of promissory narratives "that assign roles to actors and objects and develop a plot around the anticipated innovation".⁵⁸ And I see it as a special potential of ethnographic cultural studies to explore the actors who establish bioeconomy within their respective fields of work (be it politics or economy) and the innovative materials and objects as well as the related narratives.

Accordingly, looking at the work realized within the Ministry of Rural Areas and Consumer Protection in Baden-Württemberg, I revealed the motivations of the initiator and his personal

55 Bryant/Knight: *The Anthropology of the Future*, p. 107.

56 Bryant/Knight: *The Anthropology of the Future*, p. 100; see also Bausinger: *Ding und Bedeutung*, p. 204.

57 Breitsprecher: „Es wird brenzlich“, p. 35-36.

58 Beckert: *Imagined Futures*, p. 176.

opinion settled within the cultural contexts of the present. These values and norms are – on the one hand – related to the culturally generated and constantly reinforced knowledge that nature, environment and climate protection are crucial for ensuring that a ‘good’ life on earth is possible in the future. On the other hand, they are based on the globally shared experience of capitalist economic activity and – at least in the recent past of large parts of Europe and the so-called ‘Western’ world – on a frame of prosperity. It is obvious that the demands and expectations for the future collide here and challenge established economic and cultural orders. Against this background and by conceptualizing bioeconomy as a promise, its characteristics as a political induced top-down process came into light as well as its conjunctions with imaginaries of ecological-economic security.

Third, by focusing on the innovation of a wooden nail system I discussed the interdependence and the supposed contradiction of ‘promise’ and ‘risk’. By questioning the actors’ motivations to follow the promise of bioeconomy, I showed how the (physical-individual) experience in the context of a (culturally shaped) past can play a decisive role in deciding in favor of a promise and described the process following the strength to endure failure and also enjoy success. In conclusion, the paper worked mainly with such supposed contradictions: At an analytical level, it related promise and risk and discusses the imaginaries of in/security and future attached to the promise of bioeconomy. On an ethnographic basis, it brought into focus the development of bioeconomic products and related practices and processes and described

the motivations, challenges, and risks of those who create and follow the promise.

Links

Accessed from 25.4.2022 to 20.6.2022.

Raimund Beck KG: Erfolgreich auf dem Weg; URL: <https://www.beck-fastener.com/unternehmen/unternehmensprofil.html>.

References

Ben Anderson: Preemption, Precaution, Preparedness: Anticipatory Action and Future geographies, in: *Progress in Human Geography* 34 (2010), 6, S. 777-798.

John Langshaw Austin: *How to Do Things with Words*, Cambridge, Mass. 1962.

Edward Barbier: *Nature and Wealth. Overcoming Environmental Scarcity and Inequality*, Houndmills/Basingstoke Hampshire 2015.

Zygmunt Bauman: *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*, Hamburg 2008.

Hermann Bausinger: Ding und Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde* 2004/107, pp. 193-210.

Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt am Main 2012.

Stefan Beck/Michi Knecht: Jenseits des Dualismus von Wandel und Persistenz? Krisenbegriffe der Sozial- und Kulturanthropologie, in: Thomas Mergel (Ed.): *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, Frankfurt am Main 2012, pp. 59-78.

Jens Beckert: *Imagined Futures: Fictionality in Economic Action*, Cambridge, Mass./London 2016.

Simona Block: Archäologen finden älteste Holznägel der Welt, in: *Der Spiegel* 07.05.2010; URL: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/sachsen-archaeologen-finden-aelteste-holznaegel-der-welt-a-693600.html>.

Wolfgang Bonss: Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne, Hamburg 1995.

Lea Breitsprecher: „Es wird brenzlig.“ Erschöpfte Ressourcen im Geigenbau, in: kuckuck. Notizen zur Alltagskultur 1/2022, pp. 34-37.

Lea Breitsprecher/Sarah May: On the Relations of Economy, Ecology and Ethics. Contours of a Cultural Analysis of Bioeconomical Practices, in: Sarah May/Johannes Müske/Stefan Groth (ed.): Morality as Organizational Practice, Münster/New York 2023 (forthcoming).

Rebecca Bryant/Daniel M. Knight: The Anthropology of the Future, Cambridge 2019.

Benjamin Bühler: Das denkbar Schlimmste. Ökologische Sicherheit und die Frage der Demokratie, in: Johannes Becker/Benjamin Bühler/Sandra Pravica/Stefan Willer (Eds.): Zukunftssicherung. Kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld 2019, pp. 203-219.

Benjamin Bühler/Stefan Willer: Einleitung, in: Johannes Becker/Benjamin Bühler/Sandra Pravica/Stefan Willer (Eds.): Zukunftssicherung. Kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld 2019, pp. 7-19.

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg/CDU-Landesverband Baden-Württemberg (Eds.): Baden-Württemberg gestalten. Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg. 2016–2021; URL: https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/160509_Koalitionsvertrag_B-W_2016-2021_final.PDF.

Joseph Campbell: The Hero with a Thousand Faces. Novato, CA 2008 [1949].

Katharina Eisch-Angus: Absurde Angst. Narrationen der Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden 2019.

Lukas Fehr: Zwischen Ressourcen, Politiken und Vorstellungen der Zukunft. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Bioökonomie, in: Lukas Fehr/Reinhard Johler (Eds.) Bioökonomie(n). Ethnografische Forschungszugänge und Felder, Tübingen 2021, pp. 9-22.

Nicholas Georgescu-Roegen: Inequality, Limits and Growth from a Bioeconomic Viewpoint, in: Review of Social Economy 35 (1977), No. 3, pp. 361-375.

German Federal Ministry of Education and Research: Research for a Biobased Economy. Success Stories and Challenges Facing the German Bioeconomy, Frankfurt am Main 2018; URL: https://www.fona.de/medien/pdf/Research_for_a_biobased_economy.pdf.

Rüdiger Graf/Benjamin Herzog: Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 42 (2016), pp. 497-515.

James Joyce: Finnegans Wake, London, New York 1939.

Reinhart Koselleck: Futures Past: On the Semantics of Historical Time, Cambridge, Mass. 1985.

Sarah May: Ökologisch bauen? Knappheit als konstitutives Moment der Bioökonomie, in: Cornelia Kühn (Eds.): Gemeinwohlorientiert – Ökologisch – Sozial? Aushandlungen um alternative Wirtschaftspraktiken in der Zivilgesellschaft, Wiesbaden 2023, pp. 115-138.

Sarah May: Materielle Kultur und politische Steuerung. Konstellationen der Zukunftsgestaltung am Beispiel bioökonomischer Bestrebungen im Holzbau, in: Lukas Fehr/Reinhard Johler (Eds.): Bioökonomie(n). Ethnografische Forschungszugänge und Felder, Tübingen 2021, pp. 77-105.

Sarah May: Wood. Regarding Economies and Policies Through the Eyes of a Cultural Anthropologist, in: Journal of European Ethnology and Cultural Analyses (JEECA) 3 (2018), No. 2, pp. 193-214.

Andreas Reckwitz: Zukunftspraktiken. Die Zeitlichkeit des Sozialen und die Krise der modernen Rationalisierung der Zukunft, in: Andreas Reckwitz (Ed.): Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie, Bielefeld 2016, pp. 115-135.

Theodore Schatzki: Social Practices: A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social, Cambridge 1996.

Matthias Schmelzer/Andrea Vetter: Degrowth/Postwachstum zur Einführung, Hamburg 2021.

Alexandra Schwell/Katharina Eisch-Angus: Perspektiven auf die Erforschung von (Un-)Sicherheit in der Alltagskultur, in: Alexandra Schwell/Katharina Eisch-Angus (Eds.): Der Alltag der (Un)sicherheit. Ethnographisch-kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Sicherheits-gesellschaft, Berlin 2018, pp. 7-35.

Urs Stäheli: Hoffnung als ökonomischer Akt, in: Inga Klein/Sonja Windmüller (Eds.): Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen, Bielefeld 2014, pp. 283-299.

Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/

Andrea Graf/Dagmar Hänel/Victoria Huszka/Kerstin

Wolff: Planen. Hoffen. Fürchten. Zur krisenhaften Gegenwart der Zukunft im Alltag, in: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria Huszka/Kerstin Wolff (Eds.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, pp. 7-24.

Markus Tauschek: „Energie-Pioniere“. Eine kulturanthropologische Forschungsskizze zu Endlichkeit und Agency im Kontext erneuerbarer Energien, in: Andreas Bihrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Eds.): Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, Bielefeld 2016, pp. 311-330.

Kohleausstieg, Strukturwandel, Transformation

Die Lausitz als Versprechen

Katharina Schuchardt

*Für unsere Zukunft in der Lausitz!
Perspektiven eröffnen bedeutet Versprechen einzulösen!*¹

Mit diesen Worten beschreibt Lars Kaczmarek sein Musikvideo auf YouTube, das 2021 produziert wurde. Der Sänger und Texter arbeitet bei der Lausitzer Energie Verwaltungsgesellschaft. Sein Song eröffnet ein Kaleidoskop von Themen, die in der Lausitz im Zusammenhang mit dem sogenannten Strukturwandel diskutiert werden: zugesagte Gelder für die betroffenen Regionen, der regionale Umbau der Wirtschaft, bereits gemachte Erfahrungen der Vergangenheit wie die Partizipation und Mitbestimmung in politischen Steuerungsprozessen und

Transformationserfahrungen. Daneben wirft er Fragen nach möglichen Perspektiven und Zukunftsvorstellungen auf. Im Video inszeniert Lars sich und die Region anhand von Bildern, die im Sinne von Inszenierungen seine Botschaft unterstreichen: Er steht auf dem Dach eines Braunkohlekraftwerks, auf einem Aussichtsturm vor einem Braunkohletagebau, auf einem Windrad oder liegt auf Bahngleisen. Dazwischen wird immer wieder Grün eingeblendet, wenn ein Wald von oben gezeigt wird oder der Interpret zwischen Hanfpflanzen steht, die als ein möglicher neuer Wirtschaftszweig für die Lausitz im Gespräch sind.² Das Video trägt den Titel *Unsere Perspektive*, und der Protagonist Lars Kaczmarek tritt als Sprecher von Fachkräften

1 Kaczmarek: Unsere Perspektive.

2 Bär: Hanfanbau.

auf, die in einem Industriezweig arbeiten, der sich auflösen droht und daher Sicherheiten für die eigene, nicht nur berufliche Zukunft einfordern. Er adressiert damit vielfach das, was mir in meiner Forschung zur Lausitz begegnet: Der Strukturwandel wird von der Frage geprägt, ob politische Zusagen als verlässlich angesehen werden können. Dies lässt aus einer forschungsanalytischen Perspektive Überlegungen zu, welche Bedeutung ein Transformationsprozess wie der Strukturwandel für die Wahrnehmung und Deutung der Lausitz als Region hat und wie sich dies auf die Ausgestaltung der Alltagswelt der dort lebenden Menschen auswirkt.

Die Lausitz ist eine Region im Osten Deutschlands und Südwesten Polens. Sie erstreckt sich von der Südspitze Berlins bis runter nach Zittau und im Osten ungefähr bis zum Fluss Bóbr in Polen. Die heute noch vier betriebenen Tagebaue auf deutscher Seite befinden sich im Süden Brandenburgs und im Nordosten von Sachsen. Auf der polnischen Seite befindet sich ein Tagebau im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck.

Stein- und Braunkohle standen im 20. Jahrhundert lange Zeit für ein Versprechen auf Fortschritt und Wohlstand, wie es auch Simone Abram darlegt.³ Keine andere Industrie hat sich in der Lausitz so wirkmächtig eingeschrieben wie die Braunkohle, die in der DDR der einzige heimische Träger war und ein Drittel des Energiebedarfs deckte. Dieses Versprechen wurde in der Lausitz nach 1990 sukzessiv zurückgenommen. Es folgte die Abwicklung eines großen Teils der Braunkohlenindustrie: Tagebaue

wurden aufgegeben und verstärkt renaturiert, Sekundärindustrien geschlossen. Der nun stattfindende Strukturwandel, also die Aufgabe der verbliebenen Braunkohletagebaue und -kraftwerke bis 2038, ist strukturell mit der Vergangenheit verknüpft, gleichzeitig aber der politischen Logik einer vorgegebenen (besseren) Zukunft verpflichtet.⁴ Versprechen sind darin scheinbar vielfältig eingeflochten, so zumindest artikuliert es Lars, wenn er singt: *Wird unser Geld hier genommen, das wir uns so hart erkämpften; vereinbart mit unserem Lohn, zugesichert vom Staat, für unsere Transformation.* Der Lausitz wurden sogenannte Strukturmittel zugesichert, die unmittelbaren Folgen des Transformationsprozesses über finanzielle Zuwendungen abfedern sollen. Die Infrastruktur zur Verteilung der Gelder und die Prioritätensetzung werden in der Lausitz kritisiert und von Lars aufgegriffen. Der Strukturwandel stellt ein politisches Versprechen für eine Region dar, die vor allem durch die Braunkohle in ihrer Selbst- und Fremdwahrnehmung geprägt wurde und die als Teil der regionalen Identität gedeutet wird. So werden die im Song artikulierten Gefühle des Durchhaltens, einer legitimen Anspruchshaltung und das Streben nach Gerechtigkeit sowohl durch als auch wegen der Versprechen hervorgerufen, die in den Narrativen der dortigen Menschen artikuliert und von ihnen in der gegenwärtigen Gemengelage zu einem zentralen Motor der Bereitschaft, die Transformation mitzugestalten, stilisiert werden. Sarah Pink zufolge können wir über die Greifbarkeit von Gefühlen wie Vertrauen, Angst und Hoffnung ebene möglichen Zukünfte

3 Siehe Abram in diesem Band: Promises, S. 34.

4 Siehe Burawoy/Verdery: Introduction, S. 1.

erforschen, die Menschen imaginieren und in ihrem Alltag aushandeln müssen.⁵ Versprechen sind mit all diesen Gefühlen verbunden, da sie sowohl ihre Bedingung als auch eine Konsequenz sein und als zentrale Momente individuellen und gesellschaftlichen Handelns angesehen werden können. Ich betrachte Versprechen als eine Schnittstelle menschlichen Zusammenlebens, die nicht nur – wie Alexa Färber darlegt – verschiedene zeitliche Schichten miteinander verschränkt und aneinander bindet,⁶ sondern genauso als ein zeitgeschichtlicher Indikator dienen kann: Wenn Versprechen vielfach adressiert werden und ‚in Mode‘ sind, kann daraus geschlossen werden, dass die Suche nach Sicherheit und Halt zugenommen hat. Zugleich verweist dies auf das Bedürfnis von Planbarkeit und Verlässlichkeit auf die als unsicher empfundenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – auch, wenn die Unverbindlichkeit von Versprechen bekannt ist. Ist also eine gehäufte Formulierung von Versprechen ein Zeichen für die Dringlichkeit von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Entwicklungen?

Versprechen sind lose, aber wirkmächtig; sie verbinden Menschen durch ihr ‚Ausgesprochen-Werden‘ und trennen sie zugleich durch die verschiedenen Beziehungsmodi zwischen den Versprechenden und ihren Adressaten – es wohnt ihnen damit eine gewisse Asymmetrie inne. Sie definieren auf eine bestimmte Art und Weise „das Verhältnis verschiedener Formen sozialer Verbindlichkeit.“⁷ Dabei verbinden sie nicht nur die Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft.

Sie sind imstande, über verschiedene Zeiten hinweg wirkmächtig zu sein, wenn sie wiederholt oder erneut aufgegriffen und selbst zum Gegenstand der Argumentation werden. Was bedeutet es daher, gemachte Versprechen ernst zu nehmen? Wie gehen Menschen mit mehrfach gegebenen und gebrochenen Versprechen um und inwiefern bedeutet die Analyse von ‚Versprechens-Situationen‘ die Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen? Im Folgenden möchte ich anhand verschiedener Beispiele auf diese unterschiedlichen Dimensionen von Versprechen eingehen, die sich am Beispiel des Lausitzer Strukturwandels beobachten lassen.

Der Strukturwandel als ein Versprechen

Der Strukturwandel selbst als Form einer Transformation ist ein Versprechen an sich. Der Begriff umfasst das politisch-ökonomische Framing eines groß angelegten Umstrukturierungsprozesses bisheriger Wertschöpfungsprozesse. Mit der Benennung als Strukturwandel werden also gleichsam bestimmte Bilder produziert und Erwartungen geweckt: Etwas verändert sich, ohne dass zunächst einmal klar ist, ob das positiv oder negativ gedeutet werden kann. Der Soziologe Alberto Cevolini konstatiert, dass eine „Systemanpassung mit einer Steigerung von Komplexität und Unsicherheit einhergeht.“⁸ In der Lausitz wird der Strukturwandel mit einer Absichtserklärung und einer großen finanziellen Unterstützung für die Region kombiniert.

5 Pink: Futures.

6 Färber: UnGleichzeitigkeit, S. 25-42.

7 Albers/Harst/Kaesling: Fesseln, S. 8.

8 Cevolini: Hoffnung, S. 177.

Es wird versucht, ihn als ein positives Versprechen an die Zukunft der Region zu präsentieren. Darin wird der Abbau und die Verwertung von Braunkohle zu einem Momentum in der Industriegeschichte stilisiert, dessen Zeit aufgrund des anthropozänen Klimawandels in Deutschland in absehbarer Zeit vorbei sein wird.⁹ Die Auswirkungen sind vor allem in der Lausitz wahrnehmbar, die auf Deutschlands Dürremonitoren regelmäßig einen der ersten Plätze belegt,¹⁰ denn Braunkohletagebaue gehen mit Grundwasserabsenkungen einher. Christoph Zeller stellt fest, dass „ethische Werte einem Wandel unterworfen sind und sich immer dann als hinfällig erwiesen, wenn sie sich wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Fortschritten gegenübersehen. [...] Der nostalgische Wunsch nach einer ‚reinen‘, ‚authentischen‘ und von Veränderungen freien Welt, in der festgefügte soziale Strukturen Sicherheit und Orientierung bieten, mag zwar ebenso verständlich sein, wie der Traum vom ewig wachsenden Wohlstand. Das Versprechen auf allgültige, stabile Werte lässt sich jedoch nicht einlösen.“¹¹ Stand die Technologie der Energiegewinnung durch Braunkohle also lange Zeit für gesellschaftlichen Fortschritt und die Zukunft, wurde sie nun angesichts des Klimawandels und seiner zunehmend spürbaren Auswirkungen zum negativen Versprechen vom technischen Rückschritt und Zukunftsabwesenheit. Das neuerliche Versprechen von sauberer

Energiegewinnung durch Wasserstoff und Solarenergie, ästhetischem Landschaftswandel und Sicherung der Prosperität in der als ländlich charakterisierten Region Lausitz schwingt im Strukturwandel stets mit. Dadurch entsteht eine zeitliche Zäsur mit bestimmten Bildern von Vergangenheit und Zukunft. Der Strukturwandel als Prozess lässt Defizite gegenwärtiger Strukturen sichtbar werden und die Gegenwart wird augenblicklich zur Vergangenheit. Der Strukturwandel als eine Form des Versprechens hat hier eine vermittelnde Funktion, denn er transportiert Erwartungen, Hoffnung und Wünsche in eine Region, die ein sehr kritisches Selbstbild hat. Im Lausitz Monitor von 2020 halten 37 Prozent der befragten Personen aus der (sächsischen) Oberlausitz Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzmangel, ein niedriges Lohnniveau und Armut für die dringendsten Probleme in der Region. Ganze 70 Prozent sehen vor allem die geografische Lage als Grenzregion prägend für das regionale Selbstverständnis an.¹² So spiegelt es auch das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 8. August 2020 wider, das für die Lausitz vor allem *die Lage in Nachbarschaft zu Polen und Tschechien* als bedeutsam ansieht. So sei die Lausitz ein *zentraler, europäischer Verflechtungsraum*,¹³ der sich durch die *zentrale innereuropäische Lage* und die Mehrsprachigkeit ein Alleinstellungsmerkmal sichere.¹⁴ Wenngleich Multikulturalität, Sprachenvielfalt und interkultureller Wissenstransfer als zentrale Bestandteile der Lausitz artikuliert werden,

9 Infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 ist das Versprechen Erneuerbarer Energien temporär wieder volatil geworden und über den Rückgriff auf fossile Technologien soll die unmittelbare Zukunft bestritten werden.

10 Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung: Dürremonitor.

11 Zeller: Werte, S. 388.

12 Lausitz Monitor 2020.

13 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020, Teil I, Nr. 37, Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, S. 1803.

14 vgl. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020, Teil I, Nr. 37, Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, S. 1803.

bleibt das daraus hervorgehende Versprechen für die Region vage, da im weiteren Verlauf des Textes zunächst auf die Risiken und erst an zweiter Stelle auf die Chancen verwiesen wird. Die Begrifflichkeit Strukturwandel verweist aber noch auf eine andere Lesart: ein Versprechen der 1990er Jahre erodiert. Mit der Wende verkündete 1990 der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl *Blühende Landschaften*¹⁵ und versprach damit eine gute ökonomische Zukunft für die damals noch neuen Bundesländer. Die Realität der Braunkohlenindustrie in den darauffolgenden Jahren sah aber anders aus. Die Zahl der gut 79.000 direkt Beschäftigten schrumpfte auf zuletzt noch ca. 8000.¹⁶ Dies führte zu einer Abwanderung junger Leute und folglich zu einem demografischen Wandel sowie einer weiteren Peripherisierung der Lausitz als ländliche Region. Kleinstädte wie Weißwasser mit seinen ca. 19.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben heute einen Altersdurchschnitt von über 50.¹⁷

Bei einem Bürgerdialog in Schleife im Herbst 2020 kontextualisierte die Vortragende den aktuellen Prozess: *Viele kennen den Strukturwandel ja aus den 90er Jahren, der ist ja nicht so optimal gelaufen.* Der Blick in die Gesichter der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner, die ihre Mundwinkel verzogen, offenbarte, dass hier ein wunder Punkt angesprochen wurde.¹⁸ Die jetzige Politik als versprechende Instanz nimmt indirekt damit die Verantwortung

für die damalige Enttäuschung auf sich und versucht diese zugleich durch erneute Versprechen zu überwinden. Die Lausitz war auch während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 ein Thema. Die Parteizeitung der SPD schrieb: „Olaf Scholz erneuert als Bundesfinanzminister in der Lausitz ein Versprechen: Auch nach der Wahl sollen die Beschlüsse der Kohlekommission Bestand haben.“¹⁹ Vor dem Hintergrund der Geschichte der Region und der Erfahrung eines – missglückten – Strukturwandels ist das Stiften von Kohärenz und die damit erforderliche Glaubwürdigkeit des Versprochenen zentral. Versprechen sind aber, auch im Sinne von Ernst Blochs „Noch nicht“²⁰, Spuren der Zukunft in die Gegenwart, stiften Hoffnung, ohne aber gleichzeitig die Vergangenheit zu vergessen. Wie ein Scharnier ermöglichen sie in meinem Forschungsfeld eine gewisse Gleichzeitigkeit, in der die Menschen in der Lausitz den verschiedenen Temporalitäten eine unterschiedliche Qualität beimessen – der Blick geht mehr zurück als nach vorne. Dies lässt nach der „performativ Ordnung stiftende[n] Valenz“²¹ von Versprechen fragen. Da die damaligen Versprechen einer hoffnungsvollen wirtschaftsstarken Zukunft in den 1990er Jahren nicht eingelöst wurden, erscheinen Vorstellungen einer besseren Zukunft nach 30 von vielen als problematisch empfundenen Jahren erneut oder vielleicht noch immer unglauwbüdig. Es wäre daher zu diskutieren, ob der Strukturwandel statt als Zukunftshandeln vielleicht besser als Kompensationsstrategie für gebrochene Versprechen der Vergangenheit gelesen

15 Bundesstiftung Aufarbeitung: #14 Blühende Landschaften.

16 Siehe Schroeder/Buhr: 30 Jahre, S. 134.

17 Statistisches Landesamt Sachsen: Bevölkerungsvorberechnung, S. 9.

18 Feldforschungstagebuch vom 19.10.2021.

19 Dittrich: Wandel gestalten.

20 Bloch: Prinzip Hoffnung.

21 Liebsch: Gegebenes Wort, S. 24.

wird, die über Versprechen artikuliert und ‚neu verpackt‘ wird. In Bezug auf die Lausitz steht nicht das Versprechen selbst im Vordergrund, sondern die Idee, für die es stellvertretend steht.

Versprechen als Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts

2021 erschien in der Süddeutschen Zeitung ein Artikel, in dem Christine Hertner, seit 2014 amtierende Bürgermeisterin von Spremberg, interviewt wurde. Spremberg, im Süden Brandenburgs kurz vor der Grenze zu Sachsen gelegen, ist einer der Orte, die bisher stark von der Kohleindustrie geprägt wurden. Die Bürgermeisterin der Stadt äußert sich in dem Artikel wie folgt: *Das Prinzip ist Ehrlichkeit [...]. Wir müssen den Menschen ehrlich sagen, was bedeutet dieser Kohleausstieg und was haben wir selbst in der Hand. Wir müssen ehrlich die Maßnahmen bewerten, um den Strukturwandel in der Lausitz positiv für die Region zu gestalten [...]. Die Politik habe versprochen, dass der Strukturwandel diesmal gelingen soll. Daran sollten sich alle erinnern. Genau dieses Versprechen wird eingefordert [...].*²² Der Artikel erschien im Juni 2021; in den Wochen davor war über die Ausgestaltung des Vergabeverfahrens für die Strukturmittel debattiert worden. Die Aussagen knüpfen nicht nur unmittelbar an die Erfahrungen der 1990er Jahre an und rufen diese gleichzeitig wach, sondern sie fordern die gegenwärtige Einhaltung von Werten ein. Nach Andreas Reckwitz sind „politische Paradigmenwechsel

[...] langfristiger und grundsätzlicher Natur, aber sie konkretisieren sich in markanten Ereignissen“²³, die für den Einzelnen oder die Einzelne verhandelbar gemacht werden müssen. Es geht daher vor Ort primär darum, Sicherheit zu stiften in einer als unsicher empfundenen Zeit, die eben jenem „markanten Ereignis“, dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung, folgen wird. Werte wie Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit stehen stellvertretend für Zuverlässigkeit und werden aus Sicht der Spremberger Bürgermeisterin als konstituierende Elemente von Versprechen aufgefasst. Versprechen dienen hier dazu, der Kontingenzen entgegenzutreten und sie sollen Orientierungsrahmen schaffen. Das Versprechen wird als ein verbindliches Element definiert und seine Erfüllung unmittelbar eingefordert. Aus dem Feld heraus wird somit ein explizites Versprechen artikuliert, das als soziale Praxis verstanden werden kann, wie es die Kulturanthropologin Silke Götttsch-Elten formuliert.²⁴

Aufgrund der historischen Erfahrungen schwingt mit, dass die aktuellen Versprechen in der Lausitz nicht unbedingt von Anfang an als aufrichtig interpretiert wurden, wodurch sich die temporalen Schichten von Vergangenheit und Gegenwart wieder verknüpfen lassen. Versprechen haben in der Lausitz damit eine stabilisierende Eigenschaft: In all den Unsicherheiten sind sie ein fester Orientierungspunkt innerhalb der Transformation. Es stellt sich also die Frage, ob Versprechen ohne Vertrauen und Glaubwürdigkeit überhaupt eine Wirkmacht entfalten können.²⁵ Menschliche Bindungen und Verbindun-

22 Hertner zu Lausitz im Wandel.

23 Reckwitz: Singularitäten, S. 372.

24 Siehe Götttsch-Elten in diesem Band: Nachlese.

25 Siehe Liebsch: Gegebenes Wort, S. 17.

gen sind brüchig und Verbindlichkeiten müssen immer wieder neu gestiftet werden, damit sie Bestand haben.²⁶ Dies trifft vielleicht insbesondere auf Versprechen zu, die politischen Kontexten entstammen, weil ihnen als Botschaften an sich von vornherein ein großes Maß an Unverbindlichkeit zugeschrieben wird, sie aber zugleich ebenjene (menschliche) Verbindungen stiften.

Unsicherheiten und Ungewissheiten

Im Frühjahr 2022 wurde als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine die Frage nach der Energieversorgung in Deutschland unter neuen Vorzeichen diskutiert und im Zusammenhang damit, ob die verbliebenen Laufzeiten der Braunkohletagebaue doch verlängert werden sollten. Dies hat Einfluss auf die Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in bereits gemachte Versprechen, die dadurch, wenngleich nur symbolisch, von den Versprechenden ihrerseits automatisch in Frage gestellt werden; etwas, das mir in meiner Arbeit immer wieder begegnet. Bereits im Oktober 2021 konnte ich dazu durch die Teilnahme an einem sogenannten Bürgerdialog in Welzow, zu dem die Wirtschaftsregion Lausitz eingeladen hatte, einige Beobachtungen machen. Der Ort Welzow an der brandenburgisch-sächsischen Grenze ist Namensgeber des Tagebaus, dessen Abbruchkante bis an den Ort heranreicht. Der Bürgerdialog war Teil einer Veranstaltungsreihe in verschiedenen Orten der Brandenburger

Lausitz.²⁷ Ich zählte 44 bereitgestellte Stühle, von denen an jenem Abend nur 15 besetzt wurden.²⁸ Die Veranstaltung gliederte sich in zwei Teile. Im ersten referierte ein Mitarbeiter der Wirtschaftsregion Lausitz über den Ablauf des Strukturwandels. Der Referent erläuterte formale Strukturen sowie Antrags- und Fördermodalitäten. Dieser Vortrag dauerte etwas mehr als eine Stunde und währenddessen blickten die anwesenden Personen entweder regelmäßig auf ihr Handy oder die Uhr und wurden immer unruhiger. Der anschließende Teil war als ein offenes Gesprächsformat mit den Bürgerinnen und Bürgern konzipiert. Ein Bürger fragte direkt, *wie viele Arbeitsplätze und Wertschöpfung wirklich generiert werden.*²⁹ Der Referent hatte immer wieder betont, dass Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden sollen – eines der versprochenen Ziele im Strukturwandel, das beispielsweise auf der Homepage des Freistaats Sachsen zum Strukturwandel nachzulesen ist: *Neue Konzepte sind gefragt, wie die Lausitz als Energie- und Industrieregion mit ihren hochwertigen Industriearbeitsplätzen erhalten werden kann.*³⁰ Diese Formulierung bedient die Interpretation des Strukturwandels als Entschädigung für die Verwerfungen der 1990er Jahre. Der neuerliche

27 Der Strukturwandel wird in Brandenburg und Sachsen unterschiedlich umgesetzt. Dies resultiert aus der Handhabe von Bundesländern als eigenständige, politische Einheiten.

28 Feldforschungstagebuch vom 7.10.2021.

29 Feldforschungstagebuch vom 7.10.2021.

30 Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung: Strukturentwicklung; auch auf der Homepage der Staatskanzlei des Landes Brandenburg ist diese Formulierung nachzulesen: *Die Energiewirtschaft hat einen bedeutenden Stellenwert in der Wirtschaftsstruktur der Region Lausitz. Dies soll auch zukünftig so bleiben.*

26 Siehe Liebsch: Gegebenes Wort, S. 18.

Strukturwandel soll dem demografischen Wandel entgegenwirken, die alte Wirtschaftskraft mit ihren Industriearbeitsplätzen zurückbringen, die Identität stärken und Selbstbewusstsein stiften. Der Begriff Strukturwandel erzählt damit die Geschichte von der Chance der Region, die einerseits an eine bereits vorhandene Identität anknüpft, andererseits über Versprechen eine enorme Erwartungshaltung evoziert – trotz aller strukturellen Unverbindlichkeiten. Dass es dabei um Glaubwürdigkeit als eine der zentralen Kategorien ebenjener Versprechen geht, verdeutlichen zwei kurze Anekdoten. Bei dem Bürgerdialog in Welzow versicherte der Referent, beinahe entschuldigend, dass er, auch wenn er als Berliner ein ‚Neuling‘ und ein ‚Externer‘ in der Lausitz sei, trotzdem für die Menschen vor Ort arbeite. In einer ähnlichen Veranstaltung in der sächsischen Ortschaft Schleife betonte die Referentin, dass sie aus der Lausitz stamme und ihr Büro in Weißwasser habe, es sich aber nicht vermeiden ließe, ab und an zu Terminen nach Dresden fahren zu müssen. Sie stellte damit Vertrauen in sich als Person her, da sie vor Ort, also in der Lausitz arbeite. In meiner Forschung begegnete mir diese Skepsis gegenüber Personen, die von ‚außen‘ kommen, öfter. Vielfach arbeiten Personen zwar für die Lausitz, haben ihren Wohnort aber in den urbanen Ballungszentren wie Dresden oder Berlin. So war an jenem Abend in Welzow die Glaubwürdigkeit ein wichtiges Thema bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Stimmung wurde merklich angespannter, als der Referent bereits genehmigte Projekte aus den bereitgestellten Fördermitteln vorstellte. Die Gelder werden in den zur Lausitz zugehörigen Landkreisen vergeben, die sich aufgrund ihrer administrativen Größe von der Südspitze Berlins bis

ins Dreiländereck nach Zittau in Südsachsen erstrecken, also weit über die betroffenen Regionen hinausgehen. Eines der finanzierten Projekte befindet sich in Königs Wusterhausen, das direkt an ebenjene Südspitze Berlins grenzt und geografisch nicht in den noch heute aktiven Bergbaugebieten liegt. Dies führte zur Nachfrage aus dem Publikum, *wie viele Beschäftigte der LEAG [...] in Königs Wusterhausen [arbeiten]*,³¹ woraufhin der Vortragende mit *keine* antwortete. Der Bürger quittierte dies nur mit einem ironischen *Ach wirklich*. Versprechen können ein Euphemismus sein und das fehlende Vertrauen in den Strukturwandelprozess begegnete mir immer wieder – nicht zuletzt symbolisiert durch die niedrigen Teilnehmendenzahlen bei solchen Veranstaltungen. Die Bürgerinnen und Bürger konstatierten vielmehr, dass Welzow eine kernbetroffene Stadt sei. Als kernbetroffen definieren sich Städte und Gemeinden, die unmittelbar an oder in der Nähe von Tagebauen und Kraftwerken gelegen sind und durch die Absenkung von Grundwasser nach dem Prinzip eines Trichters betroffen sind. Der Begriff kernbetroffen wurde von der sogenannten Lausitzrunde eingeführt, die einen Zusammenschluss der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der betroffenen Gemeinden darstellt. Der politische Prozess des Strukturwandels umfasst aufgrund des Zuschnitts der Landkreise die gesamte Lausitz und somit auch ebenjene Gebiete wie Königs Wusterhausen, in der der Bergbau nie eine aktive Rolle gespielt hat, worüber bereits der eingangs erwähnte Songwriter schon rappte. Der Bezug auf die Kernbetroffenheit produziert räumliche

31 Feldforschungstagebuch vom 7.10.2021.

sowie soziale Hierarchisierungen innerhalb der Lausitz und den am Strukturwandel beteiligten Akteurinnen und Akteuren. *Kernbetroffen ist, wo wirklich gewählt wird,*³² titelte die Sächsische Zeitung jüngst Anfang September 2021 und verweist damit eben auf jenes ‚Region Making‘, in dem über politische Steuerungsprozesse Grenzen innerhalb der Lausitz gezogen werden und von den dort lebenden Menschen aufgegriffen werden. Die Lausitz als Transformationsregion wird damit unterschiedlich gedeutet und in Beziehung zu den Bildern alter Industriekultur gesetzt sowie diese Bilder zugleich in den Logiken um Fördergelder aus den Strukturmitteln instrumentalisiert. Die Menschen in Welzow sahen hier die Versprechen um den Wandel in der Lausitz wohl auch in Verbindung mit einem kollektiven Verständnis als Bergbauregion. *Wir haben über 50 Jahre den Rücken in Welzow hergehalten. [...] Wir hier unten haben Angst, dass im Zipfel Brandenburgs oben ebenso viele Projekte stattfinden wie bei uns,*³³ war an jenem Abend ebenfalls von einem anderen Bürger zu hören. Versprechen werden damit eventuell zu etwas, das man beanspruchen darf, weil man sich in den letzten Jahren aufgeopfert hat. Das bezieht sich zum einen auf die Wärmeversorgung in der DDR, aber auch auf die anhaltenden Probleme der Gemeindeentwicklung, die durch den Flächenverbrauch des Tagebaus faktisch nicht mehr gegeben ist.

Bei einer anderen Gelegenheit kam ich mit einigen Personen im Rahmen eines kleinen lokalen Festes am Boxberger See in der Oberlausitz ins Gespräch. Auf die Frage, wie man zum

aktuellen Strukturwandel stehe, begegnete mir eine eindeutige Meinung vor Ort: *Ein Strukturwandel wäre es, wenn aus dem Kraftwerk eine Bäckerei wird, aber nicht, wenn ein Amt entsteht. Denn ein Amt wird aus Steuergeldern finanziert und die Steuergelder müssen erstmal reinkommen. Das ist kein Strukturwandel in der Lausitz.*³⁴ Obgleich der Strukturwandel noch am Anfang steht und es bis 2038 noch viel Zeit ist, nahm mein Gesprächspartner das Versprechen des nachhaltigen Wandels nicht ab und stand ihm wie einige andere, mit denen ich während des Festes sprechen konnte, kritisch gegenüber. Enttäuschung ist für einen Teil der Menschen scheinbar zum Maßstab ihrer Erwartungen geworden. Versprechen werden hier also unmittelbar wirkmächtig, weil sie direkten Einfluss auf die Ausgestaltung und den Verlauf eines als Partizipationsprozess geframten Wandels nehmen können. Der Blick auf die Versprechen ermöglicht damit nicht nur einen Blick in Vorstellungen von Temporalitäten, Wertvorstellungen und auf Konflikte der jüngeren Geschichte, sondern eröffnet ebenso die Möglichkeit, zu ergründen, wie sich die Beziehung zwischen den betroffenen Menschen und politischen Instanzen ausgestaltet. Dies sind Momentaufnahmen eines laufenden Prozesses im vergangenen Jahr, der sich, wie die Zuschreibung an die Qualität ausgesprochener Erwartungen, ständig wandelt.

32 Schneider: Kernbetroffen.

33 Feldforschungstagebuch vom 7.10.2021.

34 Feldforschungstagebuch vom 5.7.2021.

Versprechen als Machtgefüge

Die bisherige Wirkmächtigkeit von Versprechen als alltagskulturelle Erscheinung wird, so meine These, von einer feinen Schicht eines hegemonialen Gefüges durchzogen. Ich möchte die bisher dargelegte Perspektive noch einmal spiegeln und Überlegungen zu den mit Versprechen verbundenen Machtstrukturen anstellen. Damit Versprechen ernst genommen werden können, muss den Sprechenden Legitimität zuerkannt werden. Dem Historiker Michael Maset zufolge beruht Legitimität „auf dem Konsens der Menschen, über die Macht ausgeübt wird“.³⁵ Ein solcher Konsens muss jeweils hergestellt werden beziehungsweise als Beziehungsgrundlage bestehen. Dem Versprechen als einem Sprechakt ist dieser Konsens bereits per se eingeschrieben, denn es konstituiert die korrespondierende Beziehung zwischen den Sprechenden im Moment des Aussprechens.³⁶ Macht ist ein „integrale[r] und *notwendige[r]* Bestandteil von menschlichen Beziehungen“³⁷ und verknüpft sich mit dem Versprechen. Dieses etabliert durch seine performative Kraft, nach Norbert Elias, Beziehungsgeflechte oder Interdependenzen, die nicht frei von Macht sein können. Das Versprechen an sich etabliert somit auch Machtgefüge. Am Beispiel des polnischen Tagebaus Turów lässt sich dies veranschaulichen. Dieser befindet sich auch in der Lausitz, aber im heute zu Polen gehörenden Teil östlich der Neiße und Turów befindet sich unmittelbar im

deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck. 2021 klagte die Tschechische Republik gegen Polen, um eine vorläufige Stilllegung des Tagebaus wegen grenzüberschreitender Umweltauswirkungen zu erreichen. Der polnische Staat als mehrheitlicher Eigner der Tagebaugesellschaft bestand und besteht auf dem Weiterbetrieb bis 2044 um jeden Preis. Er gab damit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Region Turów das Versprechen, bis 2044 ihre Arbeitsplätze zu erhalten und ihre ökonomische Versorgung zu sichern. Im Juni 2021 hatte Polen die Verhandlungen mit der Tschechischen Republik in dieser Angelegenheit aufgenommen und in den Überschriften der Medien war von *Turów. Morawiecki verspricht eine Einigung*³⁸ die Rede. Als diese Einigung im Februar 2022 erreicht wurde, wiederholte Premier Mateusz Morawiecki, *dass es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, dass der Tagebau und das Kraftwerk Turów geschlossen würden*. So wurde die Klage Tschechiens zum Anlass genommen, sich als Politiker der eingehaltenen Versprechen zu präsentieren und damit gleichzeitig (die industrielle) Vergangenheit als Garant für die nahe Zukunft zu instrumentalisieren. Über die Figur des Versprechens wurde über die präsentierte Glaubwürdigkeit eine Beziehung etabliert, die machtvoll das Verhältnis zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Region und der politischen Führung des Landes prägte. Etwas, das auch in einem Gruppeninterview mit Gewerkschaftsführenden der Tagebaue Turów und Belchatów artikuliert wurde: *Sie (die Menschen) [waren] 2016*

35 Maset: Diskurs, S. 59.

36 Siehe dazu Schneider: Ordnung des Versprechens.

37 Borschel: Figurationen, S. 75 (Hervorhebung im Original).

38 Mateusz Morawiecki war zu diesem Zeitpunkt polnischer Ministerpräsident: Turów. Morawiecki obiecywał porozumienie.

sicher [...], als die PiS an die Regierung kam, dass es eine polnische Energiewirtschaft geben würde, die auf Kohle basiert. Der Präsident hat offen gesagt, dass wir Kohle für mindestens 200 Jahre haben. Hier ließe sich überlegen, inwiefern eine solche Aussage überhaupt schon als ein Versprechen zu deuten ist und ob es nicht einfach als ein ursprünglich nicht-intendiertes Versprechen von meinen Gesprächspartnern gedeutet wurde. Dieser Modus von Macht in Form eines „power over“,³⁹ also einer Akteursmacht, kann nach Maset die Handlungen anderer Akteure be- oder verhindern und bildet einen bindenden Bezugsrahmen. Über die politische Botschaft, dass Kohle weiterhin ein Garant für Polens Energiewirtschaft sei und als Konsequenz die Tagebaue entsprechend lange betrieben werden, wurde ein sicherheitsversprechender Zeitraum für die im Tagebau tätigen Personen geschaffen – im Falle Turóws bis 2044. Gleichzeitig liegt es in der Macht der Adressaten, ob sie den Aussagen glauben.

Die Anthropologin Jane Guyer hat den Begriff des „enforced presentism“ benutzt.⁴⁰ Er definiert das unfreiwillige Leben in der unmittelbaren Gegenwart, in der die Fähigkeit zum Vorausplanen verloren ging. Im Falle der Region um Turów ist es ein politisches Versprechen, das nur Handlungen in der unmittelbaren Gegenwart zulässt, die vor allem auf die Aufrechterhaltung des Status Quo abzielen. Dieses Beziehungsgeflecht war aber durch die Klage Tschechiens gegen Polen im Frühjahr 2021 kurzzeitig ins Wanken geraten, als eine Stilllegung von Turów für das Jahr 2030 gefordert wurde. Das Versprechen

eines kohärenten Zeitraums wurde durchlässig. Meine Interviewpartnerin Zosia lebt in dem kleinen Dorf Opolno Zdrój unmittelbar neben dem Tagebau Turów. Mit der Planung bis 2044 wird ein Teil des Dorfes noch devastiert werden. Durch die diskutierte Möglichkeit einer früheren Stilllegung stand dies zur Diskussion, da sich die Flächenvernutzung reduziert hätte. Sie erzählte mir: *Opolno ist wie in einem Fossil eingefroren. [...] Die Einwohner, die hier seit Jahren leben, wussten, dass Opolno von der Landkarte verschwinden würde. Also hat man sich um keine Werte mehr gekümmert. [...] Warum soll ich hier noch was machen, wie soll ich renovieren, mein Geld reinstecken, wenn sowieso ...* Das Versprechen erweist sich als drängend für die Gestaltung der eigenen Lebensführung und eine weitere Nuance des Machtgefüges wird sichtbar: Durch die zugesprochene Glaubwürdigkeit des Versprechens haben sich die Menschen in ihrem Lebensalltag darauf eingerichtet: Sie investieren weder Zeit noch Material und planen keine Zukunft vor Ort. So wurde aus dem Sicherheit versprechenden Zeitraum in die Zukunft unmittelbar eine fragmentierte Zeitvorstellung der Gegenwart. Versprechen sollten als Teil von „Machtfigurationen“⁴¹ begriffen werden, weil sie von einer gegenseitigen Abhängigkeit determiniert sind. Sowohl Versprechende als auch Adressaten kommen ohne eine gegenseitige Legitimation nicht aus und schaffen dadurch eine Figuration. Versprechen bilden eine Schnittstelle, die bei genauer Betrachtung Rückschlüsse auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und Bewertungen ermöglicht.

39 Maset: Diskurs, S. 59.

40 Guyer: Prophecy, S. 410.

41 Sofsky/Paris: Figurationen, S. 12.

Die Perspektive sollte also ebenso darauf gerichtet werden, wer überhaupt in der Position ist, Versprechen auszusprechen und welche Wirkmächtigkeit sie als hegemoniale Praktik entfalten können.

Schluss

Über politisch initiierte Programme können Versprechen instrumentalisiert werden und sich dadurch in diesen institutionalisieren. Der sogenannte Strukturwandel, der im politischen Diskurs den Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung beschreibt, nutzt Versprechen als Mittel für die Zukunftsgestaltung. Über sie werden gestaltbare Horizonte formuliert, die Sicherheit in Umbruchszeiten vermitteln sollen und zugleich im Fall der Lausitz als ein Mittel der Vergangenheitsbewältigung dienen. In Hinblick auf die 1990er Jahre wird die Lausitz gegenwärtig als eine Region nicht erfüllter Versprechen gesehen. Der gegenwärtige Strukturwandel reicht viel länger zurück und begann bereits mit der damaligen Aufgabe des Großteils der Lausitzer Braunkohlenindustrie. Die seinerzeit gegebenen Versprechen, die das Gegenteil propagierten, also eine baldig florierende Wirtschaft und in der Folge viele Arbeitsplätze, wurde nicht eingehalten und die Enttäuschung darüber ist bis heute beobacht- und hörbar. Der Blick auf die Geschichte ist damit essentiell, um die Relevanz der neuen Versprechen im gegenwärtigen Diskurs einordnen und kontextualisieren zu können. Versprechen eröffnen damit eine spezifische Perspektive, die es ermöglicht zu analysieren, welche politischen Bilder von der Lausitz entworfen werden. Gleichzeitig gibt die

Beschäftigung mit Versprechen aber auch Aufschluss darüber, wie diese Versprechen von den Menschen in der Region aufgenommen und verhandelt werden. Skepsis gegenüber neuerlichen Versprechen und eine zugesprochene Unglaubwürdigkeit spielen dabei eine wichtige Rolle, weil sie von den Lausitzerinnen und Lausitzern mit den Erfahrungen der Vergangenheit abgeglichen werden. Es eröffnen sich Verflechtungen der temporalen Dimensionen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Versprechen sind eine Schnittstelle in Bezug auf soziale Werte. Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Vertrauen sind der Frage nach dem Versprechen eingeschrieben, denn als soziale Praxis formt das Versprechen eine reziproke Beziehung zwischen Versprechenden und Adressaten. Für die Menschen in der Lausitz stellt sich auch die Frage, wem versprochen werden darf und inwiefern die in Aussicht gestellten Ergebnisse in Folge von Versprechen nicht auch exklusiv vor dem Hintergrund individueller Lebensleistungen zu bewerten sind. Versprechen können damit auch zu einem Maßstab von Abwägungen des eigenen Lebensalltags werden.

Indem soziale Beziehungen etabliert werden, rücken auch Fragen nach Machtkonstellationen in den Fokus. Dabei können Versprechen als Machtkonfigurationen begriffen werden. Über die Analyse, wer aus welcher Position die Möglichkeit hat, zu versprechen, und über den Blick darauf, welche Kraft sie im Alltag entfalten können, können Rückschlüsse auf das Verhältnis politisch-gesellschaftlicher Beziehungen gezogen werden. Im Falle des Braunkohletagebaus Turów zeigte sich recht eindrücklich, welche Folge das politische Versprechen im Alltag der Bewohnerinnen und Bewohner von Opolno

Zdrój hat und wie durch das kurzzeitige Aufbrechen des Versprechens große Unsicherheiten geschürt wurden. Über die Betrachtung von Versprechen und ihrer sozialen Kontexte eröffnen sich damit zahlreiche Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die großes analytisches Potential bieten.

Linksammlung

Zugriff vom 20.4.2022 bis 1.11.2022

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung: Dürre-monitor Deutschland; URL: <https://www.ufz.de/index.php?de=37937>.

Sarah Pink: Futures Anthropology, Emerging Technology and Anticipating experience; URL: <https://www.youtube.com/watch?v=0h9R0o0CCmo>.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling: Fesseln der Begierde: Zwei Versprechen zur Einleitung, in: Gregor Albers/Joachim Harst/Katharina Kaesling (Hg.): Wortgebunden. Zur Verbindlichkeit von Versprechen in Recht und Literatur, Frankfurt am Main 2021, S. 7-25.

Karsten Bär: Hanfanbau in der Lausitz, in Bauernzeitung, 3.1.2022; URL: <https://www.bauernzeitung.de/hintergrund/hanfanbau-in-der-lausitz-genuessig-und-robust/>.

Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Band 1, Berlin 1954.

Frank Borschel: Figurationen und Balancen. Zur Gesellschaftstheorie von Norbert Elias, Berlin 2010.

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2020, Teil I, Nr. 37, Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen; URL: [https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*\[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27\]#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D_1667920510495](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=/*[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27]#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D_1667920510495).

Bundesstiftung Aufarbeitung: #14 Blühende Landschaften; URL: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/vermitteln/bildung/aufbruch-umbruch/landschaften>.

Miichael Burawoy/Katherine Verdery: Introduction, in: Michael Burawoy/Katherine Verdery, Uncertain Transition. Ethnographies of Change in the Postsocialist World, Oxford 1999, S. 1-19.

Alberto Cevolini: Der Preis der Hoffnung, in: Alberto Cevolini (Hg.): Die Ordnung des Kontingenten. Beiträge zur zahlenmäßigen Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2014, S. 177-207.

Benedikt Dittrich: Wandel gestalten: Olaf Scholz will Energiestandort Lausitz erhalten, in: vorwärts digital, 18.8.2021; URL: <https://www.vorwaerts.de/artikel/wandel-gestalten-olaf-scholz-will-energiestandort-lausitz-erhalten>.

Alexa Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit? Das Versprechen als alltagskulturelle Vergegenwärtigung von (urbanen) Zukünften, in: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria Huszka/Kerstin Wolff (Hg.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, S. 25-41.

Jane Guyer: Prophecy and the near Future: Thoughts on Macroeconomics, Evangelical, and Punctuated Time, in: American Ethnologist, Aug. 2007, Vol. 34, Nr. 3, S. 409-421; DOI: <https://doi.org/10.1525/ae.2007.34.3.409>.

Herntier zu Lausitz im Wandel. „Das Prinzip ist Ehrlichkeit“, in: Süddeutsche Zeitung, 9.6.2021; URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bergbau-spremburg-herntier-zu-lausitz-im-wandel-das-prinzip-ist-ehrllichkeit-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210609-99-917181>.

Jörg Heidig/Stefan Bischoff: Lausitz-Monitor von 2020; URL: <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2020/>.

Lars Kaczmarek: Lars - Unsere Perspektive; URL: <https://www.youtube.com/watch?v=oj1ysSBci6c>.

Burkhard Liebsch: Gegebenes Wort oder Gelebtes Versprechen, Freiburg/München 2008.

Michael Maset: Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung, Frankfurt am Main/New York 2002.

Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017.

Gregor Schneider: Kernbetroffen ist, wo wirklich gewöhnt wird, in: Sächsische Zeitung, 1.9.2021; URL: <https://www.saechsische.de/weisswasser/lokales/kernbetroffen-ist-wo-wirklich-gewuehlt-wird-5516406-plus.html>.

Manfred Schneider (Hg.): Die Ordnung des Versprechens. Naturrecht – Institution – Sprechakt, München 2005.

Wolfgang Schroeder/Daniel Buhr: 30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektiven, in: Judith Enders/Raj Kollmorgen/Ilko-Sascha Kowalczyk: Deutschland ist eines: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung, Frankfurt am Main 2021, S. 77-158.

Wolfgang Sofsky/Rainer Paris: Figurationen sozialer Macht. Autorität-Stellvertretung-Koalition, Opladen 1991.

Statistisches Landesamt Sachsen: 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2019 bis 2035; URL: https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/RBV%20VWG%20VWV/rbv_verwaltungsgemeinschaft_weisswasser-oberlausitz.pdf.

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung (Hg.): Strukturentwicklung in den sächsischen Braunkohleregionen: Das Lausitzer Revier; URL: <https://www.strukturentwicklung.sachsen.de/das-lausitzer-revier-3969.html>.

Staatskanzlei des Landes Brandenburg (Hg.): Die Zukunft der Lausitz: Eine Region im Aufbruch; URL: <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.608587.de>.

Turów. Morawiecki obiecywał porozumienie. Dworzyc tłumaczy przedłużające się negocjacje, in: money.pl; URL: <https://www.money.pl/gospodarka/turow-morawiecki-obiecywal-porozumienie-w-maju-negocjacje-wciaz-trwaja-dworczyk-wyjasnia-6679146469030720a.html>.

Christoph Zeller: Werte. Geschichte eines Versprechens, Stuttgart 2019.

Versprechen als kontingente Praxis

Dimensionen des Versprechens in multilateralen Verhandlungen

Stefan Groth

Einleitung

Was bedeutet es, in multilateralen Verhandlungen etwas ‚zu versprechen‘? Ist der Begriff des Versprechens in diplomatischen Kontexten überhaupt eine nützliche Kategorie? Wie verhält er sich zu den ‚klassischen‘ Formen des Verhandeln, die unter Schlagworten ‚Arguing‘, ‚Bargaining‘ und ‚Persuasion‘ diskutiert werden?¹ Und in welcher Beziehung stehen Versprechen in diesem Kontext zu erwarteten Verhandlungsverläufen? Vor dem Hintergrund jüngerer Debatten über Antizipation, Zukunft und Kontingenz in der

Empirischen Kulturwissenschaft² untersucht der vorliegende Beitrag, wie Versprechen in langwierigen multilateralen Verhandlungen über kulturelles Eigentum in den Vereinten Nationen zum Tragen kommen. Empirisches Beispiel hierfür ist ein Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, in dem das Versprechen eines rechtsverbindlichen Abkommens ständig aufrechterhalten und verschoben, erneuert und in Frage gestellt wird – und dies über einen Zeitraum von inzwischen über 20 Jahren, beginnend mit den vorbereitenden Schritten für das Komitee Ende der 1990er Jahre. Am Fall des Intergovernmental Committee on Intellectual Property

1 Ulbert/Risse/Müller: Arguing and Bargaining; Deitelhoff: Überzeugung in der Politik.

2 Bryant/Knight: Anthropology of the Future; Eggel u. a.: Planen, Hoffen, Fürchten; oder in den Internationalen Beziehungen Granjou/Walker/Salazar: Politics of Anticipation; DeLeo: Anticipatory Policy-making; Esguerra: Future Objects.

and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore soll gezeigt werden, wie Versprechen Teil kommunikativer Modi sind und wie politische Akteure – Staatsvertreter, Repräsentanten und Repräsentantinnen von Nichtregierungsorganisationen (NGO), Verwaltungsangestellte der Weltorganisation für Geistiges Eigentum und anderer Organisationen der Vereinten Nationen – auf zukünftige Entwicklungen direkt und vor allem indirekt als Versprechen verweisen. Der Beitrag analysiert die Rollen von Versprechen als Teil von inhärent kontingenten Praxen. In einem ersten Schritt wird dazu Versprechen als kommunikative Zusicherung im Modus der Kontingenz konzeptualisiert, die eine kontextualisierende Analyse von Äußerungen erfordert und dabei die Zuschreibung von Intentionen und Interessen als Machtfragen des Versprechens zentral stellt. Die Uneindeutigkeit und Kontingenz des Versprechens werden in diesem Zusammenhang nicht als Pathologie, sondern als Normalfall skizziert, bei dem differentielle Taxonomien des Versprechens mit spezifischen Graden der Direktheit, Verbindlichkeit, Intentionalität, Antizipation und Kontingenz berücksichtigt werden müssen. Die daraus resultierende Potentialität und oszillierende Rolle des Versprechens als Möglichkeit und Unmöglichkeit wird mit Bezug auf den Einfluss von ungleich verteilten Wissensbeständen und Referenzen auf zukünftige Entwicklungen diskutiert, bevor abschließende konzeptionelle Gedanken zum Versprechen als analytischer Ansatz thematisiert werden.

Das Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum zum Schutz traditionellen Wissens

Meine Argumentation stützt sich auf Erkenntnisse aus ethnografischen Feldforschungen, die von 2008 bis 2021 jetzt in einem Komitee der Weltorganisation für geistiges Eigentum im Kontext der Vereinten Nationen in Genf durchgeführt wurden.³ Die Verhandlungen in diesem Komitee konzentrieren sich auf den Schutz traditionellen Wissens und traditioneller kultureller Ausdrucksformen innerhalb des globalen Systems des geistigen Eigentums. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen die Forderungen von Ländern des Globalen Südens sowie von indigenen und lokalen Gemeinschaften, dass das Urheberrechts- und Patentsystem angepasst werden muss, um kollektives Eigentum und traditionelle Ressourcen in der Public Domain zu berücksichtigen. Solche Forderungen gründen auf der Sichtweise, dass kulturelle Ressourcen auf globaler Ebene nicht oder nur unzureichend vor Missbrauch geschützt seien. Die halbjährlichen Sitzungen des Ausschusses werden insbesondere darauf verwendet, Entwurfstexte auszuhandeln, die die verschiedenen Perspektiven

³ Schwerpunkt der Feldforschung war der Zeitraum von 2008 bis 2014, in dem das Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum zum Schutz traditionellen Wissens in zwei aufeinanderfolgenden Teilprojekten der Forschungsgruppe 772 der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu Cultural Property bezüglich seiner kommunikativen Modalitäten sowie ethischer Gesichtspunkte beforstet worden ist. Nachfolgende punktuelle Erhebungen sind sowohl vor Ort in Genf und, nach Beginn von Online-Übertragungen der Verhandlungen, remote erfolgt. Siehe Groth: Negotiating Tradition; Groth: Implicit Ethics.

der Mitgliedstaaten und Interessengruppen integrieren. Gleichzeitig ist es erforderlich, der Generalversammlung der Weltorganisation für Geistiges Eigentum über Sitzungsdokumente und Policy-Entwürfe schrittweise Fortschritte zu signalisieren, um die Existenz des Ausschusses zu sichern. Ein entscheidender Teil der Verhandlungen sind damit graduelle Zusicherungen von Mitgliedsländern der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, den Prozess des Komitees produktiv und ergebnisorientiert zu führen, um zum Beispiel definieren zu können, was als traditionelles Wissen gilt, wie Gruppen von Stakeholdern eingegrenzt werden können oder welche Arten von Schutzmaßnahmen und Sanktionen eingeführt werden sollen. Seit der Einrichtung des Ausschusses im Jahr 2001 konnte in diesen zentralen Fragen keine Einigung erzielt werden. Das Mandat des Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore wurde auf der Grundlage von dokumentierten Fortschritten der „minimal results“⁴ der Verhandlungen verlängert: Diese minimalen Ergebnisse sind für die institutionelle Logik ein hinreichendes Indiz dafür, dass es keinen Stillstand oder eine Stagnation der Verhandlungen gibt. Gleichzeitig verdeutlichen sie die relative Trägheit des Ausschusses und den langsamen Fortschritt in Bezug auf greifbare Ergebnisse.

Bindungswirkung von Versprechen

Hier kommt die Rolle des ‚Versprechens‘ in Form eines rechtsverbindlichen Abkommens ins Spiel, das ständig aufrechterhalten und verschoben, erneuert und in Frage gestellt wird. Die Bindungswirkung des Komitees besteht insbesondere darin, dass für die diskutierten Fragen das Potential einer Lösung antizipiert wird, die für die unterschiedlichen involvierten Parteien einen wie auch immer gearteten Vorteil verspricht. Dieser kann darin bestehen, dass Rechte an traditionellem Wissen anerkannt werden; dass rechtliche Unsicherheiten ausgeräumt werden; oder dass eine öffentliche Signalfunktion erzeugt wird, die die moralische Position von Mitgliedsstaaten hervorhebt. Zentral ist aber auch die Bindungswirkung des Komitees an sich: Solange es besteht, wird der Themenkomplex um traditionelles Wissen und geistige Eigentumsrechte nicht in anderen multilateralen Organisationen oder internationalen Foren verhandelt, sondern bleibt zum großen Teil auf das Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum begrenzt. Organisationstheoretisch gefasst ist eine der wesentlichen Aufgaben einer (internationalen) Organisation ihre Selbsterhaltung oder Reproduktion⁵. Diese ist zum Teil gekoppelt an ein Institutionsversprechen, also an implizite oder explizite Versprechen einer Organisation, bestimmte Ziele zu verfolgen. Solche Ziele können auch darin bestehen, dass Themen und Forderungen in einer spezifischen Organisation (hier: das Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum)

4 Lankau: Minimal Results.

5 Kessler/Guillaume: Everyday Practices, S. 114.

dezidiert und intensiv behandelt werden und auf diese begrenzt bleiben. Es wäre beispielsweise für Industrienationen wie Deutschland oder die Vereinigten Staaten von Amerika von Nachteil, wenn Länder des Globalen Südens Forderungen über Geistiges Eigentum und traditionelles Wissen in die Welthandelsorganisation einbringen. Dies würde Dynamiken in Gang setzen und Unsicherheiten produzieren, mit denen die direkt und indirekt im Verhandlungsprozess involvierten Akteure und Akteurinnen umgehen müssten. Diese Konstellation in der Weltorganisation für Geistiges Eigentum macht auch deutlich, dass im Rahmen des Komitees ganz unterschiedlich gelagerte Interessen zusammenkommen, zwischen denen beständig vermittelt wird und werden muss. Versprechen als Modalität spielt für diese Vermittlungsarbeit eine wesentliche Rolle, die zum Teil darin besteht, dass Versprechen als antizipativ – es wird nicht unmittelbar eingelöst, sondern liegt in der Zukunft – und kontingent – es ist nicht klar umrissen oder definiert, sondern hat eher abstrakte Züge – verstanden werden kann. Die Spezifik von Versprechen in diesem Kontext ist, dass es in der Lage ist, über einen langen Zeitraum – von den ersten Verhandlungen über die Gründung des Komitees Ende der 1990er Jahre bis heute – die unterschiedlichen Akteursgruppen am Verhandlungstisch zu halten, zumindest aber die Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

Versprechen als kommunikative Zusicherung

Eine für das Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources,

Traditional Knowledge and Folklore zentrale Einschränkung liegt darin, dass dessen Reichweite initial von einigen Akteuren und Akteurinnen begrenzt worden ist: Für die übergeordnete Organisationseinheit der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, die "Traditional Knowledge Division", ist vor Einsetzung des Komitees die Position von Industrienationen intern kommuniziert worden, dass "its work is not intended to feed into a process which would end with the creation of a treaty or recommendations"⁶. Zu Beginn der Verhandlungen im Intergovernmental Committee on Intellectual Property and Genetic Resources, Traditional Knowledge and Folklore ist so nicht ein – unter Umständen auch sanktionsfähiger – völkerrechtlicher Vertrag als mögliches Ziel gesetzt worden, sondern eine unverbindlichere Lösung. Solche Widerstände gegen "a treaty or recommendations"⁷ sind im Komitee zwar nicht offen kommuniziert worden, die grundsätzliche Einstellung der Group B – unter dieser Bezeichnung firmiert der Zusammenschluss von Industrienationen in der Weltorganisation für Geistiges Eigentum – war und ist jedoch gemeinhin bekannt. Versprechen spielt in diesem Kontext eine vermittelnde Rolle zwischen entgegengesetzten Positionen und Interessen, die in einem eigentlichen Widerspruch stehen. Damit hängt zudem zusammen, dass Versprechen als Handlung in den hier thematisierten Verhandlungen keine entscheidende Rolle spielt. "To promise" als konkreter und idealtypischer illokutionärer Akt kommt in expliziter

6 Halewood: Indigenous and Local Knowledge in International Law, S. 987

7 Halewood: Indigenous and Local Knowledge in International Law, S. 987.

Form sowohl in der Verhandlungsdokumentation wie auch in den Verhandlungen vor Ort nur marginal vor. Formen des Arguing (im Sinne des Austauschs rationaler Argumente), Bargaining (im Sinne des Interessensausgleichs) und Persuasion (im Sinne der Überzeugung) als Modi des Verhandeln, die aus politikwissenschaftlicher Perspektive beschrieben worden sind⁸, sind hierfür eher prägend – wiewohl ihnen auch Elemente des Versprechens innewohnen können. Die direkte, explizite Formulierung von Versprechen als intentionaler Akt spielt hier in diesem Sinne keine Rolle, obgleich sie in der Spezifik multilateraler Verhandlungen als Potential immer bereits angelegt ist: Der Modus der Verhandlung selbst stellt in Aussicht, dass an deren Ende die partielle Einlösung von Erwartungshaltungen (oder deren Enttäuschung) steht. Insofern liegt in Verhandlungen als kommunikativer Konstellation bereits selbst eine Form des Versprechens, etwas, was dieses Feld besonders interessant für eine Beschäftigung mit dem Konzept macht.

Konkrete Akteure und Akteurinnen, also beispielsweise die deutsche Delegation⁹ im Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, formulieren in der Regel keine direkten Versprechen, etwa darüber, dass sie auf Änderungen am geistigen Eigentumsrecht hinwirken werden. Formuliert wird hier eher im Modus der Kontingenz, zum Beispiel mit Formulieren wie “we will

consider to take a decision on”, “we will continue discussions on”. Solche Wendungen sind teils gekoppelt mit einem “not prejudging any outcomes” oder ähnlichen Formulierungen, also der Negation eines bestimmten Ziels und der Betonung der prinzipiellen Offenheit. Zugleich geht es in dem Komitee aber – nach langen Verhandlungen ist dies inzwischen auch schriftlich so festgelegt – um die Möglichkeit eines “legally binding instruments”, also eines rechtlich verbindlichen Instruments zum Schutz traditionellen Wissens, in dem Versprechen als Bestandteil etwa des Vertragsrechts eine ganz zentrale Rolle einnimmt. Die Antizipation eines völkerrechtlichen Instrumentes als Versprechen, das etwaig auch Möglichkeiten zur Sanktion regelwidrigen Verhaltens bietet, steht somit in einem Spannungsverhältnis zu den kontingent gehaltenen Verhandlungen, die durch Offenheit und Unverbindlichkeit geprägt sind. Hier geht es entsprechend um den generellen Modus der kommunikativen Zusicherung in spezifischen Kontexten, bei dem quasi perlokutionäre Elemente in den Vordergrund treten. Versprechen können dabei als weitgefasste Interpretationsleistung gefasst werden, bei der es weniger um die Intentionen von Sprechern und Sprecherinnen, sondern um geteilte Verständnisse von kontingenten Absichtserklärungen geht. Daran schließen auch die Fragen der Intentionalität an: Wie werden in heterogenen und widersprüchlichen Kontexten wie multilateralen Verhandlungen Aussagen von unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen unterschiedlich interpretiert?¹⁰ Wie werden diese Aussagen so gestaltet, dass sie

8 Siehe unter anderem Ulbert/Risse/Müller: *Arguing and Bargaining*; Deitelhoff: *Überzeugung in der Politik*.

9 Die deutsche Delegation setzte sich im Erhebungszeitraum aus Beamten und Beamtinnen des für die Thematik fachlich zuständigen Bundesjustizministeriums und Diplomaten und Diplomatinen der Ständigen Vertretung Deutschlands in Genf zusammen.

10 Siehe auch Weichselbraun: *Broken Seals and Broken Promises*.

ambivalent und offen bleiben, Versprechen also opak bleiben und nicht auf eindeutige Intentionen zurückgeführt werden können? Gerade die Kontingenz des impliziten Versprechens ist für multilaterale Verhandlungen und andere politische Prozesse formativ; sie erfordert die ethnographische Kontextualisierung, um Äußerungen bezüglich der ihnen zugrundeliegenden Intentionen und der spezifischen soziokulturellen Regeln, wie sich die Zuschreibung von Intentionen vollziehen kann¹¹ zu befragen.

Kontexte des Versprechens

Aus linguistisch-anthropologischer Sicht ist das ein Argument gegen eine rein sprechakttheoretische Rahmung von Versprechen: Man hat es hier mit multiplen Enttextualisierungen und Rekontextualisierungen zu tun, die im Moment des Versprechens Kontexte erst erzeugen und nicht, in einem ersten Schritt, auf diese Kontexte angewiesen sind, um wirksam zu werden. Für das Versprechen schließen sich dann beispielsweise Fragen an, wie Versprechen zu Texten werden, die dann zirkulieren und in andere Kontexte eingebracht werden können; und wie solche Enttextualisierungen als „acts of control“¹² verstanden werden können, bei denen bestimmte Akteure und Akteurinnen am Entwurf von Interaktions- und Interpretationsnormen maßgeblich beteiligt sind. Kontexte, in denen Versprechen als Versprechen identifiziert werden, existieren entsprechend nicht einfach so,

sie müssen erst erzeugt werden. Dass das Herauspräparieren von Intentionen aus Aussagen des Versprechens kein einfacher Prozess ist, ist eingängig [und wird in den weiteren Beiträgen dieses Bandes deutlich]. Das ist letztlich nicht nur eine empirisch-analytische oder methodische Begrenzung (also: wird ein spezifisches Versprechen wirklich so gemeint, wie es formuliert wird als analytische Frage), sondern auch ein lebensweltliches Phänomen. Besonders in politischen Kontexten, in denen Versprechen vielleicht partiell geglaubt oder vertraut wird, vollzieht sich dies nicht zwingend im Modus der rationalen Erwartung, sondern als sedimentierte Erfahrung,¹³ Hoffnung, Vertrauen, Behagen, und der komplexitätsreduzierenden Ausblendung von Vertrauensbrüchen, wie sie sowohl aus system- wie interaktionstheoretischer Perspektive vertreten wird. Die Widersprüchlichkeit oder Kontingenz von Versprechen sollte entsprechend nicht als Pathologie, sondern als ‚Normalfall‘ verstanden werden, um zudem eine lebensweltliche Sakralisierung oder Moralisierung von Versprechen analytisch nicht zu verdoppeln.

Ein wesentlicher Bestandteil multilateraler Verhandlungen ist im Anschluss daran, dass direkt-intentionale Zusicherungen und Versprechen der kontraktuellen Ebene internationaler Abkommen oder Verträge vorbehalten sind. In den Verhandlungen selbst sind solche Zusicherungen in der Regel nur indirekt, ambivalent und insbesondere auch kontingent, wie Implizitheit an sich ein prägender Bestandteil solcher Foren ist.¹⁴ Die Konkretisierung von Zusicherungen als Versprechen ist nachgelagert,

11 Siehe Keane: *Other Minds*; Duranti: *Anthropology of Intentions*.

12 Bauman/Briggs: *Verbal Art*.

13 Koselleck: ‚Erfahrungsraum‘.

14 Groth: *Implicit Ethics*.

sie wird entsprechend auch von Akteuren und Akteurinnen antizipiert. In einer vom Sekretariat der Weltorganisation für Geistiges Eigentum erstellten Zusammenfassung über geistiges Eigentum und benefit sharing aus dem Jahr 2004 heißt es hierzu konzis: „in essence, a contract is a promise or undertaking that can be enforced by law“.¹⁵ Die rechtliche Durchsetzung von schriftlich festgelegten Versprechen, die an Sanktionsmaßnahmen geknüpft ist, läuft gegen die prinzipielle und notwendige kommunikative Offenheit von Verhandlungen, die zwar jeweils auf vergangene Versprechen oder Verträge verweisen und zurückgreifen, sachbezogen aber zunächst die Aushandlung solcher Formen des Versprechens zum Gegenstand haben. Die Rechtsverbindlichkeit kann aber insbesondere in Verhandlungen auf ein völkerrechtliches Instrument hin als Telos begriffen werden, dem sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen über ihre Arbeit an Textentwürfen für solch ein Instrument widmen.

Taxonomien des Versprechens

Das ist ein Hinweis auf differentielle Taxonomien des Versprechens, bei denen Grade der Direktheit, Verbindlichkeit, Intentionalität, Antizipation und Kontingenz eine Rolle spielen. Dies trifft auf den Fall multilateraler Verhandlungen wie auch auf andere Kontexte des Versprechens zu. Die sprachlichen Register, die sich pragmatisch an das Versprechen anlehnen und sich auch von ihm abgrenzen, sind dabei gleichzeitig

weit und eingehegt, und mir geht es im Folgenden um diese oszillierende Rolle des Versprechens als Möglichkeit und Unmöglichkeit, also um die Potentialität des Versprechens. Bei der 22. Sitzung des Komitees der Weltorganisation für Geistiges Eigentum machte ein Vertreter der peruanischen NGO Tupak Amaru einen Vorschlag zur Formulierung eines möglichen Paragrafen:

*The Contracting parties promise to adopt, with arrangement of its respective juridical procedures and in conformity with the international instruments, the mechanisms adopted to ensure the application of the present instruments.*¹⁶

Für den Kontext der Weltorganisation für Geistiges Eigentum ist die Formulierung „The Contracting parties promise“ insofern ungewöhnlich, dass ein kontraktuelles „promise“ in solchen Verhandlungen überaus selten und unüblicher ist als etwa das modale und sehr viel offenere „should“ – also: „The parties of the convention should adopt“ als offene Formulierung. Der Vorschlag wurde, nicht allein wegen dieser ungewöhnlichen Formulierung, nicht weiter berücksichtigt. Das bindende „to promise“ aus dem Vertragsrecht und ebenso das „shall“ als obligatorische Verpflichtung in Rechtstexten spielen im Komitee nur eine sehr untergeordnete Rolle. Zum einen heißt dies, dass Versprechen hier meist kontingent bleibt – was genau mit welchen Sanktionsmöglichkeiten und auch moralischen Obligationen versprochen wird, bleibt ambivalent formuliert und kann unterschiedliche

15 WIPO/GRTKF/IC/7/9.

16 WIPO/GRTKF/IC/22/6 PROV. 2.

Entwicklungen nehmen. Diese können zwar durchaus auf Grundlage des Wissens über die Konstellationen von Verhandlungen und unterschiedlichen Interessen von Verhandlungspartnern und -partnerinnen antizipiert werden, verfestigen sich aber nicht als zwangsläufige Entwicklungen im Sinne von Pfadabhängigkeiten. „We will consider to take a decision on“ oder „we will continue discussions on“ als Formulierungen bilden diese Spezifik von Versprechen im Modus der Kontingenz und Indirektheit deutlich ab, die an kontextuelle Wissensregime der jeweiligen Verhandlungssituation gebunden ist. Mit Bezug auf die Direktheit oder Indirektheit von Versprechen ist das ein wesentlicher Punkt: auf der Basis welchen Wissens können also indirekte Versprechen in ihren Implikationen und Begrenzungen interpretiert werden, welche Wissensbestände müssen vorliegen, um kommunikative Versprechen in ihren spezifischen Ausprägungen zu verstehen, in ihrer Verbindlichkeit zu antizipieren, wie unterschiedlich sind solche Wissensbestände verteilt, und wie werden solche Versprechen auch an unterschiedliche Publika adressiert?

Verbindlichkeit von Versprechen

Dieser Punkt spricht die Verbindlichkeit von Versprechen an, die im Kontext multilateraler Verhandlungen durchaus als Teil von spezifischen sprachlichen Registern und Interpretationsnormen ausgeprägt ist: ein „will consider to do something“ ist schwächer als ein „should do something“, das wiederum schwächer ist als ein „shall do something“, und so weiter. Auf eine tiefere Illustration der rechtslinguistischen

Palette¹⁷ verzichte ich hier auch deshalb, da deren kontextgebundene Interpretation nicht eindeutig sein muss, sondern von unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen auch unterschiedlich aufgefasst werden kann. Die rechtlich unverbindliche Form eines Versprechens aus Kontexten internationaler Verhandlungen etwa kann in der Zivilgesellschaft als moralisch verbindliche Zusage aufgefasst werden, und ein noch so unverbindliches und ambivalentes Versprechen kann in multilateralen Verhandlungen nicht ohne weiteres als Nicht-Versprechen interpretiert werden. Ein Beispiel: Die Beteuerung von Industrienationen im Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum, dass man die Wichtigkeit der Arbeit des Komitees anerkenne und positiv auf die kommende Arbeit des Komitees schaue, ist zwar pragmatisch im Rahmen der Verhandlungen ein Signal dafür, dass entsprechende Delegationen eben nicht an einem Fortschritt interessiert sind; diese Interpretation ist jedoch nicht zwingend, so dass dieser Modus des Versprechens zwar unverbindlich ist, aber dennoch so gestaltet ist, dass zum Beispiel in der öffentlichen Berichterstattung über Verhandlungen oder durch weniger erfahrene Verhandlungsteilnehmer und -teilnehmerinnen als produktives und konkretes Versprechen aufgefasst werden kann. Die Unverbindlichkeit von Versprechen wird nichtdestotrotz in den Verhandlungen selbst problematisiert, wie das folgende Beispiel der ägyptischen Delegation als Befürworterin eines rechtsverbindlichen Abkommens aus dem Jahr 2018 illustriert:

17 Siehe für einen Überblick Vijay Bhatia/Engberg/Gotti/Heller: Vagueness in Normative Texts.

*One could not tie down the present in favor of a future promise that one did not know when it would be achieved. History had taught many lessons. [...] Article 5 had to be removed because it was only based on good intentions without anything else to back it.*¹⁸

Dieses Beispiel ist insofern bemerkenswert, als es die Fragilität von Versprechen ebenso anspricht wie die Sanktionierbarkeit ihrer Einlösung – „without anything else to back it“. Wohl gemerkt passiert dies hier aber nicht als direkter Vorwurf des gebrochenen Versprechens, der sich also auf eine spezifische und auf eine Person oder Delegation zurückgehende Handlung bezieht. Versprechen ist hier apersonal und gebunden an eine Verhandlungskonstellation.

Objekte des Versprechens

Damit ist ein Aspekt angesprochen, der insbesondere in der englischen Formulierung des „holding promise“ deutlich wird, und den ich hier als Materialisierung oder Objektivierung von Versprechen bezeichnen möchte. In der deutschen Entsprechung kann etwas vielversprechend sein, und die Beispiele für diese Rahmung des Versprechens als „the promise of X“ im Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum sind zahlreich: „the substantive work of the Committee held the greatest promise of reaching the consensus that was necessary to advance its work“, „the promise of the Nagoya protocol“, „the promise of innovation, cultural

renewal, globalization, intellectual property“, und so weiter. Im Kontext von Klimaverhandlungen sind solche Formen des Versprechens als „politics of anticipation“¹⁹ diskutiert worden, um deutlich zu machen, dass bei der Entscheidungsfindung nicht nur wissenschaftliche Modelle eine Rolle spielen. In verstärktem Maße werden auch spekulative Technologien oder „imaginaries“ referenziert, die Entwürfe der Zukunft konstruieren und die vielversprechend sind – „holding promise“. Diese Entwürfe, die Alejandro Esguerra aufgrund ihrer sozio-materiellen Qualitäten auch als „future objects“ bezeichnet,²⁰ können als Visionen von „actionable futures“²¹ in politischen Prozessen genutzt werden und dienen der Entscheidungsfindung. Im Rahmen der kontingenten Praxis von Verhandlungen wird sie über Zukunftsentwürfe bewusst befördert und ermöglicht so den Umgang mit Unsicherheiten. Entwürfe der „actionable futures“ einschließlich der in ihnen enthaltenen Versprechen sind? in der Lage, Unsicherheiten zu überbrücken und antizipiert zu werden. Versprechen wird so gleichzeitig zur Kapazität von Objekten und zur kommunikativen Modalität, die in Situationen der Unsicherheit Kontingenz zum Teil schließt – im Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum vollzieht sich das über sogenannte „Draft Articles“, in denen Formulierungen eines möglichen internationalen Abkommens entworfen werden. Diese Dokumente haben zwar keinen verbindlichen Charakter, sie tragen aber das Versprechen in sich, dass sich die Arbeit des Komitees zukünftig materialisieren

18 WIPO/GRTKF/IC/36/11, 44.

19 Granjou/Walker/Salazar: Politics of Anticipation.

20 Esguerra: Future Objects.

21 Beck/Mahony: Politics of Anticipation (IPCC).

kann, und geben damit der Antizipation künftiger Entwicklungen eine Richtung. Dabei ist nachrangig, was in diesen Dokumenten genau steht – wichtig ist ihre Existenz und Rolle als Objekte des Versprechens.

Fazit: Kontingenz des Versprechens

An den hier diskutierten Beispielen aus dem Komitee der Weltorganisation für Geistiges Eigentum wird deutlich, wie Formen des Versprechens in diesem Forum nicht nur einen Umgang mit Kontingenz zeigen, sondern selbst kontingente Praxen sind. Für die multilateralen Verhandlungen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum ist Kontingenz keine äußere Umweltbedingung, sondern Bestandteil der Praxis selbst; sie wird nicht aufgelöst, indem etwas im Sinne einer routinisierten Handlung versprochen wird,²² sondern ist ein konstituierender Teil des Versprechens. Gerade an Versprechen, die im Modus der Kontingenz bleiben, zeigt sich das: Indem Versprechen Kontexte erst herstellen, bedürfen sie der Interpretation und werden auch unterschiedlich interpretiert. Auf Basis spezifischer Wissensbestände, fachlicher und sprachlicher Kompetenzen sowie Erwartungen werden Versprechen als kommunikative Zusicherungen gedeutet. Diese Deutungen können Akte des Versprechens unterschiedlich auffassen und in Verhandlungskontexte einordnen. Diese metapragmatische Reflexivität über Versprechen betrifft sowohl Sprecher und Sprecherinnen als auch Publika: Wie muss etwas

beispielsweise versprochen werden, um relativ unverbindlich zu bleiben oder um als explizites Versprechen aufgefasst zu werden? Wie werden unterschiedliche Graden der Verbindlichkeit kommunikativ moduliert? Analog dazu gestalten sich Fragen nach der differentiellen Deutung durch unterschiedliche Publika, also zum Beispiel durch Diplomatinen und Diplomaten, NGO-Vertreterinnen und -vertreter oder zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ohne tiefergehendes Wissen über fachliche Aspekte oder kommunikative Modi in diplomatischen Foren. Relevant sind diese Aspekte auch insofern, als dass Versprechen nicht isoliert nur in dem Kontext bestehen, in dem sie direkt und initial geäußert werden. Auch darüber hinaus, als Teil der Verhandlungsdokumentation, der medialen Berichterstattung, oder der Bezugnahme in anderen Foren oder Verhandlungen werden Versprechen dekontextualisiert und wieder rekontextualisiert – dies führt zu weitergehenden Ambivalenzen, wie genau Versprechen interpretiert werden (können). Im weiteren Sinne sind hierfür auch infrastrukturelle Dimensionen des Versprechens²³ prägend: Wo und wie werden Versprechen verschriftlicht und verfügbar, also beispielsweise als Teil von durchsuchbaren digitalen Archiven, Videoaufzeichnungen²⁴ und öffentlichen Verhandlungen? Wie wirken sich der Modus multilateraler Verhandlungen und deren Genre-Konventionen auf die Deutung von Versprechen aus, wie wird dabei mit Objekten des Versprechens – also zum Beispiel mit

22 Siehe Groth: Kontingente Praxen, Antizipation als Kompetenz.

23 Siehe Appel/Anand/Gupta: Temporality, Politics, and the Promise of Infrastructure.

24 Groth: Prinzipielle Verfügbarkeit und strategische Transparenz.

konkreten Entwurfstexten oder Verhandlungsssettings an sich – im Sinne einer “objectual practice”²⁵ umgegangen? Und schließlich ist die Multidimensionalität von Versprechen wesentlich: Nicht immer geht es um konkrete Versprechen selbst, sondern eher um damit verbundene trade-offs, Nebenschauplätze oder indirekte Effekte. Versprechen selbst treten dann in den Hintergrund, eher geht es um Sichtbarkeit und Reichweite, Kontrolle und Einfluss, die über Versprechen als Mittel für Zwecke, die nicht in Versprechen eingebettet sind, ermöglicht werden. In der Konsequenz bedeutet dies vor allem, dass Versprechen konkret ethnografisch verortet werden müssen, um deren Kontingenz analytisch nicht einzuhegen, sondern sicht- und greifbar zu machen.

Literaturverzeichnis

- Hannah Appel/Anand Nikhil/Akhil Gupta:** Introduction: Temporality, Politics, and the Promise of Infrastructure, in Anand Nikhil/Akhil Gupta/ Hannah Appel (Hg.): *The Promise of Infrastructure*, Durham 2020, S. 1-38; DOI: <https://doi.org/10.1515/9781478002031-002>.
- Richard Bauman/Charles L. Briggs:** Poetics and Performances as Critical Perspectives on Language and Social Life, in: *Annual Review of Anthropology* 19/1 (1990), S. 59-88; DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev.an.19.100190.000423>.
- Silke Beck/Martin Mahony:** The Politics of Anticipation: The IPCC and the Negative Emissions Technologies Experience, in: *Global Sustainability* 1/e8 (2018); DOI: <https://doi.org/10.1017/sus.2018.7>.
- Vijay K. Bhatia/Jan Engberg/Maurizio Gotti/Dorothee Heller (Hg.):** *Vagueness in Normative Texts*, Bern 2005.
- Rebecca Bryant/Daniel M. Knight:** *The Anthropology of the Future*, Cambridge 2019.
- Nicole Deitelhoff:** *Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*, Frankfurt am Main 2006.
- Rob A. DeLeo:** Anticipatory Policymaking in Global Venues: Policy Change, Adaptation, and the UNFCCC, in: *Futures* 92 (2019), S. 39-47; DOI: <https://doi.org/10.1016/j.futures.2016.09.001>.
- Alessandro Duranti:** *The Anthropology of Intentions: Language in a World of Others*, Cambridge 2015; DOI: <https://doi.org/10.1017/CBO9781139207706>.
- Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Dagmar Hänel/Victoria Huszka/Ove Sutter/Kerstin Wolff (Hg.):** *Planen, Hoffen, Fürchten: Die Gegenwart der Zukunft im Alltag*, Münster 2021.
- Alejandro Esguerra:** Future Objects: Tracing the Socio-Material Politics of Anticipation, in: *Sustainability Science* 14/4 (2019), S. 963–71; DOI: <https://doi.org/10.1007/s11625-019-00670-3>.
- Céline Granjou/Jeremy Walker/Juan Francisco Salazar:** The Politics of Anticipation: On Knowing and Governing Environmental Futures, in: *Futures* 92 (2017), S. 5-11; DOI: <https://doi.org/10.1016/j.futures.2017.05.007>.
- Stefan Groth:** *Negotiating Tradition: The Pragmatics of International Deliberations on Cultural Property*, Göttingen 2012; DOI: <https://doi.org/10.4000/books.gup.608>.
- Stefan Groth:** Prinzipielle Verfügbarkeit und strategische Transparenz: Zur Rolle von Dokumenten aus politischen Prozessen in Forschungsdesigns, in: Jens Klinger/Merve Lühr (Hg.): *Forschungsdesign 4.0. Datengenerierung und Wissenstransfer in interdisziplinärer Perspektive*, Dresden 2019, S. 60-79.
- Stefan Groth:** Implicit Ethics: Normative Claims to Culture in Multilateral Negotiations, in: *Journal of Linguistic Anthropology* 30/2 (2020), S. 179–95; DOI: <https://doi.org/10.1111/jola.12258>.
- Stefan Groth:** Kontingente Praxen, Antizipation als Kompetenz, in: Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Dagmar Hänel/Victoria Huszka/Ove Sutter/Kerstin

25 Knorr Cetina: *Objectual Practice*.

Wolff (Hg.): Planen, Hoffen, Fürchten: Die Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster 2021, S. 203-216.

Michael Halewood: Indigenous and Local Knowledge in International Law: A Preface to Sui Generis Intellectual Property Protection, in: McGill Law Journal 44 (1999), S. 953-996.

Webb Keane: Others, Other Minds, and Others' Theories of Other Minds: An Afterword on the Psychology and Politics of Opacity Claims, in: Anthropological Quarterly 81/2 (2008), S. 473-482; DOI: <https://doi.org/10.1353/anq.0.0000>.

Oliver Kessler/Xavier Guillaume: Everyday Practices of International Relations: People in Organizations, in: Journal of International Relations and Development 15/1 (2012), S. 110-120; DOI: <https://doi.org/10/bqq2ds>.

Karin Knorr Cetina: Objectual Practice, in: Theodore Schatzki/Karin Knorr Cetina/Eike von Savigny (Hg.): The Practice Turn in Contemporary Theory, New York 2001, S. 184-197.

Reinhard Koselleck: ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – Zwei historische Kategorien, in: Reinhard Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 2000, S. 349-375.

Matthias Lankau: Die verborgene Effektivität minimaler Resultate in internationalen Verhandlungen: Der Fall der WIPO, in: Regina F. Bendix/Kilian Bizer/Stefan Groth (Hg.): Die Konstituierung von Cultural Property: Forschungsperspektiven, Göttingen 2010, S. 197-216.

Harald Müller: Arguing, Bargaining and All That: Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations, in: European Journal of International Relations 10/3 (2004), S. 395-435; DOI: <https://doi.org/10.1177/1354066104045542>.

Cornelia Ulbert/Thomas Risse/Harald Müller: Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations. Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations, Paper presented at the Conference on "Empirical Approaches to Deliberative Politics", European University Institute, Firenze 2004.

Anna Weichselbraun: Of Broken Seals and Broken Promises: Attributing Intention at the IAEA, in: Cultural Anthropology 34/4 (2019), S. 503-528; DOI: <https://doi.org/10.14506/ca34.4.02>.

Zum Verhältnis von Vertrauen, Versprechen und Authentizität

Eine Reflexion am Beispiel der Spendeneinwerbung für Nichtregierungsorganisationen

Christine Hämmerling

Ich möchte zum Einstieg gerne aus der jüngsten Spendenaufforderung zitieren, die ich von Amnesty International Deutschland erhalten habe:

Liebe Frau Hämmerling, fassungslos mussten wir in den letzten Wochen mitansehen, wie das russische Militär ukrainische Wohnhäuser, Schulen und Spitäler zerstörte. [...] Meine Sorge war groß – auch um meine [Kolleginnen und Kollegen]¹ vor Ort. Doch dank Menschen wie Ihnen an unserer Seite konnte Amnesty sofort handeln.²

Neben der unbestreitbaren Relevanz des Inhalts dieser Worte, fallen mir darin zwei Dinge auf: Erstens ist hier von einem „Wir“ die Rede, das mich als Leserin miteinschließt; dann – etwas unerwartet, aber typisch für Spendenbriefe – wird aus der Spendenaufforderung ein Ego-Dokument: Die Unterzeichnende wendet sich an mich als ein „Ich“ und dankt mir sogleich dafür, dass ich an ihrer Seite stünde, betont also unsere enge Beziehung, die eigentlich rein monetär ist, aber doch als persönlich dargestellt wird.

Es ist doch seltsam, dass in Zeiten des online-Fundraisings noch Briefe auf Papier versandt werden und Menschen stundenweise bezahlt werden, um Passantinnen und Passanten in Fußgängerzonen um Geldspenden zu bitten. Warum diese traditionelle ‚persönliche Note‘? Warum dieser Aufwand?

- 1 Im Original wurden die Kolleginnen mit Gender-Sternchen geschrieben, was zur barrierefreien Vorlesbarkeit zweigeschlechtlich übersetzt wurde.
- 2 Spendenaufwurf von Amnesty International (Schweizer Sektion) vom 19.04.2022, Bern [nicht registriertes Dokument].

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) professionalisieren sich. Sie sind eingetreten in die Welt des Ökonomischen, ohne dabei das Kulturelle zu verlassen.³ So kommt es, dass sie sich um einen Auftritt bemühen, der nicht nur den ethischen Standards der Organisation entspricht, sondern auch eine Vertrauensbeziehung zwischen den einzelnen Spendenden und der NGO kreiert. Diese Individualisierung im Spendenwesen drückt sich in Ich-Botschaften aus, im Gebrauch vergemeinschaftender Narrative, in Emotionen evozierenden Settings, Storys und Bildern sowie darin, dass ein Großteil des Fundraisings über Face-to-Face-Kontakte eingeworben wird, wie etwa bei Amnesty International Deutschland, das ich ethnografisch beforsehe. Fundraising ist in vielerlei Hinsicht also auf Beziehungspflege angewiesen. Es macht Vertrauen nötig und um Vertrauen zu generieren, werden Versprechen gemacht. Diesen vornehmlich ‚impliziten‘ Versprechen im Prozess der Spenderbindung gehe ich entlang meiner ethnografischen Untersuchungen zu Spendenbeziehungen nach. Ich erläutere in diesem Aufsatz, wie Vertrauensbildung und Versprechen zueinander stehen und zeige, dass die Idee der Authentizität als Abgleich von Erwartung und Erleben eine Art Versprechen darstellt, wodurch Vertrauen geschaffen wird.

Spenden-Beziehungsdreieck

Die Beziehung zwischen Spendenden, professionellen Spendensammelnden und einer auf

Spenden angewiesenen NGO stellt ein Dreiecksgefüge dar, das auf allen Seiten auf Vertrauen und Versprechen basiert, allerdings nicht in jede Richtung. Ich möchte das an einem fiktionalen Beispiel ausführen:

Der Spendensammler Sven muss der NGO, für die er sammelt, nur bedingt vertrauen, da seine Arbeitsbeziehung vertraglich geregelt ist. Der potenziellen Spenderin Anna muss er auch nicht vertrauen, die Beziehung zu ihr stellt keinerlei Risiko dar. Auch die NGO agiert mit niedrigem Risiko: Der Spendensammler Sven ist vertraglich an die NGO gebunden; verhält er sich falsch, kann durch eine personelle Ersetzung der Image-Schaden abgewendet werden. Und auch der Spenderin Anna muss die NGO nicht vertrauen, weil die Beziehung zu ihr eigentlich erst beginnt, wenn Anna sich bereits zur Spende verpflichtet hat.

Die Spenderin Anna hingegen muss sowohl dem Spendensammler Sven als auch der NGO vertrauen, denn sie verfügt über keinerlei Absicherungen. So verwundert es nicht, dass im Prozess der Spendeneinwerbung (im Spendenbrief, auf den Homepages der NGOs und bei der Begegnung zwischen Sammelnden und Förderern auf der Straße) vielfältige Versprechen abgegeben werden, um die Vertrauensbildung voranzutreiben.

Markant an der Spendenbeziehung ist die doppelte Adressierung. Spendende sind dazu angehalten, den Spendensammelnden Vertrauen zu schenken, zugleich geht diese Vertrauensbildung mit einer sozialen Verpflichtung einher, auch der NGO, für die die Promoter arbeiten, zu vertrauen, da die Promoter selbst es tun.

3 Hämmerling: DialogerInnen als Mittler.

Vertrauen

Dass das Versprechen mit Vertrauen in engem Zusammenhang steht, scheint selbstverständlich, dennoch möchte ich auch dieses Verhältnis kurz beleuchten. Denn die unterschiedlichen Fassungen dessen, was wir unter Vertrauen verstehen und welche kulturelle Ordnungs- oder Reduktionsleistung wir dem Vertrauen zuordnen, nimmt Einfluss darauf, wie das Gefüge von Versprechen, Authentizität und Vertrauen gestaltet ist.

Vertrauen wird bei Niklas Luhmann – dem wohl bekanntesten Vertrauens-Experten – als „Zutrauen zu eigenen Erwartungen“ und als „ein elementarer Tatbestand des sozialen Lebens“⁴ gefasst, der (ebenso wie Authentizität und Versprechen) „nur in der Gegenwart gewonnen und erhalten werden“⁵ kann und Grundlage zur eigenen Handlungsfähigkeit ist. Zentrale Funktion des Vertrauens bei Luhmann ist die Reduktion der Komplexität der Welt: Vom Vertrauen unterscheidet er die Vertrautheit der Lebenswelt. Denn Luhmann geht von einer intersubjektiven Konstitution von Sinn und Welt aus; Sinn und Welt werden demnach anonym konstituiert, jedermann wird als dasselbe miterlebend gedacht, als anderes Ich, als ‚Man‘.⁶ Zwischenmenschliches Vertrauen wird hier noch nicht nötig: Wer nicht mit der Weltsicht übereinstimmt, schließt sich selbst von ihr aus. Die Welt erscheint den Subjekten schlicht als Seiendes, es muss nicht weiter nach ihr gefragt werden.⁷

Die Vertrautheit der Lebenswelt ist weitgehend vom Vergangenen bestimmt, das für Gegenwart und Zukunft herangezogen wird, mit dem Ziel, beide in ihrer Komplexität zu reduzieren.⁸ Vertrauen hingegen hat die Vertrautheit der Lebenswelt zur Basis, es ist stärker auf die Zukunft hin ausgerichtet. Dabei ist Vertrauen bei Luhmann keine Folgerung aus der Vergangenheit, sondern besteht in einer Wahl: „Der vertrauensvoll Handelnde engagiert sich so, als ob es in der Zukunft nur bestimmte Möglichkeiten gäbe.“⁹ Insofern reduziert auch das Vertrauen die Komplexität der Zukunft, denn der Vertrauende macht seinem Gegenüber damit das Angebot einer bestimmten Zukunft. Vertrauen betrachtet Luhmann zudem als zweigeteilt: Persönliches Vertrauen ist immer auf einen konkreten Interaktionspartner bezogen, ist mit Emotionen verbunden und stellt einen Lernvorgang dar. Es kommt bei Luhmann vor dem Vertrauen in Systeme. Für ihn impliziert Vertrauen „einen bewusst riskierten Verzicht auf mögliche weitere Informationen, sowie bewährte Indifferenzen und laufende Erfolgskontrolle“¹⁰ und das, obwohl Vertrauen – darauf wies schon Simmel hin – erst da relevant wird, wo Unsicherheiten bestehen, in einem Zustand zwischen Wissen und Unwissen.¹¹ Gemäß diesen Überlegungen ist es nicht verwunderlich, dass komplexe Systeme wie sie beim Fundraising von NGOs vorliegen, über personale Vertrauenssettings mit dem Dialog

4 Luhmann: Vertrauen, S. 1.

5 Luhmann: Vertrauen, S. 13.

6 Luhmann: Vertrauen, S. 21.

7 Luhmann: Vertrauen, S. 21.

8 Luhmann: Vertrauen, S. 23.

9 Luhmann: Vertrauen, S. 24.

10 Luhmann: Vertrauen, S. 27.

11 Simmel: Soziologie: Kapitel V: „Das Geheimnis und die geheime Gesellschaft“ (S. 256-304), hier S. 263: „Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen.“

Face-to-Face abgehandelt werden. Hier bewirkt der persönliche Kontakt ‚von Mensch zu Mensch‘ ein personales Vertrauen, das auf ein Systemvertrauen ausgeweitet werden soll. Es basiert weniger auf Informationen als auf einem Vertrauen auf die Stabilität der Lebenswelt und auf Emotionen.

Luhmann betonte also, dass Vertrauen die Funktion der Reduktion von Komplexität erfüllt – ein Gedanke, der sich bezüglich der Situation des Spendensammelns geradezu aufdrängt, denn es scheint doch offensichtlich, dass zwar ‚Wissen haben‘ von den Spendeneinwerbenden ‚performt‘ wird, komplizierte Vorgänge in den kurzen Gesprächen auf der Straße aber dennoch vereinfacht dargestellt werden, um den Eindruck eines Verstehens zu vermitteln.

Martin Hartmann, ein weiterer wichtiger Vertrauens-theoretiker, setzt allerdings an diesem Punkt an und widerspricht Luhmann: Er zeigt auf, dass es sich beim Vorgang des Vertrauens (als Praxis) nicht um eine Reduktion von Komplexität handelt, bei der Wege der Informationsbeschaffung umgangen werden und quasi irrational gehandelt wird.¹² Vielmehr führt Hartmann den Beweis, dass auch Vertrauen auf Rationalität aufbaut, weil es eng mit Gründen arbeitet, „Gründe des Vertrauens und Gründe des Misstrauens“¹³ sind in den Vorgang des Vertrauens eingeschrieben und das nicht erst im Nachhinein. Wie der Philosoph Richard Dees argumentiert auch Hartmann, dass Vertrauen als rational gewertet werden kann, wenn es Hinweise dafür gibt, dass zu erwarten ist, dass aus dem

Vertrauen etwas, was wir als wertvoll empfinden, gewonnen werden kann.¹⁴ Es kommt dabei nach Hartmann zu einer „vernünftigen Erwägung von Verlässlichkeit und Regelkonformität“¹⁵, wie die Historikerin Ute Frevert es fasst. Auch vertrauen wir nicht auf natürliche Weise zum Beispiel einer lächelnden Person, sondern auch dieses Vertrauen basiert auf „komplexen soziokulturellen Interaktionsprozessen, die zu einer Praxis geronnen sind, an der zu orientieren unter gegebenen Bedingungen rational sein kann“¹⁶. Hartmann erläutert:

„Wer vertraut, denkt vielleicht weniger nach, aber der Verzicht auf Reflexion bündelt in sich nicht all die Gründe, die eine ausführliche Analyse einer Situation oder einer Person potenziell generieren kann. Anders formuliert: Die Rationalität des Vertrauens bemisst sich nicht an einem explizit durchgeführten, argumentativ strukturierten Beweisverfahren, das mir den anderen als vertrauenswürdig ausweist. Sie bemisst sich eher daran, dass mir berechnete Zweifel an der Aufrichtigkeit oder Kompetenz des anderen fehlen.“¹⁷

Diese Hartmann’sche „habitualisierte Urteilskraft“¹⁸ verdeutlicht, dass es trotz allem Nichtweiter-nachfragen und Nicht-genau-nachdenken, was das Face-to-face-Fundraising vor Ort bisweilen überhaupt erst möglich macht, dennoch rationale Beweggründe von Relevanz

12 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 9.

13 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 10.

14 Dees: Trust and Toleration.

15 Frevert: Vertrauensfragen, S. 118-119.

16 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 11.

17 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 19.

18 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 19.

sind, insbesondere um berechtigtes Misstrauen auszuschließen.

Versprechen

Die Praxis des Versprechens erscheint im Vergleich zur Praxis des Vertrauens zunächst gefestigter. Doch auch, wo insbesondere *implizite* Versprechen abgegeben werden, die also nicht festgehalten sind, bleibt das Versprechen eng ans Vertrauen gebunden. Auch beim Versprechen handelt es sich um eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft, die in der Gegenwart generiert wird: Gemäß dem Call for Papers zur vorangegangenen Tagung werden Versprechen als Entscheidungen gedeutet, die „unter den Bedingungen der Gegenwart für die Zukunft getroffen werden“, so „schaffen sie berechenbare und gestaltbare, zeitliche Horizonte“. Und auch Versprechen hängen mit Affekten zusammen: So hält Alexa Färber fest, Versprechen seien eine „auf Erfahrung basierende Dimension von Vergegenwärtigung“.¹⁹ Sie zeigt, „dass mit dem Versprechen eine paradoxe Situation und Stimmung der unverbindlichen Verbindlichkeit zwischen Menschen entsteht, die unter anderem auf die affektive Wirkung von Versprechen zurückgeht.“²⁰

Wer ein Versprechen abgibt, der kann zwar noch nicht unbedingt haftbar gemacht werden, aber bei Nichteinhalten desselben ist dies als Vertrauensbruch zu werten, der schwerwiegende Konsequenzen für die Beziehung zwischen dem

Versprechenden und den Versprechen Glaubenden haben kann.

Auch hier geht es folglich um Arbeit an der Beziehung. In meinem Forschungsfeld wird diese Beziehung zwischen NGO und Spender oder Spenderin Spenderbeziehung genannt und es gilt, sie wie eine „soziale Tauschbeziehung“²¹ zu pflegen, auch wenn keinerlei interpersonelle Kontakte stattgefunden haben. Dabei geht es nicht nur um eine einseitige Imagepflege der NGO und eine entsprechende Außenwerbung, sondern auch darum, den Kontakt zu einer zum Beispiel einmalig spendenden Person zu halten, ihr regelmäßig Informationen oder ein Giveaway zuzusenden, sich also regelmäßig in Erinnerung zu rufen und dabei den Eindruck zu evozieren, die einmalige Spenderin stehe auch Jahre nach der Spendenaktion weiterhin mit der NGO in einer nicht rein monetären, sondern auch emotionalen und moralischen, also Verantwortung bindenden Beziehung.

Die Spendenbeziehung wird also bestenfalls als eine dargestellt, die nicht nur einseitig ist, sondern so, dass die einmalige Spende in der Vergangenheit als implizites Versprechen zur erneuten Spende in der Zukunft gedeutet wird. Die NGO wird ihrerseits ihre Tätigkeit in einer Weise so transparent machen, dass der Spenderin klar ist, dass sie theoretisch die Möglichkeit hätte, sich über alle Einnahmen und Ausgaben genau zu informieren. Implizite Versprechen für eine gute Arbeit in der Zukunft werden ferner als „verpflichtende Grundregeln für eine gute, ethische Fundraising-Praxis“ gefasst. Jahresberichte werden veröffentlicht und an Privathaushalte

19 Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit?, S. 27.

20 Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit?, S. 27.

21 Meyer: Was heißt Erzählen?, S. 247.

gesendet, auch wenn nicht anzunehmen ist, dass sie von den dort lebenden Personen nachvollzogen werden. Eine Informationsflut vermittelt also den Eindruck von Transparenz.²²

Explizite Versprechen seitens einer NGO sind nur selten auszumachen. Wo sie vorkommen, sind sie an ein Wollen oder Bestreben geknüpft: Man werde sein Bestes geben, um einen beschriebenen Missstand zu beheben, dafür stehe man seit Jahren. Gewöhnlich sind Versprechen höchstens indirekt formuliert und an eine allgemeine kollektive Idee und ‚Identität‘ geknüpft: So stellt sich die NGO Amnesty International Deutschland unter der Überschrift: „Wer wir sind ... und woran wir glauben“ vor. Dabei wird eine NGO immer als ‚Wir‘ gefasst und oft werden ihre Mitglieder oder Förderer als Teil einer „Bewegung“²³ benannt.

Identität und geteilte Werte

Wer solch einer NGO vertraut, vertraut nicht nur Hinweisen darauf, was die NGO bisher getan hat, sondern der lässt sich zugleich auf die Idee eines Kollektivs, einer Identität der Organisation auf Basis geteilter Werte und Glaubensprinzipien ein. Wird also die spendenwillige Anna nun auf der Straße vom Dialoger Sven angesprochen, entsteht Vertrauen nicht allein auf Basis dessen, was Sven als Spendensammler über die NGO weiß oder auf Basis der Überlegung, dass es gut sein könnte, der Organisation zu spenden. Vielmehr lässt sich Anna auf die inszenierte Dringlichkeit ein, auf die für sie ausgelegte Rolle eines

für die Zukunft relevanten Akteurs, der jetzt helfen kann oder aber nicht. Die Entscheidung darüber, welchen Weg sie geht, ist damit verbunden, ob Anna als potenzielle Geldspendenderin spontan der Seriosität der NGO und des Dialogers Sven vertraut und ob sie gewillt ist, die Beziehung zur NGO ihrerseits zu akzeptieren, womit sie die Identität der NGO so anerkennen würde, wie sie ihr vorgestellt wurde – nicht nur jetzt von Sven, sondern auch schon vorher in Spendenaufrufen, in Nachrichten etc. Konsistenz im Image ist daher besonders wichtig.

Und so wie Vertrauen auf der ‚Vertrautheit der Lebenswelt‘ basiert, so fußt auch das Vertrauen in eine NGO auf dem Eindruck der Vertrautheit. Luhmann ging ja davon aus, dass dieses personale Vertrauen dem systemischen Vertrauen vorangestellt ist. Doch scheint mir beides Hand in Hand zu gehen: Wie in anderen Settings ist es auch hier eigentlich nicht eine Person, der vertraut wird, „sondern [...] einem Wissens- und Erfahrungsnetzwerk“,²⁴ das in ein spezifisches Setting, ein gestaltetes, narratives Hier-und-Jetzt, eingewoben ist. Vertraut wird also nicht der Person, sondern einem Lebensstil, einer bekannten Art der Ansprache oder ähnlichem. Diese Faktoren müssen in keiner Weise dem Stil des Spenders gleichen. Um vertrauenerweckend zu wirken, müssen sie aber so performt werden, dass man an deren irgendwie geartete Konsistenz glauben kann.

Und damit möchte ich auf den dritten Begriff in meinem Titel eingehen, auf ‚Authentizität‘. Ich möchte dazu vorausschicken, dass ich Authentizität als einen Feldbegriff verstehe und die Art

22 Amnesty International: Transparenz-Angaben.

23 Amnesty International: WER WIR SIND.

24 Hämmerling: Filmen auf Demonstrationen, S. 86.

von Logik, die er beschreibt, analytisch nachverfolge, nicht aber, um sie als kulturwissenschaftliches Konzept einzuführen. Um genauer zu sein, handelt es sich um ein Versprechen zur Authentizität, das ich hier untersuchen will.

Authentizität

Authentizität ist ein „Sehnsuchtsbegriff“.²⁵ Wenn nach ihr gefragt wird, ist das Ausdruck einer Lücke, denn Authentizität wird immer dort zum Thema, wo Identitäten in Frage gestellt werden, wo Unsicherheit über den Wert von Versprechen besteht, wo Ungewissheit eine zwischenmenschliche Konstellation beschreibt.

Die Frage nach personaler Authentizität ist Ausdruck einer Unsicherheit über eine Beziehung, denn was als Authentizität gesucht wird, ist Produkt einer Aushandlung. Authentizität setzt voraus, dass sich eine Erwartung mit einer Erfahrung (als erlebter Praxis) deckt, beziehungsweise dass, wie der Literaturwissenschaftler Erik Schilling das beschreibt, von der „Übereinstimmung einer Beobachtung mit einer Erwartung des Beobachters“²⁶ gesprochen werden kann. Das Authentische ist „immer an (mediale) Repräsentationen und (Selbst-)Darstellung gebunden. Authentizität wird jemandem oder etwas zugeschrieben, oder aber es wird bei Personen mit bestimmten Äußerungen des Selbst assoziiert“, so der Zeithistoriker Achim Saupe.²⁷ Auch der Kulturwissenschaftler Torsten Näser erläutert entlang des Hattendorfschen Vertragsmodells

am Dokumentarfilm, dass das Authentische mit seiner Rezeption und den Erwartungshaltungen der Rezipierenden in Zusammenhang steht: Was in einem Kontext als wahr gilt, kann in einem anderen als unglaubwürdig erscheinen.²⁸ Nötig wird eine ordnende Instanz und Rezipierende, die mit ihrem Wissen um den medialen Diskurs und einer Erwartungshaltung an die ordnende Instanz gemäß einem Erfahrungshorizont urteilen.²⁹ Analog argumentiert der Anthropologe Johannes Fabian,³⁰ dass das Authentische in einem Raum zwischen Sendenden und Empfangenden gebildet werde. Und auch die Medienwissenschaftlerin Enli Gunn beschreibt in „Mediated Authenticity“³¹ einen Authentizitätsvertrag. Der Eindruck von Authentizität ist nicht daran gebunden, dass eine Person sich nicht verändert. Er basiert vielmehr auf der Vorstellung A) der Wesenhaftigkeit einer Person, die sich B) zeigen müsse in der Konsistenz ihres Selbstaudrucks. Allerdings nicht durch reine Wiederholung, sondern vielmehr durch ein Schema nachvollziehbarer Varianz im Selbstaudruck.

Wichtig für unseren Kontext ist dabei, dass der Abgleich von Erwartung und Erfahrung, also die Klärung der Authentizitätsfrage, ausschließlich im Hier und Jetzt stattfindet. Es werden dazu Authentizitätsmarker herangezogen, die miteinander abgeglichen werden, wobei geprüft wird, wie diese zum Image der Marke Amnesty passen können. Die Erwartung ist nur bedingt auf eine Erfahrung in der Vergangenheit bezogen, sondern vielmehr auf eine in der Gegenwart.

25 Schilling: Authentizität.

26 Schilling: Authentizität, S. 11.

27 Saupe: Authentizität.

28 Hattendorf: Dokumentarfilm und Authentizität.

29 Näser: Authentizität 2.0.

30 Fabian: Präsenz und Repräsentation, S. 339.

31 Gunn: Mediated Authenticity, S. 16-18.

Da Personen im zwischenmenschlichen Kontakt als Einheiten gedacht werden, wird von einer Form des Selbstaudrucks eines Menschen auf andere Merkmale derselben Person geschlossen: Wird der Tonfall als künstlich oder verstellt wahrgenommen, steht auch der mit dieser vorgetragene Sachinhalt unter dem Verdacht der Fälschung. Sieht der Dialoger Sven also so aus, als sei er es nicht gewohnt, die Kleidung zu tragen, die er gerade trägt, kann diese Diskrepanz zu einer inkonsistenten Wahrnehmung der Person führen. Die Befürchtung ist, dass damit die Vertrauensbildung auf Annas Seite beeinträchtigt wird, nicht nur gegenüber Sven, sondern auch gegenüber der NGO, die er repräsentiert. Denn die nonverbale, auf Wahrnehmung beruhende Entscheidung über die Wirkung einer Person wird als spezifisches Vertrauen der Spendenden in die NGO gedacht, obwohl es eigentlich Wissens- und Erfahrungnetzwerke, kulturell-ökonomische Logiken, techno-soziale Ordnungen und vieles mehr sind, die das Vertrauen bedingen. Doch der eingeübte Fokus auf die Person als Träger beziehungsweise Trägerin von Vertrauen bedingt eine Hinwendung zur Frage nach ihrer Authentizität und zu einer so *empfundenen* Reduktion von Komplexität. Wenn also die spendenwillige Anna einer NGO Vertrauen schenkt, weil sie dem Auftritt von Sven vertraut, fokussiert sie nicht zwangsläufig bewusst auf die Frage, ob Sven authentisch auftritt. Vielmehr geht sie unbewusst dieser Frage nach, weil sie Vertrauen zwischenmenschlich zu verhandeln gewohnt ist und dieser Zugang ihr bei der Komplexitätsreduktion in der Frage hilft, welcher NGO sie vertraut und welche Wissensnetzwerke und Ordnungsschemata eigentlich alle abzurufen wären, um diese Frage zu klären.

Abweichungen von normativen Ausdrucksformen werden unter Umständen als unterstützend für den Eindruck von personaler Authentizität (und somit Vertrauenswürdigkeit) aufgenommen. So ist es für Dialoger und Dialogerinnen kein Problem, in legerer Kleidung aufzutreten. Anders als Versicherungsangestellte tragen sie häufig Symbole der Jugend oder der stilistischen Abweichung an sich: Dread Locks, Nasenringe und Tattoos. Sie auch bei der Fundraising-Arbeit nicht zu verstecken, symbolisiert einen authentischen Selbstaudruck und verstärkt den Eindruck, es mit einer Person zu tun zu haben, die nicht zwischen Beruf und Privatleben unterscheidet – was in diesem Feld als positiv bewertet wird. Professionelle Spendensammelnde sind aber durch mit dem Schriftzug der NGO versehene Kleidung als der Nichtregierungsorganisation zugehörig zu erkennen und können daher stets das inklusive ‚Wir‘ verwenden, das Vertrauen schafft. Sven sagt also gerne „Wir bei Amnesty“, auch wenn er kein Amnesty-Mitglied, sondern vielmehr ein Angestellter ist. Das ist wichtig, denn die Dialoger wie Sven treten als Engagierte für eine gute Sache auf. Indem Sven die Passantin Anna mit seinen Fragen konfrontiert, wird der Eindruck vermittelt, Anna sei in einer Bringschuld, schließlich handele es sich um wichtige Aufgaben der NGO, die dringend zu erledigen seien. Die NGO sei nun derjenige Akteur, der die Arbeit übernimmt und der Dialoger Sven steuere bereits durch sein Tun einen wichtigen Teil zu dieser Aufgabe bei. Die Passantin Anna ist also zunächst im moralischen Negativ verhaftet angehalten, sich zu rechtfertigen, oder aber aus dieser Position herauszutreten. Ein Weg dazu ist die Einwilligung zur Geldspende.

Dieses scheinbar ungleiche Gefüge zwischen dem engagierten Dialoger Sven und der noch nicht engagierten Passantin Anna ist ein wesentlicher Motivator zur Geldspende. Damit aber Sven wirklich auf der Seite der moralisch Guten verortet wird, muss nicht nur der Sinn der NGO als gut und wichtig herausgestellt werden, sondern auch alle zwischenmenschlichen Faktoren müssen stützend wirken. Sobald sich herausstellt, dass Sven zwar ein Amnesty T-Shirt trägt, aber kein ehrenamtliches Mitglied der NGO ist, sondern für seine Arbeit bezahlt wird, muss performativ geklärt werden, dass er dieselbe Arbeit prinzipiell auch machen würde, wenn er nicht dafür bezahlt würde. Das „Übereinstimmen von Person und Aufgabe“³² muss glaubhaft vorgetragen werden, so dass im Hier-und-Jetzt auf der Straße ein Authentizitätsvertrag zustande kommt, der es der künftigen Spendenden Anna ermöglicht, Vertrauen zu schenken.

Als Abgleich von Erwartung und Erleben stellt die Idee der Authentizität somit in ihrer zeitlichen Struktur eine Art Versprechen dar, auf deren Basis Vertrauen geschaffen wird. Das Vertrauen stellt sich dann als Erwartung eines gemeinsamen Verständnisses „gegenüber einem nicht immer artikulierten Ziel“³³ sowie als Erwartung eines gemeinsamen Willens³⁴ und geteilter Motive ein.

Als „Verbindung von Affekt, Erinnerung und zukunftsgerichtetem Handeln“³⁵ – so beschreibt Alexa Färber das Versprechen – ist auch die Inszenierung von Authentizität als

ein Versprechen zu werten, das sich anbietet, um die per definitionem aus der Vergangenheit stammende Erfahrung gänzlich mit aus dem Jetzt bezogenen Eindrücken zu ersetzen. In der Spendeneinwerbung ist das Versprechen zur Authentizität z. B. einer NGO also nicht eine „auf Erfahrung basierende Dimension von Vergegenwärtigung“³⁶, sondern eine auf gemeinsam imaginerter Vergegenwärtigung basierende Form der Erfahrung, die aber dennoch zur Vertrauensbildung beitragen kann.

Weil diese Art der Vertrauensbildung leichter in Settings aufgebaut wird, die den *Eindruck* einer Kommunikation ‚von Mensch zu Mensch‘ erwecken, setzt auch das heutige Spendenwesen noch auf Ich-Botschaften, Emotionen und ein Face-to-Face-Fundraising.

Literatur

Amnesty International: Transparenz-Angaben, 21.8.2021; URL: <https://www.amnesty.de/amnesty/transparenz-angaben>.

Amnesty International: WER WIR SIND ... und woran wir glauben. [undatiert]; URL: <https://www.amnesty.de/amnesty/wer-wir-sind>.

Richard H. Dees: Trust and Toleration, London/New York [1960] 2004.

Johannes Fabian: Präsenz und Repräsentation. Die Anderen und das anthropologische Schreiben, in: Eberhard Berg/Martin Fuchs (Hg.): Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation, Frankfurt am Main 1993, S. 335-364.

Alexa Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit? Das Versprechen als alltagskulturelle Vergegenwärtigung von (urbanen) Zukünften, in: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria

32 Goffman: Wir alle spielen Theater, S. 44.

33 Hämmerling: Filmen auf Demonstrationen, S. 86.

34 Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, S. 173.

35 Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit?, S. 27.

36 Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit?, S. 27.

Huszka/Kerstin Wolff (Hg.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, S. 25-41.

Ute Frevert: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, München 2013.

Erving Goffman: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. 10. Auflage, München 2003.

Enli Gunn: Mediated Authenticity. How the Media Constructs Reality, New York 2015.

Christine Hämmerling: Filmen auf Demonstrationen – zwischen Vertrauen und Misstrauen, in: Sandra Mauler/Heike Ortner/Ulrike Pfeiffenberger (Hg.): Medien und Glaubwürdigkeit, Innsbruck 2017, S. 77-89.

Christine Hämmerling: DialogerInnen als Mittler in Spendenbeziehungen zwischen NGOs und ihren Förderern, in: Karl Braun/Claus-Marco Dieterich/Johannes Moser/Christian Schönholz (Hg.): Wirtschaften. Kulturwissenschaftliche Perspektiven, Marburg 2019, S. 279-288.

Martin Hartmann: Die Praxis des Vertrauens, Berlin 1994.

Manfred Hattendorf: Dokumentarfilm und Authentizität. Ästhetik und Pragmatik einer Gattung, Konstanz 1994.

Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 4. Auflage, Stuttgart 2000.

Silke Meyer: Was heißt Erzählen? Die Narrationsanalyse als hermeneutische Methode der Europäischen Ethnologie, in: Zeitschrift für Volkskunde 110 (2014), H. 2, S. 243-267.

Torsten Näser: Authentizität 2.0 – Kulturanthropologische Überlegungen zur Suche nach ‚Echtheit‘ im Videoportal YouTube, in: kommunikation@gesellschaft 9 (2008) Beitrag 2, [o. S.]; URL: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0228-200809030>.

Julian Rotter: General Expectancies for Internal versus External Control of Reinforcement, in: Psychological Monographs 80 (1966), S. 1-28.

Achim Saube: Authentizität. Version: 3.0., in: Docupedia-Zeitgeschichte, 25.8.2015; DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.705.v3>.

Erik Schilling: Authentizität. Karriere einer Sehnsucht, München 2020.

Georg Simmel: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1908.

Weitere Quellen

Spendenauftrag von Amnesty International (Schweizer Sektion) vom 19.4.2022, Bern [Nicht registriertes Dokument].

Gewisse Ungewissheiten

Reflexionen über die Versprechen von Digital Humanities Projekten

Cornelia Eisler

“The instability of human knowledge is one of our few certainties. Almost everything we know we know incompletely at best”,¹ hält Janet Malcolm in ihrem Essay über das amerikanische Schriftstellerinnenpaar Gertrude Stein und Alice B. Toklas fest. Die Digital Humanities ‚versprechen‘ allerdings einen neuartigen, bislang nicht möglichen Erkenntnisgewinn; im Zusammenhang mit dem Schlagwort ‚Big data‘ vor einigen Jahren war gar vom „neue[n] Versprechen der Allwissenheit“² die Rede. Zuversicht und Gewissheit vermitteln auch viele Initiatoren und Initiatorinnen von Digital Humanities Projekten hinsichtlich ihrer prognostizierten Ergebnisse. Bei Kollegen und Kolleginnen in den klassischen Fächern stoßen sie mit ihren interdisziplinär-kollaborativ

ausgerichteten Projekten und ihren Erkenntnisversprechen auf Kritik oder zumindest auf abwartende Skepsis.

Dieses Spannungsverhältnis genauer in den Blick zu nehmen und die Rolle und Funktion der Versprechen in einem breiten Kontext zu analysieren, ist das Ziel meines Vorhabens. Im Mittelpunkt stehen die Begriffsdiskussionen und mögliche Herangehensweisen an ein komplexes Themengebiet, in dem sich Versprechen implizit wie explizit identifizieren lassen. Die Quellengrundlage bilden Projektanträge und ihre Ergebnisse im Bereich Digital Humanities und ihre öffentlich zugänglichen Ergebnisse sowie umfangreiche Projektdokumentationen und aufbereitete Daten des Office of Digital Humanities der US-amerikanischen Fördereinrichtung The National Endowment for the Humanities. Diese hat 2006/2007 eine Strategie zur Förderung von

1 Malcolm, *Two lives*, S. 186.

2 Geiselberger/Moorstedt (Hg.): *Big Data*.

Digital Humanities Projekten entwickelt und finanziert sie seitdem kontinuierlich im Rahmen eines gesonderten Programmes.³

In Kooperation mit der National Endowment for the Humanities schreibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 2008 Digital Humanities Projekte aus. Zugleich sieht sie in der Förderung von Infrastrukturprojekten, die zur wissenschaftlichen Informationsversorgung dienen, einen Bestandteil der Unterstützung digitaler Vorhaben.⁴ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat 2019 eine Richtlinie zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur theoretischen, methodischen und technischen Weiterentwicklung der digitalen Geisteswissenschaften bekannt gegeben. Auch die Beauftragte für Kultur und Medien finanziert seit 2011 Projekte, die im Bereich der Förderung nach Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes den Digital Humanities zugeordnet sind.⁵ Meine eigene Position und Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist dabei insofern von Bedeutung, als die genannten Vorhaben von meinen Kollegen und Kolleginnen und mir begutachtet werden. Mit der Untersuchung verbinde ich somit auch eine Reflexion dessen, was einen Teil unserer Beschäftigung im Wissenschaftsbereich darstellt.

Versprechen und Digital Humanities

Spätestens seit der Jahrtausendwende beeinflussen digitale Technologien die Sozial- und Geisteswissenschaften in zunehmendem Maße. Sie sind einerseits zu Instrumenten für Forschende und andererseits selbst zu einem Forschungsgegenstand geworden. Die Anträge für Digital Humanities Projekte enthalten selbstverständlich ganz konkrete Ziele und Vereinbarungen, in gewissem Sinne Versprechen als Form der Zusage, die auf ihre Einhaltung hin kontrollierbar formuliert werden und als verpflichtend gelten können.⁶ Eingebettet in ihren jeweiligen Kontext lassen diese konkreten Absprachen allerdings Versprechen erkennen, die nicht als schriftliche Vereinbarung oder im Sinne eines Sprechaktes⁷ zu verstehen sind, es sich also nicht um die mündliche Zusicherung einer Person an eine andere handelt; vielmehr vermitteln die Projektanträge durch die in ihnen formulierten Ziele, Vorgehensweisen, Prognosen und Erwartungen indirekte oder implizite Versprechen, die sich den „Formen der Verbindlichkeit, die man eingeht“ annähern, wie Burkhard Liebsch es für „demokratische Lebensformen“ formuliert, ohne dies ganz explizit zu versprechen, die jedoch „einem Versprechen gleich kommen.“⁸ Diese Art Versprechen können wiederum Überschneidungen mit den Begriffen des Potenzials, der Möglichkeiten, des Denk- und Machbaren aufweisen. Die Schwierigkeit

3 Bobleby: Introduction.

4 Siehe Kümmel: Bilateral Digital Humanities Program; Kiesselbach/Kümmel: Digital Humanities, S. 22; Katerbow/Royeck/Raabe: DFG-Förderung, S. 426f.

5 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: Akademische Förderprogramme.

6 Liebsch: Gegebenes Wort, S. 23; siehe zu den verbindlichen Formen Albers: Versprechen und Vertrag, S. 29-34.

7 Siehe Austin: Zur Theorie der Sprechakte; Searle: Speech Acts.

8 Liebsch: Gegebenes Wort, S. 23.

liegt allerdings darin, klar zwischen dem Versprechen für die Zukunft und dem Imaginieren einer Zukunft zu unterscheiden.⁹ Daher gilt auch hier die grundsätzliche Frage, die der Germanist Manfred Schneider in „Die Ordnung des Versprechens. Naturrecht – Institution – Sprechakt“ stellt: „Was ist ein Versprechen? Und wer entscheidet, was ein Versprechen ist?“¹⁰

Implizite oder indirekte Versprechen sind schwer fassbar und hauptsächlich eine Frage der Auslegung oder Interpretation sowie der Erfahrungswerte. Die Konzepte von Versprechen, also die „mit einer Wortbedeutung verbundene[n] Vorstellung[en]“,¹¹ sind vielfältig. Die Soziologin Cristina Besio betrachtet Projekte allgemein als „quantifizierte Versprechen“.¹² Sie geht davon aus, dass in ihnen grundsätzlich Zukunftsvorstellungen entworfen werden, die das Versprechen der Realisierung dieser Entwürfe zu einem bestimmten Zeitpunkt mit festgelegten Ressourcen enthalten. Die Handlungen, die erforderlich sind, um diese Ziele zu erfüllen, werden in den Projektanträgen definiert und bilden zugleich die Voraussetzungen für den Versuch, der Kontingenz des zukünftigen Geschehens entgegenzutreten. Die Projekte selbst bilden gewissermaßen eine „kommunikative Struktur, die als Versprechen verstanden werden“¹³ kann. Dabei dient die Quantifizierung der Projektergebnisse als Mittel der Kontrolle, Effizienz und Kalkulierbarkeit von Risiken. Dies

führt zu Festlegungen und Standardisierungen in Bezug auf die Projektergebnisse, obgleich Forschungen im Allgemeinen – entsprechend der in Deutschland verfassungsrechtlich festgelegten Wissenschaftsfreiheit – auf der Offenheit hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse beruhen sollten. Doch die Quantifizierungen, so Besio, würden den Versprechen Glaubwürdigkeit verleihen und ihr Überzeugungspotenzial stärken.¹⁴ An dieser Stelle überschneiden sich das wissenschaftliche Projektmanagement und ein Bestandteil der grundsätzlichen Versprechen der Digital Humanities in der Annahme, dass die Dominanz von Zählbarkeit, Zahlen, Daten, Messbarkeit und Quantifizierung vermeintlich Objektivität und Berechenbarkeit herstellen könnten, wie die Soziologin Bettina Heintz zusammenfasst: „Weil Zahlen die Handschrift ihrer Autoren verbergen, erwecken sie den Eindruck, interpretationsfreie Beschreibungen der Wirklichkeit zu sein. Der Grund dafür, dass Zahlen als objektiver eingestuft werden als sprachlich formulierte Aussagen, liegt aber weniger in ihrem ‚unpersönlichen‘ Charakter, sondern vor allem darin, dass sie nicht über das durch sie Beschriebene hinausweisen und Information in hoch verdichteter Form darstellen.“¹⁵ Dies ist ein Teil der fachlichen Identität, mit der sich die digitalen Geisteswissenschaften zunächst von den klassischen abgrenzen.¹⁶

Dabei ist der Begriff der Digital Humanities beziehungsweise der digitalen Geisteswissenschaften

9 Zur Unterscheidung von socio-technical imaginaries und Versprechen siehe Joly/Le Renard: *The past futures*, S. 900.

10 Schneider: Vorwort, S. 9.

11 Kollmeier: Begriffsgeschichte.

12 Besio: *Das Projekt als quantifiziertes Versprechen*.

13 Besio: *Das Projekt als quantifiziertes Versprechen*, S. 136.

14 Besio: *Das Projekt als quantifiziertes Versprechen*, S. 147.

15 Heintz: *Zahlen*. Siehe dazu auch: Cevolini: *Zahlen sowie die Einschätzung zu „Daten als Fakten“* in: Imeri: *Ordnen*, S. 225-229.

16 Masson: *Humanistic Data Research*; Blevins: *Digital*.

selbst weiterhin recht unbestimmt und wird unterschiedlich, teils mit konkurrierenden Ansprüchen gedeutet. Im Rahmen der Initiative Digital Humanities Curriculum am Cologne Center for eHumanities (CCeH) der Universität zu Köln wurde 2011 die Spannweite der Beschreibungen wie folgt zusammengefasst: Sie können als eine [Art] *Hilfswissenschaft zu den geisteswissenschaftlichen Fächern, deren Fragestellungen sie aufgreifen*, gesehen werden oder auch *als eine angewandte Informatik, die für einen speziellen Gegenstandsbereich Informatik-Lösungen entwickeln lässt*.¹⁷ Einige Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sehen in ihnen *eine allumfassende Geisteswissenschaft auf der Ebene der Methoden und digitalen Praktiken*, wodurch es sich um ein eigenständiges, grundsätzlich interdisziplinäres Fach handeln würde.¹⁸ Die letzte Formulierung deckt sich in etwa mit einer internationalen, auf Konsens beruhenden Definition, auf die sich Akteure und Akteurinnen sowie Beobachter und Beobachterinnen auf der ersten BarCamp THATCamp Paris 2010/11 in ihrem „Manifesto for the Digital Humanities“ einigten: *For us, the digital humanities concern the totality of the social sciences and humanities. The digital humanities are not tabula rasa. On the contrary, they rely on all the paradigms, savoir-faire and knowledge specific to these disciplines, while mobilizing the tools and unique*

*perspectives enabled by digital technology. [...] The digital humanities designate a “transdiscipline”, embodying all the methods, systems and heuristic perspectives linked to the digital within the fields of humanities and the social sciences.*¹⁹

Im weiteren Sinne der Digital Humanities gehört somit auch die kritische Analyse des Potenzials digitaler Technologien und der Datafizierung in den Geisteswissenschaften dazu. Es wurden lebhaft Diskussionen darüber geführt, inwieweit die Digital Humanities als Gegenstück zu den ‚klassischen‘ Geisteswissenschaften verstanden werden könnten und eine Art ‚neoliberales‘ Projekt bilden, dessen Ziel, grob formuliert, darin bestünde, die Geisteswissenschaften unternehmerischen Bedingungen anzupassen und entsprechend umzugestalten.²⁰

Je nach Perspektive lassen sich unterschiedliche Historiographien der Digital Humanities verfassen. Eine weit verbreitete Variante der Geschichtsschreibung geht davon aus, dass sich computerisierte Forschungen seit den 1950er und 1960er Jahren unter dem Begriff der *computational humanities*, insbesondere in den Sprachwissenschaften entwickelten. Wort-Frequenz- und Textanalysen bestimmten zunächst maßgeblich die Forschungen. Klassifikationssysteme, mark-up und encoding spielten hier eine Rolle, aber auch Hypertext-Editierungen und Korpora-Aufbau. Die Entwicklung ging

17 Cologne Center for eHumanities: Digitale Geisteswissenschaften, S. 4. Die Arbeitsgemeinschaft Referenzcurriculum Digital Humanities des Verbandes DHd – Digital Humanities im deutschsprachigen Raum hat diese Definitionen übernommen. Siehe auch: Raley: Digital Humanities, S. 27.

18 Cologne Center for eHumanities: Digitale Geisteswissenschaften, S. 4; Siehe auch König: Digitale Methoden, S. 9.

19 Dacos: Manifesto. Siehe für eine Einordnung der Definitionen ebenso: König: Digitale Methoden, S. 7-10.

20 Den Ausgangspunkt bildete der provokante Beitrag von Allington/Brouillette/Golumbia: Neoliberal Tools; zu den Reaktionen siehe unter anderem dh+lib review: ROUND-UP; Greenspan: The Scandal of Digital Humanities; Siehe auch Kim/Koh (Hg.): Alternative Historiographies mit einem Beitrag von David Golumbia.

im Laufe der Zeit von Textanalysen hin zu einer stärkeren Einbeziehung graphischer Methoden der Wissensproduktion, dem Design der Darstellung von Erkenntnissen und einer Erweiterung der Analysegegenstände. In der Archäologie fanden computerunterstützte Methoden seit den 1960er Jahren vorwiegend durch statistische Analysen oder die Einbeziehung geografischer Informationssysteme Anwendung. Wissenschaftliche digitale Werkzeuge, die fachlich übergreifend einsetzbar sind, Forschungs-umgebungen und Plattformen für wissenschaftliche Kooperationen sind erst in jüngerer Zeit zu zentralen Bestandteilen der Digital Humanities geworden.²¹ In dieser Hinsicht erfolgte seit den 2000er Jahren eine Ausweitung auf weitere Fachbereiche. Für einige Fächer bedeuten die Digital Humanities folglich eine Fortführung der computergestützten Forschungen, die sich seit den 1950er Jahren etablierten. Für andere stellten sich der Umgang und die Nutzung digitaler Technologien als erstmalige Herausforderungen dar.²²

Zwischen expliziten und impliziten Versprechen

Im Fokus der Untersuchung stehen hier zunächst Vorhaben, die sich seit den 2000er Jahren den Digital Humanities zuordnen lassen und in einem entsprechend definierten Förderprogramm Unterstützung erfuhren. Nahezu 500 Projekte listete die Datenbank des Office of Digital Humanities der National Endowment for the Humanities Anfang des Jahres 2022 auf. In ihnen ging und geht es zusammengefasst darum, digitale Infrastrukturen aufzubauen, neue Methoden auf der Basis digitaler Technologien zu entwickeln und anzuwenden, bestehende Anwendungen zu optimieren, den Aufbau von Online-Plattformen zu unterstützen, große Datenmengen nutzbar zu machen, Kooperationen zu organisieren, aber auch grundsätzlich Bestände aus Archiven, Museen und Bibliotheken zu digitalisieren, um sie für die Forschung und die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aus diesen konkreten Vorhaben und ihren Zielen, die im Kontext der öffentlich zugänglichen Diskussionen über und innerhalb der Digital Humanities communities untersucht wurden, lassen sich in einem ersten Versuch die folgenden impliziten Versprechen herauslesen: 1) das Versprechen des Wissenszuwachses, 2) das Komfort-Versprechen, 3) Modernisierungs- und Transformationsversprechen sowie 4) das Zukunftsversprechen dahingehend, dass den Digital Humanities die Zukunft ‚gehöre‘. Der Wissenszuwachs gilt als ein zentrales Versprechen, wie eingangs bereits angedeutet. Es besteht die Überzeugung, dass neue Erkenntnisse gewonnen werden können, die ohne digitale Technologien nicht möglich wären. Als

21 Burdick/Drucker/Lunenfeld/Presner/Schnapp: Digital Humanities, S. 122f.; Antonijević: Amongst Digital Humanists, S. 12-15; Thaller: Geschichte der Digital Humanities; einen nuancierten Blick auf den Gründungsmythos bietet Jacobs: Punching Holes; zur Archäologie siehe Chenhall: The Impact of Computers on Archaeological Theory; Grosman: Reaching the Point of No Return.

22 Kiesselbach/Kümmel: Digital Humanities; Franken: Methodologie der Zukunft?

Grund hierfür gilt, dass höhere Datenmengen akkumuliert und ausgewertet werden können, doch steht dahinter auch eine Art Wachstumsparadigma. So ließe sich annehmen, dass bis zu diesem Zeitpunkt ein Materialmangel herrschte und dass nun, je mehr Daten verarbeitet würden, folglich mehr Erkenntnisse generiert werden könnten, wodurch ein großes Potenzial für Wissenschaft und Gesellschaft entstünde. Darüber hinaus gibt es die Erwartung, dass bisherige Theorien verifiziert oder falsifiziert werden könnten, da eine Auswertung von umfangreichem und online zur Verfügung stehendem Quellenmaterial möglich sei.²³

Das Komfort- und Annehmlichkeitsversprechen leitet sich aus den Angaben ab, dass mit den Digital Humanities für Forscherinnen und Forscher sowie für ein potenziell interessiertes Publikum ein leichter und schneller Zugang zu Informationen und Materialien, eine schnellere Analyse von Daten und grundsätzlich ein effektiverer Umgang mit Informationen ermöglicht würde.²⁴ Dieses Narrativ der Beschleunigung im Rahmen der Forschungsmöglichkeiten steht im Widerspruch zur Erfahrung von Zeitknappheit in der Forschungsrealität der Digital Humanities, wie Lina Franken aus ihrer diskursethnografischen Untersuchung schlussfolgert, womit sie einen Aspekt hervorhebt, der noch genauerer Untersuchung bedarf.²⁵

Über die direkten Versprechen hinaus, ergeben sich implizite wie die Modernisierungs- bzw.

Transformationsversprechen für die Geisteswissenschaften in ihrer Gesamtheit. Die Erneuerung der akademischen Praktiken in den Kunst- und Geisteswissenschaften bilden dabei ein zentrales Narrativ. Durch die Digital Humanities würde eine Weiterentwicklung erfolgen, was gleichzeitig die klassischen Herangehensweisen ‚rückständig‘ erscheinen lässt.²⁶ Dem Fortschrittsparadigma entsprechend lag (und liegt) der Schwerpunkt der Förderung auf Innovation, Erstentwicklungen („first time“²⁷) und Pilotstudien. Auf diese Weise wird kommuniziert, dass dieser Bereich der Geisteswissenschaften mit Hilfe der technologischen Errungenschaften der letzten Jahre zu Neuerungen fähig sei und dementsprechend Ergebnisse liefern könne, die innovativ und ‚zukunftsfähig‘ sind. Daran schließt sich bereits das ‚Zukunftsversprechen‘ an, indem die Digital Humanities als eine Art Transformationskonzept verstanden werden, das ‚die Welt verändern kann‘. Konkrete Versprechen münden also in ein „grand promise“.²⁸ Alan Liu als kritischer Digital Humanist geht davon aus, dass sein Arbeitsbereich auch eine symbolische Funktion in sich trägt und meint: „[i]n both their promise and their threat, the digital humanities serve as a shadow play for a future form of the humanities“.²⁹ Die Sichtweise, dass

23 National Endowments for the Humanities: Funded Projects; Wodziński: Jewish Wrocław.

24 National Endowments for the Humanities: Funded Projects; Bobley: Introduction, S. 5; Wodziński: Jewish Wrocław.

25 Franken: Beschleunigung.

26 „Advocates position Digital Humanities as a corrective to the ‘traditional’ and outmoded approaches to literary study that supposedly plague English departments.” Allington/Brouillette/Golumbia: Neoliberal Tools; siehe auch: Gold: Introduction; Prescott: The Future and the Digital Humanities.

27 National Endowments for the Humanities: Funded Projects.

28 Zuboff: The age of surveillance capitalism, S. 522. Siehe: Bobley: Introduction, S. 4.

29 Liu: The Meaning, S. 410.

die Digital Humanities die „Zukunft“ repräsentieren, scheint allgegenwärtig und kritikbedürftig.³⁰ Andrew Prescott, Professor of Digital Humanities an der School of Critical Studies in Glasgow, merkt mit gewisser Ironie an: „For the digital humanities, part of its promise is always the claim that is on the side of the future. The digital native will effortlessly succeed the clumsy digital immigrant, and so technology will pervade all aspects of humanities research.“³¹ Diesen Standpunkt unterläuft er zugleich, indem er den Beitrag mit einem Werk von Banksy in Southampton, dem „No Future Girl Balloon“, illustriert. Ein kleines Mädchen hält einen Ballon in der Hand, der das O des Schriftzuges „NO FUTURE“ bildet, während im Hintergrund die Farbe von der Wand abblättert. „Digital humanities has been claimed as ‘the next big thing’ on the intellectual landscape, the successor to the critical theory which has dominated since the 1950s“,³² resümiert Prescott in seinem kritischen Bericht zur Zukunft der Digital Humanities und fordert, vorrangig die intellektuelle Herausforderung in diesem Feld anzunehmen.

Offensichtlich wird ihnen das Potenzial für Innovation zugeschrieben und entsprechend fördert(e) beispielsweise das Office of Digital Humanities der National Endowment nach dem so genannten „high risk/high reward“³³-Ansatz, in der optimistischen Annahme, dass das Eingehen eines hohen Risikos zu größeren Erfolgen führen würde. Risiken aber sind mit Ungewissheiten verbunden. Bei zahlreichen Projekten

handelt es sich um die Anwendung von technologischen Neuerungen, denen aus der nicht-deterministischen Perspektive der Technikforschung der Charakter von „Kontingenz und Flexibilität“³⁴ zugeschrieben wird. Statt Komplexitäten zu reduzieren, können sie „Quelle und Ursache der Kontingenzerhöhung“³⁵ darstellen, wie es der Sozialanthropologe Stefan Beck ausdrückt, und somit „Unsicherheiten und Unvorhersehbarkeiten“ verstärken.³⁶ In ihrer Einführung in den Band „Elusive Promises“ legen die Anthropologinnen Simone Abram und Gisa Weszkalnys Wert auf die Rolle, die Versprechen bei unterschiedlichen Planungsszenarien spielt und argumentieren, dass gerade das Konzept des Versprechens es ermöglicht, die Unordnung und Kontingenz, die mit verschiedenen Formen des Planens einhergeht, einzubeziehen.³⁷ Dies ließe sich ebenso auf die Digital Humanities anwenden. Projekte als quantifizierte Versprechen sollen indes, wie Besio ausführt, Sicherheit geben, der Ungewissheit beziehungsweise der Kontingenz entgegentreten, und ihre Ziele rhetorisch und argumentativ absichern.³⁸ Es wird folglich Ungewissheit als Potenzial erkannt und zugleich scheinen die konkreten Versprechen im Kontext des Projektmanagements dieser als ‚Versicherung‘ entgegenzuwirken. Die Projekte vermitteln

30 Columbia/Kim: Digital Humanities, S. 65.

31 Prescott: The Future and the Digital Humanities.

32 Prescott: The Future and the Digital Humanities.

33 Bobleby: Introduction, S. 5.

34 Beck: Umgang mit Technik, S. 187. Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsversprechen, S. 479.

35 Beck: Umgang mit Technik, S. 222.

36 Beck: Umgang mit Technik, S. 222.

37 „Instead, we wish to include the messiness and contingency of different forms of planning. To do so, we emphasize the idea of the promise of a planned future at the heart of much planning activity, and examine the different and sometimes clashing temporalities at play in contemporary planning contexts.“ Abram/Weszkalny: Introduction, S. 3.

38 Besio: Das Projekt als quantifiziertes Versprechen.

dadurch den Eindruck, dass Risiko und Kontrolle, Ungewissheit und Gewissheit sowie schließlich bedeutende Innovationserfolge für die Digital Humanities und die Geisteswissenschaften in ihrer Gesamtheit miteinander vereinbart werden können.

Obleich dies in einigen Projekten der Fall zu sein scheint, zirkulieren für eine andere Gruppe von Projekten bereits Umschreibungen wie „digital wastelands, caused by the end of research projects“³⁹ oder „veritable graveyards of discarded tools and projects“⁴⁰ wenn über die Nachhaltigkeit von Projekten der Digital Humanities reflektiert wird. Ihre Ziele wurden womöglich kurzfristig erfüllt; doch aufgrund der dynamischen Entwicklung beziehungsweise der kurzen Taktung digitaler Innovationen und der rasanten Entwicklung von Geräten und Programmen veralten die Ergebnisse der Projekte mit hoher Geschwindigkeit, wenn die technischen Grundlagen und ihre Online-Präsentationen nicht aktualisiert beziehungsweise in ihrer Funktionalität aufrechterhalten werden.⁴¹ Einige verschwinden ganz, sodass die Meldung *404 not found* nicht selten den letzten Hinweis auf ihre vormalige Existenz darstellt.⁴²

Jedoch scheinen die Unvorhersehbarkeit oder Unberechenbarkeit im wortwörtlichen Sinne,

durch die Nutzung digitaler Technologien in einer interdisziplinären Umgebung im Widerspruch zum Planungsprozess der Projekte selbst zu stehen. Die Politikwissenschaftlerin Petra Schaper-Rinkel nutzt das Konzept der „politischen Ökonomie des Versprechens“⁴³ um einen vergleichbaren Befund in ihren Untersuchungen zur Konstituierung der Nanotechnologie zu erklären. Sie geht davon aus, dass Nanotechnologie als „ein zentrales Feld von Technoscience-Visionen“⁴⁴ zu betrachten ist, denn allein naturwissenschaftlich sei sie nicht begründbar. Unter Technoscience wiederum versteht sie – im Sinne der (de)konstruktivistischen Technikforschung – eine „Amalganisierung von Wissenschaft, Gesellschaft, Politik und Ökonomie in der Entwicklung von Technologien, die traditionelle Grenzen überschreiten“.⁴⁵ Welche Ergebnisse sich aus der Zusammenführung verschiedener Disziplinen im Bereich der Nanotechnologie tatsächlich ergeben werden, ist ihrer Ansicht nach kaum vorhersagbar und führt zu einer „unberechenbaren Dynamik mit vielen Unbekannten“.⁴⁶ Für die staatliche Technologiepolitik und Wissenschaftsförderung ist Planbarkeit jedoch ein zentraler Punkt. Daher werden „Prozeduren [entwickelt], die darauf ausgerichtet sind, [...] die Kräfte der technischen Visionen] zu bändigen, die Zufälle ihres Auftauchens zu beherrschen und sie auf die Form der gegenwärtigen technologiepolitischen Rationalität

39 Barats/Schafer/Fickers: *Fading Away*.

40 Raley: *Digital Humanities*, S. 37. Simone Abram und Gisa Weszkalny sprechen von „coordinated potential failure“ als einem häufig anzutreffenden Phänomen von Planungen. Siehe Abram/Weszkalny: *Introduction*, S. 9.

41 Barats/Schafer/Fickers: *Fading Away*.

42 *Not found*-Websites entwickelten sich offenbar zu einem selbstverständlichen Bestandteil des Internets, dessen Enttäuschungspotential abgefangen werden soll, indem sie mitunter kunstvoll ausgestaltet werden.

43 Schaper-Rinkel: *Governance von Zukunftsversprechen*, S. 477.

44 Schaper-Rinkel: *Governance von Zukunftsversprechen*, S. 479.

45 Schaper-Rinkel: *Governance von Zukunftsversprechen*, S. 479.

46 Schaper-Rinkel: *Governance von Zukunftsversprechen*, S. 480.

zu begrenzen“.⁴⁷ Hier lassen sich Parallelen zur sogenannten Kontrollkrise im späten 19. Jahrhundert erkennen, als durch die Industrialisierung schnellere und komplexe Systeme der Produktverbreitungen und ihrer Verwaltung durch globale Netzwerke entstanden und die vorhandenen Steuerungsmechanismen als zu unsicher erkannt wurden. Das Ziel bestand daher in der Kontrolle komplexer werdender Systeme.⁴⁸ In politiknahen Bereichen erfolgt die Bewertung von Versprechen und Visionen. Folglich gestaltet die wissenschaftliche Politikberatung das technologische Feld in gewisser Weise mit und spielt in dessen diskursiver Konstruktion eine aktive Rolle.⁴⁹ Die Versprechen selbst scheinen zwischen der Forderung nach Vorhersagbarkeit und der Unvorhersagbarkeit bei der Umsetzung technologischer Vorstellungen zu vermitteln. Der Soziologe Pierre-Benoit Joly und die Soziologin Claire Le Renard sprechen darüber hinaus von „regimes of techno-scientific promises“,⁵⁰ die aus diversen Praktiken bestehen, durch die relevante gesellschaftliche wie politische Gruppen im Sinne der Vorhaben beeinflusst und mobilisiert würden, um wiederum Legitimität für die Transformation durch Technoscience zu schaffen und dadurch die Ressourcen für diesen Prozess zu sichern.⁵¹ Grundsätzlich stehen „die Versprechen einer besseren Welt, die mit der

technologischen Revolution verbunden seien“,⁵² im Vordergrund. Durch sie werden Erwartungen an die Zukunft erzeugt, in denen die technologischen Neuerungen als Notwendigkeit oder zumindest höchst wünschenswert erscheinen, obgleich Vorhersagen aufgrund der Komplexität unmöglich sind, weshalb nur experimentiert werden könne.⁵³ Der Ausblick auf (digitale) Neuheiten und Durchbrüche dient rhetorisch zur Unterstützung und Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen. Von entscheidendem Einfluss für die Überzeugungskraft der Versprechen ist für Joly und Le Renard, dass die Vorstellung von der Zukunft zwar als offen und voller Möglichkeiten, doch zugleich als Gefahr und Bedrohung gesehen wird, weshalb technische Lösungen notwendig sind, die im Sinne von Problematierungen und Problemlösungs-Versprechen wirken. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, zukünftige technologische Einflüsse als unweigerlich eintretend zu konstatieren, auf die es zu reagieren gilt.⁵⁴ Die „diskursive Konstituierung

47 Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsversprechen, S. 482.

48 Siehe Stalder: Kultur der Digitalität, S. 68f.

49 Siehe Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsversprechen, S. 481.

50 Joly/Le Renard: The Past Futures, S. 900.

51 Joly/Le Renard: The Past Futures, S. 900.

52 „Comme pour les biotechnologies, le discours des promoteurs européens des nanotechnologies s’articule autour de deux idées complémentaires: la promesse d’un monde meilleur lié à la révolution technologique et le risque pour l’Europe de ne pas se hisser au rang des économies fondées sur la connaissance.“, Callon/Dianoux/Fourniau/Gilbert/Hermitte/Joly/Joseph/Kaufmann/Larrère/Neubauer/Schaer/Fakir: Démocratie locale, S. 3.

53 Joly/Le Renard: The Past Futures, S. 900; Joly: Science-society relations, S. 113; Zum gegenseitigen Einfluss von technologischen Ressourcen, Interessen und Imaginationen siehe Stalder: Kultur der Digitalität, S. 167.

54 Joly: Science-society Relations, S. 108, 112; Shoshana Zuboff arbeitet dies im Kontext der Diskussionen um ubiquitous computing heraus. Siehe Zuboff: Age of Surveillance Capitalism, S. 221f.

des Technologiefeldes⁵⁵ erfolgt unter zu Hilfe-
nahme überzeugender expliziter und impliziter
Versprechen, die vorrangig im Sinne von Potenzi-
al oder der Schaffung von kollektiv wirkenden
Imaginationen zu verstehen sind.

Hegemoniale Strukturen oder Wer- darf und kann Versprechen geben?

Für diese diskursive Konstituierung identifiziert
Schaper-Rinkel in einem interdisziplinären For-
schungsfeld wie der Nanotechnologie wieder-
um den Prozess der „Grenzziehung“ hinsicht-
lich der Frage, wer als Akteur oder Akteurin zugehö-
rig und in der Lage ist, aktiv mitzugestalten.⁵⁶
Netzwerke und Ressourcenzugang sind zent-
rale Bestandteile der „politischen Ökonomie des
Versprechens“⁵⁷ und bestimmen, wer verspre-
chen darf. In Bezug auf die Digital Humanities
griffen die Literaturwissenschaftlerinnen Dor-
othy Kim und Adeline Koh eben diesen Aspekt
bereits auf, indem sie in ihrem Band „Alterna-
tive Historiographies of the Digital Humanities“
auf Ungleichgewichtigungen bei der Zugänglich-
keit und den Einflussmöglichkeiten hinwiesen.
Sie geben darin Raum für Diskussionen zu The-
men wie etwa „Digital Humanities and/as White
Supremacy“,⁵⁸ „indigenous futures“⁵⁹ und „Black

Futurities“.⁶⁰ Digital Humanities wirken aus ihrer
Sicht noch immer als eine ‚white community‘, die
damit beschäftigt sei, zu definieren, wer und wel-
che Themen durch die Disziplin aufgenommen
würden und welche nicht. An diesem Punkt stellt
sich also die Frage, wem überhaupt die Möglich-
keit gegeben wird beziehungsweise, wer es sich
erlauben kann, konkrete Versprechen zu geben
und darauf Einfluss zu nehmen, welche implizi-
ten Versprechen daraus hervorgehen könnten.
Der Eindruck entstand (zumindest in indigenous
communities), dass vor allem die Archivierung
indigener Sammlungsbestände und virtu-
elle Rückgaben dominierten.⁶¹ Doch würde im
Bereich der Digital Humanities übersehen, dass
vielmehr die Aneignung und Verwendung digita-
ler Technologien unter anderem durch Intellek-
tuelle in black and/or indigenous communities
zu berücksichtigen seien.⁶² Obgleich, wie Kim
betont, die digitale Welt zunächst als Gegenent-
wurf zu den Machtstrukturen und Repressionen
einer von Staaten und Unternehmen bestimm-
ten Welt gedacht war, fänden sich diese mitt-
lerweile längst darin wieder.⁶³ Liu weist darauf
hin, dass seit 2011 Diskussionen über die Prob-
lematik „Who’s in and who’s out?“⁶⁴ geführt wur-
den und durchaus auf die Offenheit und Diver-
sität der Digital Humanities besonderer Wert

55 Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsverspre-
chen, S. 480.

56 Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsverspre-
chen, S. 481.

57 Schaper-Rinkel: Governance von Zukunftsverspre-
chen, S. 481.

58 Golumbia/Kim: Digital Humanities.

59 Senior: An Indigenist Internet.

60 Stringfield: Breaking and (Re)Making. Siehe auch:
Parham: Sample | Signal | Strobe.

61 Senior: An Indigenist Internet. Die Projekte der
National Endowment for the Humanities bestätigen
dies.

62 Senior: An Indigenist Internet, S. 401f.

63 Kim: Introduction.

64 Liu: Toward a Diversity Stack, S. 132. Siehe auch
Bailey: All the Digital Humanists.

gelegt wurde.⁶⁵ Doch ist die These, dass die Digital Humanities selbst ein 'neoliberales' (und koloniales) Projekt darstellen, zumindest im Blick zu behalten. Die Kulturwissenschaftlerin und Archivarin Amalia Levi hat in der Keynote Speech auf dem Kongress des Verbandes Digital Humanities im deutschsprachigen Raum 2022 mit ihrem Beitrag „Filling the Gaps: Digital Humanities as Restorative Justice“ anschaulich auf diese Ungleichgewichtungen und die Fortführung beziehungsweise Reproduktion von kolonialen Strukturen im Zeichen der Digitalisierung aufmerksam gemacht, etwa dass gerade marginalisierte Sammlungen aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht in Digitalisierungsprogramme aufgenommen werden.⁶⁶ Asymmetrien von Wissen und Macht⁶⁷ werden zunehmend diskutiert und es ist daher notwendig, auch die Versprechen, die nicht gemacht werden können, in den Blick zu nehmen. Diese kritischen Sichtweisen und Perspektiven auf und innerhalb des Feldes der Digital Humanities verweisen darauf, dass das menschliche Wissen wohl weiterhin instabil und lückenhaft bleiben wird, trotz aller techno-wissenschaftlichen Versprechen.

Linksammlung

Zugriff am 8.3.2022

Amalia S. Levi: Filling the Gaps: Digital Humanities as Restorative Justice (Keynote auf der Konferenz der DHd „Kulturen des digitalen Gedächtnisses“ in Potsdam; URL: <https://youtu.be/BhJiZ7t6s98> oder <https://www.dhd2022.de/opening-keynote/>).

65 Ein Ergebnis ist etwa nachzulesen in: Prince/Messina: Black Digital Humanities.

66 Levi: Filling the Gaps.

67 Zuboff: The Age of Surveillance Capitalism, S. 221.

Literatur

Simone Abram/Gisa Weszkalny: Introduction, in: Simone Abram/Gisa Weszkalny (Hg.): Elusive Promises. Planning in the Contemporary World, New York, Oxford 2013, S. 1-33; DOI: <https://doi.org/10.1515/9780857459169-002>.

Gregor Albers: Versprechen und Vertrag in Rechtsgeschichte und Rechtsvergleich, in: Gregor Albers/Joaachim Harst/Katharina Kaesling (Hg.): Wortgebunden. Zur Verbindlichkeit von Versprechen in Recht und Literatur, Frankfurt am Main 2021, S. 29-88.

Daniel Allington/Sarah Brouillette/David Golumbia: Neoliberal Tools (and Archives): A Political History of Digital Humanities, in: Los Angeles Review of Books; URL: <https://lareviewofbooks.org/article/neoliberal-tools-archives-political-history-digital-humanities/>.

Smiljana Antonijević: Amongst Digital Humanists. An Ethnographic Study of Digital Knowledge Production, New York 2015; DOI: <https://doi.org/10.1057/9781137484185>.

John Langshaw Austin: Zur Theorie der Sprechakte (How to Do Things with Words), Stuttgart 1972.

Moya Z. Bailey: All the Digital Humanists Are White, All the Nerds Are Men, but Some of Us Are Brave, in: Journal of Digital Humanities 1 (2011), Nr. 1; URL: <http://journalof-digitalhumanities.org/1-1/all-the-digital-humanists-are-white-all-the-nerds-are-men-but-some-of-us-are-brave-by-moya-z-bailey/>.

Christine Barats/Valérie Schafer/Andreas Fickers: Fading Away... The Challenge of Sustainability in Digital Studies, in: DHQ: Digital Humanities Quarterly, 14 (2020), Nr. 3; URL: <https://www.digitalhumanities.org/dhq/vol/14/3/000484/000484.html>.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM): Akademische Förderprogramme zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Berlin 2016.

Stefan Beck: Umgang mit Technik. Kulturelle Praxen und kulturwissenschaftliche Forschungskonzepte, Berlin 1997; DOI: <https://doi.org/10.18452/617>.

Cristina Besio: Das Projekt als quantifiziertes Versprechen, in: Alberto Cevolini (Hg.): Die Ordnung des Kontingenten. Beiträge zur zahlenmäßigen Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2014, S. 133-152; DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19235-2_6.

Cameron Blevins: Digital History's Perpetual Future Tense, in: Matthew K. Gold and Lauren F. Klein (Hg.): Debates in the Digital Humanities 2016, Minneapolis, London 2016; URL: <https://dhdebates.gc.cuny.edu/read/untitled/section/4555da10-0561-42c1-9e34-112f0695f523>; DOI: <https://doi.org/10.5749/j.ctt1cn6thb.29>.

Brett Bobley: Introduction, in: National Endowments for the Humanities (Hg.): Summary Findings of NEH Digital Humanities Start-Up Grants (2007–2010)2010, S. 4-6; URL: https://www.neh.gov/sites/default/files/inline-files/odh-resource-summary.report.odh_sug__0.pdf.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Richtlinie zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur theoretischen, methodischen und technischen Weiterentwicklung der digitalen Geisteswissenschaften; URL: <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-2553.html>.

Anne Burdick/Johanna Drucker/Peter Lunenfeld/Todd Presner/Jeffrey Schnapp: Digital Humanities Cambridge 2012.

Michel Callon/Laurent Dianoux/Jean-Michel Fourniau/Claude Gilbert/Marie-Angèle Hermitte/Pierre-Benoît Joly/Claude Joseph/Alain Kaufmann/Raphaël Larrère/Claudia Neubauer/Roland Schaer/Brigitte Fakir: Démocratie locale et maîtrise sociale des nanotechnologies. Les publics grenoblois peuvent-ils participer aux choix scientifiques et techniques? Rapport de la Mission pour la Métro, 22 septembre 2005; URL: https://sciencescitoyennes.org/IMG/pdf/NanoGrenoble_rapport_final_05_09_22.pdf.

Alberto Cevolini: Zahlen, Zahlenverhältnisse, Zahlensucht, in: Alberto Cevolini (Hg.): Die Ordnung des Kontingenten. Beiträge zur zahlenmäßigen Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2014, S. 9-37; DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-19235-2_1.

Robert G. Chenhall: The Impact of Computers on Archaeological Theory: An Appraisal and Projection, in: Computers and the Humanities 3 (1968), 1, S. 15-24; DOI: <https://doi.org/10.1007/BF02395445>.

Cologne Center for eHumanities (CCEH) an der Universität zu Köln: Digitale Geisteswissenschaften; URL: https://dig-hum.de/sites/dig-hum.de/files/cceh_broschuereweb.pdf.

Marin Dacos: Manifesto for the Digital Humanities; URL: <https://tcp.hypotheses.org/411>.

dh+lib review: ROUND-UP: Neoliberal Tools (and Archives): A Political History of Digital Humanities (and Responses); URL: <https://acrl.ala.org/dh/2016/05/05/neoliberal-tools-and-archives-a-political-history-of-digital-humanities/>.

Lina Franken: Beschleunigung, Quantifizierung und Operationalisierung als neue Normen wissenschaftlichen Arbeitens? Eine kritische Beleuchtung der Diskurspositionen der Digital Humanities (Abstract), in: Zeit. Zur Temporalität von Kultur (43. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Empirische Kulturwissenschaft 4.-7.4.2022), Programmheft 2022, S. 43f.; URL: https://www.dgek-wkongress.de/wp-content/uploads/2022/02/Abstractheft_NEU.pdf.

Lina Franken: Methodologie der Zukunft? Automatisierungspotenziale in kulturwissenschaftlicher Forschung, in: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria Huszka/Kerstin Wolff (Hg.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster, New York 2021, S. 217-233.

Heinrich Geiselberger/Tobias Moorstedt (Hg.): Big Data: Das neue Versprechen der Allwissenheit, Berlin 2013.

Matthew K. Gold: Introduction. The Digital Humanities Moment, in: Matthew K. Gold (Hg.): Debates in the Digital Humanities. NED - New Edition, Minneapolis 2012, S. ix-xvi; URL: <http://www.jstor.org/stable/10.5749/j.ctttv8hq.3>; DOI: <https://doi.org/10.5749/9781452963754>.

David Golumbia/Dorothy Kim: Digital Humanities and as White Supremacy: A Conversation about Reckonings, in: Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): Alternative

Historiographies of the Digital Humanities, Brooklyn, NY 2021, S. 35-78.

Brian Greenspan: The Scandal of Digital Humanities, in: Matthew K. Gold and Lauren F. Klein (Hg.): Debates in the Digital Humanities 2019, Minneapolis, London 2019, S. 92-95; URL: <https://www.jstor.org/stable/10.5749/j.ctvg251hk.12>; DOI: <https://doi.org/10.5749/j.ctvg251hk.12>

Leore Grosman: Reaching the Point of No Return: The Computational Revolution in Archaeology, in: Annual Review of Anthropology 45 (2016), S. 129-145; DOI: <https://doi.org/10.1146/annurev-anthro-102215-095946>.

Bettina Heintz: Zahlen, Wissen, Objektivität: Wissenschaftssoziologische Perspektiven, in: Andrea Mennicken/Hendrik Vollmer (Hg.): Zahlenwerk: Kalkulation, Organisation und Gesellschaft, Wiesbaden 2007, S. 65-85; DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-90449-8_4.

Sabine Imeri: Ordnen, archivieren, teilen. Forschungsdaten in den ethnologischen Fächern, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde. 2; URL: <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:at-ubi:4-5937>.

Arun Jacob: Punching Holes in the International Busa Machine Narrative, in: Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): Alternative Historiographies of the Digital Humanities, Brooklyn, NY 2021, S. 121-143; DOI: <https://doi.org/10.21428/f1f23564.d7d097c2>.

Pierre-Benoît Joly: Science-society Relations Seen through the Prism of Technology Promises, in: Bernard Schiele/Joëlle Le Marec/Patrick Baranger (Hg.): Science Communication Today. Current Strategies and Means of Action, Nancy 2015, S. 107-116.

Pierre-Benoît Joly/Claire Le Renard: The Past Futures of Techno-scientific Promises, in: Science and Public Policy (2021), 48, S. 900-910; DOI: <https://doi.org/10.1093/scipol/scab054>.

Matthias Katerbow/Michael Royeck/Andreas Raabe: DFG-Förderung und der digitale Wandel in den Wissenschaften, in: Informatik-Spektrum 41 (2018), 6, S. 421-428; DOI: <https://doi.org/10.1007/s00287-018-01135-0>.

Matthias Kiesselbach/Christoph Kümmel: Digital Humanities aus Förderperspektive, in: DARIAH-DE (Hg.):

Handbuch Digital Humanities. Anwendungen, Forschungsdaten und Projekte, [Göttingen] 2015, S. 20-25; URL: <http://handbuch.io/w/DH-Handbuch>.

Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): Alternative Historiographies of the Digital Humanities, Brooklyn, New York 2021; URL: <https://library.oapen.org/bitstream/20.500.12657/49672/13/0274.1.00.pdf>; DOI: <https://doi.org/10.53288/0274.1.00>.

Dorothy Kim: Introduction. Media Histories, Media Archaeologies, and the Politics and Genealogies of the Digital Humanities, in: Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): Alternative Historiographies of the Digital Humanities, Brooklyn, NY 2021, S. 15-32; URL: <http://www.jstor.org/stable/j.ctv1r7878x.3>.

Kathrin Kollmeier: Begriffsgeschichte und Historische Semantik, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte; URL: http://docupedia.de/zg/kollmeier_begriffsgeschichte_v2_de_2012; DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.257.v2>.

Mareike König: Digitale Methoden in der Geschichtswissenschaft. Definitionen, Anwendungen, Herausforderungen, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History 30 (2017), 1/2, S. 7-21; DOI: <https://doi.org/10.3224/bios.v30i1-2.02>.

Christoph Kümmel: Bilateral Digital Humanities Program: DFG und NEH fördern gemeinsam, in: DHD-Blog, 16.7.2012; URL: <https://dhd-blog.org/?p=724>.

Burkhard Liebsch: Gegebenes Wort oder gelebtes Versprechen: Quellen und Brennpunkte der Sozialphilosophie, Freiburg 2008.

Alan Liu: Toward a Diversity Stack: Digital Humanities and Diversity as Technical Problem, in: PMLA / Publications of the Modern Language Association of America 135 (2020), Nr. 1, S. 130-151; DOI: <https://doi.org/10.1632/pmla.2020.135.1.130>.

Alan Liu: The Meaning of the Digital Humanities, in: PMLA / Publications of the Modern Language Association of America 128 (2013), Nr. 2, S. 409-423; DOI: <https://doi.org/10.1632/pmla.2013.128.2.409>.

Janet Malcolm: *Two Lives. Gertrude and Alice*, New Haven/London 2007.

Eef Masson: *Humanistic Data Research. An Encounter between Epistemic Traditions*, in: Mirko Tobias Schäfer/Karin van Es (Hg.): *The Datafied Society. Studying Culture through Data*, Amsterdam 2017, S. 25-37; DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/12400>.

National Endowments for the Humanities: *Funded Projects Query Form* (491 matches, Grant Programs: Digital Humanities Advancement Grants; Digital Humanities Fellowships; Digital Humanities; Implementation Grants; Digital Humanities Start-Up Grants; Digital Humanities Workshops, Date range: 2007-2022); URL: <https://securegrants.neh.gov/publicquery/>.

Marisa Parham: *Sample | Signal | Strobe: Haunting, Social Media, and Black Digitality*, in: Matthew K. Gold and Lauren F. Klein (Hg.): *Debates in the Digital Humanities 2019*, Minneapolis, London 2019, S. 101-122; DOI: <https://doi.org/10.5749/j.ctvg251hk.14>.

Andrew Prescott: *The Future and the Digital Humanities*, in: *Digital Riffs*, (2015); URL: <http://digitalriffs.blogspot.com/2015/07/>.

Alanna Prince/Cara Marta Messina: *Black Digital Humanities for the Rising Generation*, in: *DHQ: Digital Humanities Quarterly* 16 (2022), Nr. 3; URL: <https://www.digitalhumanities.org/dhq/vol/16/3/000645/000645.html>.

Rita Raley: *Digital Humanities for the Next Five Minutes*, in: *Differences* 25 (2014), Nr. 1, S. 26-45; DOI: <https://doi.org/10.1215/10407391-2419991>.

Petra Schaper-Rinkel: *Governance von Zukunftsversprechen: Zur politischen Ökonomie der Nanotechnologie*, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 145 (2006), Nr. 4, S. 473-496; DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v36i145.533>.

Manfred Schneider: *Vorwort*, in: Manfred Schneider (Hg.): *Die Ordnung des Versprechens. Naturrecht – Institution – Sprechakt*, München 2005, S. 9-13.

John R. Searle: *Speech Acts: An Essay in the Philosophy of Language*, Cambridge 1969.

Siobhan Senier: *An Indigenist Internet for Indigenous Futures: DH Beyond the Academy and "Preservation"*, in: Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): *Alternative Historiographies of the Digital Humanities*, Brooklyn, NY 2021, S. 401-425.

Ravynn K. Stringfield: *Breaking and (Re)Making*, in: Dorothy Kim/Adeline Koh (Hg.): *Alternative Historiographies of the Digital Humanities*, Brooklyn, NY 2021, S. 475-478.

Manfred Thaller: *Geschichte der Digital Humanities*, in: Ders./Hubertus Kohle/Malte Rehbein (Hg.): *Digital Humanities. Eine Einführung*, Stuttgart 2017, S. 3-12; DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05446-3_1.

Marcin Wodziński: *Jewish Wrocław. ERC Advanced Grant 2017 Research proposal*, in: Private Archive.

Shoshana Zuboff: *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for the Future at the New Frontier of Power*, London 2019.

| Historische Dimensionen

Ein nicht eingelöstes Versprechen

Die Umsiedlung der Deutschen aus der Dobrudscha 1940 und ihre Folgen

Tobias Weger

Deutsche in der Dobrudscha

In mehreren Phasen wanderten seit den 1840er Jahren deutsche Siedler und Siedlerinnen in die Dobrudscha ein, die bis zum Berliner Kongress von 1878 noch zum Osmanischen Reich gehörte.¹ Die Dobrudscha ist der Landstrich zwischen

dem zunächst nach Norden strebenden und sich anschließend im Donaudelta verästelnden Unterlauf der Donau und dem Schwarzen Meer. Viele der deutschen Kolonisten erreichten die Dobrudscha als Sekundärmigranten der vom Zaren zu Beginn des 19. Jahrhunderts initiierten Auswanderung ins Russländische Reich.² Die meisten von ihnen lebten in dörflichen Siedlungen und betätigten sich als Bauern oder Handwerker, und dennoch kann nicht von einer einheitlichen Gruppe („Dobrudschadeutsche“) gesprochen werden.³ Zu heterogen waren sie in Bezug auf ihre konfessionelle Zugehörigkeit mit Lutheranern und Katholiken sowie Mitgliedern von Freikirchen, etwa Baptisten⁴ und Adventisten. Zu heterogen war darüber hinaus auch die regionale Herkunft ihrer Vorfahren; so

1 Im Lauftext werden aus Gründen der Lesefreundlichkeit ausschließlich die deutschen Bezeichnungen für Orte, Regionen und Länder verwendet. Die fremdsprachigen Varianten sind hier in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt: Ali Anife-Calfa (bulgarisch: Добрево/Dobrevo); Auschwitz (polnisch: Oświęcim); Bazargic (bulgarisch: Добрич/Dobritsch); Belgrad (serbisch: Београд/Beograd); Bukarest (rumänisch: București); Deutschdorf (slowenisch: Gorenja Nemška Vas); Dobrudscha (rumänisch: Dobrogea, bulgarisch: Добруджа/Dobrudža); Kalisz (polnisch: Kalisz); Karlsbad (tschechisch: Karlovy Vary); Lindenu (tschechisch: Lindava); Lodz (polnisch: Łódź); Rumänien (rumänisch: România); Rustschuk (bulgarisch: Русе/Ruse); Schlackenwerth (tsch. Ostrov nad Ohří); Semlin (serbisch: Земун/Zemun, ungarisch: Zimony); Untersteiermark (slowenisch: Spodnja Štajerska).

2 Sallanz: Dobrudscha, passim.

3 Petersen/Weger: Neue Begriffe, alte Eindeutigkeiten?

4 Weger: Die Baptisten in und aus der Dobrudscha.



Abbildung 1: Die Deutschen in der Dobrudscha.

unterschied man ursprünglich aus dem deutschen Südwesten stammende „Schwaben“ und aus den östlichen preußischen Provinzen zugewanderte Plattdeutsche, die man in der Dobrudscha „Kaschuben“ nannte.⁵

Seit 1878 gehörte die Dobrudscha zum Fürstentum – ab 1881 Königreich – Rumänien. Die gesamte Region mit ihrer stark diversifizierten Bevölkerung wurde zunächst unter ein Sonderstatut gestellt, und erst nach dreißig Jahren gewährte Bukarest den Bewohnern die vollen Bürger- und Wahlrechte.⁶ Ungeachtet dieser Einschränkungen entwickelten sich die Deutschen in der Dobrudscha, die knapp vier Prozent der

regionalen Bevölkerung ausmachten, zu loyalen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die gut in die Gesellschaft integriert waren und am öffentlichen Leben und Wirtschaften partizipierten. Diese skizzenartigen Angaben veranschaulichen die Vorgeschichte zu den bevölkerungspolitischen Vorgängen, um die es im Folgenden gehen soll. Im Herbst 1940 wurden innerhalb kürzester Zeit unter Beteiligung deutscher nationalsozialistischer Dienststellen mehr als 15.000 Deutsche aus der Dobrudscha umgesiedelt.⁷

5 Traeger: Die Deutschen in der Dobrudscha, S. 25.

6 Iordachi: „La Californie des Roumains“, S. 179.

7 Jachomowski: Die Umsiedlung, S. 100.

Eine Diaspora im Fokus von Wissenschaft und Politik

Unter welchen Vorzeichen war es den NS-Behörden überhaupt möglich, Menschen, die größtenteils von den Erträgen ihrer landwirtschaftlichen Gründe und ihrer Viehbestände lebten, innerhalb so kurzer Zeit zu einem Aufbruch in eine für sie unbekannte und ungewisse Zukunft zu mobilisieren? Welche Vereinbarungen wurden in diesem Kontext getroffen, und mit welchen Versprechen operierte das Regime in Berlin gegenüber diesem kleinen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil in Südosteuropa?

Das Wissen über die den Deutschen in der Dobrudscha war im Deutschen Reich und in der Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert durch Forschungsreisende verbreitet worden. Während des Ersten Weltkriegs gerieten sowohl deutsche Besatzungssoldaten in Rumänien als auch im Kontext der Okkupation durch die Mittelmächte agierende Forscher wie der Ethnologe und Anthropologe Paul Traeger (1867–1933) in Kontakt mit den dort lebenden Deutschen.⁹ In der Zwischenkriegszeit befassten sich Institutionen wie das Deutsche Ausland-Institut (DAI) in Stuttgart oder der Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) mit der Dobrudscha, während Wandervogel-, Pfadfinder- und Studentengruppen Exkursionen dorthin unternahmen. Die Diskurse der Fahrtenberichte oszillierten zwischen Aufrufen, die deutsche Diaspora am Schwarzen Meer tatkräftig zu unterstützen, bis hin zu der Einschätzung, es handle sich um eine langfristig nicht überlebensfähige Bevölkerung.

Noch im Juli 1936 schrieb ein Reporter der *Dresdner Neuesten Nachrichten* von der *geschichtlichen Sendung* der Deutschen in der Dobrudscha, *Träger der deutschen Kultur und des deutschen Lebenswillens* zu sein.⁹ Zur gleichen Zeit stellten allerdings die Planungsstäbe des Dritten Reiches bereits vage Überlegungen an, wie die auslandsdeutsche Bevölkerung der Dobrudscha nach Deutschland zu überführen sei, um sie – so die ideologische Begründung – vor einer möglichen Assimilierung zu schützen. Alternativ schlug der siebenbürgisch-sächsische Politiker Hans Otto Roth (1890–1953) vor, die Deutschen aus der Dobrudscha in Siebenbürgen anzusiedeln und damit den deutschen Bevölkerungsanteil innerhalb des Karpatenbogens zu verstärken.¹⁰

Rahmenbedingungen für die Umsiedlungspolitik

Einen neuen globalen Rahmen für bevölkerungspolitische Intentionen setzte am 23./24. August 1939 der Hitler-Stalin-Pakt und dessen Geheimen Zusatzprotokoll.¹¹ Dieses Dokument grenzte im östlichen Europa deutsche und sowjetische Ansprüche ab, die erstmals bei der Aufteilung Polens im September 1939 zum Tragen kamen. Das zu jener Zeit autoritär verfasste Rumänien sollte als Bündnispartner Deutschlands fungieren, während das rumänische Bessarabien und die nördliche Bukowina der Einflussosphäre

9 Deutschland und der Südosten.

10 Jachomowski: Die Umsiedlung, S. 47.

11 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Band VII, S. 206f.

8 Born: Von Besatzern zur Besetzten, S. 253.

der UdSSR anheimgegeben wurden. Nach dem militärischen Abschluss des Polenfeldzugs hielt Adolf Hitler am 6. Oktober 1939 vor dem ‚Großdeutschen Reichstag‘ eine Grundsatzrede, in der er seine Pläne für die Neuordnung Europas darlegte, unter anderem mit Blick auf die verstreuten deutschen Minderheiten:

In diesem Sinne aber handelt es sich nicht nur um ein Problem, das auf diesen Raum beschränkt ist, sondern um eine Aufgabe, die viel weiter hinausgreift. Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch, zu glauben, dass man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.)

Deutschland und die Union der Sowjetrepubliken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.¹²

Der Rede Hitlers folgte am nächsten Tag die Beauftragung Heinrich Himmlers (1900–1945) mit der Realisierung der Umsiedlungspolitik, für die insbesondere die Volksdeutsche Mittelstelle (Vomi) zuständig wurde.¹³ Auf der Grundlage zwischenstaatlicher Vereinbarungen mit

Estland, Lettland und der UdSSR wurden zunächst Deutsche aus den genannten baltischen Staaten und aus dem von der Roten Armee besetzten Ostpolen umgesiedelt. Später folgten Litauen und nach der Okkupation der Nordbukowina und Bessarabiens durch die UdSSR auch diese Regionen. Zuletzt gerieten auch die Südbukowina und die Dobrudscha in den Fokus der deutschen Politik, obwohl diese Regionen nicht unmittelbar durch die UdSSR bedroht wurden. Das eigentliche Interesse des ‚Dritten Reiches‘ wurde aus der zeitgenössischen Publizistik erkennbar: Darin wurde der enorme Kinderreichtum der dobrudschanischen Familien herausgestellt, die als gute Ausgangsbasis für eine neue Siedlungspolitik betrachtet wurde.¹⁴ Zugleich wurde im Deutschen Reich aber auch ein Bild der Dobrudscha als rückständige Region konstruiert, das nach einer helfenden Tat rufe.¹⁵

Indoktrination und ‚Vorumsiedlungen‘

In der Dobrudscha war in den 1930er Jahren der Grad der Politisierung wesentlich geringer als in anderen Regionen in Rumänien, in denen Deutsche wohnten. Innerhalb der bevölkerungsstarken Gruppen der Banater Schwaben und der Siebenbürger Sachsen konnte sich etwa die nationalsozialistische Ideologie deutlich wirkungsvoller entfalten. Allerdings begann in den späten 1930er Jahren unter Teilen der

12 4. Sitzung, Freitag, den 6. Oktober 1939, S. 56.

13 Lumans: Hitler's Auxiliaries, S. 132.

14 Clomberg: Die bevölkerungspolitische Lage, S. 155; Zidar: Date despre germanii dobrogeni, S. 20.

15 Müller: Dobrudschareise 1940, S. 45-47.

dobrudschanischen Jugend der Nationalsozialismus langsam Fuß zu fassen. Aus diesem Umfeld erfolgten in den ersten Monaten des Zweiten Weltkriegs so genannte ‚Vorumsiedlungen‘, an denen sich angeblich ca. 1.600 Personen beteiligten.¹⁶ Die dadurch hervorgerufene gesellschaftliche Unruhe blieb auch dem rumänischen Geheimdienst nicht verborgen, der Anfang 1940 von konspirativen Aktionen und dem Bemühen zahlreicher Deutscher in der Dobrudscha berichtete, sich deutsche Ahnenpässe zu besorgen, um auf diese Weise ihre im Sinne der NS-Kriterien unbedenkliche Abstammung nachzuweisen.¹⁷ Otto Klett (1910–1976), der Führer der völkischen Jugendbewegung, stellte damals Objekte zusammen, die als künftiges *dobrudschadeutsches Museum* die Erinnerung an diese ‚Siedlergruppe‘ aufrechterhalten sollten.¹⁸

Die deutsch-rumänische Umsiedlungsvereinbarung

Im September 1940 begannen Beamte der deutschen Reichsregierung und der rumänischen Regierung in Bukarest mit Verhandlungen, an deren Ende am 22.10.1940 ein bilaterales Umsiedlungsabkommen geschlossen wurde. Rumänien stimmte der deutschen Forderung zu, die Deutschen in der Südbukowina und der Dobrudscha aus dem rumänischen Staatsverband

zu entlassen und ihnen die Umsiedlung ins Deutsche Reich zu gestatten. Diese Maßnahme sollte auf freiwilliger Basis, das heißt mit Einwilligung der Betroffenen, erfolgen.¹⁹

Hier setzt das eigentliche Thema ein: Um die deutschen Dobrudschaner zum Fortgehen zu bewegen, mussten ihnen die in die Dobrudscha entsandten Reichsbeamten und Mitarbeiter der Vomi die Zukunft möglichst schmackhaft machen. Sie versprachen ihnen eine bessere Zukunft mit größeren Acker- und Weideflächen, guten Bodenqualitäten und solideren Höfen. Die Betroffenen sollte eine Reise ‚heim ins Reich‘ antreten, wozu die NS-Propaganda gerne das Bild einer ‚Rückkehr‘ in die Heimat der Vorfahren bemühte.²⁰ Dort sollten die Umsiedler künftig als Deutsche unter Deutschen, ohne die Nachbarschaft so vieler andersethnischer Menschen, leben und friedlich ihrer Tätigkeit nachgehen können. Diese Versprechungen fanden in erster Linie bei denjenigen Landwirten Anklang, die nicht als eigenständige Bauern ihren eigenen Grund und Boden bewirtschafteten, sondern ihre Nutzflächen als Pachtland von rumänischen Großgrundbesitzern übernommen hatten. Für diesen Personenkreis schien das Versprechen einer künftigen Eigenständigkeit eine tatsächliche Perspektive darzustellen und Hoffnungen auf eine neue Existenzgrundlage zu wecken.²¹ Bei den bereits selbständigen Bauern, die sich zum Teil über mehrere Generationen sichere Existenzen aufgebaut hatten, in ein festes soziales Gefüge aus Nachbarschaft und

16 Bericht des Studienrats Otto Klett aus Cobadin, S. 18.

17 Răzvan: *Naționalitățile și problemele lor*, S. 130, Dok. 217.

18 Klett: *Von den Anfängen eines Heimatmuseums*, S. 23f.

19 Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Königlich Rumänischen Regierung, S. 640f.

20 Krötz: *Die Rückkehr der Volksdeutschen*, S. 8.

21 Jachomowski: *Die Umsiedlung*, S.104.

interethnischem Zusammenleben eingebettet waren und sich als loyale Staatsbürger Rumäniens empfanden, bedurfte es tendenziell größerer Überzeugungsanstrengungen.²²

Die Durchführung der Umsiedlung

Die rumänische Dobrudscha unterteilten die deutschen Behörden in mehrere Zuständigkeitsgebiete, in denen Gebiets- und Ortsbevollmächtigte, Mitarbeiter der Vomi, des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), der Gesundheitsbehörden und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) – insgesamt etwa 160 Personen – unmittelbar auf die deutsche Bevölkerung einwirkten.²³ Das Zusammenwirken von Versprechen, Hoffnungen, Überzeugungsarbeit und massivem Druck veranlasste die meisten Dobrudschaner, sich in die Umsiedlerlisten einzutragen. Damit willigten sie ein, ihr Mobiliar und ihr Vieh an Kaufinteressenten zu veräußern, während ihre Grundstücke, ihre Wohn- und Wirtschaftsgebäude dem rumänischen Staat anheimfallen sollten. Tatsächlich hatte der rumänische Staat ein erhöhtes Interesse an diesen Hofstellen, nachdem er am 7.9.1940 der Abtretung der erst 1913 hinzugewonnenen Süddobrudscha, des so genannten Cadrilater, an Bulgarien hatte zustimmen müssen. Als Folge dieser Gebietsverschiebung migrierten rumänische Kolonisten und Aromunen – rumänischsprachige Menschen, die ursprünglich aus Mazedonien und anderen Balkanregionen

stammten – aus dem Cadrilater in die nördliche Dobrudscha.²⁴

In den wenigen Wochen, die bis zur geplanten Abwanderung der Deutschen aus der Dobrudscha verblieben, setzte in der Tat ein Ausverkauf von landwirtschaftlichem Gerät, Möbeln und Geschirr ein. Nur das zuvor gegebene Versprechen, dass es die Umsiedler künftig besser haben würden, ließ ein solches Procedere zu. Ganz besonders schwer fiel es den Landwirten, sich von ihrem Vieh zu trennen, das nicht mit umgesiedelt werden sollte.²⁵ Das galt insbesondere für die als Arbeitstiere und als Statussymbol gleichermaßen geschätzten Pferde. An dieser Stelle muss betont werden, dass die vorbereitenden Umsiedlungsentscheidungen ohne jegliche Beteiligungsmöglichkeit seitens der Betroffenen getroffen worden waren. Die künftigen Umsiedler waren weder in die deutsch-rumänischen Regierungskonsultationen involviert worden, noch hatte man sie nach dem Vertragsabschluss nach ihrer Auffassung befragt. Das Versprechen einer besseren Zukunft beruhte von Anfang an auf einem asymmetrischen Verhältnis zwischen ungleichen Akteuren.

Von den Umsiedlungswilligen verlangten die Beamten der Vomi bei der Zusammenstellung der Umsiedlerlisten eine mündliche oder schriftliche Einwilligung in den Translozierungsprozess. Bis zum 24.11.1940 sollte die vollständige Erfassung aller Deutschen in der Dobrudscha abgeschlossen werden. An den Maßnahmen waren der Leiter der Vomi, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz (1891–1974), und

22 Jachomowski: Die Umsiedlung, S. 104f.

23 Krötz: Die Rückkehr der Volksdeutschen, S. 14.

24 Cuşa: Aromânii, S. 35-37.

25 Petri: Abschied von der Dobrudscha, S. 116.

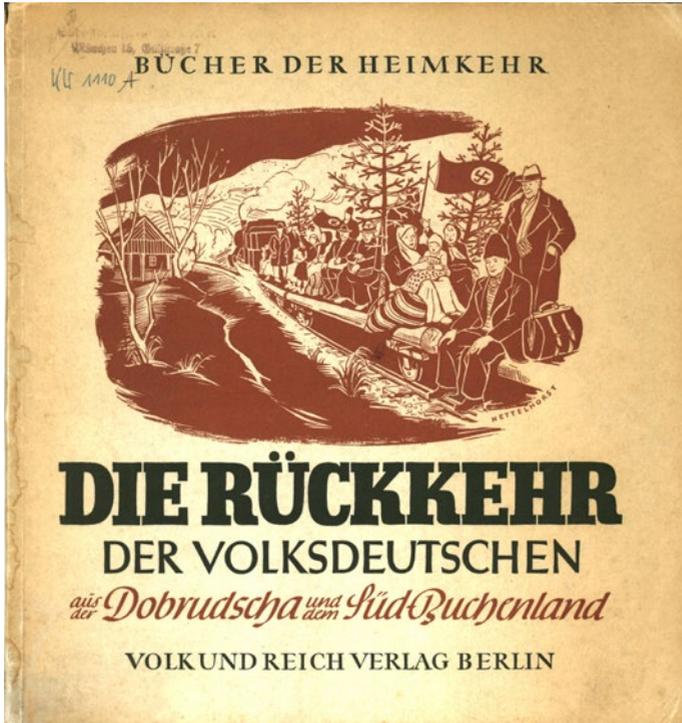


Abbildung 2: Dieser Buchtitel von 1942 mit einer Grafik von Leopold Nettelhorst (1905–?) adressiert die Umsiedlung als „Heimkehr“ und „Rückkehr“. IKGS, Bibliothek, Sign. KW 1110A.

SS-Oberführer Heinrich Siekmeier (1903–1984) persönlich beteiligt.²⁶ Bereits in der Dobrudscha erfolgte eine erste medizinische Begutachtung durch Tropenmediziner und Allgemeinärzte, die den Gesundheitszustand erfassen sollten.²⁷ Diese Maßnahme drückte ein gewisses Misstrauen der Reichsbehörden gegenüber den Umsiedelnden aus, da man sich vor der Einschleppung von Infektionskrankheiten fürchtete; außerdem bedeutete sie eine Selektion durch

die Klassifizierung der Menschen nach ihrer körperlichen Verfassung.

Die Überwindung von Vorbehalten

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Bereitschaft zur Umsiedlung in den evangelischen Gemeinden der Dobrudscha anfangs größer war als in den katholischen. Dies mag daran gelegen haben, dass die evangelisch-lutherischen Christen bereits 1858–1918 administrativ dem preußischen Oberkirchenrat in Berlin unterstanden hatten und dadurch bereits über

26 Krötz: Die Rückkehr der Volksdeutschen, S. 42.

27 Fiebrandt: Auslese für die Siedlergemeinschaft, S. 167.

Beziehungen nach Deutschland verfügten.²⁸ Seit 1918 waren sie ein Teil der Evangelischen Kirche A. B. in Siebenbürgen. Die Katholiken hingegen unterstanden dem Erzbistum Bukarest, einer Diasporadiözese mit einer deutlich multiethnischen Struktur der Gläubigen,²⁹ wodurch die Einflussnahme von Deutschtumsideologien bis hin zum Nationalsozialismus hier schwächer war als bei den Lutheranern. Das Erzbistum Bukarest bemühte sich sogar im November 1940 noch, die Gläubigen zum Dableiben zu bewegen, da es die Gefahr der Durchdringung mit völkisch-nationalistischen Versprechungen genau erkannte. Letztlich entschieden sich auch die meisten Katholiken zum Gehen, nachdem die deutschen Bevollmächtigten in den katholischen Dörfern den Druck erhöht hatten. 1940 kannten die wenigsten Dobrudschaner das Deutsche Reich aus eigener Anschauung. Johann Roth (1881–?) aus Ciucurova, der sich anfangs gegen seine Umsiedlung sträubte, führte gegenüber dem Ortsbevollmächtigten seine negativen Erfahrungen als rumänischer Kriegsgefangener in Deutschland während des Ersten Weltkriegs ins Feld – er wurde mit den Worten zitiert: *Ich kenne euer Deutschland, ich habe genug Rüben und Grobheiten dort gefressen, ich war dort Gefangener!*³⁰ Unter dem allgemeinen Druck seiner Nachbarn stimmte aber auch Roth letztendlich seiner Umsiedlung zu. Selbst in solchen Gemeinden, deren Einwohner sich zunächst bereitwillig zur Umsiedlung gemeldet hatten, wuchs das Gefühl der Wehmut,

je näher der Tag der geplanten Abreise rückte. Der Bukarester evangelische Dechant Hans Petri (1880–1974) unternahm im November 1940 eine Abschiedsreise in die Dobrudscha.³¹ Er hielt unter anderem in dem Dorf Cobadin einen kirchlichen Abschiedsgottesdienst; die Gemeinde wünschte noch eine Wiederholung, bei der die Gemeinemitglieder auch symbolisch wichtige Orte aufsuchten: den Friedhof als den Ort der letzten Ruhe ihrer Vorfahren, Freunde und Angehörigen; das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, auf dem neben rumänischen, türkischen und tatarischen auch die deutschen Gefallenen aus Cobadin aufgeführt sind. Der katholische Geistliche Hieronymus Menges (1910–2002), der selbst in dem Dobrudschadort Caramurat (heute: Mihail Kogălniceanu) zur Welt gekommen war und im Auftrag der Bukarester Erzdiözese im Herbst 1940 in die Dobrudscha reiste, um die Deutschen zum Dableiben zu überreden, wurde mit den Zweifeln seines eigenen Vaters konfrontiert:

Meinem Vater, der seine Gefühle und Empfindungen nie zur Schau gestellt hatte, ging der bevorstehende Abschied sehr nahe. Ergriffen hörte ich ihm zu, als er mich durch seinen Besitz führte, der die Marksteine seines bisherigen Lebens aufwies. Mit bewegten Worten erzählte er mir, wann er das eine oder andere Gebäude errichtet und die verschiedenen Anschaffungen vorgenommen hat. Ich spürte, wie er überall etwas von seinem Wesen hineingelegt hatte. Und nun sollte er alles

28 Schmidt-Rösler: Die evangelischen Gemeinden, S. 38f.

29 Jachomowski: Die Umsiedlung, S. 101.

30 Adam: Die Umsiedlung und ihre Folgen, S. 28.

31 Petri: Abschied von der Dobrudscha.

*lassen und wegziehen? Er würde einen Teil seiner selbst zurücklassen. [...]*³²

Der Weg in eine unbekannte Zukunft

Die kritische oder zumindest distanzierte Haltung mancher Geistlicher kontrastiert mit den idealisierten Berichten nationalsozialistischer Amtsträger. Sie sprechen von der angeblichen Begeisterung, mit der die Deutschen schließlich aufgebrochen seien. Der SS-Berichtersteller Wilibald Janzowski etwa schrieb:

*Jeder schlug uns auf die Schulter, daß sie fast lahm wurde. Die Frauen begannen vor Rührung zu weinen. Den Kindern erzählten sie in den schwäbischen Lauten ihrer Sprache, daß sie nun heimkämen zum Führer. Es war ein Jubel wie zu großen Festen.*³³

Die Umsiedlungen wurden in mehreren Phasen zwischen dem 5. und 24.11.1940 durchgeführt. Auf Viehwagen, Lastwagen oder per Eisenbahn reisten die deutschen ‚Umsiedlungswilligen‘ von ihren Heimorten zum Donauhafen Cernavodă. Das auf 500 Kilogramm pro Familie beschränkte ‚Großgepäck‘ war bereits vorab auf den Weg gebracht worden. Ab dem 11.11. verkehrten von Cernavodă sechzehn Schiffe der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft donauaufwärts in das Aufnahmelager Semlin bei Belgrad, wo die Umsiedler von ‚volksdeutschen‘ Organisationen und Mitarbeitern des Deutschen Roten

Kreuzes (DRK) betreut wurden. Von Serbien aus führte der Weg weiter per Eisenbahn in die Steiermark zum Bahnhof Graz-Puntigam. Damit befanden sich die Umsiedler auf dem Territorium des ‚Großdeutschen Reiches‘, erlebten jedoch sogleich die erste Enttäuschung:

Anstatt auf einem der versprochenen Neubauernhöfe angesiedelt zu werden, begann nun zunächst ein Aufenthalt in Umsiedlerlagern der Vomi, der manchmal wenige Wochen, in manchen Fällen aber auch Monate und Jahre dauerte, in einigen Fällen sogar bis zum Kriegsende. Nach offiziellen Angaben ließen sich im Jahr 1940 13.998 Deutsche aus der rumänischen Dobrukscha umsiedeln.³⁴ Durch Nachumsiedlungen, etwa von Verwandten und außerhalb der Herkunftsregion lebenden Deutschen, erhöhte sich die Zahl schließlich auf knapp über 15.440.³⁵ Unter den insgesamt etwa 500.000 umgesiedelten Deutschen aus dem östlichen Europa bildeten sie eine kleine Entität.

Am 22.1.1943 schloss das Deutsche Reich auch mit dem verbündeten Bulgarien einen Umsiedlungsvertrag. Daraufhin siedelten gemäß dieser Vereinbarung auch aus der Süddobrukscha nahezu alle Deutschen um.³⁶ Der Mechanismus aus Versprechungen, Hoffnungen, Zwang und Anreizen funktionierte dort ähnlich wie 1940 in der rumänischen Norddobrukscha.

32 Menges: Die Umsiedlung der Dobrukschadeutschen, S. 11.

33 Janzowski: Das Ende eines Kapitels Balkan.

34 Wachenheim: Hitler's Transfers of Population, S. 708.

35 Wachenheim: Hitler's Transfers of Population, S. 708.

36 Jachomowski: Die Umsiedlung, S. 121-127.

Lagerunterbringung

Die Umsiedlerlager der Vomi, in denen Deutsche aus der Dobrudscha untergebracht wurden, lagen vor allem in den Reichsgauen Niederdonau – gemeint war in etwa das Gebiet Niederösterreichs – und Mainfranken, also in etwa dem heutigen Unterfranken. Die Ankunft in den Lagern beraubte die Umsiedler ihrer bisherigen Illusionen. Menschen, die in der offenen Steppenlandschaft der Dobrudscha gelebt und ihre Freiheit genossen hatten, wurden zumeist in große Gebäude eingesperrt, welche die Staats- und Parteistellen zuvor requiriert hatten: aufgehobene Klöster, Burgen und Schlösser, Schulen und Gaststätten.³⁷ Das Versprechen ‚heim ins Reich‘ entwickelte sich zu einem Fiasko. In den ersten 14 Tagen durften die Neuankömmlinge die Lager überhaupt nicht verlassen, da die Gesundheitsbehörden im Deutschen Reich Angst vor eingeschleppten Infektionskrankheiten hatten. Anna Gaier (1927–?) aus Atmagea, die als Mädchen die Jahre 1940–1942 in einem Würzburger Lager zubrachte, berichtete, man habe ihre Augen mit einem sehr schmerzhaften Mittel behandelt, da man befürchtet habe, die Umsiedler könnten die ansteckende Augenkrankheit Trachom einschleppen. Als Folge dieser Fehlbehandlung sei Zeit ihres Lebens ihre Sehkraft beeinträchtigt gewesen.³⁸ Menschen, die bis dahin größtenteils ihre eigenen Höfe bewirtschaftet hatten und dort Herr ihrer Lage gewesen waren, fanden sich nun auf engstem Raum wieder, zum Teil mit mehreren

Familien in einem Zimmer, darunter Kinder und alte Menschen. Otto Schmidt aus dem Dorf Agemler berichtete beispielsweise von der beengten Unterbringung von 19 Personen in einer 20 Quadratmeter großen Räumlichkeit des Schlosses Hoyos im niederösterreichischen Gutenstein.³⁹ In einigen beschlagnahmten Klöstern waren kurz vor dem Eintreffen der Umsiedler die dort zuvor untergebrachten behinderten Menschen im Zuge der Euthanasie-Aktion in den dafür vorgesehenen Tötungsanstalten abtransportiert und ums Leben gebracht worden.

Fremdheitserfahrungen, Beschränkungen, Enttäuschungen

Während die zeitgenössische Presse idyllische Schilderungen vom Lagerleben der Umsiedler mit Musikdarbietungen, Feiern und Theateraufführungen lieferte, sah die Realität für die Betroffenen bedrückend aus. Den Umsiedlern wurde verboten, ihr gewohntes Essen selbst zuzubereiten; stattdessen sollten sie durch eine Gemeinschaftsverpflegung an die Ernährungsgewohnheiten im Deutschen Reich herangeführt werden. Anstelle des gewohnten Maisbreis,⁴⁰ der Stampfkartoffeln und des Strudla, eines Strudels mit Fleisch-Kartoffel-Füllung, gab es nun Pellkartoffeln. Die Vielfalt des in der Dobrudscha gewohnten Gemüses fehlte in der deutschen Küche damals weitgehend, und ein weiteres Problem stellte das Brot dar. In Rumänien kannte man in der Zwischenkriegszeit ausschließlich

37 Schreiben des Ministers des Innern, Karlsruhe, 21.10.1940.

38 Gaier: Aufzeichnungen, S. 119.

39 Erlebnisbericht des Otto Schmidt, S. 27.

40 Aus der rumänischen Küche hatten die Deutschen die Mămăligă als beliebte Beilage übernommen.

Weißbrot, während das deutsche Grau- oder Schwarzbrot nicht sehr beliebt war.⁴¹

Besonders drastisch wirkte sich das anfängliche Arbeitsverbot aus. Die Umsiedler waren es zu Hause gewohnt gewesen, viel und hart zu arbeiten; nun waren sie zunächst zur Untätigkeit verdammt.⁴² Hinzu kamen in einigen Lagern Schikanen seitens der Lagerleitung – einige der Verbindungsmänner der Vomi unterschlugen materielle und finanzielle Hilfen, die für die Umsiedler vorgesehen waren. Nicht selten scheint auch das Gepäck unberechtigter Weise geöffnet worden zu sein. Mancher Umsiedlerfamilie wurde das gesamte Mitgebrachte entwendet, darunter auch persönliche Erinnerungsstücke an die Herkunftsregion.⁴³

Den deutschen Siedlern in der Dobrudscha hatte man vor ihrer Umsiedlung versprochen, sie innerhalb eines Jahres nach ihrer Umsiedlung auf neuen Hofstellen anzusiedeln. Dieses Versprechen erwies sich für die allermeisten Betroffenen als illusorisch: Ihre Lebensrealität war nicht bäuerlicher Neuanfang, sondern ein langer Lageraufenthalt. In den Aufnahme lagern blieb nicht einmal die Freizeitgestaltung dem freien Willen und der Kreativität der Lagerbewohner und Lagerbewohnerinnen überlassen. Die Dienststellen der NSDAP wirkten mit Indoktrination auf die Umsiedler ein. Das Ausmaß dieser Beeinflussung variierte von Lager zu Lager je nach der Leitung: während in einigen von ihnen die aus der Dobrudscha gewohnten Handlungen weiterverfolgt werden konnten, liegen aus anderen Erlebnisberichten vor,

wonach bereits zu Weihnachten 1940 die christlichen Komponenten dieses Festes zu Gunsten der von der NSDAP favorisierten ‚Julfeier‘ unterdrückt wurden. An die Stelle der Tischgebete sollten Danksprüche an Adolf Hitler treten.⁴⁴ Der gewohnte christliche Jahreskalender wurde um neue, bisher nicht bekannte Feste erweitert: Hitlers Geburtstag am 20. April, den Tag der Arbeit am 1. Mai und diverse Parteifeiertage.⁴⁵ Die besondere Aufmerksamkeit der Partiestellen richtete sich auf die Jugend, die rasch in die staatlichen Jugendverbände – die Hitlerjugend bzw. den Bund deutscher Mädel – eingegliedert werden sollten.⁴⁶ Der Staatsführung schwebte eine ideologisch gefestigte Siedlergemeinschaft vor, mit deren Hilfe es gelingen sollte, die im Osten annektierten Gebiete Polens und der Tschechoslowakei zu germanisieren. Auch in dieser Hinsicht hatten die deutschen Behörden ihr Versprechen gebrochen. Die Deutschen aus der Dobrudscha sollten nicht nur als neue Siedlergruppe, sondern als Verfügungsmasse im nationalsozialistischen Vernichtung- und Weltanschauungskrieg bereitstehen und so bei der Neuordnung des östlichen Europas unter deutscher Vormacht behilflich sein.

Auch die aus der bulgarischen Süddobrudscha im Frühjahr 1943 umgesiedelten Deutschen durchlebten in der Regel in den verbleibenden beiden Kriegsjahren eine Abfolge mehrerer Lageraufenthalte. Die Familie Ruscheinski aus Ali Anife-Calfa, die im April 1943 im Donauhafen Rustschuk auf den Dampfer „Budapest“ eingeschifft worden war, erreichte am 27.4. Passau.

41 Erlebnisbericht des Otto Schmidt, S. 38.

42 Liedtke: Ein Tschukurover berichtet, S. 71.

43 Gaier: Aufzeichnungen, S. 119.

44 Erlebnisbericht des Otto Schmidt, S. 27.

45 Albrecht: Weihnachten 1940, S. 67-69.

46 Osteinsatz und Landdienst, S. 57.

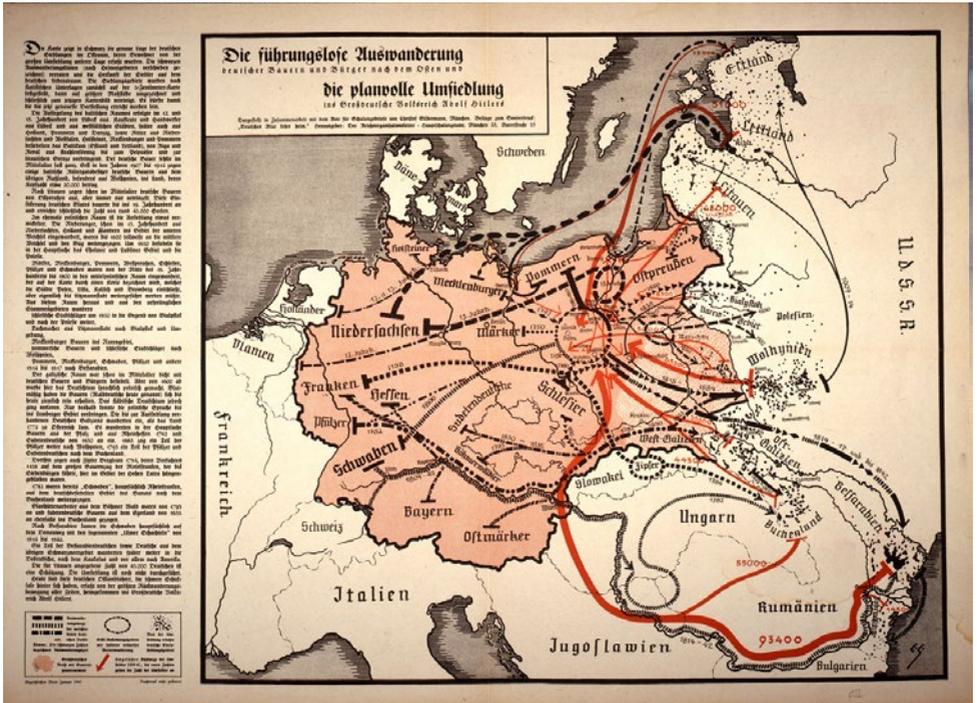


Abbildung 3: Karte mit dem Titel „Die führungslose Auswanderung deutscher Bauern und Bürger nach dem Osten und die planvolle Umsiedlung ins Großdeutsche Volksreich Adolf Hitlers.“ Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Schulungsbriefe von Christof Sibermann, München. Beilage zum Sonderdruck der Zeitschrift Deutsches Blut kehrt heim. Herausgegeben vom Reichsorganisationsleiter – Hauptschulungsamt, München 1941.

Von dort aus wurden sie nacheinander in Lager im oberbayerischen Feilnbach bei Rosenheim und Schloss Niedernfels bei Marquartstein eingewiesen, wo ihnen am 25.7. die deutsche Staatsangehörigkeit zugeteilt wurde.⁴⁷ Drei weitere Stationen waren Lager im Stadtbereich von Regensburg. Dort trafen sie ab dem Juni 1944

noch auf weitere ehemalige Bewohner ihres Heimatdorfes. Der Jurist Waldemar Frank (1906–?) aus Bazargic wurde im April 1943 ebenfalls zunächst auf Schloss Niedernfels einquartiert, ehe er in Deutschdorf in der slowenischen Untersteiermark angesiedelt wurde, wo ihn die NS-Behörden beim Siedlungsbau als Zahlmeister

47 Aus unserer Briefmappe, S. 3.

einsetzten, bis er im November 1944 eine Einberufung zum Volkssturm erhielt.⁴⁸

Kriegsdienst, Einbürgerung und Ansiedlung

Die meisten Umsiedler hatten ihre Hoffnung darauf gesetzt, zeitnah auf einem landwirtschaftlichen Hof angesiedelt zu werden. Viele der Männer im wehrfähigen Alter wurden allerdings unverzüglich zum Militärdienst eingezogen und absolvierten Einsätze an den Fronten des Zweiten Weltkriegs. In diesen Fällen wurde die Neuansiedlung in den von Deutschland besetzten Gebieten zu einem überwiegend weiblichen Unternehmen. Alternativ zur Wehrmacht bestand für männliche Umsiedler auch die Möglichkeit, sich zur Waffen-SS zu melden und damit den Einbürgerungsprozess zu beschleunigen.⁴⁹ Voraussetzung für eine Ansiedlung im Osten des Großdeutschen Reiches war nämlich zunächst einmal der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit, die den Umsiedlern nicht automatisch erteilt wurde, sondern erst nach einem peinlichen Verfahren aus medizinischen und weltanschaulichen Prüfungen. In dieser Zeit des Wartens wurden die Umsiedler in den Lagern auch zu Objekten volkskundlicher Forschungen. Ganz im Geiste der traditionellen Sprachinselvolkskunde versuchte die von der SS geführte Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe e. V. in Lagern in Mainfranken im Winter 1940/41 umfangreiche Forschungen zu

sprachlichen Phänomenen durch. Der evangelische Theologe und Volkskundler Hans von der Au (1892–1955) und der Ingenieur Heinrich Winter (1898–1964) suchten nach spezifischen musikalischen Erscheinungsformen und Tänzen aus der Dobrudscha. En passant konstatierten sie dabei auch – dem Zeitgeist entsprechend – *eine auffallend starke Reinerhaltung des Blutes*.⁵⁰ Einen unvoreingenommenen Zugang wählte der Volkskundler Josef Lanz (1902–1981), der in bayerischen Umsiedlerlagern das Caramurater Weihnachtsspiel dokumentierte und untersuchte.⁵¹

Aus dem Umsiedlerlager ins Konzentrationslager

Es gab eine Gruppe von Dobrudschanern aus dem katholischen Dorf Malcoci, die tatsächlich den Mut aufbrachten, den NS-Behörden ihr gebrochenes Versprechen vor Augen zu halten.⁵² In seiner Reaktion demonstrierte der NS-Terrorapparat seine gesamte Härte. Die Umsiedler waren zunächst im Lager Mainaschaff bei Aschaffenburg untergekommen; man hatte ihnen zugesagt, sie könnten nach einem halben Jahr wieder in die Dobrudscha zurückkehren, sollte es ihnen in der neuen Heimat nicht gefallen. Tatsächlich sah, so eine Kommentierung des NS-Juristen Hans Globke (1898–1973) aus dem Jahr 1943, die deutsch-rumänische Vereinbarung vom 22.10.1940 diese Option nur

48 Stiller: Von den Nachfahren des Auswanderers Michael Frank, S. 48.
49 Milata: Între Hitler, Stalin și Antonescu, S. 166.

50 v. d. Au: Über das Volkslied, S. 2.

51 Lanz: Verpflanzung ostdeutscher Volksschauspiele, S. 22f.

52 Sr. M. Beatrix: Reise in die Vergangenheit, S. 13f.

für Umsiedler aus Bessarabien und der Nordbukowina vor. Da bei einigen Menschen aus Malcoci der Wunsch nach einer Rückkehr mit der Dauer des Aufenthalts im Umsiedlerlager immer mächtiger wurde, brachten die NS-Behörden 88 Männer und ihre Familien am 12.6.1941 ins Lager Schloss Werneck. Die Patienten der im Schloss seit 1856 untergebrachten Heil- und Pflegeanstalt waren ein Jahr zuvor im Rahmen der „Aktion T 4“ von dort fortgebracht und ermordet worden.⁵³

Die Männer aus Malcoci wurden in einem dunklen Kellerraum eingekerkert, um sie müde zu machen, während ihre Angehörigen von ihnen separiert in oberen Räumlichkeiten untergebracht waren. Am 10.10.1941 kam eine Kommission nach Werneck, um die Einbürgerung vorzunehmen. Da die 88 Männer an ihrem Wunsch nach einer Rückkehr nach Rumänien festhielten, verbrachte man sie im November 1941 nach Schlackenwerth. Nachdem sich am 22.6.1942 ein hoher SS-Offizier, am 2.7.1942 sogar Werner Lorenz persönlich ohne Erfolg bemüht hatten, die Männer zu überzeugen, wurden sie noch am selben Tag auf Befehl der Gestapo Karlsbad auf Lastwagen ins Konzentrationslager Flossenbürg transportiert, gleichzeitig wurden 12 Frauen ins Konzentrationslager Ravensbrück eingeliefert. Die Männer mussten in den Steinbrüchen um Flossenbürg schwerste Zwangsarbeit leisten, erhielten eine karge Ernährung und wurden gefoltert und misshandelt. Einer der Gefangenen, Ferdinand Roth (1915–1942), erlag am 8.10.1942 seinen Qualen. *Herzschwäche bei acuter Enteritis* attestierte routinemäßig

der Lagerarzt als vorgebliche Todesursache.⁵⁴ Erst am 14.10.1942 wurden die Überlebenden freigelassen und am 17.10. im Lager Lindenau mit ihren Angehörigen wiedervereinigt. Unter dem Druck der erlebten Schikanen willigten sie am 18.10. ein, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen und sich im besetzten Polen ansiedeln zu lassen. Daraufhin kamen sie vom 8.12.1942 bis zum 8.3.1943 in ein Lager in Kalisch, anschließend bis zum 14.3.1943 in das von den deutschen Besatzern in Litzmannstadt umbenannte Lodz. Nach einem mehrtägigen Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft in Lublin brachte man die Betroffenen zurück nach Lodz, von wo aus sie am 27.8.1944 ins rheinländische Krefeld transferiert wurden, wo sie in Fabriken eingesetzt wurden. Dort harrten sie aus, bis sie am 3.3.1945 von amerikanischen Soldaten befreit wurden.

Franz Mack (1890–1944) aus Malcoci lebte vor der Umsiedlung in Caramurat. Er wurde in Lodz als *Anführer* einer Gruppe von Nichteinbürgerungswilligen identifiziert und in ein Straflager gesperrt. Dort sah ihn seine von der Gestapo ebenfalls inhaftierte Frau am 30.8.1944 zum letzten Mal, ehe er in ein Gefängnis in der Holzstraße 13 in Lodz verbracht wurde. Dort wurde Mack vermutlich ermordet.⁵⁵ Klara Mack sollte am 18.1.1945 mit einem Transport mit anderen Frauen ins KZ Auschwitz transportiert wurde. Der Zug wurde durch alliierte Tiefflieger beschossen; Klara Mack gelang es, in eine Kirche zu flüchten, wo sie überlebte. Sie zog es nach dem Zweiten Weltkrieg vor, wieder nach Caramurat zurückzukehren.

53 Schmelter: Heil- und Pflegeanstalt Werneck, S. 46.

54 Arolsen Online Archives.

55 Erkner: Vor 25 Jahren, S. 84.

Die Neuansiedlung als Überwindung

Dass die Ansiedlung in den besetzten Gebieten mitnichten dem ursprünglichen Versprechen eines unbeschwerten Lebens im Deutschen Reich entsprach, wurde bei der Neuansiedlung in den besetzten Gebieten deutlich: Abweichend von der heroischen Sichtweise der NS-Propaganda war es für viele Umsiedler eine unerträgliche Vorstellung, auf landwirtschaftliche Anwesen gesetzt zu werden, von denen kurz zuvor die polnischen Besitzer vertrieben worden waren. Mathilde Dreschler aus Malcoci erlebte als Kind einen solchen bedrückenden und von Scham bestimmten Moment, der ihre Familie Überwindung kostete:

Am 12. Juni 1942 wurden wir in Sonnenhof im Kreis Krotoschin angesiedelt. Der Ortsbauernführer Dr. Weiß, der ein großes Gut besaß, schickte ein Pferdegespann nach Litzmannstadt und ließ uns abholen. Dann standen wir also vor unserem neuen Zuhause. Diesen Moment werde ich nie vergessen. Wir kletterten alle vom Wagen, dann lehnte Mutti sich mit beiden Armen an das Tor, legte ihren Kopf darauf und weinte bitterlich. „Man kann doch nicht Leute aus ihren Häusern jagen und uns dann reinsetzen. Das ist unrecht und tut nicht gut“, schluchzte sie. So sehr Vati sie auch bat, Mutti wollte das Grundstück nicht betreten. Wir Kinder und Tante Lisbeth standen hinter ihr und wussten nicht, was wir tun sollten. Doch dann sah Mutti ein, dass es keine Alternative gab. Man hatte drei Wirtschaftsbetriebe auf ein Grundstück gelegt: Wir wohnten in der Mitte,

*rechts von uns die Familie Ratkowski und links die Familie Schneider mit zwei Töchtern.*⁵⁶

Christliche Werthaltungen zahlreicher Umsiedler kollidierten hier mit den Prämissen des nationalsozialistischen Regimes, wenn es um den persönlichen Umgang mit Polinnen und Polen ging, die als Landarbeiter von den neuen Hofbesitzern beschäftigt wurden. Mancher Deutsche aus der Dobrudscha empfand es als *Sünde*, Deutsche und Polen, die miteinander arbeiteten, etwa beim Essen zu trennen. Die Polen seien *auch Menschen*, die deswegen am selben Tisch wie die Deutschen ihre Mahlzeiten einnehmen dürften.⁵⁷ Gegen diese Haltung sollten die Umsiedler-Beraterinnen der NSV gezielt einschreiten.⁵⁸

Flucht und erneute Ungewissheiten

Die Ansiedlung in den besetzten Gebieten mündete im Winter 1944/45 in einem absoluten Chaos. Im Januar 1945 evakuierten die NS-Behörden die meisten Umsiedler aus dem Reichsgau Wartheland, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren und anderen Ansiedlungsgebieten. Vielfach kamen diese Anweisungen relativ überhastet und verspätet. Wer von den Dobrudschanern den Weg nach Westen schaffte, kam nun erstmals tatsächlich als freier Mensch in das Gebiet des Deutschen Reiches. Aus Umsiedlern wurden Geflüchtete, die in der Masse der deutschen Vertriebenen und

56 Klein: Von Malkotsch nach Welbsleben, S. 30; Krotoschin (pl. Krotoszyn).

57 Gaier: Aufzeichnungen, S. 120.

58 Harvey: Women and the Nazi East, S. 174.

Flüchtlinge aus dem östlichen Europa aufgingen. Zwar formierten sich durch das beherzte Handeln einiger Persönlichkeiten kirchliche und soziale Hilfsorganisationen, und schließlich gründete sich mit der Landsmannschaft der Dobrudschadeutschen sogar eine politische Interessensvertretung. Die baden-württembergische Stadt Heilbronn, in der sehr viele Dobrudschaner eine neue Heimat gefunden hatten, übernahm die Patenschaft über die Gruppe und war jahrzehntelang Sitz der landsmannschaftlichen Geschäftsstelle, des Heimatarchivs und Austragungsort der alljährlichen Heimattreffen, bis schwindende Mitgliederzahlen schließlich eine Eingliederung in den Bessarabiendeutschen Verein e. V. in Stuttgart erzwangen.

Viele Dobrudschaner haben sich in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR eine neue Existenz aufgebaut. Neben vielen anderen unrealisierten Versprechen stand in beiden deutschen Staaten auch die Erfahrung, nicht wieder als Landwirte tätig werden zu können: In Westdeutschland existierten keine freien Bauernstellen; in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hatte zwar 1945 die Bodenreform der Sowjetischen Militäradministration und die damit einhergehende Zerschlagung großer Güter zunächst Hoffnung auf eigene Bauernhöfe geweckt. Wenige Jahre später gingen diese jedoch in den kollektivierten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) der DDR auf. Eine große Fluchtbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik bis zum Mauerbau war die Folge.

Nicht wenige Dobrudschaner waren so enttäuscht von den Versprechungen, die ihnen das Deutsche Reich gegeben hatte, dass sie vorzogen, entweder in die Dobrudscha

zurückzuziehen oder nach Übersee auszuwandern, wo etwa in den USA oder in Kanada aufgrund früherer Auswanderungen bereits Verwandte und Bekannte lebten. So sind heute die Nachfahren der deutschen Dobrudschaner über den halben Globus verteilt.

Ein nicht eingelöstes Versprechen

Die Umsiedlung der Deutschen aus der Dobrudscha im Herbst 1940 und ihre Folgen bieten ein gutes Beispiel dafür, wie seitens eines Staates eine ganze Bevölkerung durch ein Versprechen mobilisiert und zu Hoffnungen veranlasst wurde. Da die Rezipientengruppe des Versprechens im Herbst 1940 in nationalpolitischer Hinsicht als weitgehend indifferent oder abstinent gelten kann, war ihr hinsichtlich der rhetorischen Konstellation das politisch stark organisierte Deutsche Reich deutlich überlegen. Wir haben es daher modellhaft mit einer asymmetrischen Kommunikation zu tun: Anders als etwa beim Freundschafts-, Partnerschafts- oder Eheversprechen, dass sich zwei Menschen auf Augenhöhe geben und damit eine langfristige private Vereinbarung eingehen, lief das ‚Versprechen‘ der nationalsozialistischen Akteure an die mehr als 15.000 Deutschen in der Dobrudscha von Anfang an auf eine Übervorteilung hinaus. Die Umsiedler haben die Annahme dieses Versprechens und den Glauben an seine Aufrichtigkeit mit schweren Konsequenzen bezahlt und größtenteils bitter bereut. Als Menschen mit einem ausgeprägt traditionellen Gottvertrauen hatten manche von ihnen in dem Versprechen einer besseren Zukunft beinahe die Perspektive eines ‚gelobten Landes‘ gesehen. Doch der

lange Weg vom Schwarzen Meer ins Reichsgebiet führte weder in die versprochene ‚Urheimat‘ noch in eine gesicherte Zukunft. Die Ansiedlung erfolgte in den besetzten Gebieten, dem neuen Expansions- und Kolonialland des Dritten Reiches, dessen Besetzung die Anwendung extremer Gewalt gegenüber der dort lebenden polnischen, tschechischen oder slowenischen Zivilbevölkerung erforderte. Es zählt zu den Paradoxien der NS-Herrschaft, dass ihre Ideologie häufig das auf einen literarischen Buchtitel des völkischen Autors Hans Grimm (1875–1959) zurückgehende Motiv vom „Volk ohne Raum“⁵⁹ bemühte und so die Expansionspolitik im östlichen Europa legitimieren wollte. In der Realität musste das Regime jedoch sogar auf Diaspora-Gruppen wie die Deutschen aus der Dobrukscha zurückgreifen, um überhaupt in ausreichender Zahl Menschen für die Besiedelung aufbringen zu können.

Die Umsiedlung der Deutschen aus der Dobrukscha im Jahr 1940 und ihre Folgen bedeuteten mehr als nur einen Vertrauensverlust und einen Vertrauensbruch: Die Umsiedlung so genannter deutscher Volksgruppen aus dem östlichen Europa während des Zweiten Weltkriegs zählt zu den ungesühnten Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Die während des Zweiten Weltkriegs Betroffenen sind heute größtenteils verstorben, abgesehen von einigen Menschen, die noch als Kinder oder Jugendliche die Vorgänge der Jahre 1940–1945 miterlebt haben. Umso wichtiger erscheint es, ihnen wenigstens in der wissenschaftlichen Befassung mit diesem

Thema retrospektiv Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Literatur und Quellen

4. Sitzung. Freitag, den 6. Oktober 1939, in: Verhandlungen des Reichstags. 4. Wahlperiode 1939. Band 460. Stenographische Berichte 1939–1942. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. 1.–8. Sitzung, Berlin 1942, S. 51–63.

Johann Adam: Die Umsiedlung und ihre Folgen, in: Jahrbuch 1960 der Dobrukscha-Deutschen, S. 28f.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor dem Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956.

Frieda Albrecht: Weihnachten 1940 im Umsiedlungslager, in: Der Dobrukschabote 18 (1994), S. 67–69.

Arolsen Online Archives: Ferdinand Roth, <<https://collections.arolsen-archives.org/de/search/person/10987856?s=Ferdinand%20Roth&t=225056&p=1>>

Hans v. d. Au: Über das Volkslied bei den Dobrukscha-Deutschen, in: Das deutsche Volkslied. Zeitschrift für seine Kenntnis und Pflege 46 (1944) H. 1-2, S. 1-9.

Aus unserer Briefmappe, in: Rundbrief der Dobrukscha-Deutschen, Nr. 64, 1954, S. 3.

Sr. M. Beatrix: Reise in die Vergangenheit, in: Mitteilungsblatt des Bessarabiendeutschen Vereins e. V. 65 (2010) H. 4, S. 13f.

Bericht des Studienrats Otto Klett aus Cobadin, Plasa Traian, Județ Constanța in der Dobrukscha [1956], in: Theodor Schieder u. a. (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Band III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Bonn 1957, S. 18–23.

Robert Born: Von Besatzern zu Besetzten. Kunstschutz und Archäologie in Rumänien zwischen 1916 und 1918, in: Robert Born/Beate Störckuhl (Hg.): Apologeten der Vernichtung oder „Kunstschützer“? Kunsthistoriker der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg. Köln u. a. 2017, S. 215–254.

59 Grimm: Volk ohne Raum.

Alfred Clomberg: Die bevölkerungspolitische Lage des Deutschtums im Südosten, in: Baltische Monatshefte, Nr. 3, 1.3.1938, S. 151-156.

Nicolae Cușa: Aromânii (Macedoromânii) în România [Die Aromunen (Makedorumänen) in Rumänien], Constanța 1996.

Deutschland und der Südosten, in: Dresdner Neueste Nachrichten, 45. Jg., Nr. 131, 8.6.1937, S. 2.

Therese Erkner: Vor 25 Jahren verloren wir unsere Heimat, in: Jahrbuch 1965 der Dobrudscha-Deutschen, S. 73-88.

Erlebnisbericht des Otto Schmidt, in: Der Dobrudscha-bote 18 (1994) H. 59, S. 24-35.

Erlebnisbericht des Otto Schmidt aus Agemler (Ciobănița), Plasa Traian, Județ Constanța in der Dobrudscha [1956], in: Theodor Schieder u. a. (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Band III: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Bonn 1957, S. 35-42.

Maria Fiebrandt: Auslese für die Siedlergemeinschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939–1945, Göttingen 2014.

Anna Gaier: Aufzeichnungen zu unserer Familiengeschichte, in: Jahrbuch 1976 der Dobrudscha-Deutschen, S. 111-125.

Hans Grimm: Volk ohne Raum, München 1926.

Elizabeth Harvey: Women and the Nazi East. Agents and Witnesses of Germanization, New Haven/London 2003.

Constantin Iordachi: "La Californie des Roumains." L'intégration de la Dobroudja du Nord à la Roumanie, 1878–1913, in: Balkanologie 6 (2002) Nr. 1-2, S. 167-197.

Dirk Jachomowski: Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur „Siedlungsbrücke“ an der Reichsgrenze, München 1984.

Willibald Janzowski: Das Ende eines Kapitels Balkan. Dobrudscha, ein Stück deutschen Heldentums, in: Salzburger Volksblatt, 70. Jg., Nr. 264, 8.11.1940, S. 2.

Mathilde Klein: Von Malkotsch nach Welbsleben. Eine Dobrudscha-Deutsche erzählt ihr Leben, Norderstedt 2009.

Otto Klett: Von den Anfängen eines Heimatmuseums und dem Weg, der zur Schaffung des Archivs und des Museums der Dobrudschadeutschen in Heilbronn geführt hat, in: Jahrbuch 1957 der Dobrudscha-Deutschen, S. 23-27.

Robert Krötz: Die Rückkehr der Volksdeutschen aus der Dobrudscha und dem Süd-Buchenland. Mit einem Geleitwort von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, Amsterdam/Prag/Wien 1942.

Josef Lanz: Verpflanzung ostdeutscher Volksschauspiele durch Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, in: Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen 3 (1957), S. 20-55.

Christian Liedtke: Ein Tschukurover berichtet, in: Jahrbuch 1977 der Dobrudscha-Deutschen, S. 58-76.

Valdis O. Lumans: Hitler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe 1933–1945, Chapel Hill NC 1993.

H[ieronymus] Menges: Die Umsiedlung der Dobrudschadeutschen im Jahre 1940, in: Jahrbuch 1970 der Dobrudscha-Deutschen, S. 7-15.

Paul Milata: Între Hitler, Stalin și Antonescu. Germanii din România în Waffen-SS [Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS], Sibiu 2018.

Wilhelm Müller: Dobrudschareise 1940, in: Volk im Osten 1 (1940) H. 2, S. 45-47.

Osteinsatz und Landdienst, in: Das Junge Deutschland. Amtliches Organ des Reichsjugendführers des Deutschen Reiches, 37. Jg., Nr. 1, 30.1.1943, S. 57-63.

Hans-Christian Petersen/Tobias Weger: Neue Begriffe, alte Eindeutigkeiten? Zur Konstruktion von ‚deutschen Volksgruppen‘ im östlichen Europa, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 25 (2017), S. 177-199.

Hans Petri: Abschied von der Dobrudscha, in: Die evangelische Diaspora 23 (1941) H. 1, S. 111-120.

Limona Răzvan: Naționalitățile și problemele lor în documentele de arhivă dobrogene (1879–1941) [Die Nationalitäten und ihre Probleme in dobrudschanischen Archiven (1879–1941)], Constanța 2009.

Josef Sallanz: Dobrudscha. Deutsche Siedler zwischen Donau und Schwarzem Meer, Potsdam 2020.

Thomas Schmelter: Heil- und Pflegeanstalt Werneck, in: Michael von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hg.): Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die Bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, 2. Auflage, München 2012, S. 35-54.

Andrea Schmidt-Rösler: Die evangelischen Gemeinden in der Dobrudscha, in: Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas 10 (2014), S. 37-48.

Schreiben des Ministers des Innern, Karlsruhe, an die Landräte, Polizeipräsidenten, Polizeidirektoren und Oberbürgermeister der Stadtkreise, 21.10.1940; Bereitstellung durch Martin Grasmannsdorf; URL: <http://www.umsiedlungslager.de/Startseite/Verschiedenes-Kontaktformular>.

Irmgard Gerlinde Stiller: Von den Nachkommen des Auswanderers Michael Frank aus Möhringen, in: Jahrbuch 1974 der Dobrudscha-Deutschen, S. 17-52.

Paul Traeger: Die Deutschen in der Dobrudscha. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Wanderungen in Osteuropa, Stuttgart 1922.

Vereinbarung zwischen der Deutschen Regierung und der Königlichen Rumänischen Regierung über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung in der Südbukowina und der Dobrudscha vom 22. Oktober 1940, in: Paul Meier-Benneckenstein u. a. (Hg.): Dokumente der deutschen Politik. Band 8: Der Kampf gegen den Westen, Berlin 1943, S. 460f.

Hedwig Wachenheim: Hitler's Transfers of Population in Eastern Europe, in: Foreign Affairs 20 (1941–1942) H. 1-4, S. 705-714.

Tobias Weger: Die Baptisten in und aus der Dobrudscha. Eine lokale und eine globale Verflechtungsgeschichte, in: Sabine Hübner, Kim Strübind (Hg.): Entgrenzungen. Festschrift für Andrea Strübind, Göttingen 2023, S. 97-122.

Marian Zădaru: Date despre germanii dobrogeni din călătoria lui Theo Steinbrücker în Dobrogea (1934–1935) [Daten zu den Deutschen in der Dobrudscha von der Dobrudschareise Theo Steinbrückers (1934–1935)], in: Transilvania 36 (2007), S. 11-23.

The promise of identity

The intangible cultural heritage of the inhabitants of Upper Silesia in the context of migration

Beata Piecha-van Schagen

“Beate, Du musst Deutsch lernen. Das ist deine Heimatsprache” – with these words my grandmother obligated me to keep the promise of remembering and of adherence to the community of German-speaking Catholic Upper Silesians. It seems that she had been aware of the correlation that Reinhart Koselleck and Aleida Assmann mention in their texts about cultural memory, arguing that „memory opens up an approach to the past that focuses on identity”.¹ Intuitively, she understood that by obliging me to preserve the identity (and the language) she was initiating a transfer between generations,

a sharing of memory. At the same time, she was aware that the state in which we lived at that time, the People’s Republic of Poland, tolerated the cultural traces of Upper Silesia’s past only with great difficulty. The prohibition to teach German within the state school curriculum made the transmission of the ancestral language (identified as Muttersprache) a legacy that was difficult to maintain – a promise difficult to keep. By pointing to heritage, especially intangible heritage, the bearers hope that passing it on to the next generation will be successful. Because of its importance, they expect the descendants to treat this transmission as a commitment. Indeed, embedded in the process of passing heritage from one generation to the next is the promise that language, customs, celebrations, and practices will not be forgotten. A further promise is also represented in

1 “Erinnerung eröffnet nach Koselleck einen Zugang zur Vergangenheit, der Identität in den Mittelpunkt stellt”. Assmann: *Między historią*, p. 201. She refers to Koselleck’s epilogue (“Nachwort”) for the book by Charlotte Beradt: *Das Dritte Reich des Traums* [1966], Frankfurt am Main 1994, S. 117.

the expectation that the heritage will be passed on in the future. For many young people born in the second half of the 20th century, it was almost impossible to fulfil the promise of a German-speaking Upper Silesian identity. Thus, living heritage became a memory of ancestors passed on at home. Although both intangible heritage and memory are of great importance in defining and constructing identity, Veyssel Apaydin, an academic of cultural heritage studies, argues that the concept of heritage and memory, together with its importance for groups and communities, results in plural meanings. Yet these two concepts are integral resources for people who are connected through them. These are groups of people who share similar values and develop tangible and intangible heritage and associated memory; ascribing meanings and values to cultural heritage helps them to come together and create a sense of belonging. This, in turn, provides a critical resource for survival in a complex world".²

The complexity of the Upper Silesian world surged from the mid-19th century until the 1980s, as the coal-bearing region attracted and repelled subsequent generations of workers, becoming an arena for migration. Thanks to its coal seams, the region became a place where many different promises were made, economic, social but also identity-related.

The Promised Land

These pledges were made by those who decided on the exploitation of metal and coal deposits, the production of iron and zinc ores, and those who possessed the capital to be multiplied by the physical and intellectual labour of others. The owners of the workplaces and the Prussian, German and Polish states made promises of a prosperous life and partly fulfilled them: establishing workers' housing estates and blocks of flats, kindergartens, allotment gardens, introducing compulsory health insurance or company hospitals and health clinics. Of course, these social amenities were a kind of pact. As Marcel Mauss would say, these gifts appear to have been voluntary, but they were reciprocated under a certain compulsion and were fraught with negative consequences.³ Alcoholism, feelings of alienation and petty crimes, or the loss of cultural practices, were also an everyday reality in Upper Silesia as a direct result of migration. The demand for manpower in heavy industry caused the Prussian/German and later the Polish state to provoke large-scale population movements. They used the economic factor for this, of course – rich coal deposits made it extremely profitable to process it locally into coke and then produce steel.

In the middle of the 19th century, 975.000 tons of coal were mined in Upper Silesia, and workers were needed to achieve such production. Thousands of people responded and thus became immigrants. These included highly skilled workers and engineers from the west of the country,

2 Apaydin: Introduction, p.3.

3 Mauss: The Gift, pp. 100-107.

but the most numerous group (as many as 90%) were villagers who found employment in heavy industry as an escape from overcrowded rural areas. Workers also came to Upper Silesia from outside Prussia, from the Polish lands that were then within the borders of Austria and Russia. At the end of the 19th century, the largest Upper Silesian County, Bytom, was inhabited by 940,000 people. In 1902, around 140,000 workers were employed in the industry in the Upper Silesian Industrial Region, 80,000 of them in coal mines. Thus, with the first wave of industrialisation, Upper Silesia was born as a 'Promised Land'.

Until 1945 the purpose for the mass migration within the region was almost exclusively for political decisions, except for the 'second industrialisation' in the People's Polish Republic (1970–1979). The migration after the division of Upper Silesia between Poland and Germany in 1922 has been omitted because of its relatively small scale.

In 1933, the Upper Silesian Province (Provinz Oberschlesien) was inhabited by almost 1.5 million people, of whom almost 120,000 were forcibly evicted in 1945 (before the Potsdam Conference). The following year, 160,000 were forced to migrate, because the authorities in People's Poland considered them to be undesirable Germans in Upper Silesia.⁴ The verification criteria were usually based solely on language, which in the situation of a population living in a multicultural border region, often nationally indifferent, is a very complicated issue.⁵ By 1950, 309,000

people considered to be Germans had left Upper Silesia, but in the meantime, they had been replaced by around 200,000 immigrants from the pre-war Eastern Borderlands (mainly from present-day Ukraine)⁶ and other parts of Poland. This number was supplemented by re-emigrants from Belgium, France, and Germany, who were brought in mainly to support the mining industry and reinforce the communist regime.⁷ Over the next decade, in the 1950s, 350,000 people arrived in Upper Silesia, primarily from the eastern regions of Poland. Between 1957 and 1958 alone, there were 80,000 – mainly men aged 18-35. Already in 1960, they accounted for 23% of the population. High salaries in mining and metallurgy attracted more people, but at the same time liberalisation of the passport policy caused 63,000 people to leave the Katowice region in the second half of the 1950s.⁸

At the peak of the 'second industrialisation', a term coined by the Polish Communist authorities, coal mining reached the 200 million tonnes desired by the Party leadership. It was mined mainly by people from outside Silesia – during this decade, between 80,000 and 100,000 people came to the region every year. At the same time, by the end of 1979, more than 137,000 people with any connection to Upper Silesia's German past had left. A further 62,000 people, mainly motivated by economic reasons and family ties, left Upper Silesia in the decade of the 1980s. Emigration was counterbalanced by an influx of people: from 1980 until the collapse of

4 Dziuba: W poszukiwaniu lepszego życia.
5 Wanatowicz: Od indyferentnej ludności do śląskiej narodowości?

6 Dziuba: W poszukiwaniu lepszego życia.
7 Szmidtke: Reemigracja polskich górników.
8 Dziuba: W poszukiwaniu lepszego życia.

the People's Republic of Poland, around 20,000 people arrived annually in Upper Silesia.⁹ The collapse of the Communist system in 1989 meant that the situation in Upper Silesia could be defined as an exodus. The closing down of industrial plants and the disappearance of the mines and steelworks' social welfare meant that many people returned to their hometowns in other parts of the country. At the same time, the dismantling of the communist apparatus meant that citizens regained ownership of their passports and took advantage of their freedom and the opportunity to emigrate to Germany. Emigrations were always trips 'to someone' because in 2008 12.8% of students had relatives in Germany (siblings, parents, grandparents), 56.7% distant relatives (aunts, uncles, cousins), and 40.7% friends with whom they kept in touch.¹⁰ Currently, people who declare their identity as Silesian, Silesian/Polish or Silesian/German are the largest minority in Silesian Voivodeship. It is a group of 846,700 thousand people¹¹ out of more than 5 million living in this region.

The Identity

The industrialised part of Upper Silesia should therefore be seen as a space of movement, of constant change. But despite the massive migration, a strong identity was developing at the turn of the 19th and 20th century, one which has a varied background and is complex in

nature. The Upper Silesian identity can be seen as an ethnic identity, a national identity, or an identity of place. Diverse in its essence, it is a living phenomenon that has been surrounded by various elements of cultural heritage. Those who came to the industrialised part of Upper Silesia with the legacy of their ancestors brought the experience of heritage as part of everyday life and festive periods, and a particular memory. The first migrants were mainly Slavic inhabitants from overpopulated villages in Prussia.¹² Farmers from the Opole or Gliwice areas settled in workers' colonies that were not only a place to live, but also a place of formation of a new Prussian society of industrialised regions.¹³ The workers were bound by regulations of the job contract called "Arbeitsordnung"/"Porządek pracy", adopted in each coal mine, (for example "Arbeits-Ordnung für das cons[olidierte]. Steinkohlenbergwerk Donnersmarckhütte bei Mikultschütz O[berschlesien]", Kattowitz 1912) and in the houses, they rented from the mines and steelworks (a late example is "Haus-Ordnung für die Arbeiterwohnhäuser im Bereich des Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.G., Zweigniederlassung Bergwerksdirektion zu Hindenburg O[berschlesien], Hindenburg 1931"). This population therefore had to change not only their places of residence, but also to conform to new social and legal norms. The everyday social contracts of the untrained villagers and townspeople were replaced by sets of paragraphs that had to be followed. The daily rhythm of work also changed – it was now regulated by the bell and siren signalling the start of the next

9 Dziuba. W poszukiwaniu lepszego życia.

10 Kijonka: Migracje z Górnego Śląska do Republiki Federalnej Niemiec, p. 44.

11 Wyniki Narodowego Spisu 2011, Warszawa 2012; Geisler, Fenomen, p. 106.

12 Schofer: The Formation, p. 32-34.

13 Schofer: The Formation, p. 39-77.



Figure 1: Children from a Catholic kindergarten in the workers' colony "Borsigwerk" (now Zabrze), 1930s; private property (licence B. Piecha-van Schagen).

shift, rather than by sunrise and sunset. They brought with them customs, ways of celebrating and language to new, unfamiliar spaces. This 'cultural baggage' was confronted with the vision of a new society created both in Berlin and in the region.¹⁴ The industrialists, the aristocracy and other groups of industrial owners and managers offered the newcomers a specific cultural model inscribed in the Christian ethos of work and the Prussian virtues (*Preußische Tugenden*) of determination and a sense of duty. To a large extent it was accepted by the newcomers, which was probably due to the fact that they were inhabitants of Prussia.

Despite belonging to Austria and Prussia, they did not use the German language daily – it

remained a tool of state administration, however, the role of the German language strengthened after 1871. Prussian citizens used a language that today is defined as a dialect of Polish or a distinctive language with its regional dialects. The Silesian tongue, which was used mainly by representatives of the lower social classes (labourers, miners, smelters), differed from the Polish language, as pointed out by Lucjan Malinowski, the first researcher of this phenomenon.¹⁵ This exclusively spoken language was heavily influenced by the education system, which can be seen in the few written testimonies. These texts were often written in the so-called mixed code, and in memoirs or letters written in Silesian/Polish, nouns are

14 Piecha-van Schagen/Störckuhl: *Oberschlesische Arbeitersiedlungen*.

15 Malinowski, *Zarysy życia ludowego na Śląsku*.

written with a capital letter. "The Diary of the Miner" ("Pamiętnik górnika") by Edward Jeleń is one of many examples: *a zaraz sie zbierol na Szychta, boch miol nocnio Szychta [...], ale teraz na drugi Dzień jagech przyszoł, do Dom, tożech se naj przod rozpomniol, coch to porobiel* ("and immediately gathered for the shift, because I had a night shift [...], but now on the second day when I came home, I remembered what I had done").¹⁶ It should also be remembered that after the partition of Upper Silesia between Germany and Poland in 1922 the national languages grew in their dominance and played a major role in shaping the nation states. For example, a growing number of children in Upper Silesia prepared for their First Communion in German. In 1905, in the parish of Saint John the Baptist in Biskupice, now a district of Zabrze, there were 90 children of each language group, but just 20 years later there were no Polish-speaking children attending the First Communion.¹⁷ The German language also underwent processes of developing its Upper Silesian dialect. As research on cultural memory conducted in 2017 showed, that before 1945 the inhabitants of workers' houses in the Borsigwerk housing estate spoke Silesian, Polish, and an Upper Silesian variant of German which was called 'Schlāsisch' or 'Schläsch'. However, the foremen and engineers living in the same housing estate used Hochdeutsch.¹⁸ Language, as an important constitutive factor for someone's identity, is also an important element of intangible cultural heritage. It was emphasised by Mikhail Bakhtin, who stated,

"that language contributes to their self-image and influences their group identity i. e. the groups to which they feel they inherently belong".¹⁹ This role of language became more pronounced after 1945 when the situation of the Upper Silesian inhabitants who spoke German and the Silesian languages became far more complicated.

Silesian language – promise challenged

Paradoxically, migration also influenced the significance of the Silesian language for identity building. Until World War I it was considered to be the Polish language. The disapproval of the Upper Silesian language was widespread in the interwar period on both sides of the border. Poles regarded it as a Polish dialect contaminated with German and conducted education aimed at excluding it from the consciousness of Upper Silesians. During the Nazi period, the Silesian tongue, called and described as 'Wasserpolnisch', was also depreciated and banned.²⁰ The situation was similar after 1945. Children whose only language had been Silesian as their ancestral tongue or 'Muttersprache', were ridiculed or harassed by their teachers and often received bad grades.²¹ After 1989, the discussion about Silesian as a dialect or language flared up again in the region. Academic disputes and arguments about whether there should be a

16 Jeleń, Pamiętnik górnika, p. 276.

17 Piecha-van Schagen, Język, pp. 138, 141.

18 Piecha-van Schagen, Język, pp. 135-141.

19 Mercuri: Understanding the Interconnectedness, p. 14.

20 Choroś: Język, dialekt, p. 71.

21 Piecha-van Schagen: Język, pp. 337-338.

written form of the Silesian language – more formal and complex – has led to increased public interest. Not only several books had been translated (for example “Winnie-the-Pooh” as “Niedźwiodek Puch”²² or “Christmas Carol” as “Godniö pieśń”,²³ but original literature is being created, for example a series of crime novels “Kōmisorz Hanusiuk” by Marcin Melon.²⁴ The extremely popular website and shop gryfnie.pl advertises itself as a propagator of the Silesian tongue. This is the case at the lexical level of the language – thanks to their T-shirts, many know what ‘herckleoty’ (palpitation of the heart) is.²⁵ Researchers and activists who work for the preservation of Silesian are giving unequivocal negative prognosis.²⁶ The Silesian language, mainly its lexical richness, is disappearing and this is due, among other things, to an inability to provide systematic teaching in schools. One way of passing on this heritage is informal home education by transmitting Silesian as a spoken language or through groups of enthusiasts like teachers, translators, publishers, who are volunteering or rely on private business.

Obliviated promise – German language

The prohibition of public conversations in the German language, under threat of financial penalty, came into force on the same day that the Soviet Army entered Upper Silesia and was confirmed by the Polish authorities in January 1945.²⁷ The teaching of the German language was also banned in Upper Silesia until 1989.

The lack of any language education meant that three generations of people living in the region did not have a basic knowledge of German unless they had grandmothers, grandfathers, or sometimes mothers who taught them this language as ‘Muttersprache’ (mostly as a spoken language). The consequence of this policy was not only the inability to communicate in German, but above all the cutting off of entire generations from the cultural heritage of their ancestors, which was, after all, associated with a culture to some extent created in the German language. Upper Silesians also lack access to sources and testimonies which would enable us to consciously restore those elements of our heritage that were lost with those inhabitants of Upper Silesia who emigrated to Germany. Using the works and notes of, for example, Alfons Perlick, a Bytomian folklorist associated with Schlesischer Bund für Heimatschutz (Silesian Union for the Protection of Homeland Sites) circle,²⁸ is

22 The publishing house is Media Rodzina, <https://www.mediarodzina.pl/produkt/niedzwiodek-puch/>.

23 The publishing house is Silesia Progress, <https://www.silesiaprogress.com/pl/p/CSSB-8-Charles-DI-CKENS-Godnio-piesn/1166>.

24 The publishing house is Silesia Progress, <https://www.silesiaprogress.com/pl/p/Komisorz-Hanusik-M.-Melon/655>.

25 The producer is gryfnie.pl, <https://gryfnie.com/sklep/produkty/koszulka-herckleoty-116>.

26 Tambor: Mowa Górnślązaków.

27 Archiwum Państwowe w Katowicach, Urząd Wojewódzki Śląski, sygn. 26/19, Zarządzenie pełnomocnika Rządu Tymczasowego na województwo śląskie z 29 stycznia 1945 r. [plakat], Linek: Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku, p. 221.

28 Nowosielska-Sobel: Od ziemi rodzinnej, pp. 524-525, 606.

impossible for most Upper Silesians. It must be emphasised, however, that the aversion to the German language had its source not only in the anti-Germanism of the communist state, but also in the memory and post-memory of the war which was brought to Upper Silesia by the immigrants. In such a case coming into contact with German could be a problem, however, exceptions were present in everyday practice. One such example is the story of Stanisław Gruszczyński, an immigrant from a village near Rzeszów, who, as a teenager, took up work in Zabrze. His parents were killed in 1939, which caused his hatred for Germans. Upon arrival at the “Pstrowski” coal mine, his first foreman greeted him with the words “Glück Auf!” to which Gruszczyński responded with “Glück Auf!”, respecting the German heritage.²⁹

A singular example showing an exception to the overall scale of the phenomenon of resentment towards the heritage of German-speaking Upper Silesians.

After the collapse of the communist system, however, one could notice a change of perspective, for instance a renewed interest in the restoration of and access to heritage. Translations of Joseph von Eichendorff’s poetry or August Scholtis’ novels should be linked to the efforts of various circles of the Upper Silesian society to recover the heritage of their German-speaking ancestors and, through translations, to incorporate it into the heritage of contemporary inhabitants.

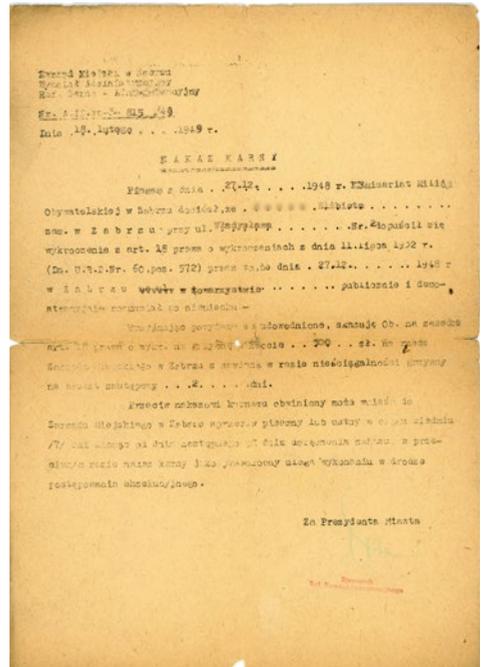


Figure 2: Penalty order for speaking German in public, dated 18.2.1949, imposed on a resident of “Borsigwerk”; private property (licence B. Piecha-van Schagen).

An excellent example of bottom-up actions towards restoring intangible heritage as an identity marker for the local community is the Saint Martin’s Day celebration in Rokitnica. In 2015, a group of inhabitants of this district of Zabrze of various ethnic backgrounds organised for the first time after World War II a march through the neighbourhood. The initiative was well-received and in subsequent years the community of Rokitnica modified the custom to suit its needs because the march is led by a miners’ orchestra, followed by the participants carrying Polish flags, since 11th November is Independence Day

29 Piecha-van Schagen: *Górnictwo pozdrowienie*, p. 214.



Figure 3: St Martin's Day celebrations in Rokitnica (now Zabrze) in 2016, photo by B. Piecha-van Schagen.

in Poland. It is an excellent example of the relationship between heritage and identity, particularly if the motivation for restoring this custom is taken under the consideration. It is rooted in National Socialistic toponomastics. In 1937, during the administrative reform of Gau Oberschlesien, the local names of Slavic origin were eliminated. Rokitnica (Rokittnitz) was renamed for Martinau. Celebrating Saint Martin's Day in Rokitnica has its roots in German culture, but the link with the Polish national holiday is bottom-up and spontaneous. This celebration exemplifies: the lack of awareness of the linguistic heritage, the honest desire to return to



Figure 4: St Martin's Day celebrations in Rokitnica (now Zabrze) in 2016, photo by B. Piecha-van Schagen.

pre-1945 customs, and the essence of the intangible cultural heritage – engaging its bearers.

Language and Religion – difficult promises

In the industrialised part of Upper Silesia, the confessional distinction overlapped with the ethnic, national, or even 'social class' identities. Catholics made up the majority of the population in Upper Silesia – over 80%, however, they prayed in two languages – Polish and German.

The division between Polish and German in the Upper Silesian Catholic Church did not only bear on the language of services and church songs, but also the functioning of Polish and German Catholicism. Notably, understanding the existence of 'national/ethnic Catholicisms' was part of the pastoral care of the diocese of Wrocław. The best examples of this are two prayer books compiled by the parish priest in Bogucice (currently the district of Katowice), Reverend Ludwik Skowronek (1859–1934). He prepared prayer books, the title of which in Polish and German has the same meaning: "The Way to Heaven" ("Droga do nieba" and "Der Weg zum Himmel"), but their content indicates that there are in fact different books containing different sets of songs, prayers.³⁰ Skowronek composed them based on his extensive pastoral experience, which is particularly evident through the directions for moral living different for Polish and German-speaking Catholics.³¹ Sermons preached in both languages, congregations, and confraternities for Polish- and German-speaking parishioners were everyday occurrences in Upper Silesia. The situation changed after 1945. The ban to use German publicly also included Catholic and Protestant services. For many autochthons, this had a profoundly devastating impact. The first Catholic mass for German-speaking believers after World War II was performed in 1989 at the Saint Anne Mountain (Góra świętej Anny; Sankt Annaberg) by the Polish bishop of Silesian origin, Alfons Nossol.

These Catholics were not the only ones who struggled to find their place in the Church in the face of new political realities that were also affecting the functioning of the institution since 1945. The Polish-speaking Catholics in Upper Silesia however were not "Polish" enough for the immigrants from the central and eastern parts of the country. Particularly sensitive to this problem were the inhabitants of the Polish Eastern Borderlands, considered to be the essence of Polish culture. Those coming from the east prayed in 'their' churches with Polish priests. Of course, they did not build their churches – they occupied Protestant churches, which were, after all, mainly German heritage and therefore doomed to oblivion. In Bytom, the Catholic immigrants from the Borderlands, under the leadership of 'their priest' Zygmunt Staniszewski, took over the church, which was given the name of one of the patron saints of Poland, St Adalbert. The newcomers often *treated the Protestant-Augsburg churches as prey. The words were repeated many times: 'We have conquered this church'*.³² The hierarchy governing the Catholic Church in Upper Silesia was aware that the ethnic, confessional, and linguistic composition in many parishes had changed due to massive post-war migrations.³³ To this day, Bytom speaks generally of the church of the borderlands. Even 20, 30 years after the end of the Second World War the idea of 'German Catholicism' was extended to the entire community of Upper Silesians, which caused ethnic conflicts on the local level. The Upper Silesian inhabitants of the workers' estate of Huta Zabrze (Zandka) protested

30 Dylus: Modlitewnik Ślązaków; Tarlinski, „Weg zum Himmel”/„Droga do nieba”.

31 Dylus, Role komunikacyjne.

32 Nitschke: Wyszalenie ludności niemieckiej, p. 211.

33 Myszor, Historia diecezji katowickiej, pp. 398-399.



Figure 5: First Communion commemorative photograph from the beginning of 20th century, Zabrze, private property (licence B. Piecha-van Schagen).

against the singing of songs in honour of Mary Queen of Poland by the immigrants. They felt that this was an appropriation of Catholicism by the Poles, although the Poles used the legend as an argument for the connection. In the vision of the Italian Jesuit Giulio Mancinelli in 1608, Saint Mary declared herself to be a Patron of Poland and this protection became a constitutive factor of Polish national Catholicism. It took the priest of this small parish in Zabrze several years to resolve this conflict expressing reluctance or even aggression. This was achieved through diplomatic pastoral work respecting the traditions of both groups. Both could count on participation in services and on meetings of lay Catholics



Figure 6: Commemorative photograph from the Confirmation ceremony, 1950s, Zabrze, private property (licence B. Piecha-van Schagen).

that respected their differences and supported the unifying process.³⁴

In addition to the Silesian and German languages, other elements of intangible cultural heritage have become promises to be handed down with a hope that the future generations would fulfil them.

Black dresses as a promise not kept

The revival of Protestantism in Upper Silesia took place in the 19th century and was connected with the influx of people from outside,

34 Grabińska-Szcześniak/Piecha-van Schagen: *Parafia*, p. 372.



Figure 7: Confirmation in the church in Borsigwerk (now Zabrze), 1970s, private property (licence B. Piecha-van Schagen).

attracted by the dynamic development of the mining and metallurgical industry. Since then Protestantism was stereotypically associated with a group of factory owners, clerks, and state administration employees. Of course, the majority of engineers in East Prussia were indeed Protestants, but others (for example one of the most influential Count Franz von Ballestrem) were Catholic or Jewish.

The Protestants and Catholics shared the streets and roads to the mines, the steelworks, and the coking plant, living a consistent daily life, though the religious celebrations and the appearance of their religious life differed. Catholic girls, for example, received their First Communion in white dresses with myrtle garlands on their heads, or white veils (the daughters of re-emigrants from France and Belgium)³⁵ while Protestant girls wore elegant black dresses for Confirmation, according to German, or rather Prussian, tradition.

In the late 1940s and early 1950s, girls went to Confirmation dressed "in a black dress, an elegant dress, which was sewed by the mother, because she was a seamstress. I had a very nice black dress" and, in Upper Silesian custom, a myrtle garland on the head. Catholic children noticed the difference: as we were children [...], we went to Communion, and from our class some were Protestants and went to Confirmation. Remember, how did we look like? They were going in long black dresses. And we to Communion in white".³⁶ By the 1970s, the tradition of wearing black dresses to Confirmation had completely disappeared. Protestant girls have since looked like Catholics entering their first communion,³⁷ so the promise to uphold the heritage of the ancestors, and therefore to emphasise Protestant distinctiveness, was not kept. The Upper Silesian Protestant community has also aligned itself with the Catholic majority by changing the traditional time for receiving first communion from Passion Time to Easter.

35 Grabińska-Szcześniak: *Święta rodzinne*, p. 386.

36 Grabińska-Szcześniak: *Święta rodzinne*, p. 387.

37 Grabińska-Szcześniak: *Święta rodzinne*, p. 388.

The tyta as a promise fulfilled but not credited

Currently the young Upper Silesian children start the first day of the new school year with a decorated cardboard cone – tyta in Silesian – in their hands. Thus, contemporary Upper Silesians are keeping their promise to preserve this element of heritage while the true origin of them raises certain problems. School cones (Schul-tüten) or sugar cones (Zuckertüten) were already given to children in Silesia at the turn of the 19th and 20th centuries. They probably have their origin in Christian and Jewish traditions.³⁸ Filling them with sweets, sultanas and biscuits became a heritage passed down from generation to generation. Granting a cone with sweets became one of very few local, Silesian heritage elements eagerly accepted and practiced also by those who arrived in the region and were not familiar with it. Tyta has become a tool for rooting: “it’s a must! How could I deny my son this! All the children had it. If you enter a community, you have to adapt in some way [...] because it’s a nice tradition”³⁹. However, the Silesian “tyta” (die Tüte), is being recently defined as a “cone of plenty” in the national media⁴⁰ as well as in



Figure 8: The first day of school in 1936, Borsigwerk (now Zabrze), private property (licence B. Piecha-van Schagen).

some of local news sources.⁴¹ Commercialisation, which is of course another issue, apart from the confusion caused by the use of the Silesian and Polish name of the cone actually distort the memory of Upper Silesian identity. In every supermarket in the region at the end of August, you can buy Herlitz-branded “tyta” in various sizes. Quite often, anthropologists

38 Löwe: Schulanfang, pp. 16-17.

39 Grabińska-Szcześniak/Piecha-van Schagen: Przed-szkole, szkoła i tyta, p. 434.

40 For example, the news service of a country-wide radio, b.a., Tyta na 1 września, czyli słodki początek szkolnej przygody, article from 2015, https://www.rmfm24.pl/fakty/polska/news-tyta-na-1-wrzesnia-czyli-slodki-pocatek-szkolnej-przygody,nld,1877282#crp_state=1.

41 News from the website for the local community of Rybnik from 2018, M. Palowska-Trzebuniak, Tyta, czyli najlepsza ośroda pierwszego dnia w szkole, <https://rybnik.dlawas.info/wiadomosci/tyta-czyli-najlepsza-osroda-pierwszego-dnia-w-szkole/cid,9649,a>. Internet service of the local broadcaster „Silesia TV” from 2019, M. Wandzik, Tyta – inaczej róg obfitości, <https://www.slaska.tv/tyta-inaczej-rog-obfitosci/>.

interviewed in the media explain that the “tyta - cone of plenty” is a legacy of Greek mythology: “research shows that the first mention of cone of plenty comes from Germany, in 1817 (...) This was a time of fascination with ancient culture”.⁴² However, a year ago, one of the region’s most popular journals published an article on the popularity of tyta, citing an interview with German anthropologist Christiane Cantauw.⁴³ The text clearly indicated the German origin of the tradition, which could be also emphasised by the residents of Zabrze: “tyta was always there. Under the Germans there were tyty for kids”.⁴⁴ But is it still clearly understood as a heritage? As originally German tradition it was approved and accepted by the Slavic inhabitants. Since then the autochthonous population is certainly consciously passing on this cultural behaviour, but the question is, whether replacing its origin with connotations of Greek mythology is not a strategy for assimilating an element and blur out its origins.

The promise of the identity

Only in recent years it has been possible for the communities of Upper Silesians to openly restore the original meaning of the word tradition – tradere (latin): to hand over, to give for safekeeping. Only since 1989 does the cultural

heritage follow the path marked by its bearers and defined by the Intangible Cultural Heritage UNESCO Convention – from the bottom up. Freed from the former political ties, Upper Silesians have been able to rediscover their identity – allowing them to reach into their post-memory and rework it into a living heritage. However, freedom for heritage means that Upper Silesians must relate their regained identity to those people in the region who came here. The promised identity must, as a result of migration, enter into a relationship with the migrants’ identities. These interactions do not always have a good effect on the Upper Silesian identity promised to past generations.

It seems, then, that in Upper Silesia there is a constant conflict of promises – many of those made to past generations have fallen, and continue to fall prey to political opportunism. The laws which are made do not always support the heritage that is the bearer of identity, but even lead to its degradation and forced disappearance from the social and cultural memory. Political promises often make it impossible to keep the promise of passing on a heritage. An example is the refusal of those in power in Poland to recognise the Silesian language as an official minority language for several decades. Such a change would make it possible to teach it in school in order to maintain its vitality. Also, this identity burst seems to be endangered by commercial simplification. The Silesian language is sold in a package of pretty decent design. The simplified record distorts the phonetic richness and variety of Silesian dialects. The Schultüte (tyta) became the “cone of plenty”.

The research I have carried out over the past few years indicates that there are currently three

42 Semik, Tyta na początek roku szkolnego. Skąd wzięła się na Śląsku i czemu nie przyjęła się w Polsce, <https://www.slazag.pl/tyta-na-dobry-poczatek-roku-szkolnego-pierwszoklasistom-sie-nalezy-dlaczego-tylko-na-slasku-a-nie-w-calej-polsce>.

43 Kuźnik: Tyta.

44 Grabińska-Szczęśniak/Piecha-van Schagen: Przed-szkole, szkoła i tyta, p. 432.

distinctive groups which are sensitive to keep the promise of passing the heritage. The older generations of Germans, of people expelled from the Eastern Borderlands of the Republic of Poland, or of Edward Gierek-era migrants who tend to live in alienation. Before their eyes, the traditions, language and religion of their ancestors are becoming increasingly undesirable, unwanted and sinking into oblivion. They meet in small groups to nurture the remnants of memory – thus keeping the promise made to their parents and grandparents. In turn, the age-diverse group that strongly identifies itself as autochthonous – that is the Upper Silesians, while listening for decades to the promises (not political once) made by states and political groupings, are looking for a mental space to settle their strong identity: unwanted and depreciated. The question still needs to be asked whether the heritage they are cultivating is really what their ancestors practised.

Somewhat in between in Upper Silesia there lives a generation in their Thirties and Forties who have made their own choice based on creating a cultural hybrid. They identify with the place where they live, even though half of their parents were economic immigrants. As Michael Maffesoli believes, they form a neo-tribe.⁴⁵ In this group, many emphasise their choice with a tattoo of a regional theme, but it does not matter to them whether they eat Polish pierogi or Silesian fish soup on Christmas Eve. Those whose ancestors did not come from Silesia still maintain traditions from their places of origin. In doing so, they create a patchwork culture, a

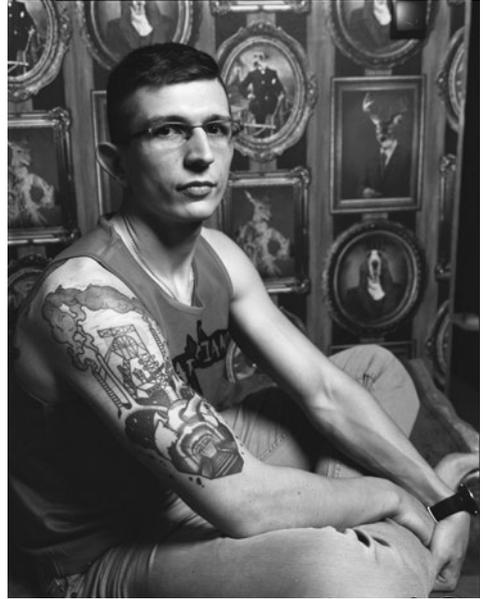


Figure 9: One of the participants of the “Tattooed with Silesia” project, photo by P. Muschalik.

patchwork identity. They keep the promise of preserving the heritage of their grandparents from the Lesser Poland or the Eastern Borderlands, while at the same time rooting themselves in the Upper Silesian industrial space. Migrants usually decide for themselves which process they should undergo – consent or cultural denial, but the case of Upper Silesia seems to indicate that economic and political factors significantly influence the formation of identity and the functioning of one of the ways of expressing it, namely the intangible cultural heritage. In order to know who we are and where we came from, we need big celebrations, edifices that remind us of our inglorious history, but also small cultural gestures and acts of

45 Maffesoli: *Czas plemion*.

remembrance. An important part of identity is also understanding, identifying elements of the heritage of the 'native' or chosen identity.

Links

Accessed from 30.4.2022 to 28.5.2022.

Niedźwiodek Puch; URL: Media Rodzina, <https://www.mediarodzina.pl/produkt/niedzwioodek-puch/>.

Godniö pieśń; URL: <https://www.silesiaprogress.com/pl/p/CSSB-8-Charles-DICKENS-Godnio-piesn/1166>.

Komisorz Hanusiuk; URL: <https://www.silesiaprogress.com/pl/p/Komisorz-Hanusik-M.-Melon/655>.

gryfnie.pl; URL: <https://gryfnie.com/sklep/produkty/koszulka-hercklekoty-116>.

Archival sources

Archiwum Państwowe w Katowicach, Śląski Urząd Wojewódzki, sygn. 26/19, Zarządzenie pełnomocnika Rządu Tymczasowego na województwo śląskie z 29 stycznia 1945 r.

References

Veysel Apaydin: Introduction: Why Cultural Memory and Heritage?, in: Veysel Apaydin (ed.): *Critical Perspectives on Cultural Memory and Heritage. Construction, Transformation and Destruction*, London 2020, pp. 1-10.

Aleida Assmann: *Między historią a pamięcią*. Antologia, Warszawa 2013.

Monika Choroś, Język, dialekt, gwara, godka, in: Bernard Linek/Andrzej Michalczyk (ed.): *Leksykon mitów, symboli i bohaterów Górnego Śląska XIX i XX wieku*, Opole 2015, pp. 69-72.

Daniela Dylus: Role komunikacyjne nadawcy w *Dro-dze do nieba* ks. Ludwika Skowronka, in: *Forum Lingwistyczne* (2015) Nr. 2, pp. 43-50.

Daniela Dylus: *Modlitewnik Ślązaków – „Droga do nieba”* ks. Ludwika Skowronka, *Encyklopedia Województwa Śląskiego*, t. 8., red. R. Kaczmarek; URL: http://ibrbs.pl/mediawiki/index.php/Modlitewnik_%C5%9A%C4%85zak%C3%B3w_%E2%80%93_%E2%80%9EDroga_do_nieba%E2%80%9D_ks._Ludwika_Skowronka; Adam Dziuba. *W poszukiwaniu lepszego życia*. Katowickie w PRL – obszar migracji; URL: <https://przystanekhistoria.pl/pa2/teksty/43042,W-poszukiwaniu-lepszego-zycia-Katowickie-w-PRL-obszar-migracji.html>.

Robert Geisler: Fenomen śląskiej etniczności jako postkolonialna emancypacja, in: *Pogranicze. Polish Borderland Studies* 3 (2015) Nr. 2, pp. 105-116.

Anna Grabińska-Szczeńiak: Święta rodzinne, in: Beata Piecha-van Schagen/Mirosław Węcki (ed.): *Kolonie robotnicze w Zabrze i ich mieszkańcy*, Zabrze 2018, pp. 378-389.

Anna Grabińska-Szczeńiak/Beata Piecha-van Schagen: Parafia, in: Beata Piecha-van Schagen/Mirosław Węcki (ed.): *Kolonie robotnicze w Zabrze i ich mieszkańcy*, Zabrze 2018, pp. 358-373.

Anna Grabińska-Szczeńiak/Beata Piecha-van Schagen: Przedszkole, szkoła i tyta, n: Beata Piecha-van Schagen/Mirosław Węcki (ed.): *Kolonie robotnicze w Zabrze i ich mieszkańcy*, Zabrze 2018, pp. 422-436.

Edward Jeleń: *Pamiętnik górnika*, Kraków 2002.

Justyna Kijonka: Migracje z Górnego Śląska do Republiki Federalnej Niemiec w latach 1970–1989, czyli między ojczyzną prywatną a ideologiczną, in: *Górnośląskie Studia Socjologiczne. Seria Nowa* (2013) Nr. 4, pp. 29-47.

Grażyna Kuźnik: Tyta dla uczniów na Śląsku jest obowiązkowa na rozpoczęcie roku szkolnego, *Dziennik Zachodni*; URL <https://dziennik-zachodni.pl/tyta-dla-uczniow-na-slasku-jest-obowiazkowa-na-rozpozecie-roku-szkolnego/ar/c5-15781320>.

Hans G. Löwe: *Schulanfang. Ein Beitrag zur Geschichte der Schultüte*, Dresden 2014.

Bernard Linek, *Polityka antyniemiecka na Górnym Śląsku w latach 1945-1950*, Opole 2014.

Michel Maffesoli: Czas plemion. Schyłek indywidualizmu w społeczeństwach ponowoczesnych, Warszawa 2008.

Lucjan Malinowski: Zarysy życia ludowego na Śląsku, in: Ateneum 1877, Bd. 1, pp. 357-663.

Marcel Mauss: The Gift, London 2002.

Sandra Patricia Mercuri: Understanding the Interconnectedness between Language Choices, Cultural Identity Construction and School Practices in the Life of a Latina Educator, in: Gist Education and Learning Research Journal (2012) Nr. 6, pp. 12-43.

Jerzy Myszor: Historia diecezji katowickiej, Katowice 1999.

Bernadetta Nitschke: Wysiedlenie ludności niemieckiej i napływ ludności polskiej z Kresów Wschodnich na obszar województwa śląsko-dąbrowskiego – współżycie obu społeczności, in: Włodzimierz Borodziej/Artur Hajnicz (ed.): Komplex wypędzenia, Kraków 1998.

Joanna Nowosielska-Sobel: Od ziemi rodzinnej ku ojczyźnie ideologicznej. Ruch ochrony stron ojczyści (Heimatschutz) ze szczególnym uwzględnieniem Śląska (1871–1933), Wrocław 2013.

Beata Piecha-van Schagen, Język: in: Beata Piecha-van Schagen/Mirosław Węcki (ed.): Kolonie robotnicze w Zabrze i ich mieszkańcy, Zabrze 2018, pp. 135-142.

Magdalena Palowska-Trzebuniak: Tyta, czyli najlepsza ośłoda pierwszego dnia w szkole; URL: <https://rybnik.dlawas.info/wiadomosci/tyta-czyli-najlepsza-osloda-pierwszego-dnia-w-szkole/cid,9649,a>.

Beata Piecha-van Schagen/Beate Störkuhl: Oberschlesische Arbeitersiedlungen um 1900 als Räume sozialer Kontrolle, in: Jahrbuch Polen. Oberschlesien, 32 (2021), pp. 242-253.

RMF24: Tyta na 1 września, czyli słodki początek szkolnej przygody, 31.08.2015; URL: https://www.rmf24.pl/fakty/polska/news-tyta-na-1-wrzesnia-czyli-slodki-poczatek-szkolnej-przygody,nId,1877282#crp_state=1.

Lawrence Schofer: The Formation of a Modern Labor Force. Upper Silesia, 1865–1914, London 1975.

Teresa Semik, Tyta na początek roku szkolnego. Skąd wzięła się na Śląsku i czemu nie przyjęła się w Polsce; URL: <https://www.slazag.pl/tyta-na-dobry-poczatek-roku-szkolnego-pierwszoklasistom-sie-nalezyc-dlaczego-tylko-na-slasku-a-nie-w-calej-polsce>.

Zenon Szmidtke: Reemigracja polskich górników po II wojnie światowej z Francji, Belgii i Westfalii na teren Górnos Śląskiego Zagłębia Węglowego, in: Górník Polski. Zeszyty Naukowe Muzeum Górnictwa Węglowego w Zabrzu (2015), Nr. 8-9, pp. 231-252.

Jolanta Tambor, Mowa Górnos Ślązaków oraz ich świadomość językowa i etniczna, Katowice 2006.

Piotr Tarliński: „Weg zum Himmel” / „Droga do nieba”. Anmerkungen zum Gebet- und Gesangbuch von Ludwig Skowronek, in: Opuscula Silesiaca, Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau (1997/98) Bd. XXXVIII/XXXIX, pp. 524-541.

Maria Wanatowicz: Od indyferentnej ludności do śląskiej narodowości? Postawy narodowe ludności autochtonicznej Górnego Śląska w latach 1945–2003 w świadomości społecznej, Katowice 2004.

Maria Wandzik: Tyta – inaczej róg obfitości; URL: <https://www.slaska.tv/tyta-inaczej-rog-obfitosci/>.

Wyniki Narodowego Spisu Powszechnego Ludności i Mieszkań 2011, Warszawa 2012.

Widersprüchliche Versprechen?

Die österreichische Sozialdemokratie in Migrationsdebatten der späten Habsburgermonarchie

Theresa Gillinger

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs forderte in ihrem Programm von 1901 in Punkt vier die Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.¹ Freizügigkeit meint in diesem Zusammenhang sich frei und grenzüberschreitend bewegen und den Arbeitsplatz frei wechseln zu können. In diesem Beitrag wird analysiert, inwiefern in der Rhetorik der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie vor 1914 politische Versprechen in Bezug auf mobile Arbeiter und Arbeiterinnen zur Geltung kamen. Versprechen werden als Sprechakte definiert. Öffentliche Sprechakte in politischen

Gremien beinhalten implizite und explizite Versprechen an die Wählerschaft. Sprache wird dabei als Form sozialen Handelns betrachtet.² Sprachhandeln konstruiert politische Realität im Kontext von ungleichen Herrschafts- und Machtverhältnissen mit.

Alexa Färber betont in der konzeptionellen Dimension von Versprechen die Rolle der *UnGleichzeitigkeit*. Zukunft definiert sie als Gegenwartsphänomen und Versprechen als eine Form der Vergegenwärtigung von Zukunft.³ Auch in der politischen Rhetorik spielt diese Form von Versprechen eine wichtige Rolle. Politikerinnen und Politiker versprechen potenziellen Wählerinnen und Wählern mögliche Zukunftsaussichten, die auf bestimmten

1 Protokoll über die Verhandlung des Gesamtparteitags der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich Wien, 2.–6.11.1901, S. 4. (im Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung Wien (VGA) einzusehen).

2 Searle: Speech Acts.

3 Färber: GegenUnGleichzeitigkeit?

parteipolitischen Ideologien fußt, beispielsweise das sozialistische Versprechen, Ungleichheitsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft ausgleichen zu wollen. Die Grundsätze und Ideologie einer Partei können daher als eine Form von Versprechen an ihre Wählerschaft verstanden werden. Auch vom Parteiprogramm versprechen sich Wähler und Wählerinnen, dass die von ihnen gewählte Partei diese Versprechen in Zukunft realisieren wird.

Versprechen haben eine affektive Kraft. Färber unterstreicht in diesem Zusammenhang die unverbindliche Verbindlichkeit oder *Losigkeit der Verbindlichkeit* von Versprechen in der Form von Sprechakten.⁴ Politische Versprechen, wie jene der Beseitigung von Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnissen, versuchen Vertrauen und Verbindlichkeit in der Gesellschaft herzustellen, ohne unmittelbar eine Änderung dieser Verhältnisse herbeizuführen. Wahlversprechen haben die Funktion, zukünftige politische Anliegen zu vergegenwärtigen, wie Färber hervorhebt.⁵ In diesem Beitrag verstehe ich die österreichische Sozialdemokratie mit ihrer Ideologie und ihren Grundsätzen als übergeordnete Versprechen. Man könnte sie als Metaversprechen bezeichnen, da sie sich nicht in die Kategorie impliziter und expliziter Versprechen als Sprechakte einordnen lassen.⁶

Österreichische Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen⁷ hatten, seit ihrer Einigung 1888/89 und ihrer aktiven Partizipation in politischen Gremien, internationale Solidarität über Grenzen hinweg für die wachsende Arbeiterklasse propagiert. Arbeitsmigranten und Arbeitsmigrantinnen gehören und gehörten stets zu den vulnerabelsten Teilen der Gesellschaft, deren Rechte und Schutz oft instabil sind und waren. Die Struktur dieses Beitrags bildet eine Auswahl an Debatten über konkrete Maßnahmen der Migrationskontrolle, die im Abgeordnetenhaus des Reichsrats, des Niederösterreichischen Landtags oder im Wiener Gemeinderat besprochen wurden. Es soll veranschaulicht werden, inwiefern übergeordnete Versprechen der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie an mobile Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Widerspruch zu konkreten Sprechakten von Sozialdemokraten⁸ standen. Es wird angenommen, dass sich Diskriminierungsmechanismen, in Bezug auf mobile Arbeitskräfte, in der Rhetorik einer Partei, die sich inoffiziell als ‚Kleine Internationale‘ bezeichnete, offenbarten.

4 Färber: *Gegen Ungleichzeitigkeit?*, S. 26-33.

5 Färber: *Gegen Ungleichzeitigkeit?*, S. 30.

6 Ich verweise auf den Beitrag von Burkhard Liebsch in diesem Band: *Versprechen und was man sich von ihnen verspricht: Zwischen ‚nichts‘ und ‚zuviel‘, Leere und Übermaß, in dem er den Staat als ‚Metaversprechen‘ bezeichnet.*

7 Frauen durften vor 1918 offiziell nicht in politischen Gremien oder Vereinen aktiv sein. Trotzdem gab es politische Handlungsräume in denen Frauen aktiv waren (beispielsweise Zeitungen, Frauenvereine etc.).

8 Da in den öffentlichen Gremien nur Männer vertreten waren und die dort geführten Debatten als Hauptquellen dieses Beitrags herangezogen wurden, wird hier ausschließlich das maskulin verwendet.

„Inländervorrang“ in der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie?⁹

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs war vor 1914 zwar nie an der Regierung beteiligt, aber im Reichsrat als Opposition vertreten. Im zentralen Publikationsorgan der Partei, der Arbeiter-Zeitung, deren Schwerpunkt die Innenpolitik war, wurden diese Debatten wiedergegeben und besprochen. Die Blattlinie wurde vorwiegend geprägt vom sozialdemokratischen Politiker und Hauptakteur bei der Einigung der Sozialdemokratie 1888/89 Victor Adler (1852–1918) und dem von ihm berufenen Chefredakteur Friedrich Austerlitz (1862–1932).¹⁰

Ich gehe von einem weiten Migrationsbegriff aus, der menschliche Mobilität als ‚normales‘ und immer dagewesenes Phänomen auffasst, der überdies regionale Mobilitäten einschließt. Der Anteil der Mobilität innerhalb der Grenzen der Monarchie (Binnenmigration) war dreimal höher war als die internationale Migration (Übersee oder innerhalb Europas).¹¹ Es existierten fest etablierte zirkuläre, saisonale Migrationsbewegungen in Industrie und Agrarwirtschaft, aber Mobilität über kurze Distanzen dominierte.¹²

Am 2.6.1908 richtet der sozialdemokratische Abgeordnete Josef Seliger (1870–1920) eine Interpellation an den Minister des Inneren und den Ackerbauminister. Er kritisierte die Entlassung *einheimischer Arbeiter* zu Gunsten von

Italienern und Kroaten.¹³ Sind sie geneigt, ehestens einen Gesetzesentwurf dem Abgeordnetenhaus vorzulegen, durch den bestimmt wird, daß bei staatlichen Bauten und Unternehmungen und solcher, die von öffentlichen Körperschaften angeführt werden, heimische Arbeiter beschäftigt werden müssen, sofern sie hierfür hinreichend qualifiziert sind und nicht nachweisbar Mangel an solchen heimischen Arbeitern zu verzeichnen ist? Abgesehen davon, dass nicht klar ist, wer mit *einheimischen Arbeitern* gemeint ist (kroatische Arbeiter und Arbeiterinnen könnten aus Dalmatien, italienische aus Südtirol oder dem Küstenland, also dem Inland kommen), erinnert diese Anfrage stark an einen Grundsatz der Christlichsozialen Partei, dem *Schutz der heimischen Arbeit*, denn insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten forderte die Christlichsoziale Partei vor 1914 in zahlreichen Anträgen und Interpellationen einen *Inländervorrang*.¹⁴ 1925 wurde tatsächlich von der Christlichsozialen Regierung das *Inlandarbeiterschutzgesetz* beschlossen.¹⁵

An diesem Beispiel wird klar ersichtlich, dass das ideologische Versprechen der *Freizügigkeit* an eine internationale Arbeiterschaft gebrochen wurde. Es wird ein implizites Versprechen an eine, durch den Ausschluss einer bestimmten

9 Gillinger: „Inländervorrang“ und Internationalismus.

10 Czeike: Arbeiterzeitung.

11 Steidl: Migration Patterns, S. 70.

12 Steidl: On many routes.

13 Stenographische Protokolle – Abgeordnetenhaus, 18. Session, S. 2976 Anhang 2 (Index S. 378).

14 Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Nr. 8., 2.2.1892, S. 183 (Gemeinderat Grünbeck in Debatte um Wienfluss-Regulierung); Amtsblatt Nr. 48., 15.06.1894, S. 1465 (Gemeinderat Tomola in Debatte um Bau der Verkehrsanlagen, gegen italienische Arbeiter); Amtsblatt Nr. 5., 13.1.1903, S. 66-67 (Gemeinderat Mender 1903 Antrag Inländervorrang).

15 Bauböck: „Nach Rasse und Sprache verschieden“, S. 5. Demokratiezentrum Wien: Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik.

Gruppe, neu konstituierte Wählerschaft der *Inländer* gegeben. Um die ambivalente Haltung und Rhetorik der Sozialdemokratie zum Versprechen der Mobilität von Arbeitern und Arbeiterinnen fassbar zu machen, werden nun Debatten um konkrete Maßnahmen, welche die *Freizügigkeit* von Arbeitern und Arbeiterinnen einschränkten oder förderten, aufgezeigt.

Sesshaftigkeit als Voraussetzung des Wahlrechts?

Die Sesshaftigkeitsklausel im Wahlrecht diskriminierte Menschen, die regelmäßig ihren Wohnort wechselten. Wenn bei Wahlrechtsdebatten die Sesshaftigkeitsklausel besprochen wurde, widersetzten sich österreichische Sozialdemokraten massiv den Forderungen der Christlich-sozialen Partei. In den Gemeinderatssitzungen vom 15. und 16.3.1899 wurde ein Entwurf der Christlich-sozialen Fraktion heftig debattiert, der die Abschaffung der Wahlkörper und die Einführung des Wahlrechts aller österreichischen Staatsbürger vorsah, die das 24. Lebensjahr vollendet hatten und seit fünf Jahren ununterbrochen im Gemeindegebiet von Wien wohnten. Von sozialdemokratischer Seite aus argumentierte man in der Arbeiter-Zeitung, dass es dem Bürgermeister von Wien, Karl Lueger primär um die Alleinherrschaft ginge und er Angst vor der Sozialdemokratie hätte. Darum hätte er die *Teufelei der Sesshaftigkeit* erfunden, die den Wiener Arbeiter, der dreißig Jahre in Wien wohnt, rechtlos macht, wenn er während der letzten fünf Jahre auch nur einen einzigen Monat in Floridsdorf (Eingemeindung 1904/05) oder Wiener Neustadt gearbeitet [und gewohnt] hätte. Die

*Sesshaftigkeitsklausel trifft nur den Arbeiter, sie trifft ihn nur weil er Arbeiter ist, weil er der Arbeitsgelegenheit nachgehen muss.*¹⁶

Christlich-soziale Politiker stellten ihr Festhalten an der Sesshaftigkeitsklausel als *nationale Schutz-Politik* dar.¹⁷ Dieses Argument betrachtete man von Seiten der Sozialdemokratie als *dumme Flausen*. Victor Adler witzelte über die Vorstellung, dass sich eine Partei der *fluktuierenden* Elemente konstituieren würde und dass sich an die Spitze der politischen Agitation irgendwann die Leute stellen würden, die sich in der Stadt vorübergehend aufhielten.¹⁸ In der Arbeiter-Zeitung schrieb er:

Sind diese wie das christlichsoziale Lumpenpack höhnisch zu sagen meint, „fluktuierenden Elemente“ Staatsbürger schlechter Art? Sie gehen der Arbeit nach, vollführen also sicherlich die ehrenhafte Art des Erwerbs. Sie vagabundieren nicht, sondern suchen Arbeit – und ohne ihre Arbeit stünde es zum Beispiel in Wien gar schlimm -. Die Sesshaftigkeitsbeschränkung hätte den grotesken Effekt, dass der Bodensatz der Städte, das Lumpenproletariat sein staatsbürgerliches Recht unangefochten erhalte, die schwer und mühsam arbeitenden Menschen, welche die Ungunst der kapitalistischen Welt zwingt, ihre Arbeit unter erschwerenden Umständen zu suchen, ihr Wahlrecht permanent einbüßen würden. Und was heißt „sesshaft“? Ist der Mann, der ein halbes Jahr in Wien arbeitet, hier

16 Arbeiterzeitung, „Die Gemeindevahlreform und die Christlich-Sozialen. Wien, 14. März“, 15.3.1899, S. 1.

17 Deutsches Volksblatt, „Die Wahlreform im Parlament“, 9.3.1906, S. 4.

18 Arbeiterzeitung, „Vom Tage. Theorie des Wahlrechts-raubes“, 23.12.1905, S. 1.

nicht sesshaft? Und was ist das für ein bodenlos dummer Schwatz – dumm eigentlich nicht, sondern perfide – dass diese „fluktuierenden Elemente“ die „sesshafte Bevölkerung“ überfluten würde! Wird sich dann etwa eine Partei der „fluktuierenden“ bilden? Die „fluktuierenden Elemente“ sind Arbeiter und ihr Wahlrecht wird keine andere Wirkung haben, als dass die Kraft der Arbeiter in einer Stadt nicht künstlich vermindert wird.¹⁹

Auffällig ist, dass bei sozialdemokratischen Debatten rund um die Sesshaftigkeitsklausel das Recht von mobilen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Mittelpunkt gestellt wurde und nationalistische Argumentationen in diesem Zusammenhang als widersinnig und dumm dargestellt wurden. Die Christlichsozialen wären die *undeutscheste und national charakterloseste Partei*, da die Sesshaftigkeitsklausel auch für die Christlichsoziale Partei wahltechnisch nicht von Vorteil wäre.²⁰ Eine einjährige Sesshaftigkeit würde in Wien im Durchschnitt 96 Prozent aller Männer zwischen 14 und 30 Jahren vom Wahlrecht ausschließen. *Wie kann man es vom nationalen Standpunkt verantworten, den eigenen Stammesgenossen, zu einem erheblichen Bruchteil das Wahlrecht einzuschränken?*²¹ Einerseits war die Rhetorik Victor Adlers (der zumeist die Leitartikel verfasste) oft durch Ironie geprägt, andererseits stellte er damit klar, dass die Sesshaftigkeitsklausel auch von einem deutsch-nationalen

Standpunkt aus unsinnig war. Denn je breiter das Wahlrecht, desto fester und gesicherter ist das ethnische Gefüge der Wählerschaft, desto schwerer zu entwurzeln die kompakte Masse der Sesshaften. Lueger würde es weder um die Nation, noch um die Bevölkerung Wiens gehen.²² In diesem Fall hält das Versprechen der deutschsprachigen Sozialdemokraten, sich für die Rechte mobiler Arbeiter und Arbeiterinnen einzusetzen. Jedoch wird auch klargestellt, dass das *Lumpenproletariat* nicht mitgemeint war. Es wurden bereits in der späten Habsburgermonarchie umherziehende Individuen ohne festen Wohnsitz von politischer Seite aus als *Arbeitsscheue* und *Vagabunden* stigmatisiert.

Naturalverpflegsstationen für wandernde Arbeiter

Ab den 1880ern wurden Naturalverpflegsstationen im Abstand von 14–24 Kilometern errichtet. Arbeitssuchende mussten von Station zu Station wandern. Sie bekamen dort Kost und Verpflegung für eine Nacht, und es wurden offene Stellen bekanntgegeben. Indem die Arbeitssuchenden eine Arbeit zugewiesen bekamen, die sie ausführen mussten, sollten sie die Arbeitswilligkeit bewiesen werden. Der Zweck war die Kosten für Abschiebungen zu reduzieren und die Trennung von Arbeitssuchenden und *Arbeitsscheuen*.²³ Naturalverpflegsstationen waren bezeichnend für die Entstehung moderner Sozialpolitik.

19 Arbeiterzeitung, „Die christlichsoziale Sesshaftigkeit“, 24.11.1905, S. 1.

20 Arbeiterzeitung, „Vom Tage. Theorie des Wahlrechtsraubes“, 23.12.1905, 1f.

21 Arbeiterzeitung, „Wahlreformausschuss 13. September, Wien 35. Sitzung, Rede Victor Adler“, 14.9.1906, S. 3.

22 Arbeiterzeitung, „Sesshaftigkeit und Wahlpflicht als nationale ‚Schutzwehren‘“, 5.12.1905, S. 2.

23 Reiter-Zatloukal: Ausgewiesen, S. 261-265.

Christlichsoziale Politiker sprachen sich des Öfteren im Niederösterreichischen Landtag gegen Naturalverpflegsstationen aus, die diese ‚Vagabunden und Arbeitslosen‘ fördern würden. Begriffe wie *Vagabunden*, *Arbeitslose*, *Arbeits-scheue* und *Arbeitssuchende* wurden oft synonym verwendet. Diese Gleichsetzung kritisierten sozialdemokratische Abgeordnete vehement, da *Arbeitssuche* nicht mit *Arbeitsscheu* gleichzusetzen wären. Der Kapitalismus würde arbeitende Menschen zu einer gewissen Mobilität zwingen und Naturalverpflegsstationen wären ein geeignetes Instrument der Arbeitsvermittlung und eine gute Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit.²⁴ In diesem Zusammenhang sollte mitgedacht werden, dass die Aufnahme in Naturalverpflegsstationen an sich restriktiv war. Laut ihren Statuten standen Naturalverpflegsstationen allen arbeits-, subsistenz- und mittellosen, jedoch arbeitsfähigen Wandernden offen und zwar unabhängig von Zuständigkeit, Konfession oder Geschlecht. In der Praxis sah das jedoch anders aus. Tagelöhner, Dienstboten und Dienstbotinnen oder Landarbeiter und Landarbeiterinnen wurden teilweise ausgeschlossen und Frauen oft grundsätzlich nicht aufgenommen.

24 Arbeiterzeitung, „Tagesneuigkeiten. Der Wiener Arbeiter und der Landtag“, 3.8.1896, 2.; „Sozialpolitik. Arbeits- und Dienstvermittlung in Naturalverpflegsstationen“, 17.01.1897, 7.; „Die Propaganda der Bestie im Menschen“, 07.03.1899, 2.; „Tagesneuigkeiten. Gegen die reisenden Handwerksburschen“, 22.1.1900, 3.; „Die Landtagswahlen. Die Lüge des Herrn Kern. Eine Zuschrift des Landesausschusses Josef Schöffel“, 14.10.1902, 1f.; „Vom Tage. Die ‚Arbeitsscheuen‘“, 11.10.1903, 2.; „Elend und Verbrechen“, 25.4.1907, 2.; „Der Geist des Privilegienwahlrechts“, 20.09.1908, 2.; „Die ‚Verhetzung der Stände‘“, 1.10.1908, 2.; „Inland. Niederösterreichischer Landtag“, 15.1.1910, 3.; „Inland. Josef Schöffel gestorben“, 9.2.1910, 3f.

Was nicht bedeutet, dass Frauen nicht genauso mobil waren wie Männer, nur dass sie dabei keine oder andere öffentliche Einrichtungen nutzen.²⁵

Diese Diskriminierungsmechanismen wurden von der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie, so weit mir bekannt ist, nicht thematisiert.

Österreichische Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausland

Wie verhielt man sich seitens der österreichischen Sozialdemokratie zu österreichischen Arbeitsmigranten und -migrantinnen im Ausland? Das Deutsche Kaiserreich war Ende des 19. Jahrhunderts der wichtigste europäische Arbeitgeber für österreichisch-ungarische Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen in Industrie und Landwirtschaft. Im Zeitraum zwischen 1871 und 1910 kamen etwa die Hälfte aller aus dem Ausland in das Deutsche Reich zugewanderten Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Habsburgermonarchie.²⁶ Die deutsche Regierung war im 19. Jahrhundert von einer antipolnischen Nationalitätenpolitik geprägt. In der Debatte um polnischsprachige Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen, aus der Habsburgermonarchie (Galizien) und aus Russland, standen sich wirtschaftliche Interessen und nationalpolitische Prinzipien in wechselnden Argumentationslinien gegenüber.²⁷ 1890 entschloss man sich zu einem Kompromiss, durch den sowohl der *Leutemangel*

25 Wadauer: *Der Arbeit nachgehen?*, S. 58-59.

26 Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 25.

27 Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 26.

ausgeglichen als auch der Gutsbesitzer vor einer *Überfremdungsgefahr* geschützt werden sollte. Unverheiratete polnischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen wurden in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben der preußischen Ostprovinzen zugelassen. Da man deren Sesshaftwerdung und Weiterwanderung in den Westen verhindern wollte und den Arbeitern und Arbeiterinnen jährlich bewusst machen wollte, dass sie geduldete Fremde waren, führte man eine *Karenzzeit* ein. *Karenzzeit* bedeutete, dass die polnischsprachigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Wintermonaten von Dezember bis April Preußen verlassen mussten.²⁸ Das Verlassen des Arbeitgebers vor Vertragsende war für Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter oft die einzige Möglichkeit, ihre soziale Lage auf individuelle Weise zu verbessern. Um diesen Kontraktbruch zu unterbinden, trat 1908 in Preußen ein *Inlandslegitimierungszwang* in Kraft.²⁹ Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Ausland durften von Unternehmen legal nur eingestellt werden, wenn sie über eine ordnungsgemäße Legitimationskarte der Deutschen Arbeiterzentrale verfügten. Zum Verlassen der Arbeitsstelle musste der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin seine beziehungsweise ihre Einverständnis mit der Auflösung des Vertragsverhältnisses schriftlich bestätigen.³⁰ Beide Maßnahmen bedeuteten für ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen institutionalisierte Diskriminierung. Der Legitimationenzwang bezog sich nur auf Arbeitern und Arbeiterinnen (nicht aber auf Beamte oder Angestellte).

Die Karenzzeit galt nur für polnischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen aus Österreich und Russland.

Der sozialdemokratische Agitator und Journalist, Semen Wityk (1876–1937), brachte am 14.12.1907, noch bevor der Inlandslegitimationenzwang in Preußen tatsächlich in Kraft trat, eine Interpellation an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister im Abgeordnetenhaus des Reichsrats ein, in der er das System der *Kontraktsklaverei* im Deutschen Kaiserreich beklagte. *Man nimmt österreichischen Arbeitern ihre Legitimationspapiere, gibt ihnen statt ihrer ein Dokument, das auf den Namen des Unternehmers lautet, und wenn dann der Arbeiter die zugewiesene Arbeitsstelle verlassen will, weil er die grenzenlose Ausbeutung nicht ertragen kann, dann ist er ausweislos, kann nirgends mehr Arbeit finden und wird sofort ausgewiesen.*³¹ Er setzte sich explizit für die Tausenden österreichischen, insbesondere galizischen Wanderarbeiter in Sachsen und Preußen ein.

In den Jahren von 1908 bis 1910 wurden die restriktiven Gesetze gegen österreichische Arbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Kaiserreich von der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie heftig kritisiert. Insbesondere wurde verurteilt, dass selbst *deutschsprachige und seit langem angesiedelte, mit den heimischen Verhältnissen eng verwachsene Industriearbeiter, die bereits vor Jahren aus Österreich eingewandert waren, sich die Legitimationskarten der „Deutschen Feldarbeiterzentrale“ beschaffen*

28 Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik, S. 22.

29 Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik, S. 35.

30 Oltmer/Bade: Polnische landwirtschaftliche Arbeitskräfte, S. 506.

31 Stenographische Protokolle – Abgeordnetenhaus, 18. Session, S. 1864 Anhang 2 (Index S.472). Arbeiterzeitung, "Gegen die Kontraktsklaverei österreichischer Arbeiter in Deutschland", 14.12.1907, S. 9.

mussten. Im gleichen Bericht wird auch kritisiert, dass *polnischsprechende Arbeiter* ihrer Rechte beraubt wurden.³² Diese in Bezug auf die Sprache differenzierende Berichterstattung ist in dem damit im Zusammenhang stehenden sozialdemokratischen Diskurs als einzigartig hervorzuheben.³³ In Sachsen galt der Inlandslegitimierungszwang bei seiner Einführung im Jahr 1908 nur für polnischsprechende und ruthenischsprechende Arbeiter und Arbeiterinnen und wurde im Jahr 1910 auf alle ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeweitet. Allerdings wurden für Pendler und Pendlerinnen und österreichische Arbeiter und Arbeiterinnen *des deutschen Stammes* Ausnahmen gemacht. Laut Gesetzestext galten jene als ‚deutsche‘ österreichische Staatsangehörige, die einen ausschließlich in deutscher Sprache ausgestellten Ausweis besaßen.³⁴ Man sieht anhand dieser Debatten die stark politisierte Verbindung von Sprache und Nation und die damit einhergehenden Absurditäten. In diesem Beitrag wird nicht von *Italienern, Kroaten oder Polen* sondern beispielsweise polnischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen berichtet, da man nicht davon ausgehen kann, dass sich die Betroffenen pauschal als Polen verstanden, also mit jener ‚Nationalität‘ identifizierten.

Das „Schubwesen“ und italienischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich die österreichische Sozialdemokratie in ihrem Programm explizit für eine Aufhebung der Schubgesetze aussprach. Der Staat wurde durch das erwähnte Heimatrecht und das darauf aufbauende Reichsschubgesetz von 1871 ermächtigt, Personen zwangsweise an ihren legalen Wohnsitz innerhalb oder außerhalb Österreich-Ungarns abzuschieben. Der Begriff *Schubwesen* bezeichnete die staatlichen Institution, der die Abschiebung von Menschen in ihre Heimatgemeinde organisierte. Besonders eingeschränkt wurde die Mobilität von Personen aus den unteren Schichten, denen im Falle der Verarmung die zwangsweise Abschiebung in ihre Heimatgemeinde drohte.³⁵ Das Schubwesen erforderte jedoch einen umfangreichen administrativen Apparat und war daher sehr kostspielig. Dem Staat und den Gemeinden brachte es nicht die finanziellen Vorteile, die sie sich durch die Übertragung der Armenversorgung erhofft hätte.³⁶

Die sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung berichtete am 3.1.1894, dass im Niederösterreichischen Landtag *wieder* das Heimatgesetz besprochen wurde, *oder vielmehr das Schubwesen, den Heimat und Schubwagen sind untrennbare Begriffe in Österreich.*³⁷

32 Arbeiterzeitung, „Die Kontraktsklaverei der Ausländer in Preußen“, 27.4.1908, S. 1.

33 Arbeiterzeitung, „Die preußische Legitimationskarte für italienische Arbeiter“, 12.2.1909, S. 9.; „Ausländische Arbeiter sind in Preußen und Sachsen vogelfrei“, 20.6.1909, S. 11.; „Österreichischer Arbeiter in Preußen“, 13.3.1910, S. 13.; „Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland“, 4.8.1911, S. 2.

34 Lehnert: Von Mobilität, S. 111.

35 Steidl: On Many Routes, S. 204-225.

36 Becker: Governance, S. 38f.

37 Arbeiterzeitung, „Behandlung von Arbeitslosen in Niederösterreich“, 12.1.1894, S. 2f.

In der betreffenden Debatte unterstellte der fraktionslose Abgeordnete Josef Schöffel italienischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen sich absichtlich in Schubhaft zu begeben, um damit die Heimreisekosten zu sparen. Daraufhin betonte der christlichsoziale Abgeordnete Josef Scheicher (1832–1910), dass der (abgelehnte) Antrag seiner Partei, bei dem Bau der Wiener Verkehrsanlagen nur *Inländer* zu beschäftigen, diesem Problem entgegengesteuert hätte und dem Land Niederösterreich viel Geld gespart hätte. In der Arbeiter-Zeitung wurde ironisch bemerkt, dass die *Christlich-Sozialen [...] mangels einer genügenden prinzipiellen und insbesondere ökonomischen Bildung immer danebengreifen* würden. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang kritisiert, dass christlichsoziale Politiker wie Josef Scheicher nicht verstanden hätten, dass es sich bei italienischen Arbeitern nicht um Ausländer, sondern um österreichische Italiener und Italienerinnen handelte. Und weiter, dass die *arbeitslosen und herumgeschobenen Proletarier einfach als Objekte behandelt werden, die unangenehm sind, und deren man sich zu entledigen sucht*. Sozialdemokratinnen und -demokraten forderten die Einführung von Minimallöhnen und Maximalarbeitszeiten.³⁸ Zwei Jahre später berichtete die Arbeiter-Zeitung erneut von italienischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich angeblich *per Schub* umsonst in ihre Heimat transportieren lassen würden. Zuvor hätten sie ihr erspartes Geld nach Hause geschickt. Nochmals forderte daher die Sozialdemokratie die Einführung von Mindestlohn und Maximalarbeitszeiten bei öffentlichen Aufträgen.

38 Arbeiterzeitung, „Behandlung von Arbeitslosen in Niederösterreich“, 12.1.1894, S. 2f.

Die Begründung war, dass so auch *einheimische Stammesgenossen* (an anderer Stelle als *deutsche Stammesgenossen* bezeichnet) am Arbeitsmarkt bestehen könnten. Erschreckend an dem Bericht ist, dass italienischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen als *anspruchslöse, italienische Kulis* bezeichnet wurden, die sich durch *niederträchtige Genügsamkeit und Bedürfnislosigkeit* auszeichnen würden. Zwischen Binnen- und Transmigration wurde nicht differenziert.³⁹ Aus einer genaueren Betrachtung des Diskurses der österreichischen Sozialdemokratie zu italienischsprachigen Arbeitern und Arbeiterinnen geht hervor, dass die Zuschreibung der *Bedürfnislosigkeit* kein Einzelfall war, sondern in verschiedenen Zusammenhängen reproduziert wurde.⁴⁰ Es entstand durch diese Rhetorik der Eindruck einer scheinbar naturgegebenen *Bedürfnislosigkeit* in Bezug auf italienischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen. Adler berichtete in seinem Leitartikel in der Arbeiter-Zeitung vom 13.9.1898, dass die *österreichische Gewerkschaftskommission sowie die sozialdemokratische Partei seit langem mit großem Aufwand an Arbeit und Mitteln bemüht ist, die italienischen Wanderarbeiter den einheimischen Arbeitern näher zu bringen, sie zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde zu erziehen, ihre Lebenserhaltung zu heben und ihre verdammte Bedürfnislosigkeit,*

39 Arbeiterzeitung, „Gemeinde-Angelegenheiten. Christlichsoziale Arbeiterfreundlichkeit“, 8.12.1896, S. 3f.

40 Unter anderem. Arbeiterzeitung, „Gemeinde-Angelegenheiten. Christlichsoziale Arbeiterfreundlichkeit“, 8.12.1896, S. 3f., „Tagesneuigkeiten. Christliche Sozialpolitik“ 16.5.1900, S. 4., „Sozialpolitik. Die Zustände in italienischen Fabriken“ 14.08.1900, S. 6f., „Inland. Ausschließung einheimischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeitern“ 5.6.1908, S. 6., „Inland. Wie der deutsche Nationalismus aussieht“ 24.5.1910, S. 3.

die sie verthiert [sic!] und zum Gegenstand des Hasses macht, zu vermindern.⁴¹

Im späten 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts waren viele italienischsprachige, zumeist ungelernete Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland in verschiedensten Bauprojekten tätig.⁴² Auf die Rolle italienischsprachiger Arbeiter und Arbeiterinnen als gefährliche *Lohndrücker* gegenüber deutsch- und tschechischsprachigen Arbeiter und Arbeiterinnen wurde im sozialdemokratischen Diskurs ebensoviel, wenn nicht mehr Wert gelegt als auf die unmenschliche Arbeits- und Lebensumstände dieser Menschen.⁴³

Ungebildet und genügsam, wie er ist, wird der italienische Arbeiter der chinesische Kuli Europas genannt, dessen Rolle er auch spielt. Er lässt sich auspressen wie eine Zitrone. Je bitterer sein Los ist, desto höher ist seine Pflicht, mit in eueren Reihen zu kämpfen – für die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! Mit diesen Worten schloss ein gewisser Genosse Ottolini seine Rede bei der Märzfeier 1899.⁴⁴

Italienischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen waren oft bei temporären Bauprojekten tätig, so im Eisenbahn- oder Straßenbau. Sie waren daher nie lange an einem Ort und deshalb kaum gewerkschaftlich organisiert.⁴⁵ Die tschechischsprachige Arbeiterschaft hingegen war in der späten Habsburgermonarchie bereits

politisch und gewerkschaftlich gut organisiert. Victor Adler selbst hatte sich in den 1880er Jahren für die böhmischen Ziegelerbeiter und -arbeiterinnen am Wienerberg eingesetzt und in der Gleichheit (Vorläuferin der Arbeiter-Zeitung) sozusagen eine ‚Undercover-Reportage‘ über die Ausbeutung dieser Arbeiter und Arbeiterinnen veröffentlicht. In diesem Bericht wurde jedoch mit keinem Wort erwähnt, dass es sich um tschechischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen handelte.⁴⁶ Durch Adlers aufsehenerregende Reportagen und die Organisation eines Streiks konnten jedoch Verbesserungen für sie erkämpft werden, beispielsweise der 11-Stunden-Tag, Sonntagsruhe und bessere Löhne.⁴⁷

Otto Bauers „Proletarische Wanderungen“

Abschließend sollen die Argumente des sozialdemokratischen Politikers und Theoretikers Otto Bauer (1881–1938) in seiner Abhandlung *Proletarische Wanderungen* von 1907 in Bezug auf seine These, dass sich die Sozialdemokratie *nicht allen Formen der Einwanderung gegenüber gleichartig verhalten* konnte, aufgezeigt werden.⁴⁸

Bauer befasste sich 1907 mit dem *großen Problem der internationalen Wanderungen*, die er als Teilerscheinung der sich ausbreitenden kapitalistischen Weltwirtschaft deutete.

41 Arbeiterzeitung, „Vom Tage“, 13.9.1898, S. 1.

42 Steidl: *On Many Routes*, S. 95-96; Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, S. 54; Konrad: *Das Entstehen der Arbeiterklasse*, S. 367-370.

43 Unter anderem Arbeiterzeitung, „Schubwagengeschichten“, 19.4.1898, S. 2.

44 Arbeiterzeitung, „Märzfeier Gedenkreden“, 13. 3.1899, S. 2.

45 Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik*, S. 367-370, S. 67.

46 Gleichheit, „Die Ausbeutung der Wiener Ziegelerbeiter“, 1.12.1888, S. 1-3.

47 Unter anderem Arbeiterzeitung, „Wie organisiert man Landarbeiter?“, 31.8.1900, S. 8.

48 Bauer: *Proletarische Wanderungen*, S. 486-487. Bauer war zudem Begründer des Austromarxismus.

Als mittelbare Wirkungen der Einwanderung benannte er zwar ihren Nutzen für die Gesamtwirtschaft und die Expansion der heimischen Industrie,⁴⁹ jedoch erkannte er die *Gegensätzlichkeit der proletarischen Politik* darin, dass die Proletarier aller Länder als Klassengenossen gemeinsame Interessen hätten, aber gleichzeitig als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt einander bekämpfen müssten.⁵⁰ Die Höhe des Arbeiterlohnes wurde Bauer zufolge nicht nur durch die Zahl der verfügbaren Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern auch durch deren *kulturelle Qualitäten* bestimmt. *Je kulturloser die Arbeitermassen sind, desto eher sind sie bereit, ihre Arbeitskraft zu billigen Preisen feilzubieten. Je rückständiger endlich die Einwanderer sind, desto schwerer ordnen sie sich den gewerkschaftlichen Organisationen ein.*⁵¹ Als *rückständige Kulturkreise* nannte er russische und polnische Juden, die in England ein *gefügiges Material für den Ausbau des schädlichen Schwitzsystems* bilden würden.⁵² Der problematischen *Immigration aus hauswirtschaftlich-agrarischen Ländern* stellte Bauer die *Einwanderung aus industriell-kapitalistischen Wirtschaftsgebieten* gegenüber. Als ‚erfolgreiches‘ Beispiel nennt er ‚den deutschen Industriearbeiter in England‘.

Der deutsche Industriearbeiter, der in England Arbeit sucht, wandert ja gerade darum in die Fremde, um dort seine Lebenserhaltung zu verbessern. Er ist fähig sich den Arbeits- und Lebensbedingungen der neuen Heimat anzupassen; er wird sehr bald ebenso hohen Lohn,

*ebenso günstige Arbeitsbedingungen fordern wie seine englischen Kollegen; er ist gewillt sich den Gewerkschaften des Landes [...] anzuschließen.*⁵³

Otto Bauer argumentierte in seinem Papier, dass *mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise allmählich die Proletarier aller Nationen die Psychologie des modernen Industriearbeiters erwerben* würden. Als positives Beispiel nennt er die Entwicklung von *gefürchteten tschechischen Lohndrückern und Streikbrechern in deutschen Industriegebieten in Österreich* die sich zu einem *im Kampfe geschultem und trefflich organisierten Proletariat* entwickelte. Die deutschen Arbeiter in Österreich hätten die tschechischen Einwanderer kulturell assimiliert und ihren Kampforganisationen eingereiht.⁵⁴ Es scheint also, als wäre es der Verdienst der *deutschen Arbeiter in Österreich*, dass sich tschechischsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen so ‚trefflich‘ entwickelt hätten.

Aus Bauers Argumentation geht eindeutig hervor, dass die *deutsche Kultur* nation seiner Meinung nach anderen Kulturen überlegen sei und sie daher ein erstrebenswertes Ideal darstelle, dem sich Arbeiterinnen und Arbeiter anpassen sollten, indem sie sich deutsche Sprache und Kultur aneignen.

Obwohl er die Festlegung eines Minimallohns und einer Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen forderte, lehnte er Abschiebungen nicht völlig ab, auch wenn er betonte, dass diese nur in Friedenszeiten stattfinden dürften. Er unterstrich an mehreren Stellen, dass Arbeiter und Arbeiterinnen nicht darauf verzichten könnten, ihre Arbeitsstellen gegen die *billigen*

49 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 486-487.

50 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 489.

51 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 480.

52 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 480.

53 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 480.

54 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 481, 494.

fremden Arbeitskräfte zu verteidigen. Sie werden daher im Staate und in den Selbstverwaltungskörpern verlangen, dass bei öffentlichen Bauten und Unternehmungen fremde Arbeiter nur dann herangezogen werden dürfen, wenn die heimischen Arbeiter voll beschäftigt sind.⁵⁵

Fazit

In diesem Beitrag wurde untersucht inwiefern übergeordnete Versprechen der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie an mobile Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Widerspruch zu konkreten Sprechakten von Sozialdemokraten standen.⁵⁶ Übergeordnete Versprechen oder Metaversprechen meinen in diesem Zusammenhang festgeschriebene Grundsätze, wie das Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Konkrete Debatten, die die Mobilität von Arbeiterinnen und Arbeitern betrafen, wurden in Bezug auf das Metaversprechen der Mobilität, man spricht auch von *Freizügigkeit*, für alle Arbeitskräfte und der Garantie einer rechtlichen Sicherheit für migrierende Arbeitskräfte, analysiert. Diskriminierungsmechanismen in Bezug auf mobile Arbeitskräfte konnten in bestimmten Bereichen festgemacht werden. Beispielsweise wurde ein *Inländervorrang* von deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokraten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Doch wer genau diese *Inländer* oder *Fremden* waren, ist

oft nicht klar auszumachen. Als *Streikbrecher* und *Lohndrücker* wurden dabei jene Arbeiter und Arbeiterinnen kategorisiert, die nicht organisiert waren. Zusätzlich scheint eine kulturell-nationalistische Diskriminierung und Herabwürdigung von Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich von der sogenannten deutschen Kulturnation nicht eingliedern lassen wollten oder konnten, im sozialdemokratischen Diskurs verankert zu sein. Diese kulturell-nationalistische Diskriminierung scheint vor allem in Debatten auf, in denen Maßnahmen der Migrations- oder Mobilitätskontrolle besprochen wurden.

Deutschsprachige Sozialdemokraten waren jedoch nicht grundsätzlich dagegen, mobilen Arbeitern und Arbeiterinnen Rechte zu verleihen. Sie hielten an ihrem Versprechen der politischen Partizipation für eine männliche, mobile Arbeiterklasse fest, indem sie sich für die Aufhebung einer Sesshaftigkeitsklausel im Wahlrecht einsetzten. Die Frage, die sich hier aufdrängt ist, ob hinter dieser Forderung nicht primär das Interesse einer Steigerung der potenziellen Wählerstimmen für die Sozialdemokratische Partei stand. Nichtsdestotrotz wurden dadurch explizit Versprechen an mobile Arbeiter eingefordert und diese als Wähler adressiert. Außerdem versuchten österreichische Sozialdemokraten das Versprechen der Freizügigkeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen einzulösen, indem sie die Abschaffung des Inlandslegitimierungszwang in Preußen und Sachsen forderten. Eine weitere Debatte, die man mit dem Versprechen der Freizügigkeit begründete, war jene der Förderung von Naturalverpflegsstationen. Diese

55 Bauer: Proletarische Wanderungen, S. 493.

56 Ein Perspektivenwechsel auf mobile Arbeiterinnen und Arbeiter und deren Reaktionen auf ambivalente Versprechen der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie ist ausständig und in Arbeit.

waren jedoch an sich bereits restriktiv in ihrer Aufnahme von Arbeitern.⁵⁷

Die Analyse zeigt, dass Widersprüche zwischen übergeordneten Metaversprechen der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie an mobile Arbeiter und Arbeiterinnen und der Rhetorik von Sozialdemokraten in konkreten Debatten existierten. Die Gültigkeit allgemeiner ideologischer Versprechen wurde auf eine bestimmte Gruppe von Individuen (*Inländer*, deutschsprachige Arbeiter und Arbeiterinnen) beschränkt. Hier setzten Diskriminierungsmechanismen ein. Durch den Ausschluss jener, die nicht in die bestimmte Gruppe von Arbeiterinnen und Arbeiter passen, entsteht ein implizites, exklusives Versprechen an ebenjene, die Teil davon sind. Über die Funktion dieser exklusiven Versprechen können an dieser Stelle nur Annahmen getätigt werden. Einerseits spielten sicher potenzielle Wählerstimmen des deutschnationalen Arbeitermilieu eine Rolle, andererseits war beispielsweise bei Otto Bauer sicherlich seine eigene Vergangenheit im deutsch-liberalen Bürgertum von prägender Bedeutung.

Zusammenfassend gehen aus diesem Beitrag drei Formen von *Versprechen als kulturelle Konfiguration* der deutschsprachigen österreichischen Sozialdemokratie vor 1914 in Bezug auf mobile Arbeiter und Arbeiterinnen hervor:

1. Übergeordnete Metaversprechen in der Form von ideologischen Parteigrundsätzen, die den Schutz mobiler Arbeitskräfte versprochen
2. Konkrete Sprechakte, in denen genau diese Metaversprechen für eine grenzüberschreitende

Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse eingefordert wurden.

3. Debatten, in denen bestimmte mobile Arbeitskräfte aus diesem Versprechen ausgeschlossen wurden und damit ein exklusives Negativ-Versprechen an eine bestimmte Gruppe entstand.

Literatur

Rainer Bauböck: „*Nach Rasse und Sprache verschieden*“. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute, in: IHS-Studien Politikwissenschaft 31, Wien 1996.

Otto Bauer: Proletarische Wanderungen, in: Die neue Zeit, 2/41, 1907, S. 476-494.

Peter Becker: Governance of Migration in the Habsburg Monarchy and the Republic of Austria, in: International Institute of Administrative Sciences Monographs 31, Amsterdam 2010, S. 32-52.

Felix Czeike: Arbeiterzeitung; URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung>.

Demokratiezentrum Wien: Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik; URL: <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/timelines/arbeitsmigration-nach-oesterreich-in-der-zweiten-republik/>.

Alexa Färber: Gegen Ungleichzeitigkeit? Das Versprechen als alltagskulturelle Vergegenwärtigung von (urbanen) Zukünften, in: Dagmar Hänel/Ove Sutter/Ruth Dorothea Eggel/Fabio Freiberg/Andrea Graf/Victoria Huszka/Kerstin Wolff (Hg.): Planen. Hoffen. Fürchten. Zur Gegenwart der Zukunft im Alltag, Münster/New York 2021, S. 25-41.

Theresa Gillinger: „Inländervorrang“ und Internationalismus; URL: <https://science.orf.at/stories/3213104/>.

Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. 2. Auflage, München 2017.

Helmut Konrad: Das Entstehen der Arbeiterklasse in Oberösterreich, hrsg. vom Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1981.

57 Arbeiterinnen waren oft ausgeschlossen.

Katrin Lehnert: Von Mobilität zu Migration. Ländlicher Alltag und die Entstehung des sächsisch-böhmischen Grenzregimes im 19. Jahrhundert, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 31, Nr. 1 (2020), S. 90-113.

Jochen Oltmer/Klaus Bade: Polnische landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Preußen-Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn/München/Zürich 2008, S. 879-885.

Ilse Reiter-Zatloukal: Ausgewiesen, abgeschoben. Eine Geschichte des Ausweisungsrechts in Österreich vom ausgehenden 18. bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 2, Frankfurt am Main/Berlin 2000.

John R. Searle: Speech Acts. An Essay on the Philosophy of Language, Cambridge 1969.

Annemarie Steidl, Migration Patterns in Late Habsburg Empire, in: Günter Bischof/ Dirk Rupnow (Hg.): Migration in Austria, Bd. 26. New Orleans 2017, S. 69-86.

Annemarie Steidl: On Many Routes: Internal, European, and Transatlantic Migration in the Late Habsburg Empire. West Lafayette, Indiana 2021.

Sigrid Wadauer: Der Arbeit nachgehen? Auseinandersetzungen um Lebensunterhalt und Mobilität (Österreich 1880–1938), Wien 2021.

Sigrid Wadauer: Kategorisierung, Kontrolle, Vertrauen? Arbeits- und Identitätsdokumente im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Sigrid Ruby/Anja Krause (Hg.): Sicherheit und Differenz in historischer Perspektive, Baden-Baden 2022, S. 261-287.

| Interdisziplinäre Zugänge

Zwischen Ästhetik und Politik

Zum Versprechen in literarischen Manifesten

Dariusz Komorowski

„A map of the world that does not include Utopia is not worth even glancing at, for it leaves out the one country at which Humanity is always landing. And when Humanity lands there, it looks out, and, seeing a better country, sets sail.“¹ In dem Bonmot des irischen Bonvivants und Provokateurs Oscar Wilde wird nicht nur sein Glaube an den Fortschritt, sondern auch an dessen Grundlage ausgedrückt, die er in der Unveränderlichkeit des utopischen Denkens sieht. Eindrücklich stellt den Universalismus des utopischen Denkens eine Zeichnung des chinesischen Künstlers Qiu Zhijie „Map of Utopia“ (2012) dar, auf der Ideen-Inseln und Ideen-Orte, zeitlich und topographisch weit auseinander entstanden, sich zu einer menschlichen

Figur zusammenschließen. Mensch und Utopie vereinigt in einer bildlichen Metapher. Im Bereich der Literatur ist das literarische Manifest eines der wichtigen Medien, in dem die Zukunftsprojektionen ihren Ausdruck finden.

In der Literaturgeschichte kann man Zeiten feststellen, in denen Manifeste ihre Hochkonjunktur erlebten. Es handelt sich um bewegte Zeiten, in denen Zukunftsvisionen besonders gefragt und demzufolge in großer Zahl kreiert werden: „Zeiten ohne Manifeste sind Zeiten der Erstarrung. Manifeste sind im eigentlichen Sinne utopische Entwürfe; das gilt für politische Manifeste, aber erst recht für Manifeste der künstlerischen Avantgarde“² – schreiben der Romanist Wolfgang Asholt und der Germanist Walter

1 Wilde: *The Soul of Man Under Socialism*, S. 302f.

2 Asholt/Fähnders: „Die ganze Welt ist eine Manifestation“, S. 10.



Abbildung 1: Qiu Zhijie: Map of Utopia 2012, Collectie Van Abbemuseum, Eindhoven, Nederland, Fotograf: Peter Cox, Eindhoven, Nederland.

Fähnders in ihrer Studie zur europäischen Avantgarde und ihren Manifesten. Es ist die Zeit der künstlerischen Avantgarde der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der die wichtigsten literarischen Manifeste entstehen. Man schrieb das Jahr 1909, als im Februar in „Le Figaro“ ein bisher wenig bekannter Schriftsteller und Zeitschriften-Redakteur Filippo Tommaso Marinetti sein „Futuristisches Manifest“ veröffentlichte, das den intellektuellen Debatten in den darauf folgenden Dekaden einen aufrührerischen und gewaltsamen Charakter aufdrängte, der sich selbst in der militärisch geprägten Bezeichnung der Zeit Avantgarde niederschlug.

Was ist aber ein literarisches Manifest? In der Literatur- und Kulturgeschichte finden die Manifeste keine eindeutige Definition. Sie schauen auch auf eine nicht allzu lange Geschichte zurück. Bis ins 19. Jahrhundert

hinein verwendete man die Bezeichnung Manifest entweder für ein Zertifikat im Transportwesen, das die Ladung auflistet oder für eine Staatserklärung angesichts einer besonderen Situation, wie der eines Krieges oder der bevorstehenden Wahlen.³ Im künstlerisch-literarischen Bereich gewinnt der Begriff Manifest erst um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert an Bedeutung. Aber auch da kommt er nur allmählich zur Anwendung. Anfangs werden programmatische Texte in den meisten Fällen erst nachträglich als Manifeste bezeichnet. So zum Beispiel Hofmannsthals „Chandos-Brief“, der 1902 unter dem Titel „Ein Brief“ erschien und 1903 von Gustav Landauer rückblickend als Manifest bezeichnet wurde.⁴ Wie Fähnders darlegt,

3 Siehe Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 19.

4 Siehe Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 20.

wurden bis 1909 programmatische Texte durch Autoren und Autorinnen nur ausnahmsweise mit der Genrebezeichnung „Manifest“ versehen. Eine Wende brachte erst das „Futuristische Manifest“ von Marinetti, das eine Hochkonjunktur für Texte auslöste, die sich selbst als Manifeste deklarierten.

In der aktuellen Ausgabe von Duden-online wird Manifest als ein „öffentlich dargelegtes Programm einer Kunst- oder Literaturrechtung, einer politischen Partei, Gruppe o. Ä.“⁵ definiert. Somit wird die Kunst- und Literaturbezogenheit des Manifests in den Vordergrund gerückt, die Rolle der Gattung in der Öffentlichkeit hervorgehoben sowie ihre programmatische Bestimmung, die sich auf eine Gruppe bezieht. Wie aber Fähnders bemerkt, „sollte auch das von einer einzigen Person signierte Manifest als Normalform akzeptiert werden“.⁶ Auf der Skala der Manifest-Texte stellt er solche, die von den Autoren oder Autorinnen als Manifeste deklariert werden und die oben angeführten Eigenschaften aufweisen, über solche, die die Kriterien erfüllen, sich selbst aber anderen Gattungen zuordnen, bis hin zu den seltensten Fällen, in denen Texte sich als Manifeste bezeichnen, ohne jedoch die gattungstypischen Merkmale zu besitzen.⁷ Diese paradoxe Situation fasst er folgendermaßen zusammen: „Manifest muß nicht immer auch Manifest heißen – und ein ‚selbsternanntes Manifest‘ muß nicht immer Manifestkriterien erfüllen.“⁸ Dieser Unbestimmtheit in der Gattungsbezeichnung versuchen die

Niederlandisten Hubert van den Berg und Ralf Grüttemeier zu begegnen, indem sie das Bedürfnis nach einer Unterscheidung einer souveränen Gattung „Manifest“ in Frage stellen: „Es gibt nämlich keine Texte, die, qualitate qua Manifest sind; es gibt lediglich Texte (oder Kunstwerke), die als Manifest bezeichnet werden“⁹ – und das, kann man hinzufügen, sowohl durch die Autoren und Autorinnen selbst oder durch Drittpersonen, im Voraus oder rückblickend. Für Grüttemeier und van den Berg ist bei der Bezeichnung eines Textes als Manifest ein Kriterium entscheidend – die Intention, die sie als eine pragmatische Funktion des Textes verstehen, „die sich in etwa als Vermittlung von Intentionen, die öffentliche Darlegung programmatischer Überlegungen umschreiben läßt.“¹⁰ Folgt ein Text dieser grundsätzlichen Funktion, zeichnet er sich durch eine besondere Eindeutigkeit aus, die anzustreben ist. Dies bezieht sich in gleichem Masse auf die Manifeste, die zu transportierende Waren auflisten, wie auf literarische Manifeste, die die Eindeutigkeit auf ideeller Ebene erzielen, indem sie über Pläne, Absichten, Programme oder Forderungen informieren.¹¹

Entwerfen Manifeste Zukunftsvisionen, versprechen sie eine positive Wende, dann setzen sie diese in ein Oppositionsverhältnis zu dem aktuellen Zustand, der zu überwinden ist. In den avantgardistischen Manifesten wird die ästhetische Unangemessenheit der Literatur und Kunst beklagt, die der in rascher Umwandlung begriffenen Wirklichkeit nicht gerecht werden können. In den Zukunftsentwürfen wird nicht nur

5 Duden online: Manifest.

6 Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 21.

7 Siehe Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 21.

8 Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 22.

9 Berg/Grüttemeier: Manifeste, S. 18.

10 Berg/Grüttemeier: Manifeste, S. 17.

11 Siehe Berg/Grüttemeier: Manifeste, S. 25.

die Nivellierung des Rückstands der Literatur und Kunst, sondern auch ein gewaltiger Sprung nach vorne beschworen.

Mit der Zeit kristallisiert sich ein Gedankenkomplex heraus, der solche Begriffe einschließt, wie Manifest, Avantgarde und Fortschritt, die einander bedingen. Auch wenn die künstlerische Avantgarde, deren prägende Ausdrucksform das Manifest ist, ihre Bezeichnung aus der militärischen Sprache ableitet, bekommt sie eine etwas andere Bedeutung. Während im Militärwesen die Avantgarde eine kleine Gruppe bedeutet, die das Terrain auskundschaftet, um der Hauptarmee im Rücken den Vormarsch zu erleichtern oder zu sichern, stößt die künstlerische Avantgarde vor, richtet sich aber gegen die zurückgebliebenen bürgerlichen Ideale: „der Eroberungsfeldzug und Bürgerkrieg im Bereich von Kunst und Literatur scheinen zusammenzufallen. Metaphorisch macht sich die ästhetische Avantgarde zur Hauptarmee.“¹²

Besonders auffallend ist die Affinität zum Krieg in Marinettis „Futuristischem Manifest“ von 1909, wo die Begeisterung für Dynamik, Metall, Maschine, rauchende Schloten und Vernichtung den Manifestierenden ergreifen: *besingen werden wir die vielfarbige, vielstimmige Flut der Revolutionen in den modernen Hauptstädten; besingen werden wir die nächtliche, vibrierende Glut der Arsenale und Werften, die von grellen elektrischen Monden erleuchtet werden; die gefräßigen Bahnhöfe, die rauchende Schlangen verzehren.*¹³ Bevor jedoch Marinetti seine bevorzugten Bilder literarisch ausbreitet, zeichnet

er den Hintergrund nach, vor dem jene Bilder an Prägnanz gewinnen. Das Subjekt sitzt mit einigen seiner Freunde unter den Moscheeampeln, durch die sie bestrahlt werden vom *eingefangenen Glanz eines elektrischen Herzens*.¹⁴ Durch die Erhabenheit der Stunde gerührt, denken sie an die Umstände, unter denen sie bis dahin gelebt haben: *Lange haben wir auf weichen Orientteppichen unsere atavistische Trägheit hin und her getragen, bis zu den äußersten Grenzen der Logik diskutiert und viel Papier mit irren Schreibereien geschwärzt.*¹⁵ Diesem, wie sie meinen, zwecklosen Nachgrübeln, eingefangen in die kuschelige Weichheit der Orientteppiche, das lediglich ein Zeugnis von atavistischer Trägheit sei, werde nun ein Ende gesetzt. Unter dem Himmel übersät mit den Sternen der elektrischen Lampen werden die wenigen Freunde am Morgengrauen durch den liebevollen Klang der rüttelnden Straßenbahnen und *das Aufbrüllen hungriger Autos* wachgerufen: *Los, sagte ich, los Freunde! [...] Man muss an den Pforten des Lebens rütteln, um ihre Angeln und Riegel zu prüfen! [...] Gehen wir! Da, seht auf der Erde, die erste aller Morgenröten! Nichts gleicht dem Glanz des roten Sonnenschwerts, das zum ersten Mal in unsere tausendjährige Finsternis hineinsticht.*¹⁶ Zurückgelassen werden sollte die tausendjährige Finsternis, die ersten Mutigen treten dann in das verheißungsvolle Licht der Morgenröte. Das ist auch eines der Versprechen, die im „Futuristischen Manifest“ zum Ausdruck kommen. Man wird dem Licht entgegentreten, in dem man heldenhafte Taten vollbringen wird. Die Trägheit

12 Asholt/Fähnders: „Die ganze Welt ist eine Manifestation“, S. 4.

13 Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 78.

14 Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 75.

15 Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 75.

16 Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 75.

der alten Zeiten wird überwunden sein. Damit hängen auch konkrete Ästhetik-bezogene Versprechen zusammen, die zum Teil schon vorher genannt wurden und die sich auf die Themen beziehen, welche in der Literatur und Kunst behandelt werden, so etwa all die Motive, die im letzten Punkt des Manifests genannt werden: Revolutionen, Arsenale und Werften, Autos, Lokomotiven und Flugzeuge als auch rauchende Schlote. Die Betonung der Revolution, die helfen soll, die Finsternis zu überwinden, steht in einem breiteren Kontext der Gewaltverklärung, in dem auch der Krieg als *die einzige Hygiene* verherrlicht wird. Die Intention ist klar: In-Frage-Stellung der bisherigen Ästhetik der Kontemplation und Weltbefragung und in der Konsequenz Werbung für die reine Tat, die sich einerseits ästhetisch in der Wahl der Motive und der Verherrlichung des angreifenden Stils, andererseits in einer handgreiflichen Aktivität der Vernichtung der Bibliotheken und Museen äußern soll. Nur dann, so das futuristische Versprechen, wird man die Finsternis verlassen und *der ersten aller Morgenröten*¹⁷ entgegengetreten.

Kommt man auf den Begriffs-Komplex zurück, der sich in der Avantgarde-Forschung etabliert hat und die Avantgarde mit Moderne und Manifest verbindet, stechen zwei weitere Bereiche hervor, in denen das Versprechen der Manifeste vollzogen wird. Mit der Moderne ließe sich die Avantgarde als ein „unvollendetes Projekt“ verstehen, in dem die romantische Fragment-Theorie kaum an Aktualität eingebüßt hat.¹⁸ Als einer der bedeutendsten Formgedanken der Moderne hält das romantische Fragment die

Grunderfahrung einer besonderen Entzweigung fest¹⁹ – einerseits weist es in die Zukunft, wo es in der Totalität eines Werks vollzogen werden wird, andererseits funktioniert das Fragment als eine separate, monadische Einheit mit einem eigenen ästhetischen Wert. Somit hat das Fragment Anteil an der jeweils aktuellen Totalität. Wie Schlegel es zum Ausdruck bringt: „Ein Fragment muß gleich einem kleinen Kunstwerk von der umgebenden Welt ganz abgesondert und in sich selbst vollendet sein wie ein Igel.“²⁰ Betrachtet man das avantgardistische Manifest als Fragment, ist es auf die Vollendung in der Zukunft nicht angewiesen, es ist in seiner Vorläufigkeit vollkommen.²¹ Das Manifest verspricht Vollendung in einem literarischen Werk und vollzieht diese gleichzeitig in einem performativen Akt. In Bezug auf das surrealistische Manifest André Bretons konstatiert Fähnders, dass es keine weiteren Werke nach sich fordert. Es sei bereits das Werk, das Ziel: „Das Manifest findet in sich selbst seine Teleologie.“²²

Mit der performativen Handlung ist auch der zweite Bereich verbunden, in dem das avantgardistische Manifest ein Versprechen aufkommen lässt und es auch einhält. Schaut man auf Marinettis Vorgehensweise, fällt auf, dass er sein Manifest zuerst in der Zeitung „Le Figaro“ in Frankreich veröffentlichte, im damaligen Zentrum der avantgardistischen Bewegung. Die Publikation des Manifests war von einer breit angelegten Plakat-Aktion begleitet, die das Manifest

17 F. T. Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 75.

18 Siehe Bürger: Prosa der Moderne, S. 79.

19 Asholt/Fähnders: „Die ganze Welt ist eine Manifestation“, S. 2.

20 Schlegel: Athenäums-Fragmente, S. 47.

21 Asholt/Fähnders: „Die ganze Welt ist eine Manifestation“, S. 3.

22 Fähnders: „Vielleicht ein Manifest“, S. 30.

in den Straßen öffentlich bekannt machte. Angenommen, dass Manifeste in ihrer Selbstbezogenheit ästhetisch souveräne Einheiten sind und das in ihnen Postulierte performativ vollzogen wird, suggerieren die Plakat-Aktion und die Publikation weiterer „futuristischer Manifeste“, dass es nicht so sehr um das Manifest als um das Manifestieren selbst geht. Das Anliegen der Futuristen, die wegen des bis anhin herrschenden Prinzips der Autonomie der Kunst immer mehr vom gewöhnlichen Leben abgetrennt waren, war nun ihre Präsenz in der Öffentlichkeit, ihre Bedeutung und Wirksamkeit zu betonen. Ihre frühere Entfremdung sollte überwunden werden. Das Manifest verspricht, ohne es buchstäblich auszudrücken, die Rückeroberung der meinungsbildenden Position der Künstler und Künstlerinnen sowie Schriftsteller und Schriftstellerinnen. Wie einmal Émile Zola mit seinem nachträglich als Manifest bezeichneten Artikel „J'accuse“, meldete Marinetti, und nach ihm auch Dadaisten wie Tristan Tsara und Surrealisten wie André Breton, dass sie als Künstler, Künstlerinnen und Intellektuelle im sozial-politischen Spiel mit dabei sind. Das Manifest wird in diesem Fall als Provokation verstanden, um den Künstlern und Künstlerinnen „als Aktanten kultureller Innovation und Kreativität überhaupt Gehör zu verschaffen“.²³ Der Germanist Georg Jäger spricht sogar von einer Institutionalisierung der Dauerreflexion über Kunst.²⁴ Sozialkultureller Pragmatismus findet Eingang in die Literatur. Im Fall Marinetti konnte der Sprung von der Ästhetik zur Politik und zur tatsächlichen

Gestaltung der Kulturpolitik vollzogen werden. Im Fall von anderen Avantgarde-Gruppen, wie denjenigen in Deutschland oder der Sowjetunion, konnte die ästhetisch-politische Alliance nicht gelingen, da der subversive und antiautoritäre Charakter des avantgardistischen Manifests sich grundsätzlich gegen jegliche Herrschaft richtete.

In diesem Kontext kann man unter den fortschrittlich denkenden Schriftstellern, Marinetti gleich, einen Willen beobachten, die Tagespolitik zu beeinflussen und die Grenze zum Berufspolitiker zu überschreiten. Manifeste mit ihren militanten, entschieden vorgetragenen Forderungen dienten den Künstlern und Künstlerinnen zur Bildung einer Art Internationale der Intellektuellen, wie es der Germanist Michael Stark feststellt.²⁵ In diesem Punkt kann man eine Ähnlichkeit zwischen den Manifesten der historischen Avantgarde und einem Manifest beobachten, das 2018 in vielen europäischen Städten vorgelesen wurde. Damit wird eine Zeitspanne überbrückt, die in Bezug auf die Popularität des Manifests als Zeit der Rezession bezeichnet wird,²⁶ und die sich zwischen den 1960er Jahren und dem Fall der Berliner Mauer erstreckt. Mit dem von Francis Fukuyama supponierten Ende der Geschichte setzte – wohl seinem Gedanken zum Trotz – eine Welle von Manifesten ein, die ihre Begründung nicht nur in der politischen, sondern auch in der technologischen Entwicklung sowie in der angekündigten klimatischen Katastrophe fanden. Sieht man das im Kontext der vorher genannten Behauptung, „Zeiten

23 Stark: *Werdet politisch!*, S. 240.

24 Jäger: *Die Avantgarde als Ausdifferenzierung*, S. 236.

25 Stark, *Werdet politisch!*, S. 248.

26 Siehe Ralf Grüttemeier: „Das Manifest ist tot – es lebe das Manifest!“, S. 368.

ohne Manifeste sind Zeiten der Erstarrung“, kann man die neue Wende als ein ‚signum temporis‘ betrachten – leider nicht unbedingt als ein positives Zeichen.

Das von Michael Stark der historischen Avantgarde attestierte Bedürfnis nach der Schaffung einer Internationale der Intellektuellen lässt an die Initiative denken, die 2018 durch European Democracy Lab in Berlin, namentlich durch die Politikwissenschaftlerin und Publizistin Ulrike Guérot und den Schriftsteller Robert Menasse initiiert wurde und die den Namen ‚The European Balcony Project‘ erhielt. Das Projekt setzte voraus, dass am 10. November 2018, um 16.00 Uhr gleichzeitig in vielen Städten Europas von den Balkonen die Proklamation der Europäischen Republik verkündet wurde. Allen Interessierten wurde derselbe Text des Manifests, übersetzt in mehr als 20 Sprachen,²⁷ zur Verfügung gestellt. Das Manifest sollte in Theatern, durch Privatpersonen oder Nichtregierungsorganisationen vorgelesen werden. Den Avantgarde-Manifesten gleich geht der Darstellung der eigentlichen Zukunftsvisionen im Europäischen Manifest eine kritische Bestandsaufnahme voraus. Zuerst wird das Manifest in der Reaktion auf die europaweit erstarkenden Nationalismen verfasst, um *die Öffentlichkeit für die Idee einer gesamteuropäischen Demokratie & Staatlichkeit zu sensibilisieren*.²⁸ Die Autoren des Manifests gehen davon aus, dass das *Europa der Nationalstaaten gescheitert ist*,²⁹ was sie dazu veranlasst, die Gründung der Europäischen Republik ohne nationalstaatliche Grenzen zu verkünden.

Darin wird die Hauptidee des Balcony Projects und des Europäischen Manifests ausgedrückt, dass Europa bürgerzentriert und dezentralisiert werden soll.³⁰ Damit diese Idee realisiert werden kann, werde die Europäische Republik auf Regionen und Städten aufgebaut und nicht auf Nationalstaaten. Die Autoren gehen davon aus, dass die bisherige Entwicklung der Europäischen Union der Idee des europäischen Einigungsprojekts, wie sie Jean Monnet, einer der Gründerväter der Europäischen Union, sah, widerspricht. Monnet ging es nämlich nicht um die Integrierung der Staaten, sondern die Einigung der Menschen – behaupten die Initiatoren und Initiatorinnen des Manifests.³¹ Mit dem performativen Akt erklären sie demzufolge alle, die sich im Moment der Proklamation in Europa befinden, zu Bürgern und Bürgerinnen der Europäischen Republik. In der im Europäischen Manifest entfalteten Zukunftsvision wird ausdrücklich ein Versprechen genannt, das, wie die Autoren und Autorinnen behaupten, sie auch einhalten werden. Es handelt sich um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, deren Ideen für universell gehalten und in der Europäischen Republik endlich realisiert werden soll. Der Geist der Erklärung ist weitgehend bekannt und kann mit solchen Begriffen wie Freiheit, Gleichheit und Würde der Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Rasse, Religion, Geschlecht, Alter und anderem zusammengefasst werden. Die Autoren und Autorinnen des Manifests verstehen das Bedürfnis nach der Realisierung der Grundannahme der Deklaration als eine Konsequenz auf die frühere kolonial-imperiale Politik

27 The European Balcony Project, S. 5.

28 The European Balcony Project, S. 8.

29 The European Balcony Project, Manifesto, S. 9.

30 The European Balcony Project, S. 5.

31 Siehe The European Balcony Project, S. 4.

der europäischen Länder, die einen bedeutenden Faktor ihres heutigen Wohlstands bildet. Unter anderem aus diesem Grund verkünden sie, dass Europäer oder Europäerin sei, wer es sein will. Mit der angenommenen Universalität der Erklärung der Menschenrechte ist ein weiteres Versprechen verbunden, das mit der Überzeugung einhergeht, Demokratie sei ein System, welches weltweit angestrebt werde. Die Europäische Republik soll in diesem utopischen Projekt „der erste Schritt auf dem Weg zur globalen Demokratie“³² sein.

Das Manifest, sei es ein avantgardistisches, sei es ein gegenwärtiges, ist kein Ort, an dem konkrete Maßnahmen erörtert werden, dank derer sich die dargestellten Ziele erreichen lassen. Aber auch die versprochenen, zu erreichenden Ziele bleiben sehr vage. Gleichheit, Freiheit und Würde der Menschen werden durch die Intellektuellen, darunter viele der literarischen Welt, wie Elfriede Jelinek, Milo Rau, Dubravka Ugrešić oder Navid Kermani, die das Balcony Project unterstützten, verkündet. Und dass es gerade die Vertreter und Vertreterinnen der literarischen Welt sind, die sich in vielen Ländern Europas am Projekt mitbeteiligten, scheint von größter Bedeutung zu sein. Das auf Crowdfunding aufgebaute Projekt, das von Anfang an großes Engagement verlangte und außerhalb der herrschenden politischen Strukturen durchgeführt wurde, verleiht der Stimme der Intellektuellen einen besonderen Wert. Sie denunzieren die Politiker und Politikerinnen als Taugenichtse und stellen sich selbst in das Rampenlicht der öffentlichen Debatte. Sie sehen sich, den Futuristen und anderen

Avantgardisten und Avantgardistinnen gleich, als die Vorhut des Fortschritts, die Elite, die mit ihrem Manifest sich selbst eine Macht der Verwandlung zugesteht. Denkt man an die Deklaration aus dem Europäischen Manifest: „The European Council is hereby decommissioned!“³³ sieht man aber, dass diese Macht lediglich ein Schein ist, der sich in der Performance auflöst. Der entschieden vorgetragenen Proklamation folgt die Wirklichkeit nicht – der Europäische Rat besteht und arbeitet weiterhin. Die Frage ist nun, ob damit auch das im Manifest enthaltene Versprechen einer besseren Zukunft, der utopische Gedanke an sich, entmachtet wird? Ein Text von Olga Tokarczuk, der als Manifest verstanden werden kann und den sie in Stockholm 2018 bei der Nobelpreis-Verleihung vorgetragen hat – ihre Nobelpreisrede „The Tender Narrator“ – suggeriert das Gegenteil. Tokarczuk setzt mit der Beschreibung eines alten Fotos an, um dann zu einem kritischen Blick auf die aktuelle Ästhetik der Literatur zu kommen. Sie konstatiert, dass die gegenwärtige Literatur kein Narrativ parat habe, um der sich rasant verändernden Wirklichkeit gerecht zu werden. Es fehlten uns eine entsprechende Sprache, Blickpunkte, Metaphern, Mythen und neue Legenden.³⁴ Zum Teil resultiere die Unzulänglichkeit der Erzählung aus der angenommenen Erzählperspektive, der Ich-Perspektive, die laut Tokarczuk die gegenwärtige Literatur dominiere und die aus dem Individuum den subjektiven Mittelpunkt der Welt mache. In der Konsequenz entstünde eine lose Ansammlung von Stimmen, die sich

32 The European Balcony Project, Manifesto, S. 9.

33 The European Balcony Project, Manifesto, S. 9.

34 Siehe Tokarczuk: The Tender Narrator, S. 3.

nicht zu einem Chorgesang vereinigten, sondern ein mehrstimmiges Rauschen produzierten:

„We live in a reality of poliphonic first-person narratives, and we are met from all sides with poliphonic noise. What I mean by first person is the kind of tale that narrowly orbits the self of a teller who more or less directly just writes about herself and through herself. We have determined that this type of individualized point of view, this voice from the self, is the most natural, human and honest, even if it does abstain from a broader perspective. Narrating in the first person, so conceived, is weaving an absolutely unique pattern, the only one of its kind; it is having a sense of autonomy as individual, being aware of yourself and your fate. Yet it also means building an opposition between the self and the world, and that opposition can be alienating at times.“³⁵

Eine weitere Schwäche der Gegenwartsliteratur findet Tokarczuk in der Verbreitung der fake news begründet, die zum Verlust des Vertrauens in die fiktionalen Texte führe. Als Folge beobachteten wir eine Flut von Non-Fiction-Literatur, die die fiktionale Literatur ersetzen solle. Wir würden konfrontiert mit Texten, die sich auf Fakten konzentrieren, ohne sie in eine Erfahrung verwandeln zu können. Unter Erfahrung versteht die Autorin ein Ereignis, das aufgrund von Bedeutungsstrukturen, die tief in unserem Geist liegen, interpretiert und mit Sinn versehen wird. Unser mehrdimensionales Leben werde aus solchen zu Erfahrungen gewordenen Ereignissen gewoben. Angesichts der in Ereignisse zersplitterten Wirklichkeit, böte die Literatur Zugang zu einer

Konkretheit der Welt, die sich in dem Vermögen offenbare, Ereignisse als Parabel, als Erfahrung anderer zu lesen. Das ist ein großes Versprechen, das die Nobelpreisträgerin der Literatur attestiert – der Literatur, die erst kommt. Die gegenwärtige kann, wie schon vorher signalisiert, der Herausforderung der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Erst in dem Moment, in dem die Ich-Perspektive eines privilegierten menschlichen Subjekts überwunden wird, kann sie all die Relationen und Verbindungen zwischen verschiedenen, gleichrangigen Aktanten beschreiben, sie in eine zusammenhängende Ganzheit bringen:

„We are all – people, plants, animals and objects – immersed in a single space, which is ruled by the laws of physics. This common space has its shape and within it the laws of physics sculpt an infinite number of forms that are incessantly linked to one another [...] Our speech, thinking and creativity are not something abstract, removed from the world, but the continuation on another level of its endless processes of transformation.“³⁶

Tokarczuk träumt von einer erzählenden Instanz, die in sich die Perspektive jeder Figur einschließen sowie über den Horizont jeder Figur hinaustreten sowie mehr und weiter sehen könnte. Sie stellt sie sich in der vierten Person vor, in der Position, von der man alles sieht. Einen solchen sensiblen Erzähler findet sie in der Bibel in der Figur, die die Gedanken Gottes kennt und mit sicherer Hand den außergewöhnlichen Satz niederschreibt: „And God saw that it was good.“³⁷ Wer ist das, fragt sie, der weiß, was Gott denkt?

35 Tokarczuk: *The Tender Narrator*, S. 3-4.

36 Tokarczuk: *The Tender Narrator*, S. 20.

37 Tokarczuk: *The Tender Narrator*, S. 21.

Und fügt hoffnungsvoll hinzu, dass ein solcher Erzähler möglich ist. Man muss ihn kreieren und sobald man es schafft, wird im Geist des Lesers ein Ganzheitssinn betätigt, die Fähigkeit, Fragmente in ein Muster zusammenzufügen, eine Geschichte zu erzählen, dank der klar wird, dass wir alle und alles in einer gemeinsamen Vorstellung eingetaucht sind: „Literature has the power to do this.“³⁸

Am Anfang ihrer Rede geht sie auf ein Foto ein, auf dem ihre Mutter noch vor Olgas Geburt einen Knauf am alten Radioapparat dreht auf der Suche nach einem Sender. Als kleines Mädchen war die Schriftstellerin beim Betrachten des Bildes überzeugt, die Mutter suche bereits nach ihr. Mit dem sensiblen Radar durchsuchte sie das Universum, um zu erfahren, woher und wann sie kommt. Sie sagte dann ihrer Tochter, sie sehnte sich schon sehr nach ihr. Tokarczuk sieht hier eine Parallele zur Rolle der Künstler, die den Vorgeschmack dessen geben können, was noch nicht da ist, was aber existieren und bewirken könnte, dass es imaginiert wird: „And being imagined is the first stage of existence.“³⁹ In dem geheimnisvollen Raum zwischen dem Imaginiert-Sein und dem Sein liegt ein Versprechen, das der Literatur innewohnt – ein Versprechen, das Unsichtbare wahrnehmbar, das Unerhörte hörbar und das Nicht-Existente real zu machen. Ein starker Glaube an eine besondere Imaginationskraft und die Kraft des Erzählens liegt dem Versprechen zugrunde, das ein türkischer Schriftsteller Ahmet Altan in einem kurzen Text „Sie können mich einsperren – halten können

sie mich nicht“⁴⁰ gibt. Altan, 2017 ins Gefängnis geworfen,⁴¹ ließ seinen Text hinaus schmuggeln, der unter dem Titel „The Writer’s Paradox“ bei Society of Authors erschien, dann in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht und von der Redaktion als ein Manifest bezeichnet wurde. Altan attestiert der Literatur und noch mehr dem Schriftsteller eine Freiheit, die er in der Implikation aus dem berühmten Zenon-Paradox findet, die besagt, dass ein Objekt in Bewegung weder dort ist, wo es ist, noch dort, wo es nicht ist. Auf dieser Implikation baut er in der Haft seine Freiheitsidee, die vermittelt der Literatur, des Erzählens vollzogen werden kann: *Ich schreibe diese Worte in einer Gefängniszelle – sagt er zu Beginn seines Manifests, um anschließend den Satz in einen Erzählkontext zu setzen und dadurch einem beim Leser aufkommenden Mitleidgefühl vorzubeugen – Fügen Sie den Satz ‚Ich schreibe diese Worte in einer Gefängniszelle‘ irgendeiner Erzählung bei, und sie wird dadurch eine vibrierende Innenspannung gewinnen, den Klang einer Stimme, die sich furchteinflößend aus einer dunklen, mysteriösen Welt erhebt; die von der Unbeugsamkeit des Geknechteten spricht und unüberhörbar Mitleid einfordert.*⁴² Zwei Ereignisse – gefangen werden und den Satz aussprechen – verwandeln sich, um mit Tokarczuk zu sprechen, in eine Erfahrung. Erzählt gewinnen sie an Bedeutung, existieren in einem anderen Kontext,

38 Tokarczuk: The Tender Narrator, S. 22.

39 Tokarczuk: The Tender Narrator, S. 23.

40 Altan: Sie können mich einsperren.

41 Ahmet Altan wurde 2016 wegen Verbreitung von „unterschweligen Botschaften“ über den bevorstehenden Putsch festgenommen. Erst zu lebenslangem Gefängnis verurteilt, wurde er im April 2021 freigelassen.

42 Altan: Sie können mich einsperren.

fügen sich unvermittelt in eine Geschichte, die schon mehrmals erzählt wurde, und die immer wieder mit Leid und Trauer verbunden war. Diesmal aber soll es anders werden. Altan unterbricht den provozierten Gedankengang. Zwar bestätigt er alle Umstände, die das Leben im Gefängnis begleiten, wie die Handschellen, wenn er zum Spital muss, den Klang des Eisens beim Schließen und Öffnen der Türe, einen kleinen Schlitz, durch den das Essen gereicht wird und überall Gitter, die ihn von der Außenwelt trennen. Und doch behauptet er: *Bis heute bin ich nicht ein Mal im Gefängnis erwacht – nie.* Wenn er an Sommertagen erwache, lausche er den Zugvögeln und wähne sich im Gartenpavillon seiner Eltern; wenn er aufwache und draußen ein Nordwind wütel, glaube er in einem Hotel am Ufer der Donau zu sein, vor dessen Tor Fackeln entzündet werden. Und in seinen nächtlichen Abenteuern bereist er die ganze Welt, trifft sich mit Freunden, die er nie gesehen hat. Jeden Tag spricht er mit Menschen, *die keiner sieht oder hört, Menschen, die nicht existieren, deren Existenz erst an dem Tag beginnen wird, da ich über sie schreibe.* Er erhebe sich leicht wie Rauch in die Luft und verlasse das Gefängnis an der Seite der Menschen, die in seinen Gedanken leben. *Sie – die anderen – können die Macht haben, mich ins Gefängnis zu sperren; im Gefängnis halten können sie mich nicht.* Ganz entschieden manifestiert er seine Stärke als Schriftsteller: *Ich bin Schriftsteller. Ich bin weder dort, wo ich bin, noch dort, wo ich nicht bin. Wo auch immer ihr mich einsperrt, werde ich die Welt auf den Flügeln meiner Gedanken bereisen.* In dieser Prosa-Version des alten Volksliedes „Die Gedanken sind frei“ wird ein zweifaches

Versprechen geäußert. Einerseits richtet sich der verhaftete Intellektuelle an all diejenigen, die sich gegen die oppressive Macht des türkischen Staates wenden und um sein Leben bangen. Das Versprechen, seine Freiheit könne durch keine staatliche Macht eingeschränkt werden, soll ihnen Mut und Hoffnung geben. Andererseits ist das Versprechen universeller und geht – zwar unter anderen Umständen und aus anderen Gründen gegeben – mit Tokarczüks Versprechen einher, dass die Literatur ihr Vermögen für die Sinnggebung der Welt nicht eingebüßt habe. Man kann sich immer noch auf sie verlassen.

Linksammlung

Zugriff am 2.8.2022

Duden online; URL: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Manifest>.

Literatur

Ahmet Altan: Sie können mich einsperren – halten können sie mich nicht, in: Neue Zürcher Zeitung, 10.10.2017; URL: <https://www.nzz.ch/feuilleton/ahmet-altan-sie-koennen-mich-einsperren-halten-koennen-sie-mich-nicht-ld.1320882?reduced=true>.

Wolfgang Asholt/Walter Fähnders (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation.“ Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997.

Hubert van den Berg/Ralf Grüttemeier (Hg.): Manifeste: Intentionalität, Amsterdam/Atlanta 1998.

Peter Bürger: Prosa der Moderne, Frankfurt am Main 1988.

The European Balcony Project Press Portfolio; URL: https://shwebsite.blob.core.windows.net/static/2018/10/presskit_the-european-balcony-project.pdf.

Walter Fähnders: „Vielleicht ein Manifest.“ Zur Entwicklung des avantgardistischen Manifests, in: Wolfgang

Asholt/Walter Fähnders (Hg.): „Die ganze Welt ist eine Manifestation“, S. 18-38.

Ralf Grüttemeier: „Das Manifest ist tot – es lebe das Manifest! Über die poetologische Dimension der Debatte um postmoderne Manifeste, in: Hubert van den Berg/Ralf Grüttemeier: Manifeste, S. 367-383.

Georg Jäger: Die Avantgarde als Ausdifferenzierung des bürgerlichen Literatursystems, in: Michael Titzmann (Hg.): Modelle des literarischen Strukturwandels, Tübingen 1990, S. 221-244.

Manifesto, in: The European Balcony Project Press Portfolio, S. 9.

Filippo Tommaso Marinetti: Futuristisches Manifest, S. 78; URL: https://monoskop.org/images/c/c7/Marinetti_FT_1909_1993_Manifest_des_Futurismus.pdf

Friedrich Schlegel: Athenäums-Fragmente, in: Friedrich Schlegel: Kritische Schriften, hrsg. von Wolfdietrich Rasch, München 1964, S. 25-88.

Michael Stark: Werdet politisch! Expressionistische Manifeste und historische Avantgarde, in: Wolfgang Asholt/Walter Fähnders (Hg.): Die ganze Welt ist eine Manifestation.“ Die europäische Avantgarde und ihre Manifeste, Darmstadt 1997, S. 238-255.

Olga Tokarczuk: The Tender Narrator. Svenska Akademiens. The Nobel Foundation 2019, S. 3; URL: <https://www.nobelprize.org/uploads/2019/12/tokarczuk-lecture-english-2.pdf>.

Oscar Wilde: The Soul of Man Under Socialism, in: The Fortnightly Review, London 1891, S. 292-319.

Gendiagnostik und Prävention am Beispiel der Mastektomie Angelina Jolies

Versprechen, Verdacht, Versprecher

Insa Härtel

2013 veröffentlicht Angelina Jolie den Beitrag „My Medical Choice“¹ in der New York Times. Darin beschreibt der Hollywoodstar sein eigenes, deutlich erhöhtes Risiko für ein Brust- bzw. ein Ovarialkarzinom als Folge einer Mutation im BRCA1-Gen. Dies habe zu der Entscheidung geführt, sich prophylaktisch zunächst die Brüste entfernen zu lassen und damit anschließend an die Öffentlichkeit zu gehen. In der Darstellung der Medizinerin und Journalistin Heike Le Ker liest sich der „Plot“ – zugespitzt – folgendermaßen: „Jolies' Mutter stirbt an Krebs, ihre eigenen Kinder fragen ängstlich, ob ihr das auch passieren könne. Sie lässt sich testen, und die Ärzte geben ihr ein 87-prozentiges Risiko, an Brustkrebs zu erkranken. Sie entscheidet sich zu

den Operationen, die sie sich im Gegensatz zu vielen anderen Amerikanern leisten kann. Alles geht gut, Brad Pitt [der damalige Partner] unterstützt sie, wo er kann. Das Happy End: „Meine Kinder wissen, dass ich sie liebe und alles tun werde, um so lange wie möglich bei ihnen sein zu können.“²

Jolie stellt in ihrem New York Times-Artikel heraus, es sei ihr während der dreimonatigen Behandlung gelungen, die Angelegenheit nicht öffentlich werden zu lassen; nun schreibe sie darüber in der Hoffnung, andere Frauen könnten von ihren Erfahrungen profitieren – und dass mehr Frauen Zugriff auf Gentests und lebensrettend-präventive Behandlung bekämen.³ Schutz vor Krebs, Schutz der Familie, Vorbildfunktion:

1 Jolie: My Medical Choice.

2 Le Ker: Mutig.

3 Jolie: My Medical Choice.

Verheißungen prädiktiver Diagnostik bzw. operativer Prophylaxe treffen auf die eines öffentlichen Sprechens über Krebs, in diesem Fall durch Prominente. Mein Beitrag möchte nun insbesondere die inhärente Konflikthaftigkeit der in Frage stehenden Versprechen in den Blick nehmen. Denn an Jolies publikem Körper, so die These, wird in einer Art Ambivalenz-Zuspitzung auch ein Unbehagen transportiert und erkennbar, das sich kulturell an medizinisch-präventive Dynamiken heftet. Was also taucht in diesem Rahmen als Versprechen auf und welche gesellschaftlich relevanten Hoffnungen und Befürchtungen sind damit verbunden?⁴

Wirkungen präventiver Versprechen

Zunächst lässt sich festhalten, dass Jolies medienwirksame Entscheidung für die prophylaktische Operation auf Heilsversprechen des Vorhersagens und Vorbeugens beruht, die letztlich Lebensverlängerung in Aussicht stellen. Präventive Rationalität geht von einer nicht unausweichlichen Zukunft im Zeitverlauf aus, in die man eingreifen kann. Es wird eine Art imaginäre Reise ins Futur unternommen, um Wahrscheinlichkeiten aus bereits beobachteten

vergangenen Zukünften zu antizipieren⁵ bzw. auf Basis gesammelter Erfahrungen und Erkenntnisse zu extrapolieren. Von dort soll die Gegenwart beschaut, zuvorkommend gestaltet bzw. die Zukunft aussichtsreicher gemacht oder gar gerettet werden. Mit dem Soziologen Peter Fuchs gedacht, verspricht Prävention, „einer Zukunft zuvorzukommen“, die ansonsten schlechter ausfiele.⁶ Präventive bzw. prädiktive Medizin gestaltet sich entsprechend nicht mehr als „reaktive[] Heilkunst“, sondern spezialisiert sich „auf die aktive Verhinderung von Krankheiten“ und konzentriert sich „auf die Diagnose von Anlageträgerschaften, Anfälligkeiten und Dispositionen“.⁷

Nun sind artikulierte Annahmen über die Zukunft und daraus resultierende Versuche, den Lauf der Dinge zu manipulieren, stets Elemente in jener Welt, in die sie eingreifen und in der sie – weil eben ins Geschehen verwickelt – auch andere als die prognostizierten Folgen generieren können.⁸ Künftige Verläufe lassen sich nicht einfach von außen überblicken, und so hat Vorsorgehandeln immer auch andere als die erwarteten Effekte: Es entwickelt eine eigene Wirksamkeit, zuvor nicht gegebene Möglichkeiten hervorbringend.⁹ Bezogen auf die hier interessierenden Sicherheitsgewinnversprechen lässt sich zum Beispiel sagen, dass zugleich eine Zunahme von „Dispositive[n] der Unsicherheit“ erfolgt.¹⁰ Denn mit der Aussicht auf Risikokontrolle expandieren auch die Krankheitsmöglichkeiten; Lemke

4 Was dabei als Versprechen gelten kann, soll dezidiert nicht vorab definiert, sondern ausgehend vom Untersuchungsgegenstand eingekreist werden. Definitorische Unschärfen sind nicht einfach ein zu vermeidendes Problem, sondern auch Teil vorliegender Untersuchungslogik. Freud folgend beginnt Wissenschaft nicht mit Definitionen von Grundbegriffen, sondern mit „der Beschreibung von Erscheinungen, die dann weiterhin gruppiert, angeordnet und in Zusammenhänge eingetragen werden“ (Freud: Triebe, S. 210).

5 Siehe Bröckling: Dispositive, S. 95.

6 Siehe Fuchs: Prävention, S. 363.

7 Lemke: Die Regierung, S. 237.

8 Siehe Esposito: Formen.

9 Siehe Esposito: Formen.

10 Lemke: Die Regierung, S. 229.

spricht auch von einem Zirkel, „der Krankheiten als Risiken konzipiert und Risiken als Krankheiten auffasst“¹¹ – was sich in Sachen Brustkrebs deutlich manifestiert. Durch routinemäßige Mammographie-Screenings sind asymptomatische Frauen schon seit Jahrzehnten zu ‚Risikosubjekten‘ geworden; mit dem Fokus auf die Genetik hat der Druck, Brustkrebs durch Risikomanagement zu verhindern,¹² noch weiter zugenommen. Das Krankheitsverständnis erweitert sich in Richtung dessen, was mit dem Begriff der *healthy ill* umschrieben wird;¹³ die Grenzen zwischen Frauen mit der und ohne die Krankheit bzw. die zwischen dem genetischen Risiko und dem Krebs selbst verwischen.¹⁴ Eine Veranlagung für erblichen Brustkrebs zu haben – wie dies eben prominent bei Jolie der Fall ist – kann dann effektiv annähernd dasselbe bedeuten, wie tatsächlich mit der Krankheit diagnostiziert worden zu sein, und eine Behandlung implizieren, „that some would consider more radical than the treatment for a diagnosed, but not BRCA positive, cancer“.¹⁵

Vermehren sich im Namen der Sicherheit gerade krankheitsbezogene Risiko- und Unsicherheitspektren, dann ließe sich dies zunächst als ein Versagen oder Scheitern begreifen. Jedoch folgt aus einer *gouvernementalitätstheoretischen* Sicht, wie sie Lemke hier vertritt, just diese Ausweitung „einem spezifischen Kalkül“ und kann politische Wirksamkeit entfalten: Die sozial-transformatorischen Folgen, die etwa die

Gendiagnostik mit sich bringt, auch wenn sie „die hoch gesteckten Erwartungen nicht einlösen“ kann, geraten so in den Blick.¹⁶ Zum Beispiel wirkt sie demnach in Richtung einer „Individualisierung und Privatisierung gesellschaftlicher Risiken“, inklusive entsprechender Selbsttechnologien¹⁷ beziehungsweise Selbstführungsanreizen. Nach Art eines sogenannten ‚Verantwortungsimperativs‘, auf das Lemke verweist, sind die Einzelnen angehalten, ihre genetischen Risiken zu handhaben und sich im Rahmen der gegebenen Optionen ‚richtig‘ zu entscheiden. Von Interesse sind folglich politische Technologien, die, Fremd- und Selbstführung verbindend, mittels individueller „Freiheiten“ und „Handlungsoptionen“ regieren.¹⁸

Konflikthaftigkeit von Versprechen

Bereits mit dem Titel ihres Artikels charakterisiert Jolie ihre Mastektomie als persönliche Entscheidung. „My Medical Choice“ kann daher nicht nur an die Pro-Choice-Forderung im Rahmen der Frauenselbstbestimmungsrechte erinnern. Darüber hinaus appelliert er an die „genetische[] Verantwortung“ – für welche Frauen in gewisser Weise als „die

11 Lemke: Die Regierung, S. 237, siehe S. 229.

12 Dubriwny: The Vulnerable, S. 36 und 40.

13 Siehe zum Beispiel: Wehling/Viehöver: Entgrenzung, S. 10.

14 Dubriwny: The Vulnerable, S. 46.

15 Herndl: Virtual Cancer, S. 29.

16 Siehe insgesamt Lemke: Die Regierung, S. 229f.

17 Lemke: Die Regierung, S. 230.

18 Siehe Lemke u. a. 2000: Eine Einleitung.

primären Adressat[inn]en“ fungieren.¹⁹ In einem Zusammenspiel aus Vorstellungen bestimmender Gene und Selbstbestimmung²⁰ scheint in gewisser Weise klar, wie diese auferlegte Wahl getroffen werden muss. Denn die Rede von einer „Entscheidungsfreiheit“ oder Ähnlichem rechtfertigt eine Entscheidung gegen die Gendiagnostik im Grunde nicht; eine solche würde eher mangelnde Entscheidungskompetenz oder Irrationalität signalisieren.²¹ Angesichts des individuellen Risikoprofils ist der Umgang mit dem eigenen Körper beziehungsweise der Gesundheit also verantwortlich zu optimieren²² – nach Art einer „duty to survive well“,²³ wie Rachael L. Pack in ihrer Dissertation zu Diskursen über Brustkrebs-Survivorship formuliert.

Jolies „Choice“ impliziert einen solchen Imperativ, auf bestimmte Weise gesund zu sein oder zu bleiben: „[S]he moves easily and quickly from 87% to the absolute certainty of ‚reality‘ and decides to be ‚proactive‘ and take ‚action‘“, wodurch jede andere Wahl als „inactive and passive“ charakterisiert wäre; ebenso würde die Beschreibung ihrer Entscheidung „as a ‚strong choice‘ [...] any other choice“ als ‚schwach‘

erscheinen lassen.²⁴ In ihrem nicht nur um andere sich sorgend, sondern auch als empowernd wahrgenommenen Einsatz für Gentests und „risk-reducing surgery“ gilt Jolie nicht selten als Vorbild für andere Frauen: „[She] quickly became a prominent international spokesperson for US previvors“²⁵ mit entsprechender generischer Veranlagung.

In diesem Sinne ist die BRCA-Medizin von Botchaften der Optionen oder der Agency durchzogen, und bringen präventive Governance-Technologien somit Effekte hervor, die eine Bewahrung ihrer Sicherheitsversprechen nicht gerade erfordern. Angesichts dessen werfen Governmentality Studies mit ihrem Fokus auf rahmende Rationalitäten, Handlungsorientierungen und Selbstregierungen in der politischen Konstitution des Sozialen eben die Frage auf, ob Heilsversprechen auch dann, wenn sie sich nicht erfüllen, das heißt gerade in ihrem ‚Fehl-schlagen‘ funktionieren. Damit geht es mit Lemke um mögliche Erfolge im „Scheitern“.²⁶ Auf diese Weise wird eben eine andere Perspektive auf das Verhältnis Versprechen/Versagen entwickelt, welcher es nicht einfach um die Differenz zwischen „Anspruch“ und „Wirklichkeit“ geht – also etwa um die kritische Frage, ob Versprechen – wie die der Sicherheit oder auch selbstbestimmter Handlungsmacht – „der Wirklichkeit standhalten“.²⁷ Vielmehr kommt eine Entfaltung von Wirksamkeit ins Spiel, die über dieserart dichotome Entgegensetzungen hinausgeht. ‚Gehört‘ das Fehlschlagen des

19 Lemke: *Gouvernementalität*, S. 180. Lemke bezieht sich hier auf Bereiche der Pränataldiagnostik, bei der „Frauen faktisch die medizinisch-moralische Hauptlast zu tragen“ haben (S. 180), sowie auf postnatale Tests, etwa das „Nachweisverfahren für die so genannten Brustkrebsgene BRCA1 und BRCA2“. Studien zeigten, „dass Frauen häufiger an postnatalen Tests interessiert sind“ und diese stärker als Männer nachfragen; auch informierten sie im Vergleich mehr Menschen aus ihrem Umfeld über die Testresultate (S. 182).

20 Siehe Lemke: *Die Regierung*, S. 251f.

21 Siehe Lemke: *Die Regierung*, S. 253f.

22 Siehe Lemke: *Die Regierung*, S. 241, S. 230.

23 Pack: *The Duty*.

24 Goyal: *Risk and Responsibility*.

25 Solbrække u. a.: *Our Genes*, S. 92.

26 Lemke: *Die Regierung*, S. 230.

27 Lemke: *Die Regierung*, S. 228f.

Versprechens also zu der Logik, deren Gelingen es zuwiderzulaufen scheint, dann heißt das wiederum auch, dass das, was diesem Gelingen scheinbar entgegensteht, kaum mehr als eine mitwirkende Größe ist, die zur Durchsetzung jener Logik beiträgt; das scheinbare Scheitern wird quasi ‚zurückgebogen‘, wodurch es – wie die ‚selbst-technologisch‘ agierenden Subjekte – zu jener vorherrschenden Logik ‚passt‘.

Solche ‚Passungen‘ jedoch, das heißt die nicht selten vorherrschende Annahme konsistenter Regierungstechnologien²⁸ oder einer Art ‚bruchlosen‘ Eingemeindung der Subjekte²⁹ werden an und auch in den Governmentality Studies verschiedentlich kritisiert. Vereinnahmen sie doch, wie sich sagen ließe, tendenziell jede Gegentendenz beziehungsweise schneiden eine Differenz des Genparadigmas in sich ab und umgehen mögliche reale Ambivalenz. Ohne die skizzierten Zusammenhänge und die dadurch ermöglichten machtanalytischen Einsichten zu bestreiten, gerade im Hinblick auf den Einbezug jener Entscheidungsprämissen und den Beitrag des Scheiterns, geht es mir vor diesem Hintergrund im Folgenden genau um eine über eine solche ‚Passung‘ hinausgehende immanente Konflikthaftigkeit der hier in Frage stehenden Versprechen – und zwar aus einer psychoanalytisch-dekonstruktiven Close Reading-Perspektive, die genau die Wirkmacht widerstreitender Tendenzen fokussiert. Der herrschenden Rationalität, welche solche Tendenzen produziert, innewohnend, halten sie diese ebenso aufrecht wie sie sie potenziell destabilisieren.³⁰ Auf diese

Weise kommt über die kulturellen Versprechen hinaus auch das ins Spiel, was der Titel meines Beitrags mit den ‚Versprechern‘ andeutet. Diese überschreiten im Sinne Freud'scher Fehlleistungen das jeweils vorherrschende Wollen oder Kalkül und zeigen eine zugrundeliegende Konflikthaftigkeit an. Es geht mir also darum, Widersprüchlichkeiten in den auftauchenden Verheißungen in den Blick zu nehmen, die nicht explizit offenliegen, aber – immer schon interpretiert – „aus Indizien“³¹ erschlossen werden können. Frei nach der Theoretikerin Joan Copjec geht es letztlich auch um einen Überschuss gegenüber der „Positivität“ des Sozialen, das heißt um etwas, was die gesellschaftliche Ordnung erzeugt und beherrscht, jedoch nicht einfach in sie integriert werden kann und sie in gewisser Weise zugleich negiert.³²

Kontext Celebrity Culture

Um auch mögliche Kehrseiten und ‚Störungen‘ der dominanten Diskurse, Entwürfe, Rationalitäten prädiktiver Gendiagnostik und prophylaktischer Mastektomie auf die Spur zu kommen, soll mir die medial-kollektive Erzählung von Jolies Mastektomie als Hinweisgeber dienen, insofern sie kulturell-kollektive Überzeugungen reflektiert. Dies geschieht hier in Form eines medialen Promi-Darstellungsstroms, „that we keep only half an eye on“³³ und der hier als ein Rezeptionskontext beziehungsweise gesellschaftlicher Resonanzraum fungiert, in dem

28 Siehe dazu Lemke: Governmentality Studies.

29 Dazu z. B. zur Nieden: Zum Subjekt.

30 Siehe dazu Žižek: Die Tücke.

31 Freud: Vorlesungen, S. 59.

32 Siehe Copjec: Lies mein Begehren, Kap. 1.

33 Ward: Gods, S. 85

auch Präventionsvorstellungen zirkulieren. Figuren wie Angelina Jolie fungieren dabei von vornherein als mediale Personen-Konstrukte oder kulturelle Begehrensprodukte – über ein Subjekt dieses Namens kann und will ich nichts sagen. Vielmehr geht es mir darum, Jolie als spezifische Verkörperung einer Celebrity Culture, die kaum jemand einschränkungslos für bare Münze zu nehmen scheint, die aber nichtsdestoweniger welt- und meinungsbildend wirkt,³⁴ einer Lektüre zu unterziehen und dabei das Gesagte in Richtung auf das zu öffnen, was erst „den Anstoß zu einem anderen Sinn“ ergibt.³⁵ Was also kann sich etwa anhand von Jolies medizinischer Entscheidung bezogen auf die mit dem prophylaktischen Eingriff verbundenen kulturellen Versprechen, Konflikte, Befürchtungen, Zweifel zeigen? Zunächst lässt sich festhalten, dass Jolies medial äußerst wirksamer New York Times-Beitrag durchaus ambivalente Reaktionen hervorgerufen hat. Teils wurde ihr für ihren Mut und ihre Offenheit gedankt – „Brave, honest, strong“, so die US-Schauspielerin Marlee Matlin auf Twitter.³⁶ Das Time Magazine brachte sie unter dem Titel „The Angelina Effect“ auf das Cover und zitierte Rebecca Nagy, seinerzeit Präsidentin der National Society of Genetic Counselors, mit den Worten: „I think we will see an increase over the next months for sure in genetic testing for breast cancer“.³⁷ Offenbar wurde in der Folge in der Tat eine Art Kettenreaktion ausgelöst, im

Sinne einer erhöhten Nachfrage nach Gentests und präventiven Maßnahmen.³⁸ Und neben den Berichten, die Jolies Beitrag eher heroisieren, wurden auch Stimmen laut, die ihn kritisieren oder Bedenken äußerten – weil etwa impliziert werden könne, dass eine Genmutation unweigerlich bedeute, an Krebs zu erkranken, dass eine prophylaktische Mastektomie die einzige Lösung sei,³⁹ oder weil manche Frauen denken könnten, „that they are not being aggressive enough with their current treatment plan“.⁴⁰ Immerhin stellt sich eine Mastektomie laut der Literaturwissenschaftlerin Mary Jacobus als „a cruel subject“ dar,⁴¹ und immerhin wird „die Amputation der Brust als Verfahren zur Vermeidung von Brustkrebs in den USA sowohl seitens der National Breast Cancer Coalition (NBCC), wie auch von bekannten Brustkrebsexpertinnen als ‚entstellend‘ bzw. als ‚barbarische Option‘ benannt“.⁴²

Figur des ‚Zuviel‘

Ambivalenzen ergeben sich dabei nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einzelner Reaktionen, wie ich beispielhaft aufzeigen möchte: Laut dem von Jana Stegemann, Journalistin der Süddeutschen Zeitung, verfassten Artikel mit dem Titel „Problemlösung nach Hollywood-Manier“ vom 14.5.2013 hat Jolie mit ihrem Eingriff ein noch stärkeres Echo als

34 Zur Wirksamkeit von Einbildungen oder Illusionen, zu denen man sich nicht bekennt, weil man es ‚eigentlich‘ besser weiß, vgl. Pfaller: Illusionen.

35 Siehe in anderem Kontext Kleiner: Die Bildungen, S. 45.

36 Matlin: Brave, honest, strong.

37 Rebecca Nagy, zitiert nach Park: The Angelina Effect.

38 Siehe z. B. Mao u. a.: Trends in Use.

39 Siehe Gibbon: BRCA Genes, S. 140.

40 Kroll: A Cautionary Perspective.

41 In anderem Zusammenhang siehe Jacobus: First Things, S. 231.

42 Arbeitskreis Frauengesundheit: Angelina Jolie, S. 3.

andere Prominente hervorgerufen; öffentliche Aufmerksamkeit für Brustkrebs – um andere Frauen von ihren Erfahrungen profitieren zu lassen – scheinbar auch ihr Ziel gewesen zu sein.⁴³ Und möge ihr *offener Umgang mit dem langwierigen Eingriff [...] weltweit Bewunderung auslösen*, so müsse auch erlaubt sein zu fragen, ob mit ihren Aussagen das richtige Signal gesetzt werde.⁴⁴ Hinterfragt wird die von Jolie angeführte Möglichkeit, nach kurzer Zeit mit einem *normalen Leben* weiterzumachen und, abgesehen von kleinen Narben, *dieselbe wie immer* zu bleiben.⁴⁵ Jolie male *alles in positiven Farben*⁴⁶ – und würde folglich eine Ausblendung negativer Aspekte forcieren. Anders als andere Prominente, die nach Brustkrebserkrankungen beziehungsweise -entfernungen mehr oder minder unumwunden die damit einhergehenden ernststen Belastungen ‚zugegeben‘ hätten, scheint Jolie demnach das Schwere, Folgenreiche, Deprimierende zu negieren. Wodurch ihr *offener Umgang*, der einem Verbergen doch entgegenwirken sollte, offenbar selbst noch als ein Schein funktioniert. Statt darzulegen, dass *nach dem Eingriff [...] nichts mehr [ist], wie es einmal war*, wolle Jolie nicht nur als Schauspielerin, sondern auch mit ihrem humanitären Engagement und ihrer Großfamilie *weitermachen wie immer*.⁴⁷ Den *Schritt an die Öffentlichkeit* möge sie *mit besten Absichten gewagt haben*, doch all das sei manchen *viel zu viel des Guten*.⁴⁸

Dieses ‚Viel zu viel‘ nun enthält einen symptomatischen Sinnüberschuss, der, sich quasi versprechend, mehr verrät als gedacht. Zunächst haftet ein ‚Zuviel‘ der Figur Jolie zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon an: In der Dramaturgie ihrer Starbiografie wird ein Wandel vom ehemaligen ‚bad girl‘ (inklusive Drogen, Selbstverletzungen und anderen Exzessen) beziehungsweise vom *verruhten Sex-Symbol* zur *Supermama und eine[r] Mutter Teresa mit Sexappeal*⁴⁹ postuliert. Das Überschießende aber bleibt. Susanne Weingarten spricht 2003 in der Zeitschrift Stern von einem ausgestrahlten *Zuviel an Lebensgier* oder *Lebenshunger*, den Jolie nun in Richtung Welttrettung kanalisiert – wie *besessen von der guten Sache*.⁵⁰ Oder mit der taz 2008 zusammengefasst: *erfolgreich, verruchte Vergangenheit, (mehrfache) Mutter, sexy, weltläufig, ein gutes Herz ...* bezeichnend für das Starmodell Jolie sei: *von allem zu viel und alles perfekt*.⁵¹ Dieses ‚Zuviel‘ scheint im Zuge der Publikation des Beitrages „My Medical Choice“ nun zu einem ‚Vielzuviel‘ zu werden – das zwischen den Zeilen verstärkt für Misstrauen sorgt. Wenn also Stegemann in ihrem Artikel einen Kommentar zur damaligen Nachricht auf dem feministisch angelegten Blog *Jezebel* zitiert: *Jetzt ist sie wohl offiziell eine Heilige?*, dann wäre Jolie in dieser Aufladung – beim Wort genommen – amtlich besiegelt gottgefällig bewunderungswürdig, über jeden Zweifel erhaben. Doch hinter der Heiligkeit steht hier ein Fragezeichen. *Dass sich viele betroffene Frauen in Jolies Umgang mit diesem Eingriff wiedererkennen, bleibt anzuzweifeln*,

43 Siehe Stegemann: Problemlösung.

44 Stegemann: Problemlösung.

45 Stegemann: Problemlösung mit Bezug auf Jolie 2013.

46 Stegemann: Problemlösung.

47 Stegemann: Problemlösung.

48 Stegemann: Problemlösung.

49 Zahnweh: Angelina Jolie.

50 Weingarten: Zu viel.

51 taz: Warum Frauen.

heißt es im Artikel weiter⁵² – nicht zuletzt, weil sich gerade in Amerika Millionen von Frauen eine solche OP gar nicht leisten könnten. Damit stellt der Artikel auch jenes ‚Für andere‘, das im Beitrag Jolies anklingt, in Frage, und ihre ent-rückte Vorbildhaftigkeit geht quasi in eine benei-denswerte Privilegiertheit über, durch welche sie sozusagen viel zu viel des Guten hat, was den fraglichen Heiligenstatus wohl allererst mög-lich macht.

Zusammengenommen besteht der Artikel in der Süddeutschen Zeitung also geradezu auf den – in „My Medical Choice“ anscheinend umgange-nen – Einbußen, die der vollzogene Eingriff mit sich bringt, und er verweist auf Jolies heraus-gehobene Position, die nicht als Richtschnur taugt. Darin scheint ein Misstrauen auf, dass durch das (durch Jolies positiven Anstrich) allzu gut Erscheinende die vorausgesetzten negati-ven Konsequenzen unerkant bleiben – sowie die Sorge, ihr vorgeführtes ‚Weiter-wie-Immer‘ könne einen kulturellen Maßstab, einen Impe-rativ für andere etablieren, für die ein solches Vorgehen aber unmöglich bleibt. Was auch die Befürchtung impliziert, der privilegierte Holly-woodstar könne ‚viel zu gut‘ wegkommen. Als dürfe auch im Fall Jolie der Preis, der für die eigens gewählten schwerwiegenden Maßnah-men zu zahlen ist, nicht ausbleiben: Auch sie, so ließe sich ableiten, hat ihn zu zahlen und soll zumindest in diesem Fall nicht über Son-derrechte verfügen oder gar vom vermeintli-chen ‚Für-andere‘ profitieren – sozusagen mit Heiligenschein.

52 Stegemann: Problemlösung.

Verdacht exzessiven Embodiments

In Summe kann deutlich werden, wie sehr der Artikel der Süddeutschen Zeitung in seinem Aussagen Zweifel befördert, die das allzu Gute, das Jolie hier vor- und darstellt, argwöhnisch betrachten lassen.

Sie mag es *mit besten Absichten gewagt haben – doch; Das mag aufmunternd und positiv klin-gen, aber; viel zu viel*:⁵³ Die widerstreitenden Tendenzen in diesen Formulierungen können zunächst auf jene gängige Beziehung verwei-sen, die Rezipienten und Rezipientinnen – auch jenseits dieses konkreten Falls aus der immer schon vom ‚schönen Schein‘ geprägten, gleich-sam von falschen Göttern⁵⁴ bevölkerten Holly-wood-Sphäre – zu prominenten Persönlich-keiten unterhalten. Relationen dieser Art bewe-gen sich, wie die Philosophin Sarah Kofman in anderem Zusammenhang gezeigt hat,⁵⁵ häufig in einem ambivalenten Wechselspiel zwischen Bewunderung und Entwertung. Mit Sigmund Freud – wiederum in anderem Kontext – lässt sich bezogen auf privilegierte Personen auch von einer „gefährlichen Heiligkeit“⁵⁶ sprechen. Der „Verehrung, ja Vergötterung“ stehe „im Unbe-wußten eine intensive feindselige Strömung“ entgegen, und man ist sich ihrer „guten Inten-tionen“⁵⁷ keineswegs sicher.

Gerade Jolie als eine Art Inbegriff des ‚Zuviel‘, also als eine Figur, die zum Zeitpunkt der

53 Stegemann: Problemlösung.

54 Siehe Ward: Gods: "Celebrity Culture invokes a know-ing adoration of what are openly labeled as false gods" (S. 7).

55 Siehe bezogen auf Kunst: Kofman: Die Kindheit, S. 28-42.

56 Freud: Totem, S. 53.

57 Freud: Totem, S. 63 und S. 56.

Veröffentlichung lange schon in Verdacht stand, über das wie auch immer geartete ‚Gute‘ hinauszuschließen, scheint sich für eine solche Verbindung aus Idealisierung und – beneidendem – Missfallen geradezu anzubieten. Kehren doch trotz des medialen Läuterungsnarrativs (im Sinne des Jolie’schen Imagewandels von ‚transgressiv‘ zu ‚selbstlos‘ oder Ähnlichem) auf Misstrauen erweckende Weise die Exzesse, wie skizziert, anscheinend beständig wieder. Als seien die ‚wilden‘ Obsessionen der Vergangenheit nur scheinbar aufgegeben und zum Beispiel durch eine Besessenheit in Sachen Weltverbesserung oder nun durch neue Formen aggressiver Körperlichkeit in verharmlosender Darstellung ersetzt worden. Das heißt wiederum auch: Die bekanntgemachte Mastektomie, in der sich die radikal-überschreitende mit der äußerst ‚mütterlich‘-fürsorglichen Tendenz vereint,⁵⁸ bliebe durch „excessive embodiment“⁵⁹ gekennzeichnet.

Und genau dadurch lässt sich durch Stegemanns Artikel, über die in diesem Fall offenbar besonders ambivalente Beziehung zum Hollywood-Star hinaus, auch etwas über die kulturelle Verarbeitung der anhand dieses Stars verstärkt in den Fokus geratenen Mastektomie und der damit verbundenen Versprechen erfahren. Das allzu-gut-Erscheinende der Jolie’schen Darstellung erregt, wie dargestellt, ein Misstrauen, nicht ‚echt‘ oder ‚wahr‘ zu sein, sondern eben: viel zu viel. Im Verbund mit der Celebrity-Aufladung wird so eine Verdachtslogik etabliert, die potenzielles Kennzeichen auch der – Unsicherheit vermehrenden – prädiktiv-prophylaktischen

Sache selbst ist, obwohl sich diese doch offenbar auf ganz anderer Ebene situiert. So zeigen sich ausgehend von dem untersuchten Artikel der Süddeutschen Zeitung auch performative Folgen der in Frage stehenden medizinischen Verheißungen. Denn für das festgestellte und damit für überwindbar gehaltene erhöhte Krebsrisiko gilt, dass der betroffene Körper nicht nur nicht krank – also ‚zu gesund‘ – aussieht (wie es bei Krebs ohnehin der Fall sein kann), sondern er ‚ist‘ es im Grunde auch nicht. Oder anders formuliert: Es werden in solchen Fällen rigoros ‚Defekte‘ behandelt, die bislang keine Symptome gezeigt haben und von denen auch nicht sicher ist, ob sie jemals eintreten werden; das heißt es geht um Wahrscheinlichkeiten beziehungsweise um unbekannt im Körper schlummernde „Gefahrenpotenziale, die nur durch komplexe technologische Nachweisverfahren sichtbar gemacht werden können“.⁶⁰ Das, was als gesund daherkommt, trägt das Kranke potenziell schon in sich und nimmt es vorweg. Befragt Stegemanns Artikel also Jolies verdächtig guten Anschein, dann zeigt sich darin eine Parallele zur prädiktiven Gendiagnostik selbst, in deren Folge man im Zweifel das, was gut erscheint und dies eventuell auch sein und bleiben könnte, konsequent hinterfragt und prophylaktisch operiert. Wie also der Artikel in der Süddeutschen Zeitung ein Misstrauen pflegt, so kann den vorsorglichen Interventionen ein generalisierter Verdacht⁶¹ innewohnen. In beiden Fällen geht es dann darum, sich notwendig vor dem allzu Guten zu hüten – und zwar mit einer das

58 Siehe Jerslev: *Celebrification*, S. 176.

59 McHugh: *Of Agency*, S. 15.

60 Lemke/Kollek: *Hintergründe*, S. 176.

61 Siehe in anderem Kontext Bröckling: *Die Macht*, S. 62.

‚Gute‘ selbst destruirenden Kraft. Denn in der – Bemächtigung versprechenden – Aufdeckung und der Bekämpfung dessen, was bedenklich nur gut erscheint, fällt der Impuls, Schlechtes und Falsches loszuwerden, denkbar mit einer Unterwerfung des Guten selbst zusammen; das heißt, Stegemanns Beitrag führt in der Art, wie er geschrieben ist, implizit vor, inwiefern die vorhersagend-vorbeugenden Dynamiken sich nicht nur darauf richten, das drohende Negative nicht unentdeckt zu lassen: Angesichts dessen, dass man sich der Unbedenklichkeit unbeeinträchtigt erscheinender Körper keineswegs sicher zu sein vermag, sorgen sie auch dafür, dass ‚Gutes‘ kaum Bestand haben kann. – „Wer vorbeugen will, darf niemals aufhören“,⁶² und so gesehen führen diese Vorsorgedynamiken, die selbst doch als ‚gut‘ gelten für die, die sich den Maßnahmen unterziehen, also als lebensverlängernd, sicherheitsvermehrend, risikominimierend daherkommen, potenziell dazu, dass alles gut erscheint, aber nicht einfach sein kann: Ihnen scheint damit selbst eine Maßlosigkeit innezuwohnen – und das im Beitrag der Süddeutschen Zeitung auftauchende überdeterminierte ‚Viel-zu-viel-des-Guten‘ wäre eine Kurzformel für diesen Zusammenhang.

Unbehagen an Vorsorgeversprechen

Präventionslogik und Wohlergehens(vor)sorge geraten so, Unbehagen weckend, in Verdacht: Impliziert eine Entscheidung, die Possibilität eines Tumors zur Grundlage eines

weitreichenden körperlichen Eingriffs zu machen, möglicherweise selbst ein trügerisches ‚Zuviel‘? Setzt sich die Logik der Prävention, die sich doch als hilfreich versteht, als permanente Infragestellung eines immer nur vermeintlich Guten fort, ohne jemals ein Ende finden zu können? Der Beitrag von Stegemann kann aus einer solchen Perspektive als ein Beispiel dienen (und es gäbe auch für Jolies „Medical Choice“ weitere),⁶³ um zu zeigen, wie sich in der medialen Öffentlichkeit, hier in Sonderheit der geliebt-gehassten Celebrity-Welt, Aneignungs- und Aushandlungsprozesse der vorherrschenden zukunftsbezogenen Vorstellungen und Gestaltungen manifestieren, für die die gesellschaftliche Deutungsmacht anderswo zu liegen scheint. Denn in dieser exemplarischen Rezeption von Jolies Vorgehen erhält man auch die Kehrseite der prädiktiv-prophylaktischen Verheißungen, das heißt, die mit diesen verbundenen und ringenden kulturellen Befürchtungen zurück. Mit dem genannten ‚Viel zu Viel‘, das einen Sinnüberschuss erzeugt, klingt – über die wirksame Einbindung des eigenen Scheiterns hinaus – auch Sorge um den Preis einer solchen Logik an. Die Unsicherheiten produzierende Verdachtslogik in sich aufnehmend artikuliert sich quasi ein Unbehagen daran, dass das Präventionsunterfangen möglicherweise ‚zu gut‘ funktionieren kann, oder anders formuliert: Es deutet sich das Unbehagen an, dass dieses Unterfangen potenziell einen es begründenden Exzess in sich trägt, der, frei mit dem Philosophen Slavoj

62 Bröckling: Die Macht: S. 63.

63 Ich kann dies hier nur andeuten: Ein weiteres in diesem Zusammenhang aufgegriffenes Thema ist zum Beispiel die Frage: wie weit der Mensch angesichts wissenschaftlicher Möglichkeiten in das Leben eingreifen sollte.

Žižek gedacht, keine inhärenten Grenzen kennt und der sich – diesseits von Versprechen des Sicherheitsgewinns, der Lebensverlängerung und auch über ein konkretes gesellschaftlich-transformatorisches Kalkül hinaus – um Ideen des Guten nicht kümmert beziehungsweise um die Frage, wie er das soziale Leben affiziert.⁶⁴ Und schließlich ist es, auch wenn die Plätze und Bilder der Promi-Welt oft austauschbar wirken und permanent wechseln, eben sicher kein Zufall, dass die prophylaktische Mastektomie gerade in Gestalt Jolies für so viel Aufsehen gesorgt hat. Sie galt zum Zeitpunkt der Operation bereits als Inbegriff des getriebenen Exzessiven, ob es nun verrufen oder allzu ‚perfekt‘ daherkommt. Medial nicht zuletzt über ihre ebenso sexuell wie mütterlich wahrgenommenen Brüste definiert, wirkt sie wie prädestiniert dafür, solche mit einschlägigen Vorhersage- und Vorsorgeversprechen einhergehenden Implikationen preisend wie misstrauend an ihrem Beispiel zu verhandeln.

Literatur und Quellen

Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V.: Angelina Jolie, BRCA-Gentests und genetisch bedingter Brustkrebs. Erste Stellungnahme des Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (4.6.2013); URL: https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/wp-content/uploads/2015/07/AJ_WEB.pdf.

Ulrich Bröckling: Die Macht der Vorbeugung – 16 Thesen zur Prävention, in: Aldo Legnaro/Arnold Schmieder (Hg.): Suchtränder. Jahrbuch Suchtforschung 4 (2004), Münster, S. 57-66.

Ulrich Bröckling: Dispositive der Vorbeugung. Gefahrenabwehr, Resilienz, Precaution, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hg.): Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt am Main 2012, S. 93-108.

Joan Copjec: Lies mein Begehren. Lacan gegen die Historisten (USA 1994), München 2004.

Tasha N. Dubriwny: The Vulnerable Empowered Woman: Feminism, Postfeminism, and Women's Health, New Brunswick, NJ 2013.

Elena Esposito: Formen der Zirkularität in der Konstruktion der Zukunft, in: Daniel Weidner/Stefan Willer (Hg.): Prophetie und Prognostik. Verfügungen über Zukunft in Wissenschaften, Religionen und Künsten, München 2013, S. 325-340.

Sigmund Freud (1912-13a): Totem und Tabu, Gesammelte Werke Bd. IX, Frankfurt am Main 1999.

Sigmund Freud (1915c): Triebe und Triebchicksale, Gesammelte Werke Bd. X, Frankfurt am Main 1999, S. 210-232.

Sigmund Freud (1916-17a): Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, Gesammelte Werke Bd. XI. Frankfurt am Main 1999.

Peter Fuchs: Prävention – Zur Mythologie und Realität einer paradoxen Zuverlässigkeit, in: Irmhild Saake/Werner Vogd (Hg.): Moderne Mythen der Medizin. Studien zur organisierten Krankenbehandlung, Wiesbaden 2008, S. 363-378.

Sahra Gibbon: BRCA Genes and the "Pluripotency" of Gender, in: Klasien Horstman and Marli Huijer (Hg.): Gender and Genes. Yearbook of Women's History, Amsterdam/Hilversum 2013, S.105-119; DOI: <https://doi.org/10.5007/1984-8951.2014v15n107p137>.

Rishi Goyal: Risk and Responsibility in the Neoliberal State: A Study of Contemporary Illness Narrative, in: Aktualitet – Litteratur, in: Kultur Og Medier 8 (2014); URL: <https://tidsskrift.dk/aktualitet/article/view/111529>.

Diane Price Herndl, Virtual Cancer: BRCA and Posthuman Narratives of Deleterious Mutation, in: Tulsa Studies in Women's Literature 32/33 (2013/2014), No 2/1, S. 25-45.

64 Siehe in anderem Kontext Žižek: Die Pest.

Mary Jacobus: First Things. The Maternal Imaginary in Literature, Art, and Psychoanalysis, New York 1995.

Anne Jerslev: Celebri-fication, Authenticity, Gossip. The Celebrity Humanitarian, in: Nordicom Review 35 (2014), Special Issue, S. 171-186.

Angelina Jolie: My Medical Choice, in: New York Times (14.5.2013); URL: <http://www.nytimes.com/2013/05/14/opinion/my-medical-choice.html>.

Max Kleiner: Die Bildungen des Unbewussten, in: Karl-Josef Pazzini/Susanne Gottlob (Hg.): Einführungen in die Psychoanalyse I, Bielefeld 2005, S. 29-46.

Sarah Kofman: Die Kindheit der Kunst. Eine Interpretation der Freudschen Ästhetik, München 1993.

Heike Le Ker: Angelina Jolies Brustamputation. Mutig! (14.5.2013), in: Spiegel; URL: <https://www.spiegel.de/gesundheits/diagnose/brust-amputation-angelina-jolie-trifft-eine-mutige-entscheidung-a-899753.html>.

David Kroll: A Cautionary Perspective on Angelina Jolie's Double Mastectomy, in: Forbes, (14.5.2013); URL: <https://www.forbes.com/sites/davidkroll/2013/05/14/a-cautionary-perspective-on-angelina-jolies-double-mastectomy/>.

Thomas Lemke: Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000, S. 227-264.

Thomas Lemke: Governmentality Studies, in: Clemens Kammler/Rolf Parr/Ulrich Johannes Schneider (Hg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart, Weimar 2008, S. 380-385.

Thomas Lemke: Gouvernementalität und Biopolitik, Wiesbaden 2008.

Thomas Lemke/Regine Kollek: Hintergründe, Dynamiken und Folgen der prädiktiven Diagnostik, in: Willy Viehöver/Peter Wehling (Hg.): Entgrenzung der Medizin. Von der Heilkunst zur Verbesserung des Menschen? Bielefeld 2011, S. 163-194.

Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und

Selbsttechnologie. Eine Einleitung, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000, S. 7-40.

Jialin Mao/Louisa Jorm / Art Sedrakyan: Trends in Use of Risk-Reducing Mastectomy in a Context of Celebrity Decisions and Media Coverage: An Observational Study in the United States and Australia, in: Health Services Research 53: Suppl 1 (2018), S. 2682-2695; DOI: <https://doi.org/10.1111/1475-6773.12774>.

Marlee Matlin: Brave, honest, strong [Tweet]; URL: <https://twitter.com/marleematlin/status/334182977061937152>.

Kathleen McHugh: Of agency and embodiment: Angelina Jolie's autographic transformations, in: Celebrity Studies 5 (2014), Nr. 1-2, S. 5-19.

Andrea zur Nieden: Zum Subjekt der Gene werden. Subjektivierungsweisen im Zeichen der Genetisierung von Brustkrebs, Bielefeld 2013.

Rachael L. Pack: The Duty to Survive Well: Neoliberal Governance, Temporality and Breast Cancer Survivorship Discourse, Electronic Thesis and Dissertation Repository, 5287 (2018); URL: <https://ir.lib.uwo.ca/etd/5287>.

Alice Park: The Angelina Effect (27.5.2013); URL: <https://time.com/3450368/the-angelina-effect/>.

Robert Pfaller: Die Illusionen der anderen. Über das Lustprinzip in der Kultur, Frankfurt am Main 2002.

Kari Nyheim Solbrække/Håvard Sjøiland/Kirsten Lode/Birgitta Haga Gripsrud: Our Genes, our Selves: Hereditary Breast Cancer and Biological Citizenship in Norway, in: Medicine, Health Care and Philosophy 20 (2017), Iss. 1, S. 89-103.

Jana Stegemann: Brust-Entfernung von Angelina Jolie. Problemlösung nach Hollywood-Manier, in: Süddeutsche Zeitung (14.5.2013); URL: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/brust-entfernung-von-angelina-jolie-problemloesung-nach-hollywood-manier-1.1671972>.

taz: Warum Frauen Angelina Jolie hassen. Die Übermenschliche (3.7.2008); URL: <https://taz.de/Warum-Frauen-Angelina-Jolie-hassen!/5179577/>.

Pete Ward: Gods Behaving Badly. Media, Religion, and Celebrity Culture, Waco, TX 2011.

Willy Viehöver/Peter Wehling: Einleitung. Entgrenzung der Medizin: Transformationen des medizinischen Feldes aus soziologischer Perspektive, in: Willy Viehöver/Peter Wehling (Hg.): Entgrenzung der Medizin. Von der Heilkunst zur Verbesserung des Menschen?, Bielefeld 2011, S. 7-47.

Susanne Weingarten: Angelina Jolie. Zu viel ist nie genug, in: Stern (2.8.2003); URL: <https://www.stern.de/kultur/film/angelina-jolie-zu-viel-ist-nie-genug-3510852.html>.

Julia Zahnweh: Angelina Jolie: Die schönste Psychopathin der Welt (5.8.2010); URL: <https://www.news.de/medien/855067896/die-schoenste-psychoopathin-der-welt/1/>.

Slavoj Žižek: Die Pest der Phantasmen. Die Effizienz des Phantasmatischen in den neuen Medien, Wien 1997.

Slavoj Žižek: Die Tücke des Subjekts, Frankfurt am Main 2001.

Wissenschaftlichkeit oder Trägerinteressen?

Zum Umgang mit zwei musealen Versprechen am Beispiel des Ostpreußischen Landesmuseums

Christina Flöhr, Selim Pekel

Diesem Artikel liegt die Annahme zugrunde, dass nicht nur Menschen, sondern auch Organisationen versprechen können. Von Interesse sind spezifisch museale Versprechen. Zunächst soll geklärt werden, was im Rahmen dieses Textes unter Versprechen verstanden wird. Anschließend gilt es, zu erörtern, welche Versprechen Museen als Institutionen aufgrund ihrer Existenz geben können. Und schließlich soll das Ostpreußische Landesmuseum als Fallbeispiel dienen, um zu illustrieren, zu welchen Konstellationen es führen kann, wenn Museen einerseits versprechen, wissenschaftlich zu arbeiten, und andererseits die Trägerinteressen zu wahren.

Versprechen – eine kurze philosophische Reflexion

Philosophische Begriffsreflexionen laufen üblicherweise nicht darauf hinaus, qualitative oder quantitative Untersuchungen durchzuführen, was wann von welchen Gruppen unter einem bestimmten Begriff verstanden wird. Dies kann dann von Interesse sein, wenn eine sprachwissenschaftliche Untersuchung oder eine Diskursanalyse angedacht ist. Für gewöhnlich macht man sich stattdessen „die Verwendungsweisen bestimmter Worte anschaulich“.¹ Thorsten Streubel weist zurecht darauf hin, dass damit de facto nur der eigene Sprachgebrauch analysiert werde. Die Begriffsanalyse basiere damit

1 Streubel: Kritik, S. 68.

im Vertrauen auf die eigene Sprachkompetenz. Sie stehe und falle letztlich damit, ob der eigene Sprachgebrauch intersubjektiv geteilt werde oder nicht.² Die nachfolgend vorgestellte Explikation ist dementsprechend als eine von vielen Möglichkeiten zu sehen, den Versprechensbegriff zu verstehen.³

Wer jemandem etwas verspricht, fordert ihn oder sie damit zugleich auf, darauf zu vertrauen, dass dieses Versprechen durch Tun oder Unterlassen eingelöst wird. Aus diesem Vertrauen in die gute Absicht des Versprechenden erwächst die legitime Forderung, dass dieses Vertrauen nicht missbraucht werde. Entscheidend ist also der gute Wille des Versprechenden, den das Gegenüber zunächst automatisch annimmt. Denn wer in der Absicht verspricht, das Versprechen nicht einzulösen, betrügt, und wer zwar vorhat, sein Versprechen einzulösen, aber etwas Böswilliges verspricht, der droht.

Die Verbindlichkeit eines Versprechens ist nicht zeitlos, sondern orientiert sich an den konkreten Gegebenheiten. Verspreche ich etwa meinen Kindern, nächste Woche mit ihnen picknicken zu gehen, weil der Wetterdienst gutes Wetter vorhersagt, so ist dieses Versprechen aus naheliegenden Gründen nicht mehr bindend, falls an besagtem Tag starker Regen einsetzt. Ein Versprechen kann zudem sowohl zeitlich begrenzt als auch auf Dauer ausgelegt sein. Die Zusage zu einem Einzeltermin etwa umfasst nur diesen spezifischen Termin. Folgen aber Muslime dem Fastengebot, so lösen sie periodisch das an ihren Gott gegebene Versprechen ein, in einem

bestimmten Monat des Jahres zu bestimmten Zeiten auf Essen und Trinken zu verzichten. Hinzu kommen Versprechen, die weder einmalige noch periodische Einzelhandlungen, sondern eine auf ununterbrochene Kontinuität ausgerichtete Einstellung jemandem gegenüber betreffen. Diese Einstellung wird dann zum Maßstab vieler unterschiedlicher Einzelhandlungen. Der Eintritt in eine klassische monogame Liebesbeziehung etwa ist üblicherweise ein Bündel von Versprechen wie Treue, Fürsorge und ähnliches, die den Entscheidungsspielraum in anderen Lebensbereichen eingrenzen kann.

Solche institutionalisierte, also auf feste und verbindliche Kommunikations- und Handlungsmuster bauende Formen der Beziehung zueinander, existieren nicht nur zwischen Menschen, sondern auch zwischen Organisationen und Menschen oder zwischen Organisationen untereinander. Denn Organisationen, die sich als ‚Verkörperung‘ einer bestimmten Idee von einer Institution verstehen, versprechen, sich an die für sie verbindlichen institutionellen Vorgaben zu halten. Eine Organisation, die sich Museum nennt und als Museum erkannt und anerkannt werden will, verspricht, sich an die institutionellen Vorgaben zu halten, die mit dem Museum-Sein einhergehen. Ob diese Vorgaben und ihre Einhaltung auch rechtlich normiert und fixiert werden oder nicht, soll an dieser Stelle nicht von Interesse sein.⁴

2 Siehe Streubel: Kritik, S. 68.

3 Für eine ausführliche, historisch-philosophische Diskursanalyse siehe Gloyna: Versprechen, S. 905-910.

4 Auch die Frage, wie Organisationen im Einzelnen handeln und kommunizieren – also Entscheidungen produzieren, kann hier nicht näher erläutert werden. Siehe ausführlich dazu Luhmann: Organisation.

Museale Versprechen

Welche Versprechen verlangt die Institution Museum von Organisationen, die sich diese ungeschützte Selbstbezeichnung geben wollen? Bevor es an das Fallbeispiel geht, gilt es zunächst, diese Frage zu beantworten, um den titelgebenden zentralen Konflikt herausarbeiten zu können.

Die Kernaufgaben des Museums lassen sich zusammenfassen als Sammeln, Dokumentieren, Forschen, Bewahren, Ausstellen und Vermitteln. Diese können wir zusammenführen zu Tätigkeiten, die nach innen gerichtet sind (Sammeln, Dokumentieren, Forschen, Bewahren) und Tätigkeiten, die nach außen gerichtet sind (Ausstellen und Vermitteln).⁵ Insbesondere die Forschung und damit die Verpflichtung, nach wissenschaftlichen Standards zu arbeiten, ist elementar für das Selbstverständnis der Institution Museum: Idealerweise soll das Gesammelte wissenschaftlich erforscht und in den Ausstellungen wissenschaftlich Belastbares über die präsentierten Objekte vermittelt werden.

Doch was verspricht, wer behauptet, wissenschaftlich zu arbeiten? Im historischen Wörterbuch der Philosophie heißt es hierzu zunächst allgemein: „Das Wissenschaftsethos ergibt sich aus der Natur des wissenschaftlichen Denkens und Handelns als der methodischen Suche nach allgemein verbindlicher, allgemein überprüfbarer und daher notwendigerweise auch allgemein zugänglicher Wahrheit“.⁶

Ob der starke Begriff der Wahrheit tatsächlich angebracht ist und inwiefern wissenschaftliches Wissen immer allgemein zugänglich ist, sei dahingestellt. Wichtig ist hier das Selbstverständnis der Wissenschaften, überprüfbare Erkenntnisse mit Wahrheitsanspruch zu produzieren. Auszeichnend ist hier nicht der Wahrheitsanspruch in Bezug auf das Gesagte, denn den haben auch Religionen und Ideologien; auch nicht der Inhalt des Gesagten. Entscheidend sind (1) die realistische Grundannahme (im Gegensatz zur idealistischen), dass die materielle Welt die wirkliche Welt ist und – prinzipiell empirisch in ihrem Sosein erkannt werden kann – und daraus folgend (2) dass die passende Methode zur richtigen Antwort führen kann. Aus der Überprüfbarkeit als normativer Forderung folgen auch die „Konsequenzen aus der Einsicht in den prinzipiell hypothetischen Charakter empirischer Theorien, also die vorbehaltlose Prüfung gewonnener Ergebnisse und ihrer methodischen Verallgemeinerung sowie die Sicherung ihrer intersubjektiven Nachprüfbarkeit und methodischen wie sprachlichen Nachvollziehbarkeit, der Respekt vor geistigem Eigentum sowie die kritische und ideologiefreie Stellungnahme zu vorliegenden Forschungsergebnissen.“⁷

Die Überprüfbarkeit ist allein stehend als ethisches Kriterium nicht ausreichend. Folgerichtig bilden sich innerhalb der Forschungsethik diverse Ansätze heraus, die auf die zweifache Verantwortung der Forschenden hinweisen: Einerseits sei man zwar dafür verantwortlich, den oben genannten Prinzipien entsprechend zu forschen, andererseits müsse man die Folgen

5 Siehe Walz: Begriffsgeschichte, S. 9-14; Meijer-van Mensch: Museumsarbeit, S. 336.

6 Schweidler: Wissenschaftsethik, S. 958.

7 Schweidler: Wissenschaftsethik, S. 958.

der eigenen Forschung für „Natur, Kultur und Gesellschaft“⁸ bedenken. Bezüglich letzterem wollen wir konkretisierend von einer Verantwortung gegenüber den tatsächlichen und potenziellen Museumsgästen sprechen, da Museen orts- und interessenengebunden nie die Gesamtgesellschaft ansprechen können. Den Gästen gegenüber verspricht ein Museum, wissenschaftlich erwiesene ‚Wahrheiten‘ über die ausgestellten Objekte zu vermitteln. Museen sind in diesem Sinne also Bildungsanstalten oder Informationsquellen wie Schulen oder Zeitungen. Ihre soziale Verantwortung bewegt sich dementsprechend zwischen einem Bildungs- und Informationsauftrag.⁹

Ob die Wissenschaften die oben zitierte Forderung nach objektiv verbindlichen ‚Wahrheiten‘ einlösen können, ist auch heute noch elementarer Untersuchungsgegenstand der Wissenschaftstheorie.¹⁰ Verkürzt dargestellt können unter ‚objektiver Wahrheit‘ jene Aussagen über die Welt verstanden werden, die unabhängig von weltanschaulichen Positionen nachvollziehbar, überprüfbar und logisch kohärent sind. Man mag sich innerhalb der ‚scientific community‘ eher auf solche ‚Wahrheiten‘ einigen, wenn es um naturwissenschaftliche Erkenntnisse geht.¹¹ Doch im Museum ist jede Ausstellung ein verkörpertes Ausstellungskonzept, das eine Geschichte erzählt. Wie jedes Narrativ kann deshalb auch die Museumsausstellung nicht

anders, als perspektivengebunden zu erzählen; die jeweils eingenommene Perspektive ist dabei in der Regel abhängig vom Träger oder Finanzier der Einrichtung.¹² Entscheidend für die Wissenschaftlichkeit einer Ausstellung wäre in diesem Fall, wie reflektiert mit dieser Perspektivität umgegangen wird.

Fallbeispiel: Das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg

Der Artikel konzentriert sich im Folgenden auf die Ausstellung als Teil der Museumsarbeit, der die (Forschungs-)Inhalte und verschiedenen Diskurse nach außen vermittelt. Konkret interessiert hier, welche Narrative dem Publikum präsentiert wurden oder werden, und wie mit der eigenen Perspektivität in der Ausstellung umgegangen wird: Wird dem Museumsgast der Raum gegeben, selbst über das Gezeigte zu reflektieren und verschiedene Perspektiven einzunehmen – was für eine gewisse ‚Objektivität‘ spräche? Oder wird, im Gegenteil, das Eigeninteresse (insbesondere der Vertriebenen- und Flüchtlingsgemeinschaften) als Diskurs formuliert, der den Besuchern und Besucherinnen paternalistisch vorgesetzt wird? Oder ist es nicht eher ein Spektrum, welches ein Einlösen beider Versprechen zulässt? Diese Fragen sollen im Folgenden am Beispiel des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg beantwortet werden.

Das Ostpreußische Landesmuseum gehört zu den Landesmuseen, die sich mit den historischen ostdeutschen Territorien befassen.

8 Schwedler: Wissenschaftsethik, S. 958.

9 Thieme: Fortsetzung, S. 17.

10 Für eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Wahrheitsbegriff in den Wissenschaften siehe Kautek/Neck/Schmidinger: Wahrheit.

11 Für eine fundamentale und bis heute zu Diskussionen anregende Objektivitätskritik an den sogenannten exakten Wissenschaften siehe Husserl: Krisis.

12 Siehe Lersch: Museum, S. 26.

Das Adjektiv ‚ostdeutsch‘ bezieht sich hier nicht auf die neuen Bundesländer. Gemeint sind die Gebiete, die vor 1945 zum Deutschen Reich gehörten und nach Etablierung der Oder-Neiße-Grenze zum größten Teil an die Volksrepublik Polen und die Sowjetunion abgetreten wurden. Ostpreußen liegt heute auf polnischem, russischem und litauischem Territorium. Die bis 1945 dort ansässige deutschsprachige Bevölkerung wurde – sofern sie nicht bereits während des Zweiten Weltkrieges gen Westen geflüchtet war – in den Nachkriegsjahren systematisch vertrieben oder ausgesiedelt: Ein Vorgang, der insgesamt etwa 12 Millionen Menschen aus dem östlichen Europa betraf und den wir heute unter dem Stichwort ‚Flucht und Vertreibung‘ fassen.¹³ Diese Landesmuseen sind ein museumstypologischer Sonderfall. Zwar sind sie vom Grad der Professionalität und der allgemeinen Ausstattung mit ‚klassischen‘ Landesmuseen vergleichbar. Doch sie beziehen sich geografisch auf eine Region, die vom Museumsstandort weit entfernt ist.¹⁴

Ein weiterer Unterschied zwischen den ‚klassischen‘ und den Landesmuseen mit dieser sehr spezifischen Thematik besteht hinsichtlich der Finanzierung beziehungsweise Trägerstruktur. Landesmuseen sind in der Regel – da Kultur Ländersache ist – Angelegenheit des jeweiligen Bundeslandes, dessen Geschichte sie vermitteln. Die Finanzierung der Landesmuseen wie das Ostpreußische Landesmuseum eines ist, ist hingegen der Bund zuständig. In Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) heißt es in der 1957 überarbeiteten Fassung:

*Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.*¹⁵

Wenn wir im Falle des Ostpreußischen Landesmuseums von einem Konflikt zwischen dem wissenschaftlich-ethischen und dem perspektivegebundenen Versprechen ausgehen, ist ein genauere Blick auf diesen sogenannten ‚Kulturparagrafen‘ des BVFG unabdingbar. Denn er regelt nicht nur die Frage nach der Finanzierung, sondern benennt auch diejenigen, deren Interessen vom Museum geachtet werden sollen: Zum einen den Bund und die Länder – also staatliche Stellen – die hier auch als Hauptfinanzier auftreten, zum anderen die Vertriebenen und Flüchtlinge selbst beziehungsweise ihr ‚Bewusstsein‘, das durch ihre Interessensvertretungen – die Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen – repräsentiert wird.

Wenn museale Forschungsethik bedeutet, einen neutralen Standpunkt oder zumindest reflexiv-kritisch multiple Perspektiven auf einen Forschungsgegenstand einzunehmen, so braucht

13 Siehe Hahn/Hahn: Vertreibung, S. 39.

14 Siehe Henkel/Scheele/Walz: Lokalität, S. 110.

15 BVFG §96.

es einen musealen Entscheidungsträger, der dies auch leisten kann. Dies ist beim Bund vorstellbar, da es sich bei ihm um eine demokratische Institution handelt und er dementsprechend Interesse an der Repräsentation multipler Perspektiven hat. Die Flüchtlinge und Vertriebenen hingegen sind als Erinnerungsgemeinschaft biografisch bedingt parteiisch. Sie können also per se nicht die neutrale Position des Unbeteiligten einnehmen. Dies gilt umso mehr für die Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen, die als politische Lobbygruppen agieren und eigene Interessen verfolgen, die weder notwendig denen des Bundes entsprechen noch auf wissenschaftlichen Fakten basieren müssen. Ein Beispiel hierfür ist die Entstehungsgeschichte des Paragraphen 96 Bundesvertriebenengesetz selbst, der unter maßgeblicher Beteiligung von Mitgliedern der Landsmannschaften und dem Bund der Vertriebenen entstand. Der damalige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Theodor Oberländer, betrachtete den Gesetzestext als Möglichkeit, die kulturelle Integration zu fördern und das ‚Recht auf Heimat‘ langfristig durchzusetzen.¹⁶

‚Heimat‘ war und ist ein ideologisch besetzter Begriff, der gerade im Zusammenhang mit der ‚Flucht und Vertreibung‘ stark mythisiert wurde.¹⁷ Im Fall der Erinnerungskultur der Flüchtlinge und Vertriebenen haben sich über Jahrzehnte spezifische Narrative herausgebildet, die individuelle Erinnerungen Betroffener überlagern (können).¹⁸ Die Dauerausstellung und das Leitbild des

Ostpreußischen Landesmuseums wurden aufgrund dieser Spannung zwischen Träger und musealen Ansprüchen im Laufe der Zeit immer wieder neugestaltet und verhandelt, wie im Folgenden zu sehen sein wird.

Konstellation 1: Negation der Wissenschaftlichkeit zugunsten der Trägerinteressen

Eine Konstellation, die sich ergeben kann, wenn Trägerinteressen und Wissenschaftlichkeit konfliktieren, ist das Missachten eines der beiden musealen Versprechen. Denkbar ist das Ignorieren der Trägerinteressen zugunsten der Wissenschaftlichkeit. In der Praxis hätte dies wahrscheinlich zur Folge, dass der Träger die Finanzierung des Museums einstellt. Wahrscheinlicher ist deshalb die Negation der Selbstverpflichtung, nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten. Letzteres lässt sich in den ersten Jahren des Ostpreußischen Landesmuseums nachweisen. 1958 wurde es vom gebürtigen Tilsiter Hans-Ludwig Loeffke, der die Institution bis zu seinem Tod 1974 leitete, als Jagdmuseum eröffnet. Loeffke kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu: Er war politisch höchst aktiv, gehörte 1948 zu den Mitbegründern der Landsmannschaft Ostpreußen auf Landes- und Bundesebene und war beteiligt am Aufbau des Bund der Vertriebenen in Niedersachsen.¹⁹

Loeffkes politische Überzeugungen flossen insbesondere mit der Neueröffnung des Museums 1964 in die Dauerausstellung ein. Einer der

16 Siehe Eisler: Erinnerung, S. 245.

17 Siehe Salzborn: Heimat, S. 41.

18 Siehe Eisler: Heimatstuben, S. 193.

19 Siehe Stein von Kamienski: Loeffke, S. 1637.

späteren Kuratoren des Ostpreußischen Landesmuseums, Jörn Barfod, problematisiert in diesem Zusammenhang besonders die „teilweise agitatorischen Texte [...]“ und bezeichnet die damalige Ausstellung als „Propaganda im Sinne [...] des BDV“.²⁰ Tatsächlich verfolgte Loeffke mit seiner musealen Präsentation vor allem politische Ziele: *Die starken Trophäen unserer Heimat sollen handgreiflich zeigen, was die deutsche Scholle leistete und wert ist*,²¹ ließ er etwa 1965 verlauten. Die Ausstellung solle einen *Beitrag für die Vorbereitung einer deutschen Rückkehr*²² in die Vertreibungsgebiete ermöglichen, analog zu Oberländers Erwartung an den Paragraphen 96 BVFG.

Dementsprechend ‚erzählte‘ die Ausstellung aus nur einer politisch-sozialbiografischen Perspektive – jene einer Gruppe von Flüchtlingen und Vertriebenen, die besonders daran interessiert waren, ihre Forderung nach dem ‚Recht auf Heimat‘ durchzusetzen. Eine wissenschaftliche oder zumindest reflexive Auseinandersetzung mit dieser ‚Heimat‘ fand nicht statt. Deutlich wird dies an Loeffkes Zitat, in welchem er von der ‚Heimat‘ als ‚deutscher Scholle‘ spricht. Damit knüpft er an das historische Narrativ des ‚Deutschen Ostens‘ an, das vor allem in der Zwischenkriegszeit populär wurde.²³ Dieses Narrativ wird in der Ausstellung als faktisch präsentiert, ist aber kontrafaktisch. Ostpreußen war mit masurischen, polnischen, russischen, litauischen, französischen Einwohnern und Einwohnerinnen nicht mono-, sondern multiethnisch.

Hieran wird deutlich, dass in dieser Ausstellung das museale Versprechen, wissenschaftlich zu arbeiten, zugunsten einer effektiven Narration missachtet wurde.

Konstellation 2: Priorisierung der Trägerinteressen vor der Wissenschaftlichkeit

Die partielle Übernahme des Ostpreußischen Landesmuseums durch den Bund in den 1980ern war der erste Schritt, der zu tiefergehenden Veränderungen im Museum führte. Zur selben Zeit wurden immer mehr Heimatstuben aufgelöst, wodurch eine neue Sicherung und Bündelung des Kulturerbes der Flüchtlinge und Vertriebenen nötig wurde.²⁴ Gleichzeitig wurde versucht, die Arbeit in den noch bestehenden Einrichtungen zu professionalisieren.²⁵ Dies spricht für ein aufkommendes Bewusstsein bezüglich der gesellschaftlichen Verantwortung von Museen und eine daraus entstehende Hinwendung zum wissenschaftlichen Arbeiten und Vermitteln. Dass sich die inhaltliche Arbeit unter dem Bund vom Ziel politischer Einflussnahme im Sinne der Vertriebenenverbände immer weiter entfernte, war jedoch auch eine Folge der politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik. Mit der ‚Neuen Ostpolitik‘ unter Bundeskanzler Willy Brandt zu Beginn der 1970er Jahre distanzierte sich die deutsche Regierung von revisionistischen Forderungen und erkannte die

20 Barfod: Landesmuseum, S. 385.

21 Barfod: Landesmuseum, S. 385.

22 Barfod: Landesmuseum, S. 385.

23 Siehe Wippermann: Deutschen.

24 Siehe Dröge: Landesmuseen, S. 305.

25 Siehe Sacha: Muzea, S. 4f.

Oder-Neiße-Grenze – unter Protest der Vertriebenenverbände – vorläufig an.²⁶

Maßgeblich für den Richtungswechsel im Ostpreußischen Landesmuseum war die ‚Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit im Osten‘, die dem Deutschen Bundestag 1982 offiziell vorgelegt wurde. Diese sah vor, zentrale Museen zu etablieren, in denen das materielle Kulturgut der ostdeutschen *Land-schaften wissenschaftlich aufgearbeitet und ausgewertet werden*²⁷ sollte. Nun wird auch *der gesamteuropäische [...] Aspekt*²⁸ betont. So heißt es etwa an einer Stelle: *Besondere Förderung verdienen Maßnahmen, die das ostdeutsche Kulturerbe nicht isoliert, sondern als der gesamten deutschen Kultur zugehörig und mit der europäischen Kultur verflochten darstellen*²⁹ – ein erster Schritt Richtung Multiperspektivität. Dennoch spricht das Dokument weiterhin vom *deutschen Osten*,³⁰ bleibt also in der Nähe des oben genannten Narrativs, das sich bei Loeffke finden lässt.

1987 wurde – abermals von der Kritik des Bundes der Vertriebenen begleitet³¹ – die generalüberholte Dauerausstellung in einem neuen Gebäude eröffnet. Die Zielsetzung der Ausstellung lautete nicht mehr, den ‚deutschen‘ Charakter des Ostens in den Vordergrund zu stellen, sondern die „Darstellung historischer Realität“³² anzustreben. Doch auch unter Maßgabe dieses (aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive

uneinlösbaren) Objektivitätsanspruchs blieben die Interessen des Trägers vorrangig. Denn wie die Philologin Magdalena Sacha zu Recht kritisiert, lag der Fokus der Ausstellung weiterhin auf Errungenschaften der deutschen Zivilisation im Osten, symbolisiert durch Persönlichkeiten wie Luise von Preußen und Immanuel Kant. Erzählt wurde demnach eine Erfolgsgeschichte, die abrupt und – wie es scheint – unverdient ihr Ende findet.³³ Wissenschaftlich war diese Ausstellung also insofern nicht, als dass hier eine narrationskritische Grundhaltung fehlte. Die Erzählung blieb von einer einseitigen Perspektive dominiert.

Konstellation 3: Ausstellung unter Maßgabe der Wissenschaftlichkeit

Die Verwissenschaftlichung des Museums schritt in den folgenden Jahrzehnten voran. Für die inhaltliche Arbeit im Haus sind die Leitlinien der Bundesregierung zum Umgang mit dem ‚östlichen‘ Kulturerbe maßgeblich.³⁴ Die 2018 eröffnete neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums stützt sich auf die Vorgaben aus der Grundsatzkonzeption, die 2016 komplett überarbeitet wurde.

Sie rückt den „Aspekt der historischen Aussöhnung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten“³⁵ in den Vordergrund, wobei auch der Gedanke des deutschen Kulturgutes als Teil eines gesamteuropäischen Kulturerbes aus der Grundsatzkonzeption von 1982

26 Eine endgültige Anerkennung erfolgte erst 1990 mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag.

27 Bundestag Drucksache 9/1589, S. 21.

28 Bundestag Drucksache 9/1589, S. 15.

29 Bundestag Drucksache 9/1589, S. 24.

30 Bundestag Drucksache 9/1589, S. 21.

31 Siehe Barfod: Landesmuseum, S. 383, 388.

32 Barfod: Landesmuseum, S. 382.

33 Siehe Sacha: Muzea, S. 5.

34 Siehe Bundestag Drucksache 19/10836, S. 7.

35 Bundestag Drucksache 18/7730, S. 3.



Abbildung 1: Die Ausstellung zur ‚Flucht und Vertreibung‘ im Ostpreußischen Landesmuseum.

beibehalten wird. Den Beteiligten und den Maßnahmen wird eine Brückenbaufunktion zugeschrieben. Auch der einseitige Blick auf das Vertreibungsgeschehen wird kritisiert:

Vorwiegend national bestimmte Sichtweisen auf Geschichte und Kultur haben über lange Zeiträume Abgrenzungen zwischen vielen europäischen Staaten und Gesellschaften erzeugt. Sie bildeten wesentliche ideologische Grundlagen für einen zunehmend aggressiven Nationalismus, der in die kriegerischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts mündete. Die Kenntnis der in Jahrhunderten historisch gewachsenen kulturellen Verflechtungen in Europa und der daraus resultierenden Gemeinsamkeiten, aber auch der Verwerfungen und Brüche, sind demgegenüber ein kaum zu überschätzender Faktor der europäischen Integration.³⁶

Es wird also eine Abkehr von einer einseitig nationalen Perspektive gefordert. Wir sehen hier

eine Hinwendung zur Multiperspektivität, wie sie vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu fordern ist: Nur durch die Integration unterschiedlicher Standpunkte in eine Ausstellung bietet sich ein differenziertes Bild, das einseitigen Verzerrungen möglichst vorbeugen kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch das Anerkennen und Aufzeigen der Rolle des Nationalsozialismus im Flucht-und-Vertreibungskomplex. Damit ist der ‚deutsche Osten‘ als Erfolgsgeschichte mit unverdientem Ende nicht mehr denkbar.

Die Verpflichtung zur Multiperspektivität ist im aktuellen Leitbild des Ostpreußischen Landesmuseums festgeschrieben³⁷ und seine neue Dauerausstellung nach diesem Prinzip gestaltet. Es ‚sprechen‘ eine Vielzahl von Stimmen: Vertriebene, aber auch anderweitig Betroffene und Außenstehende, woraus sich ein komplexes Gesamtbild ergibt, wie an folgenden Schlaglichtern gezeigt wird.

36 Bundestag Drucksache 18/7730, S.5.

37 Siehe Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg: Leitbild.



Abbildung 2: Das Flucht-Diorama mit Videoprojektion.

Die Ausstellung lebt von dem Gegensatz zwischen im Ton neutralen beziehungsweise dokumentarischen Texten und den gefühlbetont wertenden Berichten von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen. Erstere sind faktenbasiert, im Design bewusst schlicht und nüchtern gehalten und verzichten auf politische Forderungen. Das Flucht- und Vertreibungsgeschehen wird sachlich in den Kontext der nationalsozialistischen Herrschaft eingeordnet. Dieser größtmöglichen Distanz steht die größtmögliche Nähe der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen gegenüber, die als persönlich unmittelbar Betroffene von ihrem Schicksal erzählen. Die Vertriebenen kommen mit ihren Erzählungen über das Erlebte auf Multimediastationen zu Wort. Ebenso stehen die Exponate für persönliche Leidensgeschichten oder verkörpern eine rückblickende Perspektive der Betroffenen auf das erlebte Trauma. Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Diorama, in dem eine Fluchtszene zu sehen ist, die sich im Winter abspielt: Der Betrachter oder die Betrachterin blickt auf einen Fuhrwagen. Vor

diesem steht ein erwachsenes Paar in Rückansicht, welches einem Flüchtlingstreck zu folgen scheint. Hinter dem Paar zieht zusätzlich ein kleines Kind einen mit Gepäck bestückten Schlitten. Diese Fluchtszene ist mit Videoprojektionen gekoppelt: Angehörige der Erlebnissgeneration, die von ihren Fluchterfahrungen berichten, werden direkt in das Diorama eingeblendet und schweben wie geisterhafte Erscheinungen über der Szenerie. Visualisierung und Erzählung gehen hier folglich Hand in Hand. Besonders gelungen ist, dass trotz aller Emotionalisierung des Sachverhalts für den Museumsgast deutlich erkennbar ist, dass die geschilderte Sicht eine persönliche und nicht generelle darstellt – gerade dadurch, dass wir der einen, erzählenden Person direkt gegenüberzustehen scheinen. Diese Spannung erst ermöglicht den Museumsgästen, einen eigenen, wertenden Standpunkt zu den beschriebenen Geschehnissen zu entwickeln, statt paternalistisch belehrt zu werden. Das Gegenspiel von objektiver Distanz und subjektiver Nähe zieht sich durch die gesamte

Abteilung – auch hinsichtlich des Begriffs der ‚Heimat‘, der am Ende der Ausstellung thematisiert wird. Den Museumsgästen wird keine Definition an die Hand gegeben. Vielmehr versucht die Ausstellung, sich dem Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven zu nähern. In einer Multimediation kommen Betroffene, aber auch Außenstehende verschiedenster Generationen und unterschiedlichster Herkunft zu Wort – es entsteht ein facettenreiches Bild davon, was ‚Heimat‘ für Menschen aus unterschiedlichen Gruppen bedeuten kann.

Der Museumsbesuch wird also zu einem Erlebnis, in dem ein Meinungsbildungsprozess in den Museumsgästen in Gang gesetzt wird. Der wissenschaftlich erarbeitete, historische Kontext und die Zeugnisse der unmittelbar Betroffenen werden hier fruchtbar miteinander verbunden und auf diese Weise sowohl das Versprechen eingelöst, als Museum wissenschaftlich zu arbeiten, als auch das Versprechen, das Interesse des Trägers zu wahren – nämlich Brücken zu bauen und dabei die Stimme der Vertriebenen hörbar zu machen.

Fazit

Im Hinblick auf museale Ausstellungen lassen sich zwei zentrale Versprechen ausmachen, die beide eingelöst werden wollen und daher aufeinander abgestimmt werden müssen: Zum einen das Wahren der Trägerinteressen, zum anderen das wissenschaftliche Arbeiten nach museologischen Standards. Beide Versprechen richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Das Versprechen, die Trägerinteressen zu wahren, richtet sich an den Träger selbst, während das

wissenschaftliche Arbeiten eher ein Versprechen ist, das den Besuchern und Besucherinnen des Hauses gegeben wird.

Das Fallbeispiel des Ostpreußischen Landesmuseums hat gezeigt, wie beide Versprechen in Konflikt miteinander geraten können. Gerade an der wechsellvollen Geschichte des Hauses konnte jedoch aufgezeigt werden, dass der Konflikt vermieden werden kann. Die unterschiedlichen Herangehensweisen zu unterschiedlichen Zeiten lassen sich zusammenfassen als: (1) die einseitige Bevorzugung der Trägerinteressen und das Negieren wissenschaftlicher Ansprüche, (2) die Unterordnung der Wissenschaftlichkeit unter die Trägerinteressen und ihre dementsprechende Vernachlässigung und (3) die Wahrung wissenschaftlicher Grundsätze bei gleichzeitiger Achtung der Trägerinteressen. In den ersten beiden Fällen ist eine paternalistische Haltung den Museumsgästen gegenüber unverkennbar. Die dritte Konstellation, die beide Versprechen in die Ausstellung zu integrieren versucht, setzt auf die Autonomie der Museumsgäste und fordert sie zur Beschäftigung mit dem Gesehenen und zur eigenständigen Meinungsbildung auf.

Zu untersuchen bleibt der Umgang der restlichen Landesmuseen der deutschen Vertriebenen mit der Spannung zwischen Trägerinteressen und Wissenschaftlichkeit, sofern beziehungsweise solange diese miteinander konfliktier(t)en.

Literatur

Jörn Barfod: Das Ostpreußische Landesmuseum. Entstehung und Entwicklung, in: Jahrbuch für Ostdeutsche Volkskunde 34 (1991), S. 381-399.

BritainThinks: Public perceptions of – and attitudes to – the purposes of museums in society.

A report prepared by BritainThinks for Museums Association, 2013; URL: <https://www.museumsassociation.org/download?id=954916>.

Deutscher Bundestag: Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß §96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2017 und 2018. BT-Drucks. 19/10836; URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/108/1910836.pdf>.

Deutscher Bundestag: Grundsatzkonzeption zur Weiterführung der ostdeutschen Kulturarbeit. BT-Drucks. 9/1589 [Anlage]; URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/09/015/0901589.pdf>.

Deutscher Bundestag: Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach §96 des Bundesvertriebenengesetzes. BT-Drucks. 18/7730; URL: <https://dserver.bundestag.de/btd/18/077/1807730.pdf>.

Kurt Dröge: Ostdeutsche Landesmuseen, in: Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015, S. 304-316.

Cornelia Eisler: Heimatstuben, in: Stephan Scholz/Maren Röger/Bill Niven (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken, Paderborn 2015, S. 192-203.

Cornelia Eisler: Verwaltete Erinnerung - symbolische Politik. Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler, Oldenburg 2015.

Tanja Gloyna: Versprechen, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 11, U-V, Basel 2001, S. 905-910.

Eva Hahn/Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010, S. 39.

Matthias Henkel/Friedrich Scheele/Markus Walz: Lokalität als Thema. Orts-, Stadt-, Regionalmuseen, in: Markus Walz: Handbuch Museum. Geschichte – Aufgaben – Perspektiven, Stuttgart 2016, S. 107-113.

Edmund Husserl: Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie: eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie, Hamburg 2012.

Wolfgang Kautek/Reinhard Neck/Heinrich Schmidinger (Hg.): Wahrheit in den Wissenschaften, Köln 2015.

Thomas Krueger: Zwischen Uneigennützigkeit und Profitinteresse. Unternehmensmuseen, in: Markus Walz (Hg.): Handbuch Museum. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, Stuttgart 2016, S. 363-369.

Gregor H. Lersch: Museum und Ausstellung. Partizipative Erinnerungsräume?, in: Felix Ackermann/Anna Boroffka/Gregor H. Lersch (Hg.): Partizipative Erinnerungsräume. Dialogische Wissensbildung in Museen und Ausstellungen, Bielefeld 2013, S. 21-32.

Niklas Luhmann: Organisation und Entscheidung, Opladen 2000.

Léontine Meijer-van Mensch: Museumsarbeit und Verantwortung. Angewandte Ethik für Museumsfachkräfte, in: Markus Walz (Hg.): Handbuch Museum. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, Stuttgart 2016, S. 336-339.

Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg: Leitbild des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung; URL: <https://www.ostpreussisches-landesmuseum.de/museum/>.

Magdalena Sacha: Muzea utraconego „niemieckiego wschodu“. Warunki działania i ewolucja wystaw w kontekście polsko-niemieckim, in: Muzealnictwo 59 (2018), S. 68-78.

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000.

Walter Schweidler: Wissenschaftsethik, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie. Band 12, W-Z, Basel 2005, S. 957-960.

Albrecht Stein von Kamienski: Loeffke, Ernst Hans Ludwig, in: Klaus Bürger: Altpreußische Biographie. Band 1, Marburg 2000, S. 1637.

Thorsten Streubel: Kritik der philosophischen Vernunft. Die Frage nach dem Menschen und die Methode der Philosophie. Versuch einer methodologischen Grundlegung, Wiesbaden 2016.

Thomas Thiemeyer: Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die beiden Weltkriege im Museum, Paderborn 2010.

Markus Walz: Begriffsgeschichte, Definition, Kernaufgaben, in: Markus Walz (Hg.): Handbuch Museum. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, Stuttgart 2016, S. 8-14.

Wolfgang Wippermann: Die Deutschen und der Osten. Feindbild und Traumland, Darmstadt 2007.

Nachlese

Silke Göttsch-Elten

Vorbemerkung

‚Versprechen‘ ist eine gängige kulturelle und soziale Praxis, eine Kulturtechnik,¹ eine kulturelle Tatsache,² mithin ein selbstverständlicher Teil unserer Alltagskultur. Schon Kinder lernen, was es heißt, etwas zu versprechen und das Wissen um die Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit von Versprechen sind Teil von Erziehung und Sozialisation. Gleichzeitig aber lernen sie auch, dass es durchaus Asymmetrien gibt, über die Machtverhältnisse geregelt werden. Was

Kindern bei Versprechen an Verbindlichkeit abverlangt wird, gilt zumeist jedenfalls für Eltern in geringerem Maße. Ohne diesen Einstieg überstrapazieren zu wollen, ist es mir wichtig, solche Alltagserfahrungen zu thematisieren, weil über Sozialisation gelerntes und eingeübtes Wissen auch dann mitschwingt, wenn es darum geht, wie es im Call for Papers für die Tagung hieß, „Versprechen als analytische Kategorie“, also als ein wissenschaftliches Konzept zu fassen. Diese Gemengelage zwischen umgangssprachlichem Gebrauch und wissenschaftlicher Konzeptualisierung hat ihre eigenen Probleme: Während im Alltag von einem selbstverständlichen und wenig hinterfragten Verständnis ausgegangen wird, entziehen sich Versprechen als wissenschaftliche Kategorie zunächst einmal einer eindeutigen Definition. Bereits ein Blick auf das Wortfeld verweist auf die Schwierigkeiten der

-
- 1 Kulturtechniken sind ritualisierte Praktiken, mit denen soziale Probleme gelöst werden. Sie finden sich zum Beispiel in Kommunikationsstilen, zu denen auch ‚Versprechen‘ gehört.
 - 2 Vgl. dazu Konersmann: Kulturelle Tatsachen. Konersmann versteht darunter Manifestationen von Kultur.

Abgrenzung zu ähnlichen Formen wie Zusage, Vereinbarung und andere. Zudem ist Versprechen auf zwei Ebenen deutbar. Einmal meint es natürlich im Sinne von Zusage eine manifeste Äußerung, auf der anderen Seite verweist Versprechen aber auch auf Handlung, also auf eine soziale Praxis.

Das Thema hat zurzeit Konjunktur. Es stellt sich also auch die Frage, warum gerade in letzter Zeit das Versprechen in unterschiedlichen Disziplinen so intensiv diskutiert wird. Bewahrheitet sich damit das Diktum, dass eine intensive gesellschaftliche und wissenschaftliche Thematisierung ein Hinweis auf das Prekäre der Sache selbst ist? Dann hätte eine solche Feststellung auch Einfluss auf eine zu leistende Definition. Die beiden Organisatorinnen der Tagung, Cornelia Eisler und Katharina Schuchardt, haben drei Leitfragen entwickelt, an denen die kulturwissenschaftliche Arbeit an Begriff und Sache ausgerichtet werden soll und die auch ich als Leitfaden für mein Resümee der Tagung nutzen möchte.

1. Wo werden Versprechen sicht- und fassbar?

Eine (vor-)schnelle Antwort könnte lauten: Immer und an jedem Ort. Versprechen sind allgegenwärtig, sie sind ein wesentlicher Teil menschlicher Kommunikation. Versprechen brauchen ein Gegenüber, jemanden, der ein Versprechen einfordert wie auch jemanden, der ein Versprechen abgibt. Damit sind Versprechen situativ und lokalisierbar. Sie repräsentieren einen aus der Alltagskommunikation herausgehobenen Modus des sozialen Austausches. Versprechen bedürfen also der Markierung, weil

ihnen ein mehr oder weniger hohes Maß an Verbindlichkeit zugeschrieben wird. Aber wie bei jedem kommunikativen Akt sollte auf die soziale Positionierung der Beteiligten geschaut werden. Denn Versprechen müssen weder dialogisch im Sinne von ‚auf Augenhöhe‘ stattfinden; sie sind immer als eine komplexe soziale Interaktion zu analysieren.

Versprechen sind daher nicht nur manifest, sie sind auch eine soziale und kulturelle Praxis, die eingebunden in eine Vorgeschichte (Anlass des Versprechens) und eine Nachgeschichte (Einlösen des Versprechens) ist und die mehr oder weniger festen Regeln folgt. Damit sind in dieses Muster der Kommunikation zugleich auch gesellschaftliche Wissensbestände eingelagert. Versprechen müssen für die Mitglieder einer Gesellschaft als solche erkennbar sein und ihre Funktion auf Konsens stoßen.

Damit ist die Frage nach der Materialität von Versprechen gestellt. Sie können in Rituale wie den Handschlag, das Erheben der Schwurhand oder den Blickkontakt eingebunden sein. Sie sind mithin in jedem Fall ein performativer Akt, der die aus der Alltagskommunikation herausgehobene Bedeutung der Situation betont. Es gibt formelhafte Narrative, wie zum Beispiel ‚hoch und heilig versprechen‘ oder ‚ganz fest versprechen‘, in denen sich das soziale Beziehungsgeflecht spiegelt, aber auch institutionelle Rahmenbedingungen (vor Zeugen), die die Verbindlichkeit verstärken. So lässt sich also ein auf gesellschaftlichem Konsens beruhendes Repertoire an kulturellen Ausdrucksformen zurückgreifen, die Versprechen rahmen und mit denen wir ihnen Bedeutung einschreiben.

In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig, auf die historische Dimension hinzuweisen. Es sollte

nicht der Eindruck entstehen, als seien Versprechen eine anthropologische Konstante. Sicher sind sie an sich Bestandteil sozialen Zusammenlebens, aber ihre Bedeutung muss im historischen Kontext untersucht werden. In schriftlosen- beziehungsweise schriftarmen Kulturen, in denen es keine oder nur sehr wenige schriftliche Verträge gibt, haben Versprechen den Charakter eines Rechtsaktes, sie besitzen ein hohes Maß an Verbindlichkeit für beide Seiten. Ihre Einhaltung wird in der Regel über scharfe Sanktionen abgesichert, die bis zum sozialen Ausschluss führen können. Verschriftlichung und damit einhergehend Verrechtlichung führen zu einer Abwertung nicht-schriftlich fixierter Vereinbarungen, ersetzen diese durch andere Rechtsformen. Damit verändert sich aber auch die gesellschaftliche Aufmerksamkeit und letztlich die Qualität von Versprechen. Die Verbindlichkeit und Dauerhaftigkeit nehmen ab, Rituale, die einst streng beachtet wurden, verschleifen sich. Das Nicht-Erfüllen, das Brechen, aber auch das Vergessen von Versprechen werden zunehmend veralltäglicht.

Sichtbar werden solche Verschiebungen auch in der Sprache und aus diesem Grund ist es wichtig, die semantischen Felder, in den Blick zu nehmen. Wann redet wer und in welcher Situation von einem Versprechen, welche anderen Wörter wie Abmachung, Vereinbarung, Zusage werden verwendet und welche Bedeutungen werden mit ihnen transportiert. Hier liegt meiner Meinung nach ein wichtiger Zugang, um Bedeutungsverschiebungen und gesellschaftlichen Umwertungen auf die Spur zu kommen.

Auch ein Blick auf sehr unterschiedliche Konzeptualisierungen scheint mir weiterzuhelfen. Wenn die Philosophin Hannah Arendt Versprechen

als eine moralisch-ethische Denkfigur entwirft,³ dann werden dem Begriff andere Bedeutungen eingeschrieben als wenn er als Inwertsetzung von politischen Programmen (Wahlversprechen) genutzt wird.

Als Konsequenz aus diesen Überlegungen ist festzuhalten, dass Versprechen über Kontextualisierungen sowohl als praxeologischer Zugang, als auch als philosophische Denkfigur, als Sprechakt als auch als agency als Handlungsspielraum erfasst und beschreibbar gemacht werden können. Versprechen sind Teil einer komplexen Verfasstheit von Gesellschaft und ihrer kommunikativen Strategien. Immer ist es wichtig, gerade Differenzen im Blick zu behalten. Die Verbindlichkeit und Ritualisierung können sich je nach sozialem Milieu, ethnischer Prägung, Generationenzugehörigkeit und vielen anderen Faktoren unterscheiden. Somit können Versprechen als Identitätsmarker für die Analyse einer Gesellschaft genutzt werden. Als Konsequenz aus dieser Pluralisierung entzieht sich Begriff und Sache allerdings einer schnellen Definition. Er lässt sich kaum als ein normativer Begriff fassen, weil damit eine Verengung einhergeht, die der angedeuteten Komplexität nicht gerecht wird. Angemessener und vielversprechender erscheint ein emischer Zugang, eine akteurszentrierte Perspektive, die mit dem Instrumentarium einer empirisch geschulten Kulturwissenschaft ein Erfassen der Vielfältigkeit und Heterogenität einer Kultur des Versprechen verspricht. So lassen sich unterschiedliche Qualitäten sichtbar machen. Gibt es, wie Bernhard Liebsch in seinem Beitrag vorschlägt,

3 Arendt: *Vita Activa*, S. 232.

so etwas wie Kernversprechen, die ein basaler und unhintergebar Bestandteil menschlichen Zusammenlebens sind und wenn ja, wie verhalten sich dazu weniger mit Bedeutung aufgeladene Versprechen die als „periphere Versprechen“⁴ gefasst werden könnten? Dann geht es auch um die Relationen zwischen ihnen, darum wie unterschiedliche Wertsetzungen verhandelt werden und wie sich Verschiebungen ergeben?

2. Welche Bedeutungen, Folgen und Funktionen sind mit Versprechen verbunden?

Für diese Frage haben die auf der Tagung gehaltenen Vorträge sehr viel an Material und Interpretationen geboten und deutlich gemacht, wie heterogen dieses Feld ist. Die Themen reichten von politischer Propaganda im Dritten Reich bis hin zur Entwicklung neuer Stadtteile. Diese große historische und thematische Breite fordert ein differenziertes Vorgehen ein. Für eine Analyse ist es unabdingbar, die Funktion von Versprechen, die dahinterstehenden Intentionen zu rahmen und sie einzubinden in die kulturwissenschaftlich relevanten Kategorien von Zeit, Raum und sozialem Milieu.

Denn nur über das Herstellen von Kontexten lässt sich die Vielfalt des Gebrauchs und der Realisierung von Versprechen angemessen abbilden. Zunächst einmal ist eine ganz wichtige Funktion von Versprechen die Stabilisierung sozialer Beziehungen, die über Zusagen

abgesichert werden. Gebrochene beziehungsweise nicht eingehaltene Versprechen können somit zu deren Destabilisierung beitragen. Damit ist ein wichtiges Moment angesprochen, nämlich die Frage nach den Sanktionsmöglichkeiten und deren Wirksamkeit, die je nach Machtverhältnissen sehr ungleich verteilt sind. Solche Asymmetrien haben großen Einfluss auf die Verbindlichkeit und die Einklagbarkeit von Versprechen.

Im gesellschaftlichen und politischen Dialog werden Versprechen genutzt, um die Kraft moralisch-ethischer Werte zu verstärken. Da Versprechen auch Bekenntnischarakter haben, werden durch sie Wertvorstellungen mit einer besonderen Qualität ausgestattet. Dabei ist insbesondere auf die Rückkoppelung an das adressierte Milieu zu achten, denn Voraussetzung für diesen Effekt ist ein bestehender Konsens. Aus dieser engen Relation heraus ergibt sich aber auch die Möglichkeit, Versprechen zu funktionalisieren, das heißt, sie gezielt und intentional als Mittel der Vertrauensbildung einzusetzen, jedoch ohne sie am Ende zwangsläufig einzulösen. Diese Strategie exemplifiziert Tobias Weger in seinem Beitrag überzeugend. Wenn Versprechen also als Inwertsetzung von wie auch immer gearteten Intentionen erscheinen, dann sollte auf die dabei verwendeten Praktiken geachtet werden, zum Beispiel wenn das Versprechen mit einem Ehrenwort also die Einhaltung mit der persönlichen Ehre verbunden wird.

Um dieser Vielschichtigkeit gerecht zu werden, schlägt Alexa Färber in ihrem Beitrag vor, Versprechen als Assemblage von Infrastrukturen, als komplexe und interdependente Gebilde in den Blick zu nehmen. Denn, so Färber, ein Versprechen existiert nicht ‚an sich‘, sondern es

4 Siehe in diesem Band: Liebsch: Versprechen und was man sich von ihnen verspricht: Zwischen ‚nichts‘ und ‚zuviel‘, Leere und Übermaß.

ist als Gegenstand von Aushandlung im sozial gedachten Raum zu verstehen und damit nur kontextualisiert angemessen zu beschreiben.⁵ Es müssen immer Aspekte mitgedacht werden wie die Gestaltung von Kommunikationsstrukturen, Machtverhältnisse, die Fähigkeit und Bereitschaft zum Dialog, Strategien der institutionellen Absicherung, um Dauerhaftigkeit herzustellen sowie das Problem der Reproduktionslogik, nämlich dass Versprechen auf Versprechen folgt und damit ein permanentes Zusammenspiel von Ab- und Aufwertung stattfindet. Es geht also um Praktiken, um agency, um unterschiedliche Erwartungshorizonte und Aushandlungsprozesse sowie letztendlich um die Regulierung sozialer Beziehungen. Die Ergiebigkeit eines so angelegten Konzepts zeigt sich darin, dass es für sehr unterschiedliche Bereiche tragfähig ist, also sowohl für die Agitation der Nationalsozialisten in der Dobrudscha, die Tobias Weger behandelt, wie auch für die Strategien moderner Nichtregierungsorganisationen, die Christine Hämmerling analysiert. Versprechen werden jeweils instrumentalisiert, um Glaubwürdigkeit/Ehrlichkeit zu inszenieren. Ohne die Vor- und Nachgeschichte in die Analyse einzubeziehen, lässt sich nicht klären, wie die Spielräume, die in der komplexen Assemblage Versprechen enthalten sind und die von Drohung (Beispiel Dobrudscha) bis hin zur moralischen

Inwertsetzung (Beispiel Nichtregierungsorganisationen) reichen, genutzt werden.⁶ Die Welt war und ist voll Versprechen, deshalb machen Menschen auch permanente und sehr heterogene Erfahrungen von Versprechen. Das reicht von erfüllten bis hin zu gebrochenen Versprechen beziehungsweise zu immer wieder neu gegebenen Versprechungen, die bereits gegebene ablösen. Die Frustrationstoleranz von Menschen angesichts vieler negativer Erfahrungen scheint grenzenlos zu sein. Das Vertrauen auf ein gegebenes Versprechen, die Hinnahme der Nichterfüllung und das immer wieder neue Eingehen auf Versprechen scheinen mir Merkmale zu sein, die für eine Konzeptualisierung von Bedeutung sind.

3. Wie können wir Versprechen konzeptualisieren und durch kulturelle Analyse zugänglich machen?

Die vorangegangenen Überlegungen verdeutlichen, dass über die diskutierten Konzepte eine ab- und eingrenzende Definition nicht zu leisten ist, weil sowohl der Begriff wie die Sache selbst von großer Offenheit gekennzeichnet sind. Versprechen hat viele Gesichter und präsentiert sich als ein oszillierendes Gewebe von Bedeutungen und Praktiken. Alexa Färber gibt in ihrem Beitrag bedenkenswerte Anregungen,

5 Siehe in diesem Band: Färber: Versprechen ernst nehmen. Zum analytischen Potenzial verlässlich unverlässlicher Verbindungen.

6 Siehe in diesem Band die Beiträge: Weger: Ein nicht eingelöstes Versprechen. Die Umsiedlung der Deutschen aus der Dobrudscha 1940 und ihre Folgen; Hämmerling: Zum Verhältnis von Vertrauen, Versprechen und Authentizität. Eine Reflexion am Beispiel der Spendeneinwerbung für Nichtregierungsorganisationen.

wie Zugänge eröffnet werden können. Als Kulturwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen ist die akteurszentrierte Perspektive, die auch im Konzept der Assemblage enthalten ist, ein vielversprechender Weg. Wer nutzt Versprechen wann und in welcher Weise, um eigene Interessen abzusichern beziehungsweise um Absichtserklärungen aufzuwerten und wie organisieren Versprechen soziale Beziehungen? Die Perspektive geht deshalb von den Kontexten hin zu den Aushandlungsprozessen, die ja immer – auch dann wenn sich in ihnen Machtverhältnisse spiegeln – kommunikativ und dialogisch sind. Wer nutzt gegenüber wem die Figur ‚Versprechen‘ und mit welcher Bedeutung wird es aufgeladen, welche rhetorischen Mittel und symbolischen Praktiken werden für eine Inwertsetzung genutzt? Dabei spielt das Spannungsverhältnis von Versprechen als Akt der Zusage und Erwartungshaltung, als Hoffnung auf das Erfüllen eine große Rolle. Aber Versprechen steht nicht nur für gelungene Kommunikation. Genauso alltäglich ist die Erfahrung von gebrochenen, unerfüllten, vergessenen Versprechen. Deren Bedeutung für die Stabilisierung beziehungsweise De-Stabilisierung sozialer Beziehungen sind genauso in eine Konzeptualisierung einzubeziehen.

Wenn also die Vielfalt gesellschaftlicher Wirklichkeit von Versprechen beschrieben werden soll, ist ein offener Begriff, der auch Ränder und Grenzbereiche in den Blick nimmt, unerlässlich. Wie auch immer man die Konzepte gestaltet, sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Interdependenz zwischen wissenschaftlicher Begrifflichkeit und gesellschaftlichem Gebrauch mitgedacht werden müssen. Denn was Versprechen im öffentlichen Leben bedeuten, unterliegt

einer steten Transformation und gerade im politischen Feld ist immer wieder auch Dysfunktionalität zu beobachten.

Ein letzter Aspekt scheint mir für die Konzeptualisierung noch wichtig zu sein, und zwar die Regulierung von Zeitverhältnissen, die in der Denkfigur Versprechen liegen. Denn es ist eingebunden in eine Ordnung der Zeit in Vergangenheit (Anlass) – Gegenwart (Versprechen geben) – Zukunft (Erfüllung oder Nicht-Erfüllung). Auch diese Dimension verdeutlicht Alexa Färber in ihrem Beitrag. Versprechen transformieren Erwartungen, suggerieren Verbindlichkeit, erwecken Hoffnungen und strukturieren, ordnen und organisieren Stabilität in einer als kontingent erfahreneren Welt. Vielleicht vermitteln Versprechen gerade wegen des ‚Prinzips Hoffnung‘ immer noch und immer wieder Glaubwürdigkeit und entfalten eine bindende Kraft, auch wenn wir sie eigentlich längst als kontingente Praxis, wie Stefan Groth betont, akzeptiert haben.

Die Tagung hat mit ihren vielfältigen und sehr heterogenen Zugängen und Konzeptualisierungen gezeigt, dass das Thema für eine kulturwissenschaftliche Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit großes Potenzial besitzt und dass es lohnend ist, die aufgemachten Felder weiterzudenken.

Literatur

Arendt, Hannah: *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. Stuttgart 1960.

Ralf Konersmann, *Kulturelle Tatsachen*. Frankfurt am Main 2006.

| Anhang

| Autorinnen und Autoren

Prof. Dr Simone Abram is Professor at the Department of Anthropology at Durham University, where she is also a director of the Durham Energy Institute. Between 2020 and 2024 she is chair of the UK's Association of Social Anthropologists. She works in a number of large-scale multidisciplinary research projects at the national and European level; leads a research council funded network on Equality, Diversity and Inclusion in Energy Research; and is a co-investigator at the Research Centre for Socially Inclusive Energy Transitions based at Oslo University. Recent books include *Energy Futures* (2022, with Sarah Pink, Karen Walторp and Nathalie Ortar), *Electrifying Anthropology* (2019, with Brit Ross Winthereik and Thomas Yarrow), and *How to live through a pandemic* (2023, with Helen Lambert and Jude Robinson).

Dr.in Cornelia Eisler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg. Studium der Museologie und Master in World Heritage Studies. Promotion und wissenschaftliche Mitarbeiterin 2015–2018 am Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde der Universität Kiel. Forschungsschwerpunkte: Kulturelles Erbe und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert sowie Museums- und Sachkulturforschung im Kontext von Migration, Digital Humanities, Minderheiten. Veröffentlichungen unter anderem: „Making Sense of Data“. Digitale Sprachdaten und die Begriffsgeschichte(n) der ‚Deutschen im Ausland‘, in: *Spiegelungen 2* (2020), S. 11-25; *Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit*. Wissenschaftliche Konzeption, mediale Vermittlung, politische Funktion, Münster u. a. 2017 (Herausgabe gemeinsam mit Silke Göttisch-Elten).

Prof.in Dr.in Alexa Färber, seit 2018 Professorin für Historische Dimensionierung von Alltagskultur an der Universität Wien. Vorher war sie Professorin an der HafenCity Universität Hamburg und Juniorprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die kulturwissenschaftliche Stadtforschung, Visuelle Kulturen/Praxis, Wissensanthropologie, Arbeitskulturenforschung und Methodologien des Ethnographischen. Veröffentlichungen unter anderem: *The City as a Setting for Collaboration? Tracking the Multiple Scales of Urban Promises*. In: Moritz Ege/ Johannes Moser (Eds.): *Urban Ethics. Conflicts over the Good and Proper Life in Cities*, London: Routledge 2021, 47-62; *How Does ANT Help Us to Rethink the City and Its Promises?*, in: Anders Blok / Ignacio Fariás / Celia Roberts (Eds.): *The Routledge Companion to Actor-Network Theory*, London: Routledge 2019, S. 264-272. *L'urbain par l'image: Collaborations entre arts visuels et sciences sociales*. Paris: Créaphis 2020 (Herausgabe gemeinsam mit Cécile Cuny und Anne Jarrigeon).

Christina Flöhr M. A., seit 2020 Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Studium der Museologie und Europa-Studien in Leipzig und Frankfurt an der Oder, 2021–2022 Promotionsstipendiatin der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Forschungsschwerpunkte: Museumsgeschichte, Industriekultur, Geschichte der Zwischenkriegszeit. Veröffentlichung unter anderem: *Zwischen Kohle, Eisen, Stahl und Halbleitern. Industriekultur in Brandenburg – eine Standortbestimmung*, in: Rita Aldenhoff-Hübinger

et al. (Hg.): *Halbleiterstadt Frankfurt (Oder), 1959–1990*. Berlin 2022, S. 38-63.

Mag.a Theresa Gillinger schreibt ihre Dissertation in Geschichte an der Universität Wien und ist seit 2021 Junior Fellow am Internationalen Forschungszentrum der Kulturwissenschaften. Als Visiting Fellow arbeitet sie 2022/23 am European University Institute in Florenz und am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München. In ihrem Dissertationsprojekt beschäftigt sie sich mit Mobilitätsdiskursen in der österreichischen Sozialdemokratie vor 1914. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Arbeiterbewegung, Späte Habsburgermonarchie, Migrationsgeschichte, Antisemitische und xenophobe Diskurse in der Sozialdemokratie vor 1914. Veröffentlichung unter anderem: „Inländervorrang“ und Internationalismus; URL: <https://science.orf.at/stories/3213104/>.

Prof.in Dr.in Silke Götsch-Elten, bis 2018 Professorin für Europäische Ethnologie/Volkskunde an der Universität Kiel. Studium der Volkskunde, Mittelalterlichen und Neueren Geschichte und Skandinavistik in Kiel. 1991–1995 Professorin für Volkskunde an der Universität Freiburg im Breisgau, ab 1995 an der Universität Kiel. Gast- und Vertretungsprofessuren an den Universitäten Göteborg, Zürich und Wien. Forschungsschwerpunkte: Minderheitenforschung, Anthropologie von Grenzräumen, Wissenschaftsgeschichte, Kultur des Ländlichen, Historische Lebenswelten. Veröffentlichung unter anderen: *En passant. Zur kulturellen Figur des Übergangs*. In: Schweizerisches Archiv für Volkskunde.

Archives suisses des traditions populaires. Jg. 114 (2018) 1, S. 7-24.

PD Dr. Stefan Groth, Senior Research Fellow am Centre for Global Cooperation Research (Duisburg-Essen) und Privatdozent am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft der Universität Zürich. Studium der Soziologie, Kulturanthropologie und Wirtschafts- und Sozialpsychologie in Göttingen und Udine, 2003–2008. Promotion 2011 an der Universität Göttingen, Habilitation 2021 an der Universität Zürich. Forschungsschwerpunkte: Politische Anthropologie und Europäisierungsforschung, Narratologie und linguistische Anthropologie, Kulturerbe und kulturelles Eigentum.

Dr.in Christine Hämmerling ist seit 11/2022 Wissenschaftliche Mitarbeiterin zur Vertretung einer Juniorprofessur am Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Hamburg und zudem seit 2014 Oberassistentin am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft – Populäre Kulturen der Universität Zürich. Nach einem Magisterstudium der Empirischen Kulturwissenschaft, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Tübingen und Prag 2003–2010 („Today is a Holiday“, 2012) erarbeitete sie an der Georg-August-Universität Göttingen im Rahmen einer DFG-Forscherguppe ihre Doktorarbeit zur Alltagsintegration von Medien 2010–2014 („20:15 Uhr: Tatort“, 2016). Sie war Dozentin an den Universitäten Göttingen, Hamburg, Liechtenstein und Zürich. Derzeit forscht sie ethnografisch und medienanalytisch zu Vertrauen und Authentizität in Professionalisierungsprozessen – im

NGO-Fundraising, bei politischen Demonstrationen und im Videoblogging von Schwangeren.

Prof.in Dr.in Insa Härtel, Permanent Senior Research Fellow an der Kunstuniversität Linz, Abteilung Kulturwissenschaft. 2012–2022 Professorin für Kulturwissenschaft mit Schwerpunkt Kulturtheorie und Psychoanalyse an der Internationalen Psychoanalytischen Universität Berlin. Forschungsschwerpunkte: Sexualitäts- und Geschlechterforschung, Psychoanalytische Kunst- und Kulturforschung. Veröffentlichungen unter anderem: Reibung und Reizung. Psychoanalyse, Kultur und deren Wissenschaft (Hg.), Hamburg 2021; Heil Versprechen. Zeitschrift für Kulturwissenschaften 1, 2020 (Herausgabe gemeinsam mit Karin Harrasser, Karl-Josef Pazzini und Sonja Witte). Weitere Informationen: <https://insaahaertel.de/>.

Prof. Dr. Dariusz Komorowski, Germanistikprofessor an der Universität Breslau. Seit 2005 Leiter der Forschungsstelle für Deutschschweizer Literatur. Scix Fellow an der Universität Lausanne (2011/12) sowie Stipendiat der Kulturstiftung Landis & Gyr in Zug, des Deutsch Akademischen Austauschdienstes und der schweizerischen Regierung. Forschungsschwerpunkte: Schweizer Literatur und Kultur, Ideen zur gesellschaftlichen Ordnung, Kultur- und Diskurstheorie, Feuilleton und Pressepublizistik. Wichtigste Publikationen: Die Schweiz ist nicht die Schweiz. Studien zur kulturellen Identität einer Nation (2004), Jenseits von Frisch und Dürrenmatt. Raumgestaltung in der gegenwärtigen Deutschschweizer Literatur (2009), Der Intellektuelle im Narrenhabitus. Carl Albert Looslis Publizistik in der nationalen Identitätsdebatte der Schweiz um

1900 (2014) und ein Sammelband Die Wiederkehr der res publica. Zu literarischer Repräsentation einer politischen Idee im globalen Zeitalter (2021). Seit 2017 Hauptherausgeber der Online-Zeitschrift CH-Studien. Zeitschrift zu Literatur und Kultur aus der Schweiz.

Prof. Dr. Burkhard Liebsch, lehrt Philosophie an der Ruhr-Universität Bochum mit den Schwerpunkten Sozialphilosophie; Theorie der Geschichte; das Politische in kulturwissenschaftlicher Perspektive; Neuere Veröffentlichungen: Einander ausgesetzt. Der Andere und das Soziale. 2 Bde. (2018); Europäische Ungastlichkeit und ‚identitäre‘ Vorstellungen (2019); Verzeitlichte Welt (2020); Drohung Krieg (2020; mit B. Taureck); Trostlose Vernunft? (2021; mit B. Taureck); Orientierung und Ander(s)heit. Spielräume und Grenzen des Unterscheidens (2022; mit W. Stegmaier). Hrsg. u. a. von: Der Andere in der Geschichte (2. Auflage 2017); Sensibilität der Gegenwart (2018); Emmanuel Levinas: Dialog. (2020); Die Grenzen der Einen sind (nicht) die der Anderen (2020); Radikalität und Zukunft des Krieges (2021); Philosophical Theories of War (2021).

Dr Sarah May is a researcher at the Institute for Cultural Anthropology and European Ethnology at the University of Freiburg. In her habilitation project "Wood + Craft" she realizes analyses of material culture in economic and political fields. Her main fields of ethnographic research are (in) limited resources, scarcity, growth, innovation, work and craft, knowledge and digitalization. Since July 2021, she is leading the project "Bio-economy as Cultural Transformation" (funded by the Baden-Württemberg Foundation), in which

she explores practices, collaborations, motives and values of those pioneers who develop 'bio-economic solutions'. Publications: Materielle Kultur und politische Steuerung. Konstellationen der Zukunftsgestaltung am Beispiel bioökonomischer Bestrebungen im Holzbau. In: Lukas Fehr, Reinhard Johler (Hg.): Bioökonomie(n). Ethnografische Forschungszugänge und Felder. Tübingen 2021, S. 77-105.

Selim Pekel M. A., seit 2021 Promotion an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Studium der Kulturwissenschaften und Soziokulturellen Studien in Frankfurt (Oder). Forschungsschwerpunkte: Schreibforschung und -didaktik, Kultursoziologie, Philosophie und Soziologie der Gefühle. Veröffentlichung unter anderem: Kreatives Schreiben – eine philosophische Begriffsreflexion, in: Journal für Schreibwissenschaft 12/2021, S. 22-29.

Dr Beata Piecha-van Schagen, historian, employee of the science department of the Museum "Upper Silesian Ethnographic Park in Chorzów". Specialises in cultural history research with particular focus on the religious and mining culture of Upper Silesia. Author of the publication "Cult of St. Barbara among coal miners in Upper Silesia in the 19th and 20th centuries", Zabrze 2018, editor and co-author of the book "Wytatuowani Śląskiem. Górnośląska i górnicza tożsamość wyrażona tatuażem", Katowice-Zabrze 2021. Collaborates with the bearers of St. Barbara's celebrations in Upper Silesia, conducts research projects. Coordinator of the multinational application to inscribe "St. Barbara celebrations and traditions of miners" on

the UNESCO Representative List of the Cultural Heritage of Humanity.

Martina Röthl, PhD ist Stipendiatin der Philosophischen Fakultät der CAU Kiel (Professorinnenprogramm III von Bund und Ländern) und als solche verortet am Kieler Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde. Studium der Europäischen Ethnologie an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck (LFU), 2013–2015 im Doktorand/inn/enprogramm-Programm der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2015 Promotion an der LFU Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Tourismusforschung, Diskurs- und Dispositivforschung, Subjektivierung, Geschlechterforschung. Veröffentlichungen unter anderen: Subjektivierungsweisen. Über dispositivtheoretische Anleihen und ‚Dringlichkeiten‘ zu einer kulturanalytischen Lesart. In: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 117 (2021), Heft 1, S. 59-73; DOI: <https://doi.org/10.33057/chronos.1655>; Theoretische Reflexionen. Perspektiven der Europäischen Ethnologie. Berlin 2021 (Herausgabe gemeinsam mit Peter Hinrichs und Manfred Seifert).

Dr.in Katharina Schuchardt, seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Volkskunde/Kulturanthropologie am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden. Studium der Europäischen Ethnologie/Volkskunde, Klassischen Archäologie und Volkswirtschaftslehre in Kiel und Valencia, 2014–2017 Promotionsstipendiatin der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, 2017 Promotion und 2017/2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der CAU Kiel. Forschungsschwerpunkte: Anthropologie des Bergbaus, Minderheitenforschung,

Anthropologie der Grenze, Forschung zu kultur-anthropologisch-künstlerischen Kollaborationen und Formaten. Veröffentlichungen unter anderen: Zwischen Berufsfeld und Identitätsangebot. Zum Selbstverständnis der deutschen Minderheit im heutigen Opole/Oppeln (=Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte, Band 13). Münster/New York 2018; Interferenzen der Ko-Produktion. Kulturanthropologie und Kunst als Kontaktzone, in: Volkskunde in Sachsen 33/2021, S. 93-105.

PD Dr. Tobias Weger, seit 2018 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Studium der Geschichte und Volkskunde an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Promotion und Habilitation für Neuere und Neueste sowie Osteuropäische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (seit 2019 Privatdozent an der Ludwig-Maximilians-Universität München), 1997–2002 tätig am Stadtarchiv München, 2002–2004 am Schlesischen Museum zu Görlitz, 2004–2018 am Bundesinstitut für deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa in Oldenburg. Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Kultur Zentral- und Südosteuropas im 19./20. Jahrhundert, Wissenschaftsgeschichte der deutschsprachigen Ost- und Südostforschung, Kultur- und Alltags- sowie Kirchen- und Religionsgeschichte, interethnische Beziehungen und Migrationen. Veröffentlichung unter anderem: Großschlesisch? Großfriesisch? Großdeutsch! Ethnonationalismus in Schlesien und in Friesland 1918–1945, Berlin u. a. 2017.

Institut für Sächsische Geschichte
und Volkskunde

Zellescher Weg 17
01069 Dresden
isgv@mailbox.tu-dresden.de
www.isgv.de